



Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung  
Tübingen

Beate Neuss/Peter Jurczek/Wolfram Hilz (Hrsg.)

**Die MOE-Staaten vor dem EU-Beitritt –  
Chancen und Probleme aus politik- und  
regionalwissenschaftlicher Sicht**

Beiträge zu einem politik- und regional-  
wissenschaftlichen Symposium  
an der TU Chemnitz

---

**Occasional Papers**  
**Nr. 27**

Beate Neuss / Peter Jurczek / Wolfram Hilz (Hrsg.)

**Die MOE-Staaten vor dem EU-Beitritt – Chancen  
und Probleme aus politik- und regionalwissenschaft-  
licher Sicht.**

**Beiträge zu einem politik- und regional-  
wissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz**

Occasional Papers

Nr. 27

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für Sachsen – Vom Rand in die Mitte der neuen Europäischen Union <i>Andrea Fischer</i>	8
Tschechiens Weg nach Europa: Ein wirtschaftlicher und politischer Erfolg? <i>Jaroslav Jakš</i>	18
Arbeitsmarkt und Migration im tschechisch-deutschen Grenzraum <i>Milan Jeřábek / Jaroslav Dokoupil</i>	26
Grenzidentitäten in Mittelosteuropa. Das Projekt „EU Border Identities“ und sein deutsch-tschechischer Teil <i>Werner Holly</i>	48
Sächsisch-Tschechische Hochschulkooperation zur Entwicklung eines europäischen Studiengangs „JobConsulter“ <i>Roland Schöne / Miroslav Svoboda / Angelika Weigold</i>	68
Erwartungen der polnischen Jugend vor dem EU-Beitritt Polens <i>Barbara Ratecka</i>	79
Europäische Integration Polens auf kommunaler und regionaler Ebene <i>Tomasz Kaczmarek</i>	88
Die Slowakische Republik vor dem EU-Beitritt – Chancen und Probleme aus regionalökonomischer Sicht <i>Rudolf Pástor</i>	107
Ethnic Problems in the Slovak-Ukrainian Border Region with focus on the “Rusyn / Ukrainian minority question” <i>Alexander Duleba</i>	126
Sind die Beitrittsprobleme Sloweniens spezifisch? <i>Andrej Umek</i>	143
Ländliche Räume Sloweniens im Vorfeld der EU-Osterweiterung <i>Irma Potočnik</i>	152

Herausgeber: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung

Anschrift: Nauklerstraße 37 a  
D-72074 Tübingen  
Telefon: +49 (0)7071-29 77 368  
Fax: +49 (0)7071-92 28 76  
E-Mail: ezff@uni-tuebingen.de

Vorstand: Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Förster  
Prof. Christopher Harvie, Ph.D.  
Prof. Dr. Rudolf Hrbek (Sprecher)  
Prof. Dr. Martin Nettesheim  
Prof. Dr. Josef Schmid  
Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Graf Vitzthum  
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling

In Zusammenarbeit mit: Prof. Dr. Franz Knipping (Wuppertal) und  
Prof. Dr. Roland Sturm (Erlangen-Nürnberg)

Koordination: Matthias Chardon, M.A.

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, November 2003

Erschienen im Selbstverlag

Druck: Schwäbische Druckerei, Stuttgart

ISBN-Nr.: 3-9806978-6-X

Schutzgebühr: 7,- €

Der slowenische Kongresstourismus im Vorfeld der EU-Osterweiterung <i>Milena Lebar</i>	166
Junge Menschen in Deutschland und ihr Verständnis von Europa und seinen Grenzen <i>Daniel Fuß</i>	174
Die Differenzierungspolitik der EU – Problem oder Chance für Bulgarien? <i>Antoinette Primatarova</i>	192
Das Projekt „BRIE“ und die Euroregion Rousse/Giurgiu <i>Gerhard Duda</i>	206
Verzeichnis der Autoren	211

## Vorwort

Der EU-Beitritt weiterer europäischer Staaten - vor allem aus dem östlichen Teil unseres Kontinents – rückt immer näher. Zum 1. Mai 2004 wird er vollzogen, so dass in der verbleibenden Zeit die letzten Vorbereitungen erfolgreich abgeschlossen werden müssen: sowohl im Sinne der derzeitigen EU-Mitgliedsstaaten als auch aus Sicht der Beitrittsländer. Konsens besteht darüber, dass zunächst einmal 10 Staaten beitreten werden. Dabei handelt es sich um folgende Länder: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Während Bulgarien und Rumänien voraussichtlich im Jahr 2007 in die Europäische Union aufgenommen werden, sind der Türkei dann Beitrittsverhandlungen zugesagt, sobald sie die Beitrittskriterien erfüllt.

Somit bestehen insbesondere in den Beitrittsländern auf Seiten der dort lebenden Bevölkerung Unsicherheiten und stellenweise sogar Ängste, welche Folgen der EU-Beitritt ihres Landes für ihre individuellen Lebensbedingungen haben wird. Einerseits erhofft man sich eine zunehmende Integration in das gesamte Europa und eine damit verbundene Verbesserung des persönlichen Lebensstandards. Andererseits werden ein stärkerer wirtschaftlicher Wettbewerb und daraus resultierende soziale Probleme befürchtet.

Nicht zuletzt ergeben sich auch in den jetzigen 15 Mitgliedsstaaten der EU Vorbehalte und Widerstände. Diese treten vorrangig in den Gebieten entlang der Grenzen zu den Beitrittsländern auf und betreffen in erster Linie die peripher gelegenen Landesteile der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs. Dort fürchtet man beispielsweise den Zuzug einer überdurchschnittlich großen Zahl an Migrantinnen, verbunden mit einem zunehmenden Konkurrenzdruck auf den ohnehin schwachen Arbeitsmarkt in diesen Grenzregionen.

Angesichts dessen hat sich das vom 24. bis zum 26. Oktober 2002 an der Technischen Universität Chemnitz durchgeführte 6. Politik- und Regionalwissenschaftliche Symposium zum Ziel gesetzt, einige der oben genannten Probleme zu thematisieren und zu diskutieren. Aus diesem Anlass konnten zahlreiche renommierte Experten aus der Wissenschaft, der Politik und sonstigen Fachbereichen gewonnen werden, einen interessanten Beitrag aus ihrer jeweiligen Perspektive zu leisten.

In diesem Zusammenhang hat die Staatssekretärin im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit, Frau Andrea Fischer, einen fachpolitisch ausgerichteten Vortrag zum Thema „Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für Sachsen – Sachsens Einbindung in den mitteleuropäischen Raum“ gehalten. Diesen Ausführungen folgt der Prager Politikwissenschaftler Jaroslav Jakš mit seinem Beitrag „Tschechiens Weg nach Europa. Ein wirtschaftlicher und politischer Erfolg?“ In Ergänzung dazu stellen die beiden Geographen Milan Jeřábek

und Jaroslav Dokoupil ihre empirischen Ergebnisse „Arbeitsmarkt und Migration im tschechisch-deutschen Grenzraum“ vor.

Im Rahmen interdisziplinärer Forschungsaktivitäten zu den „Grenzidentitäten in Mitteleuropa“ gibt Werner Holly einen Überblick über „Das Projekt ‚EU Border Identities‘“ und speziell seinen deutsch-tschechischen Teil. Schließlich gehen Roland Schöne, seine Mitarbeiterin Angelika Weigold sowie sein Pilsener Kollege Miroslav Svoboda auf die „Sächsisch-Tschechische Hochschulkooperation zur Entwicklung eines europäischen Studiengangs ‚JobConsulter‘“ ein.

Was das Nachbarland Polen anbelangt, so skizziert zunächst einmal Barbara Raacke die „Erwartungen der polnischen Jugend vor dem EU-Beitritt Polens“; gefolgt von den Erkenntnissen von Tomasz Kaczmarek, der die „Europäische Integration Polens auf kommunaler und regionaler Ebene“ charakterisiert. „Die Slowakische Republik vor dem EU-Beitritt – Chancen und Probleme aus regionalökonomischer Sicht“ ist das Thema von Rudolf Pástor, das von Alexander Duleba mit seinem Beitrag „Ethnic Problems in the Slovak-Ukrainian Border Region“ ergänzt wird.

Schließlich stellt Andrej Umek die Frage: „Sind die Beitrittsprobleme Sloweniens spezifisch?“ Spezielle Aspekte greifen Irma Potočnik und Milena Lebar auf, die sich mit den ländlichen Räumen Sloweniens bzw. dem slowenischen Kongresstourismus im Vorfeld der EU-Osterweiterung beschäftigen. Weiterhin setzt sich Daniel Fuß mit dem Thema „Junge Menschen in Deutschland und ihr Verständnis von Europa und seinen Grenzen“ auseinander.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt auf Südosteuropa setzen die beiden letzten Aufsätze: Antoinette Primatarova äußert sich zur „Differenzierungspolitik der EU – Problem oder Chance für Bulgarien?“ „Das Projekt ‚BRIE‘ und die Euroregion Rousse/Giurgiu“ werden von Gerhard Duda dargestellt und erläutert.

Um die „Entwicklung im südwestsächsisch-nordwestböhmischem Grenzraum“ zu beleuchten, ist außerdem eine Podiumsdiskussion veranstaltet worden, die von der Journalistin Dagmar Ruscheinsky moderiert wurde. Gesprächspartner waren Frau Andrea Fischer (Staatssekretärin im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit), Herr Dr. Jaroslav Dokoupil (Westböhmisches Universität), Herr Hans-Joachim Wunderlich (Ltd. Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen, Regionalkammer Plauen) sowie der Unterzeichner.

Auch dieses Symposium ist von den Chemnitzer Professoren Dr. Peter Jurczek – Sozial- und Wirtschaftsgeographie – und Dr. Beate Neuss – Internationale Politik – organisiert worden. Die internationale und interdisziplinäre Fachtagung konnte nur veranstaltet werden, weil das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst dankenswerterweise erneut finanzielle Mittel zu deren Durchführung bereitgestellt hat.

Unser besonderer Dank gilt dem Institut für Weiterbildung und Organisationsentwicklung e.V. (IWO), das einen ansehnlichen Druckkostenzuschuss gewährt hat. Außerdem sei der *envia* Mitteldeutsche Energie AG gedankt, die mit ihrer Spende ebenfalls einen Beitrag zur Herausgabe dieses Tagungsbandes leistet.

Nicht zuletzt gebührt unser Dank allen, die zum Gelingen des 6. Politik- und Regionalwissenschaftlichen Symposiums beigetragen haben. Außer den Referenten handelt es sich dabei um diejenigen, die an der redaktionellen Betreuung beteiligt waren: Herrn Dr. Wolfram Hiltz, Hochschulassistent an der Professur Internationale Politik sowie den studentischen Hilfskräften Nadine Mensel und Peter Schuricht.

Die Einzelbeiträge entsprechen überwiegend dem Stand der Diskussion zum Zeitpunkt der Tagung. Wir hoffen, dass die zusammengestellten Ergebnisse bei den Lesern auf Interesse stoßen und einige Anregungen enthalten, die die europäische Integration vorantreiben.

Prof. Dr. Peter Jurczek

Technische Universität Chemnitz

## Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für Sachsen – Vom Rand in die Mitte der neuen Europäischen Union

Andrea Fischer

Es stellt sich die Frage, welche Chancen und Risiken mit der EU-Erweiterung speziell für den Freistaat Sachsen verbunden sein könnten und welche integrationspolitischen Herausforderungen sich für die sächsische Wirtschaft und ihre Akteure daraus ergeben.

Die Europäische Union wird durch die Erweiterung um zehn Länder zu einem der größten Binnenmärkte der Welt mit zunächst etwa 455 Millionen Einwohnern. Zum Vergleich, die NAFTA (North America Free Trade Association) umfasst einen Binnenmarkt von 413 Mio. Einwohnern. Die erweiterte Europäische Union – das steht außer Frage – soll und wird eine Europäische Union der Superlative werden. Die neuen Länder und insbesondere der Freistaat Sachsen werden von der EU-Erweiterung in besonderem Maße betroffen sein. Das gilt schon allein aufgrund geographischer Faktoren: Sachsen hat eine 454 km lange Grenze zu Tschechien und eine 112 km lange Grenze zu Polen. 47% der sächsischen Gebietsfläche zählen zu den so genannten Grenzregionen.

Mit welchen Auswirkungen haben die sächsischen Wirtschaftsakteure nach der Mega-Erweiterung zu rechnen? Es gehört zu den Grundüberzeugungen der Wirtschaftswissenschaft, dass eine Liberalisierung des Handelsverkehrs für alle Beteiligten von Vorteil ist. Grenzen stellen Kostenfaktoren dar, welche die gesellschaftliche Arbeitsteilung behindern und damit Wohlfahrtsverluste hervorbringen. Schaffen wir die Grenzen und die damit verbundenen Kosten ab, wird aber nicht nur der Handelsverkehr liberalisiert, sondern der Wirtschaftsverkehr insgesamt. Die Gesamtwohlfahrt steigt. Eine Steigerung der Gesamtwohlfahrt bedeutet jedoch nicht automatisch, dass jeder einzelne Beteiligte am Ende besser gestellt ist. Die Vorteile können regional wie sektoral bei bestimmten Personengruppen konzentriert sein, während andere mit den Nachteilen zu kämpfen haben.

Betrachten wir zunächst die Außenwirtschaft. Auf den ersten Blick kann man annehmen, dass durch den Abbau der Grenzen in der Zukunft beachtliche Strukturverschiebungen zunächst im Außenhandel zu erwarten sind. Aber die außenwirtschaftliche Verflechtung zwischen den Beitrittsländern und der Europäischen Union hat bereits im letzten Jahrzehnt beachtliche Fortschritte gemacht. Aufgrund der Assoziierungsabkommen (so genannte Europa-Abkommen 1994) mit den EU-Beitrittsländern sind die Ströme an Gütern und Kapital schon heute weitgehend frei.

Die Europäische Union ist längst zum wichtigsten Handelspartner für die mittel- und osteuropäischen Länder geworden. Im Durchschnitt entfallen 60% ihres gesamten Außenhandels auf den Warenverkehr mit der Europäischen Union. Für die mitteleuropäischen Länder Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien ist dabei Deutschland der mit Abstand bedeutendste Handelspartner. Sachsen hat zu dieser Intensivierung des Außenhandels in den letzten Jahren einen erheblichen Beitrag geleistet.

So haben sich im Zeitraum 1995 bis 2001 die sächsischen Importe aus den osteuropäischen Beitrittsländern mehr als verdoppelt (+ 132%) und die sächsischen Exporte in diese Länder sogar verdreifacht (+ 208%). Im letzten Jahr stammten rund 27% aller sächsischen Importe aus diesen Ländern und rund 14% der sächsischen Exporte gingen in diese Staaten. Ein Blick auf sächsische Autobahnen genügt, um die kräftige Zunahme der Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und den mittel- und osteuropäischen Ländern feststellen zu können. Man braucht nur auf die Lkw-Kennzeichen zu achten. Und der tägliche Lkw-Stau am Autobahnende bei Görlitz zeigt deutlich, wohin die Entwicklung geht.

Durch den Wegfall der Grenzen rückt der Freistaat von seiner Randlage in die Mitte der Europäischen Union. Zudem wird durch den Wegfall der Grenzen über den Handelsverkehr hinaus der Wirtschaftsverkehr insgesamt zunehmen. Die am nächsten an der jetzigen EU-Außengrenze gelegenen Regionen – so auch Sachsen – können hiervon am stärksten profitieren, denn grenzbedingte Nachteile fallen weg: Der EU-Beitritt wird zur Aufhebung der nicht-tarifären Handelsbeschränkungen führen. Zudem wird der Beitritt zur Beendigung der Abfertigungs- und Wartezeiten an den EU-Außengrenzen führen oder sie zumindest wesentlich verringern, solange das Schengener Abkommen dort noch nicht in Kraft treten kann. Nicht zuletzt – auch dank der EU-Finanzhilfen – werden die osteuropäischen Märkte in den kommenden Jahren kräftiger expandieren als die westeuropäischen Märkte. Mit der EU-Osterweiterung werden die Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalströme also insgesamt weiter kräftig expandieren. Und zwar in beide Richtungen.

Die neuen Länder sind in diesem Erweiterungsprozess in einer besonderen Situation. Eine Situation, die nicht vergleichbar ist mit derjenigen Österreichs oder Bayerns. Österreich und Bayern haben ebenfalls lange Grenzen zu den Beitrittsländern. Und doch ist ihre Ausgangsposition eine andere: Die neuen Länder haben den vor zwölf Jahren begonnenen Transformationsprozess noch nicht abgeschlossen. Dabei hat sich die sächsische Wirtschaft seit der deutschen Wiedervereinigung kräftig entwickelt. Vor allem unsere Industrie wächst stabil mit einer überdurchschnittlichen Rate. So betrug das jährliche Wachstum der Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe zwischen 1997 und 2001 in Sachsen 7,3%, in den neuen Ländern lag es bei 6,0%. Zum Vergleich: In den alten Län-

dem waren es nur 1,3%. An diesem kräftigen Wachstum wird auch das Hochwasser nichts Entscheidendes ändern.

Angesichts dieser wirtschaftlichen Erfolge dürfen wir aber eines nicht unberücksichtigt lassen: Im Wettbewerb um Investoren hatten Sachsen und die anderen neuen Länder gegenüber dem Westen bisher eine ganze Reihe von Vorteilen. Und dazu gehört nicht nur die Investitionsförderung. Im bundesweiten Vergleich sind die Arbeitskosten hier niedriger als in den alten Ländern. Außerdem wartet auf die Investoren in den neuen Ländern ein gut ausgebildetes und vor allem noch immer verfügbares Arbeitskräftepotenzial. Speziell Sachsen konnte mit seiner Nähe sowohl zu Tschechien als auch zu Polen punkten. Für viele Investoren ist heute die grenzüberschreitende Fertigung auf nahe Distanz ein wichtiger Standortvorteil. Besonders arbeitsintensive Produktionsschritte, zum Beispiel Näharbeiten, werden jenseits der Grenze durchgeführt, das Produkt aber in Sachsen endgefertigt.

Kurz gesagt, die kapitalintensiveren Produktionsteile sind in Sachsen, die arbeitsintensiveren wenige Kilometer weiter in Polen oder Tschechien. Viele Unternehmen nutzen in Sachsen also gezielt die Vorteile der heutigen Nicht-EU-Länder und gleichzeitig die Vorteile der EU-Länder. Daher profitiert der Freistaat durchaus von seiner EU-Randlage. Es stellt sich in dem Zusammenhang die Frage, ob diese Vorteile für Sachsen mit dem EU-Beitritt seiner Nachbarn verloren gehen und Investoren auf der Suche nach günstigen Arbeitskosten von Sachsen in die neuen EU-Länder abwandern werden. Schließlich garantiert der *acquis communautaire* den rechtlichen EU-Besitzstand künftig auch in Polen oder Tschechien. Es ist heute schon gewiss, dass unsere Nachbarn Ziel-1-Gebiete der europäischen Regional- und Förderpolitik sein werden. Wir werden also langfristig auch keine gewichtigen Vorteile bei der Investitionsförderung mehr bieten können.

Auf der einen Seite stehen die alten Länder, deren kapitalstarke Unternehmen eine hohe Arbeitsproduktivität aufweisen und hohe Löhne zahlen können. Auf der anderen Seite gibt es die Beitrittsländer, die exakt jene Vorteile künftig für sich verbuchen können, die bisher die ostdeutschen Bundesländer für sich beanspruchen konnten.

Für mich besteht kein ernsthafter Zweifel daran, dass in erster Linie die neuen Länder die Konkurrenz aus den Beitrittsländern spüren werden. Den alten Ländern mit ihren kapitalintensiveren Strukturen wird der Osten Europas dagegen weniger anhaben können; jedenfalls für die Anfangszeit. Dennoch glaube ich, dass die neuen Länder mittel- bis langfristig zu den Gewinnern der EU-Erweiterung gehören werden.

Nicht nur die Industrie, sondern auch das Handwerk müssen sich auf die neuen Wettbewerber einstellen. Das trifft nicht nur für das Handwerk in den Grenzge-

bieten oder die Unternehmen zu, die in den Beitrittsgebieten tätig werden wollen. Die neue Konkurrenz wird voraussichtlich zunächst an ganz anderen Orten auftreten. Ein Blick auf Baustellen in München, Stuttgart oder Frankfurt zeigt, wie erfolgreich heute Bauhandwerker aus den neuen Ländern in den alten Ländern wirken. Sie können heute Vorteile bei den Arbeitskosten gegenüber ihrer westdeutschen Konkurrenz in die Waagschale werfen. Das gleicht die langen Anfahrtswege aus.

Künftig werden die Handwerksbetriebe aus den neuen Ländern auf den Baustellen in Bayern, Baden-Württemberg und anderswo aber nicht mehr die Einzigen sein, die dem örtlichen Handwerk Konkurrenz machen werden. Künftig werden auch Handwerksunternehmen aus den EU-Beitrittsländern maßgeblich das Bild auf westdeutschen Baustellen prägen. Ansätze dafür sind schon heute klar erkennbar. Aus diesem Grund wird es für die Handwerksbetriebe aus den östlichen Bundesländern nicht einfach werden, sich zu behaupten, zumal die neuen Mitbewerber zum Teil kürzere Anfahrtswege haben werden. Das Bauhandwerk ist lediglich nur ein Beispiel für die neue Wettbewerbssituation. Denken sie auch an Autowerkstätten, an den Einzelhandel, an Dienstleistungen aller Art und an die vielen mittelständischen Automobil-Zulieferer. Alle müssen sich auf die neue Situation einstellen.

Wie viele Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen werden, ist völlig ungewiss. Die große Bandbreite an Ergebnissen der zahlreichen Schätzungen und Studien lassen keine eindeutigen Prognosen über die zu erwartende Arbeitsmigration zu. Schlussfolgerungen aus der Süderweiterung der EU auf die Osterweiterung zu übertragen, sind problematisch. Denn die Menschen in Osteuropa haben erstmals seit Generationen die Chance, durch eigene Initiative persönlichen Wohlstand am Heimatort zu schaffen. Zudem sind sie im Durchschnitt höher qualifiziert als Migranten aus Südeuropa.

Über das auf längere Zeitabschnitte angelegte Pendeln gibt es bisher auch nur wenige gesicherte Erkenntnisse. Von Südeuropa aus kann man nicht ohne weiteres als Wochenendpendler in Deutschland arbeiten, von Polen aus schon. Innerhalb Deutschlands haben die Pendlerströme in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Dabei ist der Ost-West-Pendlerstrom gewaltig angewachsen. Rund 570.000 fahren vom Wohnort Ost zum Arbeitsplatz West. Umgekehrt sind es nur 140.000. Wird sich diese Bewegung aus Richtung der Beitrittsgebiete fortsetzen? Werden Sachsen und Thüringen am Freitag- und Sonntagabend künftig für Heerscharen von Pendlern aus den Beitrittsländern zu Transitregionen werden? Das ist schwer vorauszusehen, aber durchaus vorstellbar. Es spricht viel dafür, dass die Pendlerströme europaweit zunehmen werden; und zwar nicht nur in Ost-West-Richtung. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass jeder

Strukturwandel weitere Pendlerströme auslösen wird, zunehmend auch grenzüberschreitend.

Folgen daraus nun mehr Chancen oder mehr Risiken für die neuen Länder, insbesondere für Sachsen? Ich meine, dass in der zunehmenden Bereitschaft zum grenzüberschreitenden Pendeln gerade für die neuen Länder Chancen liegen. Und zwar weniger unter dem Aspekt, ein interessanter Standort für Unternehmen zu sein, die auf kostengünstige Arbeitskräfte aus den Nachbarregionen angewiesen sind. Wenngleich auch das ein wichtiger Gesichtspunkt ist.

Mittel- und langfristig wird etwas Anderes zählen: In einem alternden Europa wird sich alles um die Fachkräfte drehen. Es werden deshalb diejenigen Standorte bevorzugt werden, an denen die Unternehmen gute Aussichten haben, die gesuchten Fachkräfte zu gewinnen und an sich zu binden. Gerade bei geringerer Bereitschaft zur Migration, aber höherer Bereitschaft zum Pendeln haben die dann ehemaligen EU-Grenzregionen also gute Chancen im Wettbewerb um die gesuchten Fachkräfte. Hier kommt ihnen die räumliche Nähe zu Polen und Tschechien zugute. Außerdem können hier Unternehmen auf das Fachkräftepotenzial zurückgreifen, das heute noch Woche für Woche von den neuen in die alten Länder pendelt.

Bildhaft gesprochen könnte man sagen, wer heute in Sachsen investiert, hat gute Chancen, bestehende und künftige Pendlerströme nach seinem Bedarf in sein Unternehmen umzuleiten. Die bevorstehende EU-Erweiterung zwingt die Unternehmen in den neuen Bundesländern ihre Wettbewerbsfähigkeit so zu steigern, dass sie der neuen Konkurrenz gewachsen sind. Die EU-Erweiterung fordert von uns, dass wir den 1990 begonnenen Transformations- und Erneuerungsprozess zügig voranbringen. Die EU-Erweiterung zwingt aber auch jeden Einzelnen, sich so zu qualifizieren, dass er persönlich der zu erwartenden Konkurrenz aus den Beitrittsländern gewachsen ist.

Die Chancen der Erweiterung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die EU wird größter Binnenmarkt der westlichen Welt. Dies stärkt die Position der Unternehmen.
2. Der Beitritt gibt den Wirtschaftsbeziehungen weiteren Schub. Mit dem Beitritt erhöht sich das Vertrauen der Unternehmen in den Beitrittsländern gegenüber der Wirtschaftspolitik. Dies führt zu mehr Investitionen, zu mehr Absatzmöglichkeiten und zu dauerhaften Wachstums- und Beschäftigungschancen.
3. Neue Investitionschancen entstehen weiterhin durch Kostenoptimierung für Unternehmen und führen damit zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit.
4. Der erhöhte Anpassungsdruck für die Grenzregionen führt zu verstärkten Entwicklungsanstrengungen, auch durch gegensteuernde Maßnahmen.

5. Die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften kann langfristig einen Beitrag zur Überwindung des demographisch bedingt steigenden Fachkräftedefizits leisten.

Als Risiken der Erweiterung können angesehen werden:

1. Die Bruttolöhne erreichen in den Beitrittsländern nur ca. 20-30% des Niveaus in Deutschland. Dieser Kostenvorteil stellt die arbeitsintensiven Wirtschaftsbereiche in Sachsen im Wettbewerb zunächst auf eine harte Belastungsprobe.
2. Die Einfuhr von gewerblichen Gütern ist seit 1998 größtenteils liberalisiert. Mit dem Beitritt ist in einigen Bereichen mit einer weiter steigenden Importkonkurrenz zu rechnen. Die Produktpalette der Importe wird sich sogar durch höherwertigere Erzeugnisse erweitern, je mehr Standortvorteile geboten werden (niedrige Löhne, qualifizierte Arbeitskräfte, abnehmende Bürokratie, wachsende Sicherheit für Investitionen, steigendes Lebensniveau etc.).
3. Bei einigen Dienstleistungen ist durch das Lohngefälle anfangs noch mit wesentlich stärkeren Verwerfungen zu rechnen als beim Warenverkehr, insbesondere im Bau- und Ausbaugewerbe, dem Gartenbau sowie bei freien Berufen. Eine mögliche Folge ist die Gründung entsprechender Firmen durch sächsische Unternehmer in Tschechien, Polen und Ungarn.
4. Im Tourismus entsteht in dem Maße, in dem die Beitrittsländer durch den EU-Beitritt und dem damit verbundenen Imagegewinn ihre Attraktivität steigern, zusätzliche Konkurrenz für das sächsische Fremdenverkehrsgewerbe. Der Auf- und Ausbau der Kapazitäten in Tschechien, Polen und Ungarn bietet wiederum Chancen für sächsische Unternehmen, die das notwendige Know-how besitzen und entsprechende Produkte anzubieten haben.
5. Bei den Finanzdienstleistungen ist wegen der Größe und Wettbewerbsfähigkeit bundesdeutscher Banken und Versicherungen keine Konkurrenz zu erwarten.
6. Wettbewerbsrelevant ist hingegen der Stromsektor. Nur ein Beispiel: Tschechien ist bereits in der Lage, Billigstrom anzubieten.
7. Beim Straßengüterverkehr könnte der EU-Beitritt einen starken Verdrängungsdruck auf die sächsischen Anbieter erzeugen. Die noch günstigeren Straßentransportangebote könnten zu weiteren Verkehrsverlagerungen auf die Straße zu Lasten der Bahn führen.
8. Schließlich befürchte ich, dass trotz aller Qualifizierungsbemühungen die EU-Erweiterung zu einer Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit bei uns führen wird.

Es sei denn, es gelingt uns spätestens zeitgleich mit dem Beitritt unseren Arbeitsmarkt flexibel zu gestalten, denn EU-Erweiterung auf der einen Seite und inflexible Arbeitsmarktstrukturen auf der anderen Seite passen nicht zusammen. Ausbleibende Arbeitsmarktreflexionen wirken sich vor allem negativ für die ost-deutschen Länder mit ihrer schon heute hohen strukturellen Arbeitslosigkeit aus.

Die EU-Erweiterung zwingt deshalb Deutschland, seine Hausaufgaben zu machen und die unumgänglichen Reformen schleunigst in Angriff zu nehmen. Mit zunehmendem Wettbewerb lassen sich Schwächen des Standorts Deutschland immer weniger verbergen. Dessen müssen wir uns bewusst sein.

Die EU-Erweiterung muss deshalb auch und gerade in Berlin vorbereitet werden. Das gleiche gilt natürlich auch für Brüssel. Denn die Mega-Erweiterung vergrößert die Risiken, die mit einem Gemeinsamen Markt zwischen verschiedenen Volkswirtschaften verbunden sind, die ein beträchtliches wirtschaftliches Entwicklungsgefälle aufweisen und nicht durch ein reformiertes ganzheitliches adäquates Finanzregime überdacht sind.

Es ist somit das Gebot der Stunde, uns alle intensiv auf den EU-Beitritt vorzubereiten. Das setzt einen guten Informationsstand voraus. Daran mangelt es jedoch vielfach noch. Kein Wunder, dass vielerorts noch Skepsis vorherrscht – auch dort, wo eigentlich wenig Grund dafür besteht. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Dresden hat eine Unternehmensbefragung zu den „Chancen und Risiken der EU-Erweiterung“ für ihren Kammerbezirk durchgeführt. Zusammenfassend kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Skepsis überwiege, und bisher nur zaghafte Schritte zur Vorbereitung unternommen würden.

Neben Unternehmen aus der sächsischen Grenzregion wurden auch Unternehmen aus Polen und der Tschechischen Republik befragt. Während auf sächsischer Seite die verhaltenen Stimmen überwogen, dominierte auf polnischer und tschechischer Seite deutlich die Auffassung, die EU-Erweiterung biete überwiegend Chancen. Das ist bemerkenswert, aber durchaus nachvollziehbar.

Nach Abwägung von Chancen und Risiken rechnen zur Zeit nur knapp 14% der sächsischen Befragten mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ihres Unternehmens. Dagegen befürchtet fast jeder Zweite (48%) eine Verschlechterung der eigenen Situation. Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in der Region insgesamt befürchten sogar 70% der befragten Unternehmen.

Die Befürchtungen betreffen insbesondere das bestehende Lohn- und Preisgefälle (23%) und den wachsenden Konkurrenzdruck (20,2%). Hingegen ruhen die Hoffnungen der sächsischen Unternehmer auf der Erschließung neuer Absatzgebiete (30,5%). Einen weiteren Vorteil sehen die Unternehmer in der Möglichkeit, Kooperationen zu begründen und zu vertiefen (19,8%).

Je nach Branche stellt sich das Bild differenziert dar: In der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe werden besonders die Chancen betont, während im Bau-, Handels- und Gastgewerbe und bei den Verkehrsunternehmen die Risiken überwiegen. Außerdem spielt auch die Größe des Unternehmens eine Rolle: Je größer der Betrieb ist, desto eher werden die Chancen gesehen. Die kleineren Unternehmen befürchten dagegen, nicht genügend Ressourcen zu haben, um dem Wettbewerb standzuhalten.

Dieses Umfrage-Ergebnis wird von einer Analyse des Ludwig-Fröhler-Instituts bestätigt und ergänzt. Das Institut hat im Auftrag des Sächsischen Handwerkstages im Dezember 2001 sächsische Handwerksunternehmen zu den möglichen Auswirkungen der EU-Erweiterung befragt. Danach sehen 57% der Handwerker für ihren Betrieb wachsende Risiken; nur 9% sehen mehr Chancen. Alles in allem werten gut informierte Betriebe ihre Chancen deutlich positiver als andere Unternehmen.

Die Skepsis in der Bevölkerung ist daher wohl ein Resultat noch unzureichender politischer Aufklärung. Nach dem Wiedervereinigungsschock befindet sich die Wirtschaft in einer Konsolidierungsphase, in der jede radikale Veränderung der Randbedingungen als bedrohlich gesehen wird. Die Feststellung, dass sich die Randbedingungen nämlich gar nicht so radikal ändern werden, und schon gar nicht auf kurze Sicht, gilt es glaubhaft zu vermitteln.

Erinnern wir uns beispielsweise an das Jahr 1992. Der EU-Binnenmarkt sollte bis 1992 vollendet werden. Im Vorfeld wurden Informationskampagnen gestartet. Die Wirtschaft wurde von der Politik aufgefordert, sich intensiv auf das Jahr 1992 vorzubereiten. Hotlines wurden eingerichtet. Eine Informationsveranstaltung jagte die nächste. Und im Jahr 1992 sprach dann niemand mehr von der Vollendung des EU-Binnenmarktes. Die Wirtschaft hatte sich längst darauf eingestellt. Der „Veränderungsknall“ oder „Big Bang“ blieb aus. 1992 war im Nachhinein einer von vielen Meilensteinen auf dem langen Weg zu einer funktionierenden Europäischen Union.

Dieses Beispiel zeigt, dass Informationen auch jetzt das A und O sind, wenn der Beitritt ohne Brüche gelingen soll. Begrüßenswert sind deshalb die vielfältigen Aktivitäten der Kammern und anderer Wirtschaftsorganisationen. Die drei sächsischen Industrie- und Handelskammern stellen z. B. umfassende wirtschaftsrelevante Informationen zur EU-Osterweiterung in unterschiedlicher Form zur Verfügung. Der Auf- und Ausbau von Unternehmenskooperationen mit den Kandidatenländern wird durch die Vermittlung direkter Wirtschaftskontakte gefördert. Darüber hinaus wird das vorhandene Netzwerk mit den Auslandshandelskammern dazu genutzt, um weitere Hintergrundinformationen aus den Beitrittsländern bereitzustellen und konkrete Marktchancen für die sächsischen Unternehmer aufzeigen zu können.

Alle drei sächsischen IHKs sind in ihrem Bezirk jeweils Träger eines Euro Info Centres. Sie sind damit in ein hoch qualifiziertes Netzwerk der Europäischen Kommission eingebunden, das auch Fragen im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung beantwortet. Auf ähnliche Weise wie die IHKs informieren die Handwerkskammern. Auch für das Handwerk ist die Bildung von Unternehmenskooperationen von besonderer Bedeutung.

Die Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH (WfS) organisiert und begleitet zum Beispiel Messen, branchenbezogene Kooperationsbörsen sowie Unternehmerreisen in die Beitrittsländer und ist ein wichtiger Ansprechpartner für die Vermittlung geschäftlicher Kontakte. Besondere Bedeutung hat auch die Tätigkeit der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG. An die 1994 gegründete Gesellschaft wenden sich zunehmend sächsische Unternehmen und Institutionen mit der Bitte um Beratung oder praktische Hilfe. Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A wird der weitere Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit finanziell unterstützt. Die vier sächsischen Euroregionen haben damit die Möglichkeit, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarregionen zu intensivieren und das Zusammenwachsen des Grenzraumes mit zu gestalten.

Im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit stehen die Förderung des Mittelstandes und der Neuen Technologien sowie die Ansiedlung neuer Unternehmen hoch im Kurs. Eine umfassende Informations- und Kommunikationsoffensive zur Vorbereitung der sächsischen Wirtschaft auf die Osterweiterung ist in Arbeit.

Die überall gestarteten Initiativen sind überaus hilfreich. Ihre Notwendigkeit zeigt aber auch, wie weit wir noch vom ganz selbstverständlichen nachbarschaftlichen Miteinander entfernt sind. Es wird also noch lange dauern, bis auch die Grenzen in den Köpfen gefallen sind.

Entscheidend ist für mich, dass Sachsen mit fortschreitender europäischer Integration seine EU-Randlage verlieren wird. Aus einer Region am Rande Europas wird eine Region in der Mitte Europas. Das müssen wir verinnerlichen. Alles andere folgt daraus. Wenn wir uns die europäische Landkarte vor Augen halten und uns die heutigen Grenzen als Barrieren wegdenken, dann brauchen wir nicht viel Phantasie, um uns dieses künftige Europa vorzustellen. Wir brauchen eigentlich nur eine Frage zu beantworten: Wie würde heute im Jahr 2002 die östliche Hälfte Europas aussehen, wenn sie sich im letzten Jahrhundert so, wie die westliche Hälfte hätte entwickeln dürfen, ohne Kalten Krieg, ohne sozialistische Experimente, ohne Mauer und ohne Eisernen Vorhang.

Wir hätten heute – davon bin ich überzeugt – auch im Osten ein pulsierendes Europa mit hervorragenden Verkehrsverbindungen, hoch entwickelter Arbeitsteilung, attraktiven urbanen Zentren; ein Europa voller Kreativität und schöpferischer Wirtschaftskraft. Genau dieses Europa wird mit einem gewissen Zeitverzug entstehen. In den neuen Ländern wissen wir, wie aufwendig und mühevoll dieser Weg ist.

Wir müssen stets bedenken, dass die Intensität des zukünftigen Wirtschaftsverkehrs von der Wirtschaftskraft Sachsens abhängt. Uns fehlt zwar jegliche Erfahrung zum unmittelbaren Zusammentreffen von Beitrittsländern mit einem Wirt-

schaftsraum, der seinerseits erst vor zwölf Jahren – mit dem Beitritt zur Bundesrepublik – Teil der Europäischen Union geworden ist. Aber wir können jetzt schon davon ausgehen, dass die Osterweiterung mit jenem „Big Bang“ der deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Zuge der Wiedervereinigung nicht vergleichbar ist. Der erste und schwierigste Integrationsschritt ist damit längst getan.

Nicht nur die EU erweitert sich nach Osten, auch Sachsens wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Raum, ein neues Hinterland jenseits von Oder und Neiße. Je früher die Sachsen diesen Raum mit seinen Entfaltungsmöglichkeiten wahrnehmen, desto selbstverständlicher wird dann der eigentliche Vollzug der Erweiterung erscheinen. Die privatwirtschaftlichen Unternehmen, die privaten Haushalte, die Politik, die Institutionen auf europäischer, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene und die Wissenschaft mit ihrem – hier und heute wieder einmal bewiesenen – Selbstverständnis für Offenheit und Austausch sind die berufenen Akteure einer erfolgreichen weiteren Integration Sachsens.

## Tschechiens Weg nach Europa: Ein wirtschaftlicher und politischer Erfolg?

Jaroslav Jakš

### I.

Gesellschaftliche Veränderungen in Mittel- und Osteuropa nach 1989 riefen in vielen Schlüsselbereichen eine ganz neue Situation hervor: sowohl für die Staaten, die Jahrzehnte dem Einfluss der Sowjetunion ausgesetzt waren und den Sozialismus aufbauten, als auch für die gut etablierten Europäischen Gemeinschaften, die sich im Zeitraum der Vorbereitung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion befanden. Nicht nur die neuen politischen und wirtschaftlichen Eliten, sondern auch der größte Teil der weiten Öffentlichkeit hielten es für erforderlich und logisch, sich nach dem Entstehen der neuen innenpolitischen Verhältnisse an der Eingliederung in die bestehenden „westlichen“ Strukturen zu orientieren – vor allem in die Europäischen Gemeinschaften resp. in die Europäische Union. Hinsichtlich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik war es dann die Ausrichtung auf die NATO.

Die Motivierung der Öffentlichkeit für die EG/EU, das Rufen nach einem möglichst schnellen Beitritt – was in Tschechien praktisch gleich in den ersten Monaten nach der Wende zu hören war – beruhte natürlich nicht auf einer gründlichen Kenntnis der Mechanismen des Integrationsprozesses und erst recht nicht auf einer Durchdringung der inneren Widersprüche und Interessenskonflikte zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten. Das erklärt auch die beträchtliche Euphorie in Tschechien und den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas gegenüber der EU. Der weitere engere Kontakt mit der EU brachte sachlichere Erfahrungen und die Erkenntnis mit sich, die zu einer nüchterneren Beurteilung sowohl des eigentlichen Funktionierens des Integrationssystems, als auch der Auswirkungen des möglichen Beitritts führten. Trotz einer umfangreichen finanziellen Unterstützung für die Transformationsländer im Rahmen besonderer EU-Programme im Heranführungsprozess blieb ein Teil der tschechischen Öffentlichkeit unentschieden bei der Antwort auf die Frage, ob der Beitritt zur EU für die Tschechische Republik vorteilhaft wäre. Insbesondere die Ergebnisse der Meinungsumfragen (Eurobarometer) seit der Jahreswende 2000/01 bestätigen diesen Trend.

Ohne Zweifel bietet der insgesamt komplizierte Beitrittsprozess einerseits politische und finanzielle Vorteile. Andererseits fordert er auch die Erfüllung zahlreicher Verpflichtungen ein und unterliegt einem strikten Kontrollsystem. Die Gesamteinstellung der tschechischen Bevölkerung zu diesem Integrationsprozess wurde in den vergangenen Jahren dadurch geprägt, dass sie sich in vielerlei Hinsicht an den Auswirkungen der europäischen politischen und ökonomischen Zu-

sammenarbeit beteiligt hat – und das schon vor dem eigentlichen Beitritt zur EU. Der Bürger der Tschechischen Republik ist bereits Nutznießer zahlreicher Vorteile. Und auf die Frage, was ihm die Mitgliedschaft in der EU bringen würde, weiß er nach zehn Jahren in einer sich transformierenden, mehr oder weniger reichen und freien Konsumgesellschaft nicht, was der Beitritt noch zusätzlich bringen könnte. Er möchte klare Antworten auf folgende Fragen: Erhöht sich meine Rente? Bleibt die Miete konstant? Werden die Lebensmittel teurer? Komplizierte Diskussionen über die Konkurrenzherausforderung, das Bedürfnis einer weiteren Modernisierung der Wirtschaft, die Verankerung der Demokratie und Festigung der institutionellen Strukturen, geben leider nicht immer eindeutige und einfache Antworten.

Es gilt als sicher, dass die Verhandlungen der Tschechischen Republik und der EU-Mitgliedsstaaten erfolgreich bis Dezember 2002 abgeschlossen sein werden. Allerdings lässt sich diese Gewissheit nicht auf das Abstimmungsverhalten über den Beitritt beim Referendum im Juni 2003 übertragen. Bislang erscheint eine Mehrheit als eher ungewiss. Obwohl wir den Fall der Befürwortung als wahrscheinlicher betrachten, bleibt die Tatsache bestehen (die sich nicht nur auf Tschechien begrenzt), dass ein großer Teil der Öffentlichkeit Vorbehalte gegenüber der EU hat. Dies ist vor allem auf die Vermittlung vereinfachter Vorstellungen über das Funktionieren der Union und die Positionen der einzelnen Staaten auch durch die Regierung zurückzuführen. Strukturen und Prozesse wurden dadurch idealisiert und verklärt dargestellt. Wenn es dann zum Interessenskonflikt zwischen Mitglieds- und Kandidatenländer kommt (z.B. im Landwirtschaftssektor) und die Verhandlungen keinen Kompromiss bringen, sondern die Übernahme der Forderungen der einen Seite an ihrem Ende stehen, kann dies die Öffentlichkeit nicht nachvollziehen; sie interpretiert dies dann als eine beinahe feindliche Stellung der EU gegenüber dem Kandidatenland. Politiker und Regierung unternehmen nur wenig dafür, ihren Parteimitgliedern, den Wählern und der Öffentlichkeit die Positionen der EU-Mitgliedsstaaten und die finanziellen Aspekte des Beitrittsmanövers für die Jahre 2004 bis 2006 vor dem Hintergrund der Schlussfolgerungen des Berliner Gipfels des Jahres 1999 zu erklären.

### II.

Die Tschechische Republik musste sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre mit der (besonders komplizierten) Teilungsfrage der Tschechoslowakei abfinden, was zweifellos die politische Kraft absorbierte und gewissermaßen die Handlungsprämissen verschob. Zutreffend kann man sagen, und das ist auch die Meinung ausländischer Beobachter, dass Tschechen und Slowaken diesen Prozess sehr gut, aber vor allem konfliktlos bewältigten. Die beiden neu entstandenen Demokratien konnten somit im postsozialistischen Europa demonstrieren, dass die Staatenneugründung nach der Teilung eines föderativen Staates auf friedliche Art realisierbar ist. Und nicht nur das: Tschechien und die Slowakei

arbeiten in der weiteren Entwicklung des sich vereinigenden Europas zusammen, suchen gemeinsame Interessen, ohne dabei die Interessen der einen oder anderen Seite zu übersehen. Für den Transformationsprozess der Tschechischen Republik stand außer Frage, dass das tschechische Parlament und die Regierung im rechten Moment (wenn auch unter den letzten der Kandidatenländern) den Beitrittsantrag stellen würden. Tschechien war auch in der ursprünglich ersten Gruppe der Kandidatenländer, mit denen die EU Beitrittsverhandlungen aufnahm, und gehört trotz gelegentlicher Schwankungen und Kritik seitens der Kommission zu den zehn Staaten, die im Jahre 2004 Mitgliedsländer werden sollen.

Schon mit der Vorbereitung des Europavertrages Anfang der neunziger Jahre begann sich für die Tschechische Republik die institutionell-rechtliche Architektur der Union zu öffnen. Für die interessierte politische und wirtschaftliche Öffentlichkeit war klar, dass sowohl der eigentliche Beitritt zur EU, als auch der gesamte Heranführungsprozess gleichzeitig zum Rückgrat des Transformationsprozesses werden würden. Diese Erkenntnis verband sich mit dem Ziel, demokratische Veränderungen sowie eine pluralistische Marktwirtschaft und Gesellschaft aufzubauen. Im weiteren Verlauf bestätigte sich, dass die „road map“ der Europäischen Kommission, die unter anderem die schrittweise Übernahme des *acquis communautaire* durch die Kandidatenländer einschloss, vor allem der institutionell-legislativen Basis der Transformation unersetzliche Impulse, ja sogar eine Grundordnung gab. In einer so kurzen Zeit von fünf oder sieben Jahren wäre es ohne den „Druck aus Brüssel“ unmöglich gewesen, mit der Transformation so fortzuschreiten, wie es in den meisten Kandidatenländern passierte. Dahingehend waren die Erfüllung der einzelnen Verhandlungskapitel und die Kontrolle seitens der Mitgliedsländer durch die Kommission und den Rat die besten Verbündeten der Transformationsstrategie der nationalen Regierungen und Parlamente. Aber nicht jede der dortigen politischen Eliten gesteht dies ein. Für die EU kann es aber eine Genugtuung für die anstrengende Heranführungsperiode sein.

### III.

Der Weg der Tschechischen Republik in die Europäische Union hat seine ökonomische, politische, institutionelle und kultur-politische Dimension. In der eigentlichen Heranführungsperiode konnte sich Tschechien auf die industrielle Tradition berufen, die sicher bei der Herstellung einer Industriekultur und eines institutionellen Rahmens half. Wir möchten aber diesen Vorteil gegenüber den anderen Kandidaten nicht überschätzen. Auch mit den gesamten makroökonomischen Ergebnissen kann sich die Tschechische Republik nicht unter die „besten Schüler“ einreihen. In den Jahren 1997 bis 2001 registrierte Tschechien ein BIP-Wachstum von rund 1,1% – das geringste unter den Kandidatenländern (außer Rumänien). Dagegen wies beispielsweise die Slowakei im selben Zeit-

raum ein Wachstum von 3,3% auf, Polen 4,2%, Slowenien 4,2%, Ungarn 4,5%. Das Jahr 2001 brachte eine Steigerung auf 3,1% mit sich. Was das Wachstum der Inflationsrate betrifft, war es in der Tschechischen Republik in den Jahren 1997 bis 2001 mit einem Durchschnitt von 5,6% niedriger als in Polen (9,9%) oder Ungarn (12,4%) und Slowenien (8%). Im Jahre 2001 registrierte die Tschechische Republik eine durchschnittliche Inflationsrate von 4,5%. Die Situation auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen verschlechterte sich: in der Periode 1997 bis 2001 machte der durchschnittliche passive Saldo des Staatshaushalts ungefähr 3,8% des BIP jährlich aus; im Jahre 2001 waren es schon 5,5% des BIP.

Die Tschechische Republik bewältigte nach 1989 die Anpassung im Außenhandel gut. Derzeit gehen 69% des tschechischen Exports in die EU, wobei Deutschland der größte Abnehmer ist. Das Defizit im Handel mit der EU machte im Jahre 2001 nach Angaben von Eurostat rund 2,4 Milliarden Euro aus. Der jährliche Zufluss an Auslandsinvestitionen betrug im Jahr 2001 ungefähr 8,7% des BIP, was die Anteile der meisten Kandidatenländer, samt Ungarn und Polen, übertraf. In den Jahren 1997 bis 2001 hatte die Tschechische Republik eine relativ hohe Arbeitslosigkeit (7,1%). Dennoch hatte das Land damit im Kandidatenfeld eine gute Position. Die gesamte ökonomisch-soziale Stellung der Tschechen kann anschaulich mit dem BIP je Einwohner (KKS in Euro Kaufkraftstärke) ausgedrückt werden: Im Jahre 2001 waren es 13.300 Euro, was 57% des gegenwärtigen EU-Durchschnitts bedeutet. Diesbezüglich gehören Zypern, Slowenien und Malta zu den besten Kandidatenländern. Im Gegensatz dazu schneiden Ungarn (51%), Polen (40%) oder Estland (42%) schlechter ab, von den anderen gar nicht erst zu sprechen. Strukturpolitisch gesehen ist auch die relative Bedeutung des Agrarsektors für die Beschäftigung und die Gestaltung des BIP wichtig. Die Landwirtschaft in Tschechien hatte im Jahre 2001 einen Anteil an der gesamten Beschäftigung von 4,6% und am BIP von 4,2%, was mit dem gegenwärtigen EU-Niveau vergleichbar ist. Im Falle Sloweniens waren die Angaben 9,9%, resp. 3,1%; für Polen 19,2% resp. 3,2%; für Ungarn 6,1%, resp. 4,3%.

Auch aus den oben genannten unvollständigen Angaben<sup>1</sup> geht hervor, dass das Gesamtniveau der ökonomischen und industriellen Reife Tschechien zwar unter die reinen Empfänger einreicht, jedoch mit einem relativ begrenzten Zugang zu den diversen Fonds. Diese sind mit 45% auf das Agrarsegment und mit weiteren 35% auf Regionen mit niedrigerem ökonomischem Entwicklungsgrad gerichtet. Aus diesem Grund – im Gegensatz zu Polen oder weiteren Kandidaten – ist es notwendig, auch die tschechische Öffentlichkeit besser über die Zuteilungslogik der Haushaltsmittel zu informieren, die sich auf die Prioritäten der Gemeinsa-

<sup>1</sup> Grundlage dafür waren die Daten von Eurostat in den letzten aktuellen Übersichten der Europäischen Kommission im Strategischen Dokument 2002.

men Agrarpolitik und auf die ökonomisch weniger entwickelten oder sich transformierenden Regionen stützt.

Das relativ fortgeschrittene Tschechien wird einen nicht unwesentlichen Betrag leisten. Der wichtigste Vorteil des EU-Beitritts liegt allerdings hauptsächlich in der Möglichkeit der vollen Beteiligung am einheitlichen Binnenmarkt, obwohl für einige Fälle eine gewisse Übergangszeit vereinbart wurde. Zur Dramatik besteht aber keine Notwendigkeit, wie es oft in der tschechischen Öffentlichkeit geschah (unter anderem hinsichtlich der Mobilität der Arbeitskräfte, der direkten Unterstützung in der Landwirtschaft, der Binnenschifffahrt). Hinzu kommen solche Vorteile, die aus der institutionellen Verankerung der tschechischen gesellschaftlich-ökonomischen Transformation in den etablierten demokratischen Strukturen des westlichen Europas resultieren. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser institutionellen Verankerung zu quantifizieren, wäre schwierig. Diese könnten wahrscheinlich erst dann nachgewiesen werden, wenn sich die Tschechische Republik aus Gründen der inneren Ablehnung nicht für den Beitritt qualifizieren würde.

Die Teilnahme an Hunderten von Programmen und Aktivitäten im Rahmen der einzelnen Politiken der EU wird sich als ebenso vorteilhaft erweisen. Diese Politiken werden nämlich zur Modernisierung der Wirtschaft führen, sie stimulieren den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und beschleunigen die Demokratisierung der Gesellschaft, die Jahrzehnte lang durch die Regeln des totalitären Sozialismus unter der sowjetischen Vormundschaft geformt wurde.

#### IV.

Der Grad der Motivation und die Reflexion der EU in der breiten tschechischen Öffentlichkeit sowie in den anderen zehn neuen Mitgliedsländern werden sich durch den Beitritt zur Europäischen Union wesentlich ändern. Nüchternheit und Sachlichkeit werden an Bedeutung gewinnen, Euphorie und die oft naiven Erwartungen werden abnehmen. Übrigens hat der Prozess der Verfestigung der Einstellungen der tschechischen Bevölkerung zum EU-Beitritt bereits in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nach der Veröffentlichung der Kopenhagener Kriterien und vor allem nach der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen eingesetzt. Kapitel für Kapitel haben dokumentiert, wie strukturiert der ganze Mechanismus der Integration abläuft, wie verzweigt der *acquis communautaire* nach Jahrzehnten der Existenz der Europäischen Gemeinschaften ist und welcher großer Abstand zwischen dem EU-Niveau auf der einen Seite und dem Niveau eines Kandidatenlandes auf der anderen in vielen Bereichen herrscht. Diese Unterschiede scheinen dadurch überbrückt zu werden, dass der Prozess der legislativen Anpassung zwischen nationalem Rechtssystem und *acquis* im Großen und Ganzen – und mit enormer Hilfe der Kommission – gelungen ist. In beträchtlichem Maße handelt es sich um eine formale Anpassung; und es ist kein Wunder,

dass sich in den Berichten der Kommission in den letzten Jahren eine warnende Stimme erhebt, die den Bedarf einer wirklichen Implementierung der vereinbarten Klauseln betont. Die Europäische Union bereitet sich zudem auf ein ständiges *Monitoring* der Beitrittsländer vor. Die Einhaltung der Verpflichtungen soll so überwacht werden, was auch die Einführung von Sanktionen bei Nichterfüllung bedeuten würde.

Es haben diejenigen Recht, die behaupten, dass sich durch den EU-Beitritt faktisch nur wenig verändern wird. Nach fast fünfzehn Jahren Transformation werden schon viele Fragen im wirtschaftlichen Bereich, die die Eingliederung der tschechischen Wirtschaft und der Wirtschaft weiterer Beitrittsländer betreffen, im Wesentlichen gelöst sein. Das zeigen vor allem die Struktur des tschechischen Außenhandels, die Anwesenheit der ausländischen Firmen und des Auslandskapitals auf dem tschechischen Markt und umgekehrt ein sinkender Einfluss des „tschechischen“ Kapitals in Europa. Nach über einem Jahrzehnt haben beide Seiten viele Illusionen über ihre Möglichkeiten verloren. Ganz bestimmt trifft das auf die Einstellungen der Tschechen zur EU. Sie haben sich Anfang der neunziger Jahre zu optimistische Vorstellungen über die Europäische Union zu rechtgelegt, die allerdings auf Unkenntnis des tatsächlichen Funktionierens und der Komplexität der europäischen Integration basierten.

Mit Blick auf die jetzige EU-15 werden sich jedoch einige institutionelle Pflichten und Verbindlichkeiten ändern. Ein solidarisches Miteinander und weitsichtiges Auskommen werden zu Schlüsselqualifikationen im komplexen System der EU-Institutionen – vom Europäischen Rat bis zu den konsultativen Ausschüssen. Der quantitative Zuwachs verlangt großes Engagement und Meistern der Materie nicht nur seitens der Fachleute, sondern auch seitens der Politiker – und zwar sowohl auf der zentralen, als auch auf der regionalen Ebene. Die Fähigkeiten, das nationale (oder regionale) Interesse in den neuen Bedingungen in einem passenden Augenblick und auf eine geeignete Art und Weise zu artikulieren sowie das Werben um Verbündete für die Abstimmung im Rat und für weitere Aktivitäten in der Drei-Säulen-Union sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Mitgliedschaft in der EU. Eine erweiterte Union bedeutet viel mehr, als nur das ständige Reduzieren des Beitrittseffekts auf die Beiträge in den EU-Haushalt und die Zuschüsse aus dem EU-Haushalt, wie es in den Beitrittsländern häufig zu beobachten ist. Diplomatische Erfahrungen und qualifiziertes Personal werden dabei eine große Rolle spielen. Ohne Zweifel werden sich die notwendigen Qualifikationen im Laufe der Zeit einstellen. Zwar hat der Beitrittsprozess ein hohes Maß an neuem Wissen mit sich gebracht, was aber nicht ausreichen dürfte, um die neue Situation als Mitgliedsland gänzlich nachzuvollziehen.

Es wird oberste Priorität der Tschechischen Republik sein, ihre nationalen Interessen in allen Bereichen zu formulieren, die jetzt zu den verschiedenen Formen

der kommunitären Zusammenarbeit gehören. Dies sollten aber nicht ausschließlich die Standpunkte der Interessengruppen aus Landwirtschaft, Industrie und anderen Bereichen sind. Deren Ziele lassen sich in der heutigen EU ohnehin nicht eins zu eins durchsetzen. Genau solche Ziele müssen formuliert werden, die zu einer komplexen Entwicklung der tschechischen Wirtschaft, der tschechischen Gesellschaft sowie deren Modernisierung und Stärkung ihrer Wettbewerbsposition beitragen. Unter Umständen kann dies auch gegen die „schützenden“ Interessen der Lobbyisten geschehen, die eine modernisierende Adaptation verhindern und dazu kaum transparente Wege zwischen den Interessengruppen und der Legislative benutzen. Erst die Zukunft wird zeigen, welche Position die Tschechische Republik im neuen institutionellen Umfeld erwerben wird, unabhängig davon, wie viel Stimmen etwa bei der Abstimmung im Rat oder wie viel Abgeordnete im Europäischen Parlament ihr zustehen werden. Der Einfluss der kleinen EU-Länder wird davon abhängen, wie ausgeprägt ihre Fähigkeiten sind, zu kooperieren, an Interessenskoalitionen teilzunehmen und bilaterale Beziehungen mit ihren regionalen Nachbarn zu nutzen. Dort, wo es an diesen Fähigkeiten mangelt, wo die Angst vor dem Wettbewerb überwiegt, wo der unrühmlich bekannte tschechische Egoismus und Argwohn gegen einige große Länder weiter herrschen wird, dort könnten die wirklichen, modernen, tschechischen Interessen bedroht sein.

Nicht immer müssen die Noch-Kandidatenländer, und hoffentlich bald Neu-Mitglieder, vereint vorgehen. Ihre wirtschaftliche Bedeutung in der EU-25 ist gering, genauso wie ihr Beitrag zum EU-Haushalt. Auch ihre strukturelle Ausstattung, die Größe der Landwirtschaft und ihre geographische und geopolitische Rolle unterscheiden sich wesentlich von den Alt-Mitgliedern. Als vorteilhaft wird sich der Blick nach vorn erweisen, vorteilhafter als die alten, schon überwundenen regionalen Interessenskoalitionen zu konservieren, die sich in den letzten zehn Jahren als ein bedeutender Anreiz zur Zusammenarbeit nicht bewährt haben.

Nicht einmal nach einem EU-Beitritt werden sich die Rolle der nationalen Wirtschaftspolitik und Mechanismen verringern, die die Eingliederung des Landes in die EU-Struktur begleiten, die Erfüllung der Verbindlichkeiten kontrollieren und die unter den neuen Bedingungen geschickt und rechtzeitig das formulieren werden, was die Öffentlichkeit und der Konsensus der politischen Parteien für ein nationales Interesse halten. Genauso wichtig ist die Überzeugung aller – von den politischen Eliten bis zur breiten Öffentlichkeit –, „Europa“ nicht mehr als etwas Auswärtiges, Fremdes oder gar feindlich Konkurrierendes zu betrachten. Vielmehr steht die Durchdringung der inneren Entwicklungsstrategien der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Sphäre von nun an im Vordergrund.

Zusätzlich ist der EU-Beitritt nicht allein eine Sache der Verhandlungen und Anpassung der Legislative. Er ist zugleich der Beginn eines Wettbewerbs, der

eigentlich keine Neuigkeit mehr darstellt. Trotzdem wirkte bisher eine Reihe von wettbewerbshinderlichen Schutzmechanismen. Ein härterer Wettbewerb mit Beteiligung der tschechischen Wirtschaft wird für die gesamte Dynamik der Transformation nützlich sein. Gesteigerter Wettbewerb kann jedoch kurzfristig soziale Risiken verursachen, die die öffentliche Meinung in Opposition zur EU bringen könnten. Erfahrungen aus der Geschichte der EG/EU zeigen, dass der EU-Beitritt zwar die Teilnahme an den Quellen des EU-Haushalts im Einklang mit den Kriterien der entsprechenden Politiken sichert, aber dass er nicht automatisch wirtschaftliches Wachstum, Stabilität und Erhöhung des Wohlstandes mit sich bringen muss. Nur durch ein Zusammenspiel des Integrationsrahmens und der Effizienz der nationalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen kann z.B. das anhaltende Wirtschaftswunder Irlands seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erklärt werden. Der EU-Beitritt an sich reicht dazu nicht aus, wie das Beispiel Griechenlands verdeutlicht. Dies sollte gleichermaßen Lehre und Warnung für die Tschechische Republik und weiteren Beitrittsländer sein, wenn sie im April 2003 unter der griechischen EU-Präsidentschaft die Beitrittsdokumente unterschreiben.

Der momentan tagende Konvent sollte durch seinen Reformentwurf für die Gründungsdokumente der EG/EU in die Gestaltung der EU mit mehr als 25 Mitgliedsländern wesentlich eingreifen. Darüber hinaus müssen auf die Frage der Finalität ebenso Antworten gefunden werden. Für die Tschechische Republik und die anderen neuen EU-Mitgliedsländer erscheint es richtig zu sein, sich an den vorgeschlagenen Möglichkeiten der institutionellen Regelungen zu orientieren. Denn die neuen Mitgliedsstaaten würden durch ihre positive Einstellung hinsichtlich der Vorschläge zur Neugestaltung der EU-Institutionen und durch eine Ablehnung anderer Vorschläge signalisieren, in welche der Interessengruppen der EU-Länder sie sich einordnen. Wobei hier gar nicht die Größe des Landes oder seine Bevölkerungszahl entscheidend sind, sondern die Präferenz einer höheren oder niedrigeren Intensität der Integration nationaler Kompetenzen in die kommunitären Zuständigkeiten. Es bleibt anzunehmen, dass dieses Jahrzehnt für das weitere Schicksal der Europäischen Union eine entscheidende Rolle spielen wird. Die neuen Mitgliedsländer werden durch ihren Beitritt maßgeblich daran mitwirken und Zeugen dieses komplizierten Prozess werden.

## Arbeitsmarkt und Migration im tschechisch-deutschen Grenzraum<sup>1</sup>

Milan Jeřábek und Jaroslav Dokoupil

### 1. Grenzraum – Thema für geographische bzw. interdisziplinäre Forschung

Die Problematik der Grenze und die Verfolgung der Entwicklung im Grenzraum gehören zu den traditionellen Themen der Forschung von verschiedenen Fachgebieten und beeinflussen dabei oft die Anwendungsebene (praktische Politik). Neben der Literatur im geographischen Bereich findet man vor allem auch soziologische, historische, politologische und ökonomische Betrachtungen. Das Interesse an diesem Thema – in der Forschung und Praxis – ändert sich im Zusammenhang mit der Methodologie, aber manchmal auch unter dem Einfluss des realen sozioökonomischen und militärpolitischen Geschehens. Die Belegung dieser Problematik ist im Fall Tschechiens mit den Folgen der samtenen Revolution verbunden. Damals wurden ganz neue Themen erschlossen und die Knüpfung neuer Kontakte mit ausländischen Partnern möglich. Projekte sind auf die Stellung des Grenzgebietes in der Regionalentwicklung bezogen worden, unter Berücksichtigung der Einbindung der Tschechischen Republik in die europäischen Strukturen.

Begriffe wie Grenze, Grenzgebiet, Grenzregion, Euroregion, grenzüberschreitende/grenzübergreifende Zusammenarbeit bzw. Aktivitäten, grenzüberschreitende Regionalentwicklung, Nachbarschaft, -region, -land können als die häufigsten bezeichnet werden. Das Studium der Grenzproblematik ist oft auf politische bzw. geopolitische Fragen konzentriert. In unserem Fall geht es um die Berücksichtigung regionaler – insbesondere grenzübergreifender – Aspekte (z.B. durch Modellbildungen bei Haggett 1975, Regionalpolitik bei Meusburger 1975, Eigenschaften der Region bei Reháč 2000).

Im Vergleich zu anderen Gebieten ist die Grenzregion von der Grenze/Grenzlinie beeinflusst, d.h. der sog. Grenzeffekt ist hier sichtbar (z.B. Strassoldo-Graffenberg 1974, Seger, Beluszky 1993). Der Entwicklung der Situation im konkreten Raum nähern wir uns am Beispiel der tschechisch-deutschen Grenze (Dokoupil 2002). Das tschechisch-deutsche Grenzgebiet war beiderseitig (vor allem im böhmisch-bayerischen Abschnitt) als Peripherie charakterisiert. Es wurde durch den Brückeneffekt geprägt, die Grenze wirkte als Barriere. Die Veränderungen in den 1990er Jahren steuerten zur Erhöhung der Durchlässigkeit der Grenze in Richtung ihrer Kontaktfunktion (einschl.

<sup>1</sup> Dieser Beitrag entstand durch die Förderung des Projektes der Grantagentur der TschR Nr. 205/02/0321. Beide Autoren danken für die finanzielle Unterstützung.

Diffusionseffektes) bei. Die Brückenfunktion zwischen den Kern-/Zentralregionen bzw. dem Westen und Osten wurde aber paradoxerweise verstärkt. Eine bestimmte Rolle spielt auch der Grenztyp: es handelt sich um eine Asymmetrie in den grenzüberschreitenden Beziehungen.

Andererseits ist der funktionalen Beschränkung des Grenzraumes und der Beobachtung der Entwicklung in diesem Gebiet relativ wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. Daher sollten diese Gebiete „mehrschichtig“ betrachtet werden (Jeřábek 2002): Grenzraum als Bestandteil des Staates (d.h. von der Grenze ins Binnenland), Grenzraum aus zwei nationalen Teilen bestehendes Gebiet (d.h. Verknüpfung mit dem Nachbargebiet), Grenzraum als Ganzes (d.h. Einbindung in die hierarchische Ordnung höherer Stufe). Dabei werden verschiedene Ansätze benutzt (Hansen 1981, Leimgruber 1980, Havlíček 2002). Am häufigsten spricht man von geometrischer, administrativer oder subjektiver Begrenzung. Die Kombination aller Gesichtspunkte erscheint dabei am sinnvollsten.

Die Lösung der Grenzproblematik verlief lange Zeit unter der Regie einzelner Staaten. Als gesamteuropäisches Thema hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Regionalpolitik in den 1980er Jahren durchgesetzt: es entstand die Arbeitsgemeinschaft der Europäischen Grenzregionen (AGEG), es wurde die Europäische Charta der Grenzregionen verabschiedet. In der Vergangenheit wurde die Zusammenarbeit auf einzelne, spezifisch von der Grenze ausgehende Probleme ausgerichtet: z.B. die Verkehrsinfrastruktur, die Zusammenarbeit im Bereich Kultur und Sport, die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Später kam die Notwendigkeit hinzu, die Entwicklung komplex bzw. integriert zu betrachten.

Unter den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen spielt die Geographie eine der wichtigsten Rollen. Der Grund dafür ist der ganzheitliche Charakter dieser Fachwissenschaft und die Fähigkeit, verschiedene Kenntnisse und Ansätze anzuwenden. Neben den sog. harten Daten (statistischen Informationen) können wir auch mit sog. weichen, aus empirischen Untersuchungen stammenden Informationen arbeiten. In unseren Untersuchungen konzentrieren wir uns auf bestimmte Zielgruppen: die einheimische Bevölkerung (z.B. in den Partnerstädten Kraslice und Klingenthal) oder die Vertreter der verschiedenen Institutionen – kommunale Selbstverwaltung, Arbeitsämter, Unternehmer, Experten im Bereich Raumordnung und Regionalpolitik. Bei der Durchführung unserer empirischen Erhebungen gehen wir von eigenen Erfahrungen und ausländischen Arbeiten (Jurczek, Güntner 1994, Heller 1995, Stallhofer 2000, Kollár 2000 usw.) aus. Konkrete Ergebnisse unserer Grenzforschung werden im dritten Teil dieses Beitrags präsentiert.

## 2. Geographisches Forschungsprojekt – Inhaltliche Ausrichtung, Hypothesen, Forschungsfragen

Im Jahr 1998 begann die Zusammenarbeit der tschechischen Grenzraumforscher. Geographen aus der Akademie der Wissenschaften, der Westböhmisches Universität, der Karls-Universität, der Masaryk-Universität, der Universität von Ostrava haben bisher drei Projekte bearbeitet, die vom Außenministerium der Tschechischen Republik und der Grantagentur gefördert wurden. Während die beiden ersten Forschungsvorhaben allgemein bzw. ganzheitlich orientiert waren – auf die Stellung des Grenzgebietes in der Regionalentwicklung und die Bedeutung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten – hat das gegenwärtige Projekt ein konkretes Thema: *Arbeitsbedingte Migration als Bestandteil des internationalen (grenzüberschreitenden) Arbeitsmarktes Tschechiens im Kontext der europäischen Integration*. Im weiteren Text möchten wir die dabei ermittelten Ergebnisse vorstellen.

Die Bedeutung der Migration wächst gegenwärtig, was mit dem Altern der Bevölkerung zusammenhängt. In dieser Situation wird die Migration zum einzigen Träger des tatsächlichen und potenziellen Populationszuwachses einschließlich ihrer räumlichen Distribution bzw. Redistribution. Die Binnenwanderung (im Sinne innerstaatlicher Ströme) sowie Außenwanderung bzw. äußere/internationale Migration (Populationszuwachs dank Ausländerzunahme) steigen an. Wanderungsgewinne kann man als Indikator einer positiven sozioökonomischen Entwicklung verstehen. Dabei unterscheiden wir verschiedene Typen der Mobilität, die kombinierbar (zeitlich, räumlich, inhaltlich) sind. Die Bevölkerungswanderung stellt auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Globalisierung einen wichtigen Bestandteil der internationalen Integrationstendenzen dar.

Die Veränderungen in der Gesellschaft und Wirtschaft der 1990er Jahre brachten daher für unser Land eine ganz neue Situation hinsichtlich verschiedener Aspekte. Die Tschechoslowakei bzw. Tschechien öffnete ihre Grenzen nach Westen und nach Osten. So trat ein Anstieg internationaler (grenzüberschreitender) Bewegungen ein – von Personen, des Kapitals, der Waren und der Dienstleistungen (im Einklang mit der EU-Terminologie). Durch seine zentrale Lage ist Tschechien zur Vermittlung internationaler Kontakte prädestiniert. Der Raum in der Mitte Europas ist für Bürger aus Staaten im Osten unserer Republik attraktiv. Dagegen nutzen einige Tschechen die Möglichkeit, in „westlichen“ bzw. den Nachbarländern zu arbeiten. Die politische Liberalisierung, die Bewegungsfreiheit, zusammen mit dem ungleichen ökonomischen Niveau in den EU-Mitglieds- und Beitrittsstaaten führen zur Entstehung der Arbeitsmigration, die früher fast nicht existierte (Horáková, Drbohlav 1998). Tschechien ist so gleichzeitig ein Aus- und Zuwanderungsland. Im ersten Fall handelt es sich nur um bestimmte Bevölkerungsgruppen (Experten) bzw. Regionen (Grenzraum), im zweiten Fall kommen Personen aus ökonomischen, politischen und militärischen

Gründen nach Tschechien. Sie bleiben entweder nur kurz auf ihrer Reise weiter nach Westen (Transit) oder spontan bzw. zwangsweise bei uns (Tschechien als Zielland). Die Arbeitsmigration ist relativ schnell ein typisches Phänomen für Mittelosteuropa geworden, wo mit Tschechien, Polen und Ungarn eine sog. Pufferzone entstand (Wallace, Chmuliar, Sidorenko 1995).

In Tschechien sind rund 200 Tsd. Ausländer statistisch registriert (davon zwei Drittel ökonomische Migranten). Dazu kommen noch ca. 100-200 Tsd. nicht registrierte, illegale Migranten und 100-150 Tsd. Transitmigranten. Durch die Zuwanderung profitiert Tschechien, da der Ausländerstrom auf dem tschechischen Arbeitsmarkt den Weggang tschechischer Arbeiter kompensiert. Bei beiden Wanderungsrichtungen kann man von einem selektiven Prozess sprechen, der nur bestimmte Populationsgruppen umfasst. Emigranten aus Tschechien sind durch eine höhere Qualifikation charakterisiert und nehmen im Sinne des Sozialstatus eine bessere berufliche Stellung als die Immigranten ein. Wir können somit die sog. Wanderungssukzession erkennen, die aus der europäischen Geschichte bekannt ist. Einen Arbeitsplatz im Ausland suchen meistens Leute, die auch auf dem heimischen Arbeitsmarkt ohne Probleme vorwärts kommen würden. Bei Migranten sinkt oft der Qualifikationsstand, während ihre Adaptionfähigkeit, Flexibilität und Produktivität wächst. Sie haben auch geringere Ansprüche an Arbeitsumfeld, Wohnniveau oder Verpflegung.

Tab. 1: Ausländer in Tschechien nach Staaten 2001 (stand: 31.12.2001)

Herkunftsland	Insgesamt		Aufenthalt			
	In Tsd.	davon Frauen (in %)	ständig** (in Tsd.)	%	langfristig*** (in Tsd.)	%
Ukraine	44,2	38	8,6	19	35,6	81
Slowakei	24,5	33	9,6	39	14,9	61
Vietnam	22,4	37	8,1	36	14,3	64
Polen	16,2	57	11,5	71	4,7	29
Russland	11,2	53	3,7	33	7,5	67
Deutschland	4,3	31	2,4	56	1,9	44
Insgesamt***	163,8	39	63,4	39	100,4	61

\*\* Aufenthalt länger als ein Jahr

\*\*\* mit Einreisegenehmigung (länger als 90 Tage)

Quelle: ČSÚ, Cizinci v ČR / Foreigners in the Czech Republic 2002

**Tab. 2: Ausländer in Tschechien nach ausgewählten Bezirken und Zweck des Aufenthaltes 2001\***

Bezirk	Unternehmen/ Gewerbe (%)	Teilnahme/ Rechtspersonen (%)	Beschäftigung (%)	Ansiedlung/ Bewilligung (%)	Familienan- gehörige (%)	Insgesamt (Tsd.)
Pilsen / Pilsen	31	12	13	16	23	8,1
Karlovy Vary/ Karlsbad	33	7	6	24	27	9,4
Ústí n. L./ Aussig	23	8	8	23	34	12,8
Liberec / Reichenberg	17	4	22	13	39	7,2
Nachbarn zur BRD insgesamt	26	8	11	20	31	37,5
Tschechien insgesamt	18	15	20	14	29	163,8

\* Stand: 31.12.2001 (Aufenthalt länger als ein Jahr)  
Quelle: ČSÚ, Cizinci v ČR / Foreigners in the Czech Republic 2002

**Tab. 3: Ausländer in den Nachbarkreisen Tschechiens zu Deutschland\***

Kreis	Berufsausübung		Aufenthalt	
	Beschäftigte (mit Arbeitserlaubnis)	Gewerbetätigkeit	ständig**	langfristig***
Prachatice	167	265	286	362
Klatovy	252	407	376	735
Domažlice	204	240	340	546
Tachov	108	811	658	1.251
Cheb	452	1.970	1.932	2.387
Karlovy Vary	120	2.262	2.376	3.579
Sokolov	212	304	901	769
Chomutov	115	1.062	1.251	1.130
Most	380	485	830	832
Teplice	195	784	1.701	1.250
Ústí n. L.	141	709	1.121	1.819
Děčín	278	1.176	1.524	964
Česká Lípa	209	329	1.156	432
Liberec	1.624	835	1.357	2.581
Nachbarn zur BRD insgesamt	4.457	11.639	15.809	18.637
Tschechien	40.097	64.000	69.816	140.978

\* Stand: 31.12.2001

\*\* Aufenthalt länger als ein Jahr

\*\*\* mit Einreisegenehmigung (länger als 90 Tage)

Quelle: ČSÚ, Cizinci v ČR / Foreigners in the Czech Republic 2002

Die Arbeitswanderung ist vor allem auf die Entwicklungspole, d. h. die großen Siedlungszentren (Prag und andere Großstädte) bzw. das Grenzgebiet konzentriert. Gerade die Kontaktgrenze mit den wirtschaftlich hoch entwickelten Staaten bedeutet eine unmittelbare Beeinflussung unseres Arbeitsmarktes durch Besucher und Investoren (Dokoupil, Toušek 2001). Umgekehrt ist an der Grenze zu Polen und der Slowakei ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Bürgern aus den Nachbarstaaten auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen. Die ausländischen Arbeitnehmer kann man dabei wie folgt unterscheiden: solche mit Arbeitserlaubnis, solche mit Gewerbebefugnis und Illegale. Die Struktur der ausländischen Arbeitnehmer in Tschechien ist in sozialer und kultureller Sicht sehr mannigfaltig. Personen aus verschiedenen Staaten besetzen typische Nischen am Arbeitsmarkt (Ukrainer, Polen, Vietnamesen, Amerikaner, Briten usw.).

Die EU-Erweiterung um die mittelosteuropäischen Staaten wird wahrscheinlich auch die Arbeitsmärkte in den Nachbarstaaten (Deutschland, Österreich, Italien) verändern. Wissenschaftler aus diesen Staaten bemühen sich, das Ausmaß der potenziellen Ab- bzw. Zuwanderung zu schätzen (z.B. Fassmann, Hintermann 1997, Hlava 1999, Birner, Huber, Winkler 1999). Dabei wird überwiegend davon ausgegangen, dass die westlich an Tschechien angrenzenden Gebiete primär profitieren dürften (Maier, Dittmeier, Sehič 1998). Die Wanderungen im Grenzraum sind im Vergleich zum Binnenland durch größere Heterogenität, unterschiedliche Formen und intensivere Zirkulation (immer kürzere Zeiträume) geprägt. Als wichtiger und interessanter Aspekt des Grenz migrationsmodells tritt die Verbindung einzelner Mobilitätsformen hervor. Wir sprechen dabei von der Anfangsphase der Schaffung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes. Wir unterscheiden z.B. den Handel mit ausländischen Firmen, die Ansiedlung ausländischer Unternehmen oder ihrer Tochterfirmen und nicht zuletzt die Arbeitsaufnahme im Ausland. Die Angaben für Tschechen, die im Ausland arbeiten, sind nur wenig aussagekräftig. Es handelt sich eher um Schätzungen verschiedener Institutionen auf beiden Seiten der Grenze. Trotzdem kann man sagen, dass die Welle des Interesses am Arbeiten im Ausland schon in der Mitte der 1990er Jahre ihren Höhepunkt erreicht hat. 1995 arbeiteten in Deutschland rund 20-25 Tsd. Bürger aus Tschechien. Das Pendeln wird von der tschechischen Bevölkerung positiv gesehen (Jeřábek 1998).

In unserem neuen Projekt („Geogrant Grenzgebiet II“) möchten wir die konkreten Probleme der Wanderungsprozesse sowohl empirisch untersuchen als auch die dabei gewonnenen Ergebnisse mit den Erkenntnissen der Migrationstheorien vergleichen. Hinsichtlich der theoretischen Ansätze werden wir wie folgt vorgehen:

1. Das klassische „Push-pull“-Konzept ist entscheidungsorientiert angelegt, dabei werden die Bedingungen in den Quell- bzw. Zielgebieten (auf der Makro- und Mikroebene) analysiert.

2. Oft handelt es sich um einen fortschreitenden Übergang von kurzfristiger Migration zum langfristigen Wohnortwechsel. Zuerst wandern in der Regel männliche Arbeitskräfte ab, später ziehen die Familienmitglieder nach.
3. Die Theorie „Cumulative causation“ geht von einer Veränderung des ökonomischen, sozialen und psychologischen Milieus aus. Dabei verändern sich auch die Ströme der Migration und die Struktur der Migranten.
4. Wir werden auch institutionelle und Vernetzungstheorien überprüfen. Als sehr wichtig sehen wir zwischenmenschliche Beziehungen zwischen Migranten und Landsleuten (Verwandten, Bekannten, Freunden) an.
5. In der Forschung setzt sich auch das Prinzip des Dualmarktes (primär, sekundär) durch. Für Ausländer sind oft ein niedriger Lohn, instabile Arbeitsbedingungen und ein niedriger Sozialstatus typisch.
6. Ebenso interessieren wir uns für die Beziehungen der einheimischen Bevölkerung zu den Ausländern in ihrem Land. Wie wirken eigene Erfahrungen auf die Haltung der tschechischen Einwohner?

Die Forschungstätigkeit werden wir auf mehreren hierarchischen Ebenen durchführen. Die höchste Ebene stellen der europäische Kontinent bzw. der mitteleuropäische Raum (Nachbarstaaten) und die nationale Ebene (Tschechien) dar. Unsere Aktivitäten konzentrieren sich auf die Regionalebene, die durch Bezirke, Kreise oder Mikroregionen geprägt ist. Fünf Forschungsstellen werden in den fünf Modellregionen eingerichtet: Euroregion Elbe/Labe, Westböhmen (Kreise Plzeň und Cheb), Bezirk Praha und Mittelböhmen, Südostmähren (Brno und Hodonín) und Bezirk Ostrava. Die unterste Ebene ist durch Unternehmen (besonders die mit ausländischen Eigentümern oder Beschäftigten) vertreten, aber auch durch Einzelpersonen, die am grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt mitwirken (individueller Aspekt).

Die Ziele des Projektes können wie folgt zusammengefasst werden:

- a) Erkenntnis über die Mechanismen der Schaffung eines internationalen (grenzüberschreitenden) Arbeitsmarktes als Bestandteil der Integration der Tschechischen Republik in die EU
- b) Analyse der Situation am Arbeitsmarkt und die damit verbundene Migration in den ehemaligen Kandidatenländer (z.B. Österreich) vor dem EU-Beitritt
- c) Beurteilung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Bezug auf die Migration und das Verhalten am Arbeitsmarkt, z.B. im Binnenland und im Grenzgebiet, zu den EU-Staaten und zu den Beitrittsländern (Polen, Slowakei), die zu einer Typologie der entsprechenden Grenzabschnitte führen

- d) Prognose der zukünftigen Entwicklung der arbeitsbedingten Wanderungen nach dem EU-Beitritt Tschechiens mit Einflüssen auf den nationalen und internationalen Arbeitsmarkt sowie Vorschlägen möglicher Problemlösungen
- e) Feststellen von Risiken und Chancen für konkrete Räume (Makroansatz) bzw. für ausgewählte Akteure (Mikroansatz).

**Tab. 4: Forschungsschwerpunkte, Hypothesen und Fragestellungen als Grundlagen für die empirische Untersuchung „Geogrant des Grenzgebietes II“**

#### A. MOBILITÄT – MIGRATION

1.	Gegenseitige Verknüpfung zwischen verschiedenen Typen der Bevölkerungsmobilität (innere Wanderung, internationale Wanderung, Pendler, „Arbeitsreisen“)
2.	Hauptmotive der Migranten (innere Wanderung, internationale Wanderung, Pendler) in Bezug auf Herkunfts- und Zielort
3.	Bedeutung der Beziehung von Mobilität zu Lage- und Struktur Faktoren (westliches vs. östliches Grenzgebiet, hochentwickelte vs. unterentwickelte Gebiete)
4.	In welcher Größenordnung ist die Mobilität spontan und individuell bzw. von Organisationen (Subjekten) organisiert?
5.	Welche Rolle spielen bei der Mobilität sog. Sozialnetze (Anknüpfung an Verwandte, Bekannte am Herkunftsort und an die einheimische Bevölkerung am Zielort)?
6.	Direkter und indirekter Einfluss der Legislative auf die Bevölkerungsmobilität

#### B. MOBILITÄT – ARBEITSMARKT – PENDLERVERKEHR

7.	Zusammenhang zwischen der Mobilität der Bevölkerung und der Arbeitsmarktstruktur (Branchen, Bildung, Qualifikation, Alter)
8.	Beziehung zwischen der Mobilität der Bevölkerung und der Arbeitsmarktsituation (Arbeitslosenquote, freie Arbeitsplätze etc.)
9.	Ist der Pendler (kurzfristige Mobilität) eine Vorstufe der langfristigen

	Mobilität bzw. der endgültigen Ansiedlung?
10.	Welche Position im Arbeitsmarkt nehmen Migranten und Pendler ein (in Tschechien bzw. im Ausland, Prestige, sozioökonomischer Status)?
11.	Welchen Effekt hat das Pendeln auf den Migranten selbst bzw. auf seine Umgebung (Wohnort)?
12.	Arrangieren sich die Familien der Migranten bzw. Pendler?
13.	Verhältnis zwischen den grenzüberschreitenden und innerstaatlichen Beziehungen

#### C. AUSLÄNDER – ARBEITSMARKT

14.	Verhältnis der legal und illegal eingereisten Ausländer am Arbeitsmarkt
15.	Typische ökonomische Aktivitäten einzelner ethnischer Gruppen, deren Organisation, Beschäftigung, räumliche Verteilung
16.	Demographische Struktur von Ausländern, Modelle der Familiengestaltung
17.	Kontakt der einheimischen Bevölkerung zu den Ausländern: Wirkung, Einflüsse, Erfahrungen etc.

#### D. VERGLEICH – PERSPEKTIVEN

18.	Vergleich der Situation Tschechiens und anderer Beitrittsländer (z.B. Polen, Slowenien)
19.	Voraussichtliches zukünftiges Verhalten der tschechischen Bevölkerung unter neuen Bedingungen
20.	Wie kann die Migration den Charakter des Arbeitsmarktes in der Zukunft verändern?
21.	Gibt es eine Veränderung des Arbeitsmarktes im Grenzgebiet nach dem EU-Beitritt Tschechiens?

### 3. Derzeitiger Stand der geographischen Forschung zur vorliegenden Problemstellung

Dank der guten Erfahrungen bei der vorausgegangenen Projektförderung wird auch diesmal die Bibliographie thematisch bearbeitet. Die Literaturlauswahl konzentriert sich sowohl auf die tschechische als auch auf die Situation im Ausland.

Die Forschungsthemen werden auf Grund des Literaturstudiums zur Migrationsproblematik und zum Arbeitsmarkt konzipiert und in den Diskussionen bei den Projekttreffen abschließend formuliert. Die Themen sind als prägnante Konkretisierungen allgemein formulierter Ziele der Projektförderung anzusehen. Sie wurden angesichts des Umfangs und der thematischen Breite in die folgenden Schwerpunktthemen gegliedert.

Der zentrale Punkt des Themas *Mobilität – Migration* ist die gegenseitige Verknüpfung der verschiedenen Mobilitätstypen der Bevölkerung (Innen- und Außenmigration, beruflicher Pendlerverkehr). Die Hauptmotive der Migranten (Innen- und Außenmigranten, Pendler) werden aus der Sicht der Herkunfts- und Zielregion betrachtet. Weiterhin werden die Spontaneität und Individualität bzw. die Organisation der Mobilität von Einwohnern in ausgewählten Gebieten untersucht. Zur Forschungsthematik gehört auch die Frage, welche Rolle die Sozialnetze (Bindungen zu Verwandten, Freunden und Bekannten im Herkunftsgebiet sowie Kontakte zur Bevölkerung am Zielort) oder die direkten bzw. indirekten Einflüsse der Legislative auf die Mobilität der Einwohner haben. Geographisch von Bedeutung ist auch die Untersuchung der Mobilität zu den Faktoren Lage und Struktur (westliches vs. östliches Grenzgebiet, hoch entwickelte vs. rückständige Gebiete) in verschiedenen Landesteilen.

Das Thema *Mobilität – Arbeitsmarkt – Pendlerverkehr* ist sehr aktuell, vor allem in den Grenzregionen der EU-Länder. Die Forschung ist auf den Zusammenhang zwischen Mobilität, Bevölkerung und Struktur des Arbeitsmarktes (Ausbildungs-, Qualifikations- und Altersstruktur) konzentriert, ebenso wie auf die Situation am Arbeitsmarkt (Arbeitslosenquote, freie Arbeitsplätze). Eine intensiv diskutierte Frage ist die Bedingtheit des Pendlerverkehrs (kurzfristige und längerfristige Mobilität) und eine ihrer möglichen Folgen (dauerhafte Niederlassung im Ausland). Dabei ist es notwendig zu erforschen, welchen Einfluss die Pendlersituation auf den Migranten selbst und auf die Situation an seinem ständigen Wohnsitz hat. Das Verhältnis zu den grenzüberschreitenden und den inländischen Bindungen ist auch hier von Bedeutung.

Das Thema *Ausländer – Arbeitsmarkt* umfasst die Entwicklung und Perspektiven des Arbeitsmarktes in den Grenzregionen. Unser Interesse ist dem Verhältnis der legal und illegal eingereisten Ausländer auf dem Arbeitsmarkt, den typischen ökonomischen Aktivitäten der einzelnen Nationalitäten, deren Organisati-

on, Beschäftigung, Lokalisation und demographischer Struktur gewidmet. Aus verschiedenen Gründen ist zugleich die Festlegung des Ausländeranteils in Bezug auf die einheimische Bevölkerung von Bedeutung.

Das Thema *Vergleich – Perspektiven* konzentriert sich einerseits auf einen Vergleich der derzeitigen und zukünftigen Situation Tschechiens mit anderen Beitrittsländern (z.B. Polen, Slowenien), andererseits auf die Entwicklungsperspektiven der Migration und des Arbeitsmarktes. Auch die Fragen zum mutmaßlichen Verhalten der tschechischen Bevölkerung unter den neuen Bedingungen, ob die Migration in der Zukunft den Charakter des Arbeitsmarktes verändert und wie sich dieser nach dem Beitritt Tschechiens zur EU verändern wird, sind wichtige Aspekte der Projektarbeit.

Mehrere Akteure sind an den empirischen Erhebungen beteiligt. Das Institut für "Meinungsumfragen an der Soziologischen Anstalt AV" wird die Befragungen der tschechischen Einwohner durchführen. Dabei ist eine gesamtstaatliche Erhebung vorgesehen, wobei das Ziel, die Situation im Grenzgebiet im Vergleich zum Binnenland zu erfassen, erfüllt wird. Auf der Mesoebene werden die regionalen Analysen realisiert. Als spezifische Zielgruppen werden Pendler und Ausländer, die in einem tschechischen Arbeitsverhältnis stehen, befragt.

### 4. Weitere Quellen – Materialien des Forschungsinstituts für Arbeit und Soziales

Die Ergebnisse des Forschungsinstituts für Arbeit und Soziales in Prag sind eine bedeutende Informationsquelle für die behandelte Problematik. Vor allem die Publikation „Das Migrationspotential des Grenzgebietes zwischen Tschechien und Deutschland“ aus dem Jahre 2002 enthält detaillierte Primärinformationen potenzieller tschechischer Migranten aus dem deutsch-tschechischen Grenzgebiet, da diese Forschungsstudie das Meinungsbild der Bevölkerung im deutsch-tschechischen Grenzgebiet zu den Migrationstendenzen ausgewertet hat. Unter dem Einfluss des ökonomisch hoch entwickelten Nachbarn sind in dieser Region vielfältige Effekte erkennbar (Dokoupil 2000). Die Studie konzentriert sich deshalb auch darauf, die Migrationstendenzen der Bevölkerung aus der deutsch-tschechischen Region mit jenen aus den restlichen Gebieten des Landes zu vergleichen. Die Befürchtungen Deutschlands und Österreichs, die mit dem Beitritt Tschechiens in die EU und der daraus resultierenden, bisher nicht kalkulierbaren Zuwanderung tschechischer Arbeitskräfte in deren grenznahe Regionen zusammenhängen, erhöhen den Untersuchungsbedarf in den Grenzgebieten zu beiden Staaten.

Die Ergebnisse der Studie bestätigen, dass im Wesentlichen dieselben Migrationstrends bei der Bevölkerung erkennbar sind; unabhängig davon, ob diese im Einflussbereich der deutsch-tschechischen Grenze oder den übrigen Regionen der Tschechischen Republik lebt. Dies gilt sowohl für den Umfang der Migrati-

on als auch für deren Struktur. Die meisten der hierzu befragten Personen erwägen keinen Umzug ins Ausland, sondern rechnen mit einer Beschäftigung auf dem einheimischen Arbeitsmarkt. Ungefähr ein Sechstel der Befragten hat sich zur Migration ins Ausland positiv geäußert. Bei dieser Gruppe kann man voraussetzen, dass nicht alle ihr Vorhaben verwirklichen, denn die meisten haben bis jetzt keine konkreten Schritte zur Realisierung ihrer geäußerten Absicht unternommen. Ihr Vorhaben bleibt somit auf der Ebene verbaler, theoretischer Erwägungen und gleicht eher Wunschvorstellungen. Nach den Ergebnissen des Forschungsinstituts schwankt der Umfang der potenziellen Migranten im deutsch-tschechischen Gebiet im Bereich von 30 bis 40 % der Personen, die die Migration in Betracht ziehen.

Analysiert man die geäußerten Abwanderungsvorsätze, so ergibt sich eine überwiegende Orientierung auf eine zeitweilige Migration. Zur dauerhaften Migration neigt etwa nur ein Zehntel der potenziellen Migranten, von denen ein Viertel die überseeischen Länder bevorzugen würde. Falls allerdings das Migrationsmotiv in einem schnellen und ökonomischen Erfolg auf dem ausländischen Arbeitsmarkt beruht, überwiegt auch hier die vorübergehende Arbeitsmigration (Aufenthalte bis zu einem Jahr).

Das bedeutendste Zielland für die potenziellen Migranten aus der gesamten Tschechischen Republik ist Deutschland. Im deutsch-tschechischen Grenzgebiet ist das Ausmaß dieses Interesses erwartungsgemäß am höchsten. Im Falle der Verwirklichung des Migrationvorhabens würde die Hälfte der potenziellen Migranten aus dem Grenzgebiet in die BRD gehen (nach den Ergebnissen des Forschungsvorhabens handelt es sich um etwa 3% der befragten Personen). Die Befragungsergebnisse weisen darauf hin, dass das Interesse für das benachbarte Deutschland fast gleichmäßig auf drei Grundmigrationsformen verteilt ist. Es handelt sich um die grenzüberschreitende, tägliche Fahrt, um eine saisonale Beschäftigung und um die Tätigkeit tschechischer Bürger zum Erwerb einer höheren beruflichen Qualifikation (siehe Tab. 5). Man kann also den Pendlerverkehr nicht als die verbreitetste Form der Arbeitsmigration nach Deutschland betrachten.

**Tab. 5: Art des Arbeitsaufenthaltes der potenziellen Migranten Tschechiens in der Bundesrepublik Deutschland**

Art	Absolute Zahlen (in Tsd.)	%
Pendlerverkehr*	66	29,2
Saisonbeschäftigung**	60	26,6
Vereinbarung über die gegenseitige Beschäftigung***	59	26,3
Werkvertrag****	24	10,6
Andere Gründe	16	7,3
Insgesamt	277	100

\* *Bilaterales Abkommen zwischen der Tschechischen Republik und der BRD, das den tschechischen Bürgern unter der Bedingung täglicher Rückkehr in die Tschechische Republik ermöglicht, in der deutschen Grenzregion zu arbeiten.*

\*\* *Beschäftigung tschechischer Bürger für die Dauer von höchstens 3 Monaten im Jahr*

\*\*\* *Gegenseitige Beschäftigung hilft den Bürgern beider Länder, ihre fachlichen und sprachlichen Kenntnisse zu vervollkommen*

\*\*\*\* *Freistellung tschechischer Bürger aus betrieblichen Gründen nach Deutschland im Rahmen von Werkverträgen*

Quelle: (Vavrečková 2000a, b)

Die Befürchtungen, der Arbeitsmarkt der Nachbarländer würde zum starken Nachteil der Einheimischen zu sehr belastet, erweisen sich auf Grund der Studie des Prager Forschungsinstituts als unbegründet. Das Ausmaß einer dauerhaften Migration ist realistisch und, zahlenmäßig betrachtet, ohne große Bedeutung, zumal von den potenziellen Migranten mehr als die Hälfte keine Vorstellung über die zeitliche Dauer ihres Auslandsaufenthaltes hat. Werden die Äußerungen dieser Personen analysiert, kann man schlussfolgern, dass ein dauerhafter Auslandsaufenthalt nicht allein auf die Arbeitsmigration, sondern auch auf andere Zusammenhänge zurückzuführen ist. Die Migrationspräferenz für angloamerikanische Staaten korreliert mit der zunehmenden Bedeutung, die Englischkenntnissen in Tschechien zuerkannt werden. Österreich – unser zweiter Nachbar aus der EU – ist nach der Prager Erhebung als Zielland seitens der tschechischen potenziellen Migranten von unerheblicher Bedeutung.

Die Analyse der Gründe für Migrationsabsichten ergeben identische Migrationsmotive für die zeitlich begrenzte Auslandsmigration. Es sind vorwiegend ökonomische Gründe in dem Sinne, dass man sich neben der direkten Erwerbsmöglichkeit auch einen Gewinn durch die gesammelten Erfahrungen und die

Perfektionierung der Sprachfähigkeiten verspricht. Nach der Rückkehr in die Heimat könne man sich so besser gegen die Konkurrenz auf dem tschechischen Arbeitsmarkt durchzusetzen. Ein günstiger Arbeitsmarkt und innenpolitische Stabilität des ausgewählten Landes sind weitere Migrationsanlässe. Eine wichtige Rolle für die Motivation abzuwandern spielen auch Freunde und Bekannte, die bereits im Ausland leben. Junge Leute mit höheren Qualifikationen überwiegen in der sozialen Struktur der potenziellen Migranten. Demgegenüber erreicht der Anteil der Arbeitslosen, die bereit sind wegzuziehen, keine hohen Werte, nicht einmal in Regionen mit einer sehr hohen Quote. Der Grund dafür sind ihre grundsätzlichen Probleme, sich auf dem einheimischen Arbeitsmarkt durchzusetzen und die fehlende Bereitschaft zur Arbeitssuche bzw. -aufnahme im Ausland. Andererseits kann der Mangel an Arbeitsplätzen in der heimatlichen Umgebung auch ein Impuls zur Arbeitssuche im Ausland sein. Diese Perspektive nutzen vor allem gut ausgebildete und aktive Persönlichkeiten, die zugleich über eine höhere Qualifikation verfügen. Zur Berufsgruppe, die am meisten bereit ist, umzuziehen, gehören vor allem diejenigen, die qualifiziert sind; ebenso wie Studenten, auch wegen ihrer Möglichkeit, Saisonarbeiten auszuführen.

Bei der Hauptgruppe der befragten Personen, die eine Auslandsmigration nicht erwägen, war die Hauptbarriere die Verbindung zur Heimat, zum familiären Hintergrund und daraus hervorgehende sozialpsychologische Motive. Im Vergleich mit der Bevölkerung der gesamten Tschechischen Republik lebt im deutsch-tschechischen Grenzgebiet der höhere Anteil an Bürgern mit Migrationsabsichten. Es handelt sich um Menschen, die durch eine höhere Bereitschaft und konkrete Bemühungen zur Verwirklichung ihrer Migration ins Ausland gekennzeichnet sind.

Eine Zielgruppe der Erhebung waren auch Personen, die bereits Arbeitserfahrungen im Ausland gesammelt haben. Es handelt sich vor allem um Pendler, die einer, durch das bilaterale Abkommen zwischen Tschechien und Deutschland möglichen Tätigkeit im Rahmen des Pendelverkehrs nachgehen. Dies ist für tschechische Bürger unter dem Gesichtspunkt der Kaufkraft, die die ausländische Währung im Inland besitzt, besonders günstig. Dieser Vorteil wird jedoch durch spezifische Probleme der Pendler relativiert. Denn während internationale Prognosemodelle für den Pendlerverkehr die Überwindung einer Entfernung von 200 km und mehr zwischen dem Arbeitsplatz und dem Wohnort konstatieren, ergibt sich aus der Erhebung des Prager Forschungsinstituts, dass das Entfernungspotenzial tschechischer Pendler wesentlich geringer ist. Die absolute Mehrheit der Befragten gibt maximal 100 km als akzeptable Distanz zum Arbeitsort an (siehe Tab. 6).

**Tab. 6: Präferenz der Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes durch potenzielle tschechische Pendler**

Entfernung (in km)	Anteil der potenziellen Pendler (%)
bis 30	28,4
31 - 50	39,4
51 - 100	27,4
101 - 150	3,4
mehr als 151	1,4

Quelle: (Vavrečková 2000a, b)

Die Arbeitspendler nach Deutschland weisen demographische und soziale Charakteristika auf, die man auch bei einer Erhebung im österreichisch-tschechischen Grenzgebiet festgestellt hat. Es handelt sich vor allem um Männer im mittleren Alter mit einem verhältnismäßig hohen Qualifikationsniveau; es dominieren Handwerker und Serviceberufe. Ihre Betätigung finden sie vor allem in der Gastronomie, im Bauwesen, im Maschinenbau und auf solchen Arbeitsplätzen, für die die Einheimischen kein Interesse zeigen. Bei den meisten Pendlern ist eine nicht ihrer Ausbildung entsprechende berufliche Orientierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt notwendig. Diese Situation führt weniger bei Personen aus Lehrberufen, aber verstärkt bei solchen mit Hochschulbildung zur Missqualifikation. Der berufsbezogene Pendlerverkehr verzeichnete den größten Aufschwung bis Mitte der 1990er Jahre. Danach kam es, auf Grund von Regulierungsmaßnahmen auf der deutschen Seite, zu einem starken Rückgang des tschechischen Interesses an dieser Art der grenzüberschreitenden Beschäftigung.

Arbeitspendler, die bereits Erfahrung mit einer Tätigkeit im Ausland gesammelt haben, nannten als wesentliche Gründe für die Auswahl Deutschlands als Ziel-land vor allem die geographische Nähe, die Breite des Arbeitsmarktes, den günstigen Währungskurs, das hohe Lebensniveau sowie die wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität. Ein wichtiger Faktor, der sich bei der Erhebung über den Pendlerverkehr ergab, war die Art der Beschäftigung, mit der sie konfrontiert waren. Die Art der ausgeübten Arbeit orientiert sich zum großen Teil an der Situation auf dem Arbeitsmarkt im Immigrationsland und ist somit abhängig von der Nachfrage nach Arbeitskräften in einzelnen Bundesländern, Regionen und Betrieben. Es handelt sich in der Regel um Nachfragen, die aus verschiedensten Gründen nicht durch Einheimische zu decken sind. Diejenigen, die auf den ausländischen Arbeitsmärkten eine Beschäftigung suchen und erfolgreich sein wollen, stießen auf Barrieren. Dabei ist zwischen objektiven und subjektiven Barrieren zu unterscheiden.

Die objektiven Barrieren stellen die nationalen Märkte dar, die mehr oder weniger durch bestimmte Regulierungsmechanismen der einzelnen Länder geschützt sind. Bei den subjektiven Barrieren handelt es sich um Informations-, Sprach- und familiäre Barrieren, die die Person des Arbeitsuchenden betreffen.

Die tschechischen Arbeitskräfte üben in der BRD meistens einfache Tätigkeiten aus, die kein Anlernen erfordern (siehe. Tab. 7). Trotzdem zählen sie, nach den Spezialisten, bei den Arbeitsämtern zu den meistgesuchten Arbeitskräften. Sie werden hauptsächlich wegen ihrer Kreativität und ihrer Fähigkeit, eine problematische Situation relativ optimal zu lösen, geschätzt. Dies gilt ebenso für ihre Erfindungsgabe und die Fähigkeit, ein technisches Problem einer originellen Lösung zuzuführen. Die traditionellen Wirtschaftszweige, in denen die meisten Tschechen in Deutschland arbeiten, sind das Bauwesen, die Gastronomie, der Handel und die Dienstleistungen.

**Tab. 7: Durch tschechische Arbeitskräfte in der BRD geleistete Tätigkeiten**

Art der Tätigkeit	Absolute Zahlen (in Tsd.)	%
Einfache Tätigkeit ohne Anlernen	127	41,3
Tätigkeit mit Anlernen	80	26,1
Fachtätigkeit, die sich aus einem Lehrberuf ergibt	66	21,5
Tätigkeit je nach Bedarf (qualifiziert, nicht qualifiziert)	16	5,2
Hochqualifizierte spezialisierte Tätigkeit	12	3,9
Einfache Leitungstätigkeit (Meister, Vorarbeiter)	6	2,0
Insgesamt	307	100,0

Quelle: (Vavrečková 2000a, b)

Die meisten Befragten haben ihren Arbeitsplatz dank persönlicher Kontakte gewonnen – sei es durch einen Bekannten oder Verwandten oder durch jemanden, der bereits entsprechende Berufserfahrungen gesammelt hat. Der Einfluss der offiziellen Institutionen, die für die Arbeitsvermittlung zuständig sind (Arbeitsämter, private Vermittlungsagenturen, u.a.), war bisher gering. Hier ergeben sich für die Zukunft neue Möglichkeiten für eine Vermittlung, wenn diese Institutionen zur gegenseitigen Hilfe bei der Arbeitsuche bzw. -vermittlung innerhalb der EU-Länder angehalten werden.

## 5. Zusammenfassung

Die Problematik der Grenzen und der Entwicklung der grenznahen Gebiete ist in der Regionalgeographie von großer Bedeutung, und zwar sowohl für die Grundlagen- als auch für die angewandte Forschung. Mit diesem Thema beschäftigen sich zahlreiche Forscher, unabhängig davon, ob sie aus Tschechien oder aus dem Ausland stammen. Die Grundlagenforschung ist auf das funktionelle Erfassen der Grenze als ein Kontaktraum, der aber zugleich eine Barriere darstellt, konzentriert. Mit der genannten Funktion der Grenze sind die daraus resultierenden Effekte eng verbunden, die wesentlich die Entwicklung der grenznahen Regionen bestimmen. Die Ebene der angewandten Forschung konzentriert sich dagegen auf die reale Entwicklung im deutsch-tschechischen Grenzgebiet unter Berücksichtigung der bedeutungsvollen qualitativen Veränderungen, die hier eingetreten sind. Der Wandel im deutsch-tschechischen Grenzgebiet hat die Aufmerksamkeit verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen auf sich gezogen (z.B. Geographen, Soziologen, Ökonomen).

Im Jahre 1998 begann in Tschechien die Zusammenarbeit verschiedener tschechischer akademischer Einrichtungen (Akademie der Wissenschaften, Westböhmisches Universität, Karls-Universität, Masaryk-Universität und Universität Ostrava/Ostrau), die mehrmals in der Öffentlichkeit auf beachtliches Interesse stieß. Zurzeit beschäftigt man sich mit dem Projekt, dessen Thema lautet: „Arbeitsbedingte Migration als Bestandteil des internationalen (grenzüberschreitenden) Arbeitsmarktes Tschechiens im Kontext der europäischen Integration“.

In den 1990er Jahren veränderte sich das gesellschaftliche Klima in unserem Land. Dieser Wandel führte nicht nur zur funktionalen Veränderung unserer Grenzen, sondern zu der im ganzen Land. Diese Veränderungen spiegeln sich vor allem in der Situation auf dem Arbeitsmarkt wider. Eines der bedeutendsten Phänomene auf dem tschechischen Arbeitsmarkt ist die Existenz ausländischer Arbeitnehmer. Statistisch sind ungefähr 200 Tsd. Ausländer (davon zwei Drittel ökonomisch bedingt) registrierte, weitere 100 bis 200 Tsd. nicht registrierte, illegale Migranten und 100 bis 150 Tsd. Transitmigranten. Die erwähnte Situation wird im aktuellen Forschungsprojekt aufgegriffen.

Die Projektziele sind auf mehreren Ebenen verankert. Es geht vor allem darum, die Gestaltung der Mechanismen des internationalen (grenzüberschreitenden) Arbeitsmarktes und die Situation der Migration zu erfassen. Deren regionale Auswirkungen, einschließlich der Prognosen über die zukünftige Entwicklung in den Modellregionen, sind ebenfalls ein wichtiges Ziel der Forschung. Das Anliegen der Grundlagenforschung ist dagegen die Verifikation der bestehenden Theorien, wie „Push-pull“ oder die Konzeption einer „Cumulative causation“.

Die Vorgehensweise des Projektes wird in den Basisthemen formuliert. Das Thema *Mobilität – Migration* ist die gegenseitige Vernetzung zwischen den ver-

schiedenen Typen der Bevölkerungsmobilität. Das Thema *Mobilität – Arbeitsmarkt – Pendlerverkehr* ist besonders aktuell, vor allem in den grenznahen Regionen zu den Ländern der Europäischen Union. Die Forschung ist auch hier auf die Verknüpfung zwischen der Bevölkerungsmobilität, der Struktur und der Situation auf dem Arbeitsmarkt ausgerichtet. Das Thema *Ausländer – Arbeitsmarkt* umfasst die Entwicklung und Perspektiven des Arbeitsmarktes in den grenznahen Regionen. Im Gliederungspunkt *Vergleich – Perspektiven* wird einerseits die Situation Tschechiens zu anderen Beitrittsländer vergleichend untersucht (z.B. Polen, Slowenien), andererseits geht es um die Entwicklungsperspektiven der Migration und des Arbeitsmarktes. Es ergeben sich folgende Fragen: Wie sieht das wahrscheinliche Verhalten der tschechischen Bevölkerung unter den neuen Bedingungen aus? Welchen Einfluss übt die Migration zukünftig auf den Arbeitsmarkt aus? Wie wird sich dieser im Grenzgebiet mit dem Beitritt Tschechiens zur EU verändern?

Mehrere Akteure sind an den empirischen Erhebungen beteiligt. Die Befragungen der Bevölkerung Tschechiens werden vom "Forschungsinstitut für Meinungsumfragen an der Soziologischen Anstalt AV" durchgeführt. Dabei ist eine gesamtstaatliche Erhebung vorgesehen, wodurch das Ziel, die Situation im Grenzgebiet zu erfassen, erfüllt wird. Auf der Mesoebene werden die regionalen Analysen realisiert. Als spezifische Zielgruppen werden Pendler und Ausländer in tschechischen Arbeitsverhältnissen befragt.

Zu der zu lösenden Problematik sind Veröffentlichungen erschienen, die für unser Projekt wichtiges Material enthalten. Es geht vor allem um die Publikation „Migrační potenciál příhraničí České republiky s Německem („Das Migrationspotenzial des Grenzgebietes zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland), veröffentlicht vom Forschungsinstitut für Arbeit und Soziales in Prag im Jahr 2002. Die Studie enthält Daten zum Vergleich der Migration der Bevölkerung in der deutsch-tschechischen Region mit jener im übrigen tschechischen Staatsgebiet. Ein erhöhter Forschungsbedarf in der erwähnten Grenzregion ergibt sich auch aus den Befürchtungen Deutschlands und Österreichs, dass es nach dem Beitritt der Tschechischen Republik zur EU zu einer verstärkten und unkontrollierbaren Zuwanderung tschechischer Arbeitskräfte in die grenznahen Regionen ihrer Länder käme.

Die Ergebnisse der Studie bestätigen, dass im Wesentlichen dieselben Migrationstrends bei der Bevölkerung erkennbar sind; unabhängig davon, ob diese im Einflussbereich der deutsch-tschechischen Grenze oder den übrigen Regionen der Tschechischen Republik lebt. Die Befürchtungen, der Arbeitsmarkt der Nachbarländer würde zum starken Nachteil der Einheimischen zu sehr belastet, erweisen sich auf Grund der Studie des Prager Forschungsinstituts als unbegründet. Das Ausmaß einer dauerhaften Migration ist realistisch und, zahlenmäßig betrachtet, ohne große Bedeutung, zumal von den potenziellen Migranten

mehr als die Hälfte keine Vorstellung über die zeitliche Dauer ihres Auslandsaufenthaltes hat. Werden die Äußerungen dieser Personen analysiert, kann man schlussfolgern, dass ein dauerhafter Auslandsaufenthalt nicht allein auf die Arbeitsmigration, sondern auch auf andere Zusammenhänge zurückzuführen ist.

Die Analyse der Gründe für Migrationsabsichten ergeben identische Migrationsmotive für die zeitlich begrenzte Auslandsmigration. Es sind vorwiegend ökonomische Gründe in dem Sinne, dass man sich neben der direkten Erwerbsmöglichkeit auch einen Gewinn durch die gesammelten Erfahrungen und die Perfektionierung der Sprachfähigkeiten verspricht; was wiederum nach einer Rückkehr zur Folge hat, sich in Konkurrenz zu Mitbewerbern auf dem tschechischen Arbeitsmarkt mit besseren Chancen durchzusetzen.

Eine Zielgruppe der Erhebung waren auch Personen, die bereits Arbeitserfahrungen im Ausland gesammelt haben. Es handelt sich vor allem um Pendler. Die durch das bilaterale Abkommen zwischen Tschechien und Deutschland mögliche Tätigkeit im Rahmen des Pendelverkehrs ist für tschechische Bürger unter dem Gesichtspunkt der höheren Kaufkraft, die die ausländische Währung im Inland besitzt, besonders günstig. Dieser Vorteil wird jedoch durch spezifische Probleme der Pendler relativiert. Die nach Deutschland weisen demographische und soziale Charakteristika auf, die man auch bei einer Erhebung im österreichisch-tschechischen Grenzgebiet festgestellt hat. Bei den meisten von ihnen ist eine nicht ihrer Ausbildung entsprechende berufliche Orientierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt notwendig. Der berufsbezogene Pendlerverkehr verzeichnete den größten Aufschwung bis Mitte der 1990er Jahre.

Arbeitspendler, die bereits Erfahrung mit einer Tätigkeit im Ausland gesammelt haben, nannten als wesentliche Gründe für die Auswahl Deutschlands als Ziel-land vor allem die geographische Nähe, die Breite des Arbeitsmarktes, den günstigen Währungskurs, das hohe Lebensniveau sowie die wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität. Die tschechischen Arbeitskräfte üben in der BRD meistens einfache Tätigkeiten aus, die kein Anlernen erfordern. Die traditionellen Wirtschaftszweige, in denen die meisten Tschechen in Deutschland arbeiten, sind das Bauwesen, die Gastronomie, der Handel und die Dienstleistungen. Die meisten Befragten haben ihren Arbeitsplatz dank persönlicher Kontakte gewonnen – sei es durch einen Bekannten oder Verwandten oder durch jemanden, der bereits entsprechende Berufserfahrung gesammelt hat. Der Einfluss der offiziellen Institutionen, die für die Arbeitsvermittlung zuständig sind (Arbeitsämter, private Vermittlungsagenturen, u.a.), war bisher gering. Die oben genannte Studie bringt viele weitere aktuelle Erkenntnisse zur Migrationsforschung insbesondere im deutsch-tschechischen Grenzgebiet.

**Literatur:**

- BIRNER, A., HUBER, P., WINKLER, P.: Schätzung des Potentials an Einpendlern und Arbeitsmigranten aus den MOEL und regionale Arbeitsmarktauswirkungen. In: Regionale Auswirkungen der EU-Integration der Mittel- und Osteuropäische Länder. Wien 1999: ÖROK-Publikation Nr. 146, Band II. S. 15-62.
- ČSÚ: Cizinci v ČR / Foreigners in the Czech Republic 2002. 221 pp., ČSÚ, Praha 2002
- DOKOUPIL, J., TOUŠEK, V.: Zahraniční pracovníci na trhu práce v pohraničí ČR. In: Jeřábek, M. (ed.): Reflexe regionálního rozvoje pohraničí České republiky. Sociologický ústav AV ČR, Praha 2001, s. 40-46.
- DOKOUPIL, J.: Hranice a hraniční efekt. In: Jeřábek, M., Dokoupil, J., Havlíček, T. (eds.): České pohraničí – bariéra nebo prostor zprostředkování, Academia, Praha (v tisku 2002).
- FASSMANN, H., HINTERMANN, CH.: Migrationspotential Ostmitteleuropa. Struktur und Motivation potentieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn. Wien, ISR-Forschungsbericht 15, 1997.
- HAGGETT, P.: Geography a Modern Synthesis. Harpet International Edition, London 1975
- HAVLÍČEK, T.: Teorie vymezení pohraničí. In: Jeřábek, M., Dokoupil, J., Havlíček, T. (eds.): České pohraničí – bariéra nebo prostor zprostředkování, Academia, Praha (v tisku 2002)
- HELLER, W.: Klingenthal – quo vadis? Auswirkungen des gesellschaftlichen Umbruchs in einer Kleinstadt an der sächsisch-böhmischen Grenze. Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, H. 15. Chemnitz 1995.
- HLAVA, A.: Erfahrungen mit der Süderweiterung der EU. In: Regionale Auswirkungen der EU-Integration der Mittel- und Osteuropäische Länder. Wien 1999: ÖROK-Publikation Nr. 146, Band II. S. 79-85.
- HORÁKOVÁ, M., DRBOHLAV, D.: Mezinárodní migrace pracovních sil a Česká republika se zvláštním zaměřením na pracovní migraci Ukrajinců. In: Demografie 1/98, s. 28-38, Praha 1998.
- JEŘÁBEK, M.: Vytváření přeshraničního trhu práce – pendlerství v česko-německém pohraničí. In: Demografie 1/98, s. 39-42, Praha 1998.
- JEŘÁBEK, M.: Přeshraniční spolupráce a rozvoj českého pohraničí. Disertationsarbeit, 40 S., UK PFF KSGRR, Praha 2002

- JURCZEK, P., GÜNTNER, K.: Auswirkungen der Grenzöffnung auf Ober- und Mittelfranken. Kommunal- und Regionalstudien, H. 21. Bonn, München, Kronach 1994.
- KOLLÁR, D.: Slovenská migrácia za prácou do Rakúska – realita verzus predstavy. In: Geografie 105, č.1, s. 41-49, Praha 2000.
- LEIMGRUBER, W.: Die Grenze als Forschungsobjekt der Geographie. Regio Basiliensis, XXI. Jg., H. 1-2, S. 67-78, 1980
- MAIER, J., DITTMEIER, V., SEHIČ, D. (1998): EU-Osterweiterung und mögliche Auswirkungen auf Oberfranken. In: H. 181 der Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, Bayreuth, s. 11-12.
- MEUSBURGER, B.: Die Auswirkungen der österreichisch-schweizerischen Staatsgrenze auf die Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur der beiden Rheinhalten. In: Mitt. Österr. Geogr. Ges. 117, III, S. 303 – 333, 1975.
- SEGER, M., BELUSZKY, P.: Bruchlinie Eiserner Vorhang. Regionalentwicklung im österreichisch-ungarischen Grenzraum. Bohlau Verlag, 303 S., Wien 1993.
- STALLHOFER, B.: Grenzloser Böhmerwald? Landschaftsnamen, Regionen und regionale Identität. In: Regensburger Beiträge zur Regionalgeographie und Raumplanung, sv. 7, 250 s., 2000
- STRASSOLDO-GRAFFENBERG, R.: Friaul-Julisch Venetien als Europäische Außenregion. In: Schriftenreihe des Instituts für Städtebau und Raumordnung. S.28, Innsbruck 1974.
- VAVREČKOVÁ, J. a kol.: Migrační potenciál příhraničí České republiky s Německem. VUPV.Praha 2000a.
- VAVREČKOVÁ, J. u.a.: Das Migrationspotential des Grenzgebietes zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland. VUPV. Prag 2000b.
- WALLACE, C., CHMULIAR, O., SIDORENKO, E.: The Eastern Frontier of Western Europe: Mobility in the Buffer Zone. New Community, Vol. 22, 1996, No. 2, pp. 259-286.

## Grenzidentitäten in Mitteleuropa. Das Projekt „EU Border Identities“ und sein deutsch-tschechischer Teil

Werner Holly

### 1. „Erlebte“ Grenzen

Seit 1989 hat sich der Status der meisten Grenzen in Mitteleuropa grundlegend geändert. So ist beispielsweise die innerdeutsche Ost-West-Grenze keine Staatsgrenze mehr; die Oder-Neiße-Grenze oder die sächsisch-böhmische Grenze trennen nicht mehr sozialistische „Bruderländer“; zwischen Österreich und Ungarn oder Slowenien gibt es keinen „Eisernen Vorhang“ mehr, so wenig wie zwischen Italien und Slowenien. Mit dem Zerfall der sozialistischen Systeme hat sich nicht nur die Situation der Bevölkerungen in diesen Ländern radikal gewandelt; mit der Öffnung der Grenzen zwischen Ost und West sind auch die jeweiligen Grenzbewohner auf beiden Seiten in einer gänzlich neuen Lage. Waren die Grenzen früher gar nicht oder nur geringfügig durchlässig, so gibt es inzwischen an Grenzorten mehr oder weniger regen „kleinen“ und „großen Grenzverkehr“, mit allen positiven wie negativen Folgen. Die bevorstehende EU-Osterweiterung gibt dem ganzen Prozess eine zusätzliche Dynamik, verstärkt Hoffnungen und Befürchtungen.

Während sich die meisten Forschungen in diesem Zusammenhang unter verschiedensten disziplinären Fragestellungen mit den „harten Daten“ der geographischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in den betroffenen Regionen befassen, soll es hier in erster Linie um eine lebensweltliche Perspektive gehen, darum, wie die Leute an der Grenze ihre Situation und deren Wandel „erleben“, wie sie ihre jeweiligen Grenzidentitäten und deren Veränderungen diskursiv konstruieren. Die Blickrichtung in diesem Projekt weicht also in zweierlei Hinsicht von der sonst üblichen ab: sie geht nicht auf die Zentralen, wo die Politik gemacht wird, sondern auf die Peripherien, wo sie eher „erlitten“ wird, und sie kommt „von unten“, aus dem Alltag und dem Erleben der Menschen, nicht von den großen Zusammenhängen und deren Berechnungen im Überblick, der bisweilen eben auch manches übersieht.

### 2. Projektdesign und Methode

Auf Initiative von Ulrike Meinhof (Southampton) werden in sechs von der EU unterstützten Projekten von Wissenschaftlern an verschiedenen europäischen Universitäten (Southampton, Wolverhampton, Chemnitz, Bern, Klagenfurt,

Triest) Selbst- und Fremdbilder der Bewohner von exemplarisch ausgewählten mittel-osteuropäischen Grenzorten untersucht:<sup>1</sup> an

- der ehemaligen deutsch-deutschen (Tiefengrün/Hirschberg; Mödlareuth),
- der deutsch-polnischen (Görlitz/Zgorzelec),
- der deutsch-tschechischen (Bärenstein/Vejprty),
- der österreichisch-ungarischen (Moschendorf/Pinkamindszent),
- der österreichisch-slowenischen (Eisenkappel-Železna Kapla/Jezersko) und
- der italienisch-slowenischen (Gorizia-Gorica/Nova Gorica) Grenze.

Im Vorfeld wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der geschichtlichen Entwicklung der jeweiligen Grenzpartnerorte mit Hilfe von Archivarbeit, Medienanalysen und Fotodokumentationen entschlüsselt. Zentrale Erhebungsdaten sind aber biographische narrative Interviews in Drei-Generationen-Familien (und zwar jeweils in mindestens sechs Familien auf jeder Seite), die zeigen sollen, welche Bilder von der Grenze und den Menschen diesseits und jenseits der Grenze in den Köpfen der Menschen zu finden sind.

Eine methodische Besonderheit in diesen (an jeder Grenze mindestens 36) Interviews besteht darin, dass in den Fragen bzw. elizitierenden Schritten der Interviewer die Themen zum allergrößten Teil nicht versprachlicht wurden; statt dessen wurden den Interviewten Fotos von interessanten und auch historisch brisanten Situationen an den jeweiligen Grenzen vorgelegt, die als Auslöser für Kommentare und mehr noch für narrative Episoden dienen sollten.<sup>2</sup> Damit wurde vor allem vermieden, dass den Interviewten durch bestimmte Versprachlichungen bereits Perspektivierungen vorgegeben wurden, die eine eigenständige Reaktion erschwert hätten. Zudem wurde mit dem gemeinsamen Betrachten von Fotos an eine alltagsweltlich vertraute Weise des Erinnerns und Mitteilens angeknüpft, die dem Ziel biographischer Narration besonders förderlich ist: wie wenn man beim Betrachten von Fotoalben erklärt, was zu sehen ist, und dann auch Geschichten dazu erzählt.

Die Interviews wurden transkribiert, es wurde eine englische Rohübersetzung angefertigt, dann wurden die Texte auf verschiedene Fragestellungen hin ausgewertet, wobei zunächst in jedem Projekt spezifische, in den jeweiligen Grenzorten besonders relevante Themen untersucht wurden, die in einem ersten Sammelband (Meinhof 2002) dokumentiert sind. Im Einzelnen sind dies:

- Spuren der Geschichte (deutsch-tschechische, italienisch-slowenische Grenze)
- Raumauffassungen (deutsch-polnische, österreichisch-slowenische Grenze)

1 S. dazu Meinhof (2002) und Meinhof (i. Vorb.). Zu Vorstudien s. auch Meinhof/Galasinski (2000) und Galasinski/Meinhof (2002).

2 Zur Methode s. Meinhof/Galasinski (2000).

- Schweigen/Sprachlosigkeit (österreichisch-ungarische Grenze)
- Konstruktion von Identität durch Arbeit (ehemalige deutsch-deutsche Grenze).

In einer zweiten Phase wurden weitere, übergreifende Aspekte behandelt, die jeweils alle Einzel-Projekte einbezogen. Sie sind in einem Themenheft der Zeitschrift „Journal of Ethnic and Migration Studies“ erschienen (Meinhof i. Vorb.):

- Bilder von Europa
- Argumentative Widersprüche in der Konstruktion des ‚Anderen‘
- „Ungleiche Nachbarn“: der Umgang mit Asymmetrien
- „Bleiben oder gehen?“: der Umgang mit Marginalität
- Identitätskonstruktionen junger Leute
- Die Rolle der Sprache in der Konstruktion von Identität

Im Folgenden soll hier vorrangig die historische Perspektive des deutsch-tschechischen Projekts vorgestellt werden (Abschn. 3), dazu als Überblicksthemen die Frage des Umgangs mit Asymmetrien, die an allen Grenzen eine Rolle spielt (Abschn. 4), und die Bilder der Grenzbewohner von ‚Europa‘ (Abschn. 5).

### **Bärenstein/Vejprty: Schlüsselereignisse der deutsch-tschechischen Geschichte**

Wie schon erwähnt, wurden die Interviews an der deutsch-tschechischen Grenze vom Team des Chemnitzer Teilprojekts in den sächsisch-nordböhmischen Grenzorten Bärenstein und Vejprty (deutsch: Weipert) durchgeführt.<sup>3</sup> In beiden Orten ist die ethnische Zugehörigkeit der Interviewten historisch aufschlussreich: In unseren insgesamt 12 Familien auf beiden Seiten sind in der ersten Generation immerhin drei der Interviewten auf der tschechischen Seite sudetendeutsch identifiziert, auf der deutschen Seite sogar fünf. In Vejprty ist unter den Interviewten eine alteingesessene Familie tschechisch, eine andere später angesiedelte ist mährisch. Schon in der zweiten Generation fühlen sich die Interviewten in Deutschland (bis auf einen „halben“ Sudetendeutschen) als Erzgebirgler oder Sachsen, von denen in Tschechien noch zwei als halb deutsch. In der dritten Generation ist die Selbstidentifizierung „sudetendeutsch“ auf beiden Seiten verschwunden, in Vejprty nennt sich nur noch einer „halb deutsch“. Ohne Anspruch auf Repräsentativität kann eine lokal beschränkte Betrachtung einer be-

3 Auf der deutschen Seite wurden die Interviews von Ilona Scherm, auf der tschechischen Seite von Petr Bednarský und Pavla Tišerová geführt, von denen die Daten anschließend auch transkribiert und anonymisiert wurden; sie haben auch die Fotos beschafft, historische und andere Daten recherchiert und mit vielen Ortskundigen gesprochen. Allen Projektmitarbeitern und auch den Mitgliedern der anderen Projekte sowie allen Interviewten möchte ich hier ausdrücklich danken.

stimmten Grenzsituation doch vielleicht als exemplarisch genommen werden, vor allem, wenn es nicht um quantitative Aussagen geht, sondern um typische Muster. Dennoch soll hier sehr kurz die vielleicht in mancher Hinsicht spezifische Situation in Bärenstein/Vejprty bis zu den Vertreibungen und heute beschrieben werden, auch weil sich darin viele Elemente der deutsch-tschechischen Grenzsituation wie in einem Brennglas vergrößert darstellen lassen.

Die Ortschaften liegen als geschlossene Siedlung eng benachbart im mittleren Abschnitt und auf dem Kamm des Erzgebirges, und zwar mit Blick nach Sachsen. Bis zum 1. Weltkrieg waren sie an der Grenze von Deutschem Kaiserreich und österreichisch-ungarischer Doppelmonarchie gelegen, später von Weimarer Republik und Tschechoslowakischer Republik. In dieser Phase kamen zu der fast ausschließlich deutschsprachigen Bevölkerung in Weipert einige tschechische Beamte mit ihren Familien. Weipert war in dieser Zeit mit bis zu 15.000 Einwohnern ein bescheiden florierendes Städtchen mit typischer Nach-Bergbau-Struktur, die immerhin an die 80 Fabriken der Strumpf- und Posamenten-Textilbranche, Büchsenmacherei und Papierindustrie hervorgebracht hatte. Bärenstein auf der sächsischen Seite war mit ca. 3.000 Einwohnern eher ein kleiner Vorort mit ähnlicher Branchenstruktur, aus dem Leute zur Arbeit und in ihrer Freizeit über die Grenze kamen und mit dem es Familienbeziehungen durch Heiraten gab. Mit der Hitlerschen Expansionspolitik wuchsen 1938, nach dem Anschluss Österreichs, die Spannungen auch an dieser Grenze,<sup>4</sup> nach der tschechischen Mobilmachung im September verließen mehr als drei Viertel der Bevölkerung vorübergehend die Stadt und flohen über die Grenze nach Deutschland. Als die letzten von ihnen Mitte Oktober zurückkehrten, war die Situation dramatisch verändert: nach einer Schießerei auf der Grenzbrücke hatten nun auch tschechische Beamte und Soldaten die Stadt vorübergehend verlassen und am 5. Oktober waren deutsche Truppen – wie an vielen Grenz-Stellen – einmarschiert und hatten den im Münchner Abkommen akzeptierten Anschluss des Sudetenlandes vollzogen. In der Folge mussten tschechische Familien das Grenzgebiet ganz verlassen, viele wurden zu Zwangsarbeit verschleppt und hatten unter Naziverbrechen zu leiden.

Nach dem 2. Weltkrieg wurden die allermeisten Sudetendeutschen – so auch fast alle Weiperter – zum Verlassen ihres Heimatorts gezwungen.<sup>5</sup> Dies geschah zu-

4 Zur Perspektivierung der Ereignisse des Jahres 1938 in unseren Interviewdaten s. Holly (2002) und Abschn. 3.1.

5 S. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (1957/1984), dazu kritisch Beer (1998); neuerdings die Bände Sudetendeutsches Archiv (1995) und (2000), außerdem Staněk (1994) und Brandes/Ivaničková/Pešek (1999). Zur Semantik von ‚Vertreibung‘ in unseren Interviewdaten s. Holly (i. Vorb.) und Abschn. 3.2.

nächst in der Form so genannter „wilder Vertreibungen“, dann auf der Grundlage der Potsdamer Konferenz ab Januar 1946 mit behördlicher Organisation durch Lager und Transporte, aber dennoch gewaltsam. Einige Weiperter blieben auf der sächsischen Seite in der grenznahen Region, manche sogar direkt in Bärenstein, wohl auch in der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr.<sup>6</sup> In der Folgezeit wurden neue Bewohner aus der böhmischen Zentralregion, aus Mähren und aus der Slowakei angesiedelt, um die fast vollständige Entvölkerung des Ortes wenigstens teilweise zu kompensieren. Zu den wenigen deutschsprachigen Weipertern, die bleiben durften (ältere, nicht transportfähige Leute, solche aus gemischten Ehen und dringend benötigte Fachkräfte), gesellten sich Sudetendeutsche aus anderen Regionen. Die DDR, nach deren Sprachregelung es sich um eine „Umsiedlung“ handelte,<sup>7</sup> machte sich bald daran, das Thema ganz und gar aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwinden zu lassen (Wille/Hoffmann/Meinicke 1993; Wille 1996, Hoffmann/Schwartz 1999).

Während der Zeit des Sozialismus auf beiden Seiten gab es kaum direkte Kontakte zwischen den beiden Orten, der Grenzübergang war geschlossen. Erst im August 1968 gab es eine gewaltsame „Grenzöffnung“, als russische Panzer, die seit Wochen in den Wäldern um Bärenstein stationiert waren, das eiserne Tor auf der Grenzbrücke nach Vejprty durchbrachen.<sup>8</sup> Eine echte Grenzöffnung (als Fußgängerübergang) kam erst 1991, zwei Jahre nach der „samtenen Revolution“ und der „Wende“. Zwischen 1995 und 2000 fuhren sogar wieder Personenzüge über die Eisenbahnbrücke aus Deutschland nach Vejprty, bis die Linie wegen Unwirtschaftlichkeit geschlossen wurde. Viele Betriebe in Bärenstein mussten nach der deutschen Vereinigung schließen oder Leute entlassen; die Arbeitslosigkeit beträgt über 20%, Teile der arbeitsfähigen Bevölkerung sind gezwungen, neue Arbeitsplätze in den „Alten Bundesländern“ zu suchen. Seit 1991 war eine (inzwischen wieder geschlossene) „Landesaufnahmestelle für deutschstämmige Aussiedler des Landes Sachsen“ in Bärenstein untergebracht, wo bis zu 700 so genannte Spätaussiedler aus Kasachstan, Kirgisien und der Ukraine zeitweilig den kleinen Ort belasteten. Ärger bereitet auch der Einkaufstourismus zu den billigen „Vietnamesenmärkten“ hinter der Grenze, weil die Besucher (in Spitzenzeiten bis zu 8000 pro Tag) Kaufkraft abziehen und zudem Parkplatzprobleme in den engen Straßen verursachen. In Vejprty ist die Arbeitslosigkeit sogar noch höher (bis zu 30%). Auf dieser Seite ist die Marginalisierung des Grenzortes noch deutlicher spürbar. Die Bevölkerungsstruktur ist nach wie vor von der

6 Zu den Vertreibungen in Nordböhmen s. Radvanovský (1993).

7 Zur Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR s. von Plato/Meinicke (1991), speziell in Sachsen s. Donth (2000).

8 Zur Perspektivierung der Ereignisse des Jahres 1968 in unseren Interviewdaten s. Scherm/Tišerová (i. Vorb.)

früheren Politik aus sozialistischer Zeit geprägt, „politisch Unzuverlässige“ und soziale Minderheiten dort anzusiedeln, dazu noch sechs Asyle für geistig Behinderte. Die ethnisch differenzierende Volkszählung 2001 ermittelte (gemäß Selbstzuschreibung) neben 76,3% Tschechen 11,2% Deutsche, 4,8% Slowaken und 1,7% Roma. Heute leben in beiden Orten jeweils ca. 3.000 Einwohner.

Wie der historische Überblick zeigt, haben wichtige Schlüsselereignisse der deutsch-tschechischen Geschichte auch in unseren beiden Grenzgemeinden stattgefunden, so auch der Einmarsch der Nazi-Truppen 1938 und die Vertreibungen nach dem 2. Weltkrieg, beides Ereignisse, die wenigstens von den älteren unserer Interviewten unmittelbar erlebt wurden. Da es sich um zentrale Konflikt- und Wendepunkte der gemeinsamen Geschichte handelt, die immer noch nachwirken, soll im Folgenden kurz zusammengefasst werden, wie die Jahre 1938 und 1945-1948 in den Interviews diskursiv behandelt werden.

### 3.1 1938 bei Deutschen und Tschechen

Es ist auffällig, aber vielleicht nicht besonders erstaunlich, dass bei den älteren Deutschen mit dem Thema 1938, das mit einigen Fotos von der Interviewerin eingeführt wurde, ein Diskurs der Selbstverteidigung ausgelöst wird. Eigenständig bearbeitet wird der (hier gar nicht explizit ausgesprochene) Vorwurf der Schuld. Dies schlägt sich nieder in Äußerungen mit rechtfertigenden Elementen, die persönliche Verantwortung für den „Einmarsch“ minimieren sollen, z.B.:

- ‚wir mussten arbeiten‘
- ‚wir waren weg‘
- ‚wir waren jung‘
- ‚wir waren selbst Opfer‘
- ‚Hitler war schuld‘
- ‚wir haben einen hohen Preis bezahlt‘

Ein typisches Beispiel für eine solche Rechtfertigungs-Geschichte ist der folgende Ausschnitt, in dem Alfred S., ein 77-jähriger Rentner, in seiner Geschichte einige dieser Elemente versammelt:

(1) na des war – v / nach achtunddreißig, hä? des war – wahrscheinlich wo der Einmarsch war? [...] fünften zehnten, na ja da war ich nicht hier, [...] nee, – na ja des war – achtunddreißig war’s a so – (räuspert sich) – im – im – no, wo die Spannungen warn, hat ja de – äh de Tschechei mobil gemacht, [...] da mussten ja alle – mein Vater hätte müssen einrücken [...] na? und alle – Wehrpflichtigen hätten ja müssen zu den Tschechen [...] und darauf hin sind wir alle über de Grenze rüber nach [...] nach Sachsen [...] ja, ich – äh – und – in Bärenstein konnten se ja nicht auf – äh alle – alle unterbringen, ich wurde dann äh – nach – mir wurden praktisch alle irgendwo anders untergebracht,

ähm – äh – ich kam nach Augustusburg [...] und von der Augustusburg, dort war e – Zwischenlager, von der Augustusburg kam ich dann nach – äh Nauenhof bei Leipzig in ein Arbeitsdienstlager [...] so als – ich war damals – wie alt war ich denn? fuffzehn Jahre? [...] fuffzehn Jahre ja, in ein – Arbeitsdienstlager, – meine Mutter war – wo war denn die gleich? mit meiner Schwester – – weiß ich nicht mehr, ich glaub Eisleben war die [...] mein Großvater war irgendwo, und mein Vater – weiß ich jetzt nicht mehr, wo der war, also wir warn alle irgendwo – verstreut [...] und zum Einmarsch – also – warn wir noch dort, also – verstreut.

Sein Bericht von dem historischen Ereignis, das wie ein Geschehen beschrieben wird („der Einmarsch war“), wird dominiert von der Erklärung seiner persönlichen Abwesenheit und von seinen persönlichen Erfahrungen als Halbwüchsiger, wobei er auf sein Alter in einer rhetorisch effektvollen Frage-Antwort-Formulierung hinweist. Was in der Perspektive der Erwachsenen, mit der er beginnt, ein strategischer Zug gewesen sein mag, der drohenden Mobilisierung zu entkommen, ist für den Jungen eine wirklich harte Situation, in einem Arbeitsdienstlager, getrennt von der überall verstreuten Familie. (Dazwischen erzählt er noch das anrührende Detail, wie er, zurückgekehrt, die Hälfte seiner Kaninchen tot vorfindet, weil er ihnen zwar Futter, aber kein Wasser zurückgelassen hat). Die ganze überzeugende Darstellung, dass er persönlich keinesfalls zu denjenigen gehört hat, welche die Nazis willkommen heißen haben – das war auf dem vorgelegten Foto zu sehen –, gipfelt in der freiwilligen Antwort auf die unausgesprochene Frage: „wer waren all diese Leute?“, die den Subtext aller Interviewbeiträge der Deutschen dieser Generation bildet; nach dem Ende seiner Geschichte fügt er ohne Übergang an:

(2) na des warn wahrscheinlich die alle, die – hier an der Grenze irgendwie untergekommen sind, [...] es kann – wahrscheinlich auch viel Bärensteiner.

Weitaus überraschender ist, dass bei den älteren Tschechen in Vejprty das komplementäre Muster des Vorwurfs kaum oder gar nicht zu finden ist. Es wird eine erstaunliche Zurückhaltung geübt; deutsche Verbrechen werden – wenn sie überhaupt thematisiert werden – nur angedeutet oder sogar bagatellisiert. Wie ist dies zu erklären? Aufschluss könnte auch hier eine kleine Geschichte geben, die ein damals 10jähriger ganz aus der Perspektive des Schuljungen erzählt (in deutscher Übersetzung aus dem Tschechischen):

(3) aha, das ist, als die Deutschen kamen, das Sudetenland zu besetzen, nicht wahr, das ist bestimmt, na, der fünfte zehnte achtunddreißig, no [...] na, – um zu sagen, wie es damals anfang, weil – wir haben dort oben gewohnt, wo jetzt mein Sohn wohnt, dort oben ja [...] na, und mein Bruder, der jetzt in Kladno ist, na der war der war Förster, na und der Vater sagte, so, wir haben bloß Betten mitgenommen und ein Radio, und er hat uns in in in die (xxx) Schule gebracht, hier in Vejprty [...] na, und der Vater der Vater ist mit meinem Bru-

der hier geblieben, und das war der letzte Tscheche, der hier war, weil sie dann nach Chomutov gefahren sind, dort hat man sie mit Waffen ausgerüstet, den Vater und auch den Bruder [...] na sicher, in der Kaserne, no, da war hier damals noch der Förster K., hier war er oben, und dem haben sie auch eine Uniform gegeben, na, und und weil der Bruder eben die Waldwege hier kannte, nicht wahr, so sind einige mit einem Panzerwagen gefahren und durchquerten nochmals Vejprty, und dann kamen schon die Deutschen hierher, na, das war alles, na, und wir mussten dann weg, nicht wahr. [...] na, wir mussten [...] na, sie wollten ja meinen Vater erschießen, nicht wahr [...] na sicher, genauso war's, na, das, was, wissens, was die Deutschen gemacht haben, mein Gott, furchtbar [...] – wenn ich Ihnen noch sagen könnte, was ich, wir waren dann hier, den ganzen Krieg lang nicht hier gewesen, ich habe dann unten in Louny gelernt, und als ich fertig war, haben sie mich nach Berlin auf Zwangsarbeit für zwei Jahre geschickt.

Diese kleine „Heldengeschichte“, in welcher der Vater und der große Bruder die Hauptrollen spielen, beschreibt das Geschehen anders, nicht – wie bei den Deutschen üblich – als „Hitlers Einmarsch“, sondern unter der Überschrift: „die Deutschen kommen“. Die Geschichte enthält alle Elemente einer tschechischen Gegenwehr (Waffen, Uniform, Panzerwagen) und den Beweis für den Mut der eigenen Familie („der letzte Tscheche, der hier war“), aber auch die Enttäuschung über die Niederlage („das war alles“), die aber nicht auf Feigheit zurückzuführen ist, sondern auf die Bedrohung durch die Deutschen, deren Grausamkeiten als unaussprechlich erscheinen, was letztlich auch der Hinweis auf die Zwangsarbeit belegt.

Während die Deutschen sich im Zusammenhang mit dem Jahr 1938 unaufgefordert mit der Frage von Schuld und Verstrickung auseinandersetzen, die minimallisiert und marginalisiert werden, ist in tschechischer Perspektive die unausgesprochene Frage die unterstellter Passivität oder mangelnden Widerstands. Diese Frage „männlicher Ehre“ wird hier deutlich in einer Darstellung von Mut gegenüber der Gefahr und der Bedrohung von Menschenrechten.

So ergibt sich als Fazit, dass beide Seiten das Thema meiden, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen. Dieses Vermeidungsverhalten mag – neben anderem – auch erklären, warum jüngere Deutsche und Tschechen in den Interviews zu 1938 große Distanz und kaum Wissen zeigen, so dass man fast von „kollektivem“ Nicht-Wissen sprechen kann. So setzt sich die Vermeidung des Themas auf beiden Seiten fort. Zwar finden sich keine nationalistischen Töne, aber auch keine klaren Positionen auf der Grundlage historischer Kenntnisse.

### 3.2 1945-1948: Deutsche zum Thema ‚Vertreibung‘

Zu den noch deutlicher „unerledigten“ Themen zwischen Deutschen und Tschechen gehören vor allem die Vertreibungen der Jahre 1945-1948, in denen Millionen von Sudetendeutschen ihre Heimat verloren.<sup>9</sup> Das belegt für die politische Sphäre allein schon die unverminderte Brisanz der Beneš-Dekrete, durch welche die Vertreibungen legalisiert wurden, zuletzt im Zusammenhang mit dem geplanten Beitritt Tschechiens zur EU, mehr noch ihre Funktionalisierung für Wahlkämpfe in Tschechien und in Bayern. Heikel ist die Situation zwischen Akteuren auf beiden Seiten durchaus auch in lokalen Kontexten, wie eine kleine Episode in unseren Grenzorten zeigt.

Im Rahmen der neuen grenzüberschreitenden Kooperation der beiden Gemeinden, die nur vom schmalen Pöhlbach getrennt sind und eigentlich eine geographische Einheit bilden, wurde ein gemeinsamer Stadtplan erstellt und in einer Auflage von 3.000 Exemplaren gedruckt, und zwar mit Unterstützung des europäischen Phare-Programms. An den Rand der Karte wurden kurze Texte zu beiden Ortschaften gesetzt, jeweils in beiden Sprachen. Der tschechische Text zu Vejprty enthält die folgende Passage (hier in einer später angefertigten deutschen Übersetzung):

(4) In der Nachkriegszeit wurde die Entwicklung der ganzen Region durch die Schließung der Grenze zu Sachsen negativ beeinflusst, besonders durch die Tatsache, dass die Mehrheit der ursprünglichen Einwohner Vejprty und die umliegenden Ortschaften verließ.

Die offizielle deutsche Version (von der Sekretärin des tschechischen Bürgermeisters übersetzt) lautet:

(5) Die Auswirkung des 2. Weltkriegs hatte zufolge die Schließung der Grenze zu Sachsen, dadurch verließen viele ursprüngliche Einwohner Vejprty und die nahe liegenden Ortschaften.

Wenn es hier heißt, dass „die Mehrheit“ oder sogar nur „viele“ Vejprty „verließen“ und als Grund hierfür „die Schließung der Grenze“ angegeben wird, so sind dies sprachliche Perspektivierungen der Ereignisse, die ahnen lassen, dass der sprachliche Umgang mit den Vertreibungen nicht nur in der großen Politik, sondern auch in den gelebten Niederungen lokaler Diskurse immer noch in „semantische Kämpfe“ münden kann. Der Vorsitzende des sudetendeutschen „Heimat-Ausschusses Weipert“, der in den letzten Jahren die alte Heimatstadt mit Geld für Krankenhaus, Kirchen und Asyle engagiert unterstützt hat, war jedenfalls aufgebracht und äußerte seine Verbitterung in einem Brief an den tschechischen Bürgermeister, in dem er die ominösen Formulierungen „bewusst

<sup>9</sup> Ausführlich dazu Holly (i. Vorb.)

verharmlosend und zutiefst unwahr“ nannte; dieser – eigentlich als Freund der deutschen Gruppe bekannt – versuchte in einem langen Beschwichtigungsschreiben das tschechische Wort *opustit* („verlassen“) als weniger euphemistisch zu interpretieren als die deutsche Entsprechung. Was ein Zeichen der Verständigung werden sollte, wurde zu einem kleinen Debakel, zum Glück nur in der Dimension eines Wasserglas-Sturmes. Die Geschichte zeigt aber, dass der Bezeichnungskonflikt um die Vertreibungen immer noch schwelt, und sie ist ein Indikator für die andauernde Relevanz der Frage, was ‚Vertreibung‘ in den Biographien der unmittelbar Beteiligten und in der Perspektive anderer Diskursteilnehmer an der Grenze eigentlich bedeutet.

Der anhaltenden Brisanz der Bezeichnungen, die auch in der BRD und der DDR eine interessante Entwicklungsgeschichte hatten,<sup>10</sup> sind sich einige Interviewte durchaus bewusst, wie hier Heinrich H., 78 Jahre, der beim Betrachten der einschlägigen Fotos äußert:

(6) ja also diese – diese Bilder hier von dieser – na mer muss schon sagen, es war eine Vertreibung, nich?

Betrachtet man eine solche Formulierung genauer, wird deutlich, dass die Bezeichnung des Referenzobjekts hier nicht spontan, naiv und unreflektiert verwendet wird, sondern dass es sich um eine „sprachreflexive“ Diktion handelt, darauf deuten mehrere Indikatoren: zunächst ein distanzierender Heckenausdruck (*von dieser*), dann eine Stockung mit einem anschließenden Satzabbruch, der Neueinsatz durch eine aufmerksamkeitssteuernde und rechtfertigende Formel mit einem Gliederungssignal (*na mer muss schon sagen*), dazu die behauptende Form einer expliziten Prädikation anstelle eines bloß referierenden Ausdrucks (*es war eine Vertreibung*) und das abschließende Rückversicherungssignal (*nich*).

Die vollständigste Sprachreflexion zu diesem Thema, die zudem ein zentrales Problem der Gedächtniskultur in diesem Zusammenhang illustriert, liefert ein Lehrer aus der mittleren Generation, den seine Frau einen „halben Sudetendeutschen“ nennt (Gerd M., 51 Jahre):

(7) na und das war sicherlich – dann die Flucht und Vertreibung, wobei – Flucht zuviel gesagt ist, – es war ja eine Vertreibung beziehungsweise eben eben dann, – de sei de sei, so wie wie mir sagen, am Huppen gangen, die Leute von von hüben sei übern Grenzbach gesprungen oder gehuppt, so – um sich Habseligkeiten – aus ihren Häusern zu holen, ja – und dann eben bei Nacht und Nebel

<sup>10</sup> S. Böke (1996).

Er setzt mit der inzwischen formelhaften Wendung *Flucht und Vertreibung ein*, die – wie Hahn/Hahn (2001, 339) argumentieren – als quasi-offizielles Etikett für einen „deutschen Erinnerungsort“ gelten kann: dieser sei aber

„nicht im Ereignis selbst zu suchen, der Erinnerungsort entstand auch nicht aus einem freien ‚Spiel‘ der Erinnerungen, sondern ist das Ergebnis einer ganz konkreten Erinnerungspolitik.“ (ebd.)

Der weitere Verlauf des Interviewausschnitts belegt nun genau den Weg zurück zur familieneigenen Erinnerung, indem zunächst die Formel situationsentsprechend auf den immer noch politischen Begriff *Vertreibung* reduziert und präzisiert wird; dann aber geht der Sprecher nach einem Korrektursignal (*beziehungsweise eben eben dann*) zusammen mit einem bedeutsamen Codeswitch zum Dialekt (*de sei* ‚die sind‘) zu einer individuell erinnerungsgeleiteten Sicht über und charakterisiert die Ereignisse nun mit dem dialektal geprägten Ausdruck *am Huppen gehen*, der zudem sprachreflexiv markiert ist (*so wie mir sagen*) und – nun mit standardsprachlicher Übersetzung – durchsichtig gemacht wird (*übern Grenzbach gesprungen oder gehuppt*); dadurch wird die familiäre Erinnerung anschaulich und mündet in eine szenische Darstellung (*Habseligkeiten aus ihren Häusern holen, bei Nacht und Nebel*). Die individuell und lokal geprägte Erinnerung aus der eigenen Familie muss gewissermaßen unter der darüber gelegten Schicht von formelhaft verfasster Etikettierung erst wieder freigelegt werden. Andere Sprecher brauchen die „offiziellen“ Bezeichnungen gar nicht, sondern bleiben bei alltagssprachlichen Wendungen wie *rausgeschafft werden, raus müssen, rüber müssen, rausgeschmissen werden, ausreißen, rüber kommen, rüber geholt werden, freiwillig rüber, schwarz rüber*. Auch in diesen Bezeichnungsalternativen und besonders deutlich in den Übergängen zwischen den sprachlichen Varietäten wird die Verschiedenartigkeit von offizieller und privater Gedächtniskultur sichtbar, wobei man durch die frühzeitige Politisierung der Erinnerung in den 50er Jahren das Thema einerseits ideologisierte, andererseits aber damit in bestimmter Weise kanalisierte, so dass die Betroffenen „ihr Leid privatisieren mussten“. <sup>11</sup> So kann die genaue diskursanalytische Betrachtung empirisch und im Detail einen Zustand der Überlagerung von privater Erinnerung durch „Erinnerungspolitik“ aufzeigen, die Hahn/Hahn (2001, 341) als Verschiebung des Erinnerungsobjekts von ‚erlebtem Leid‘ zu ‚deutschem Osten‘ beschrieben haben:

„Die persönlichen Erinnerungen an das erlebte Leid und den Heimatverlust mischten sich von Anfang an mit dem konstruierten Kontext des kollektiven Verlustes des ‚deutschen Ostens‘, die einzelnen Opfer von ‚Flucht und Ver-

<sup>11</sup> So Hans-Ulrich Wehler in einem Spiegel-Gespräch (13/2002, 62), wo es weiter heißt: „Aber die Botschaft der bundesdeutschen Mehrheit hieß: Ihr müsst mit eurem Leid allein fertig werden.“

treibung‘ wurden so zum Instrument revisionistischer Politik. Die ‚Heimatvertriebenen‘ als Träger der erfolgreichen Vertriebenenpolitik erhielten quasi eine Gedächtniskonstruktion, deren Objekt nicht ihr erlebtes Leid, sondern der ‚deutsche Osten‘ war.“

Der Vorzug der diskursanalytischen Verfahren im Umgang mit biographischen Interviews liegt gerade darin, dass auch die alltägliche und familiär geprägte Perspektive im Kontrast zu den offiziellen Diskursen sichtbar wird. Deshalb soll hier im Umriss gezeigt werden, wie ein politisch stark geladener Begriff wie ‚Vertreibung‘ von Alltagssprechern semantisch gefüllt wird, als was ‚Vertreibung‘ erscheint, wenn man ihren eigenständigen sprachlichen Darstellungen folgt. Dazu soll im Folgenden die semantische Struktur dieses Begriffes, wie man sie aus den Interviewdaten rekonstruieren kann, kurz zusammengefasst werden.

Zentrale Elemente dieser Struktur erscheinen in der folgenden „Vertreibungsgeschichte“, die eine „Kernszene“ schildert; sie stammt aus dem Interview mit Alfred R., einem 77jährigen Rentner aus Weipert, der aber jetzt bei Bärenstein lebt:

(8) [...] un eines Wochenende bin ich nach Hause, konnt ich durft ich ins Haus nimmer rein, hatten sie meine Eltern rausgeschafft, alle, un warn Tschechen drin, stand ich da, wusst nicht wohin, ich wusst ja auch nicht, wo meine Eltern sind, nu, da hab ich mich nu durchgefragt, un dann hab ich sie irgendwo in nem Haus gefunden, mit nischt, ich hatte bloß meine Arbeitsklamotten und, weiß nicht, wahrscheinlich gab's doch irgendwie nen ‚guten Freund‘, nachts um, war vielleicht um zwölfe oder um eins rum, haben sie uns dort rausgeholt und ins Lager geschafft, da war ich dann ein halbes Jahr im Lager, mit meinen Eltern [...] un no ich hatte ebm des Glück, dass ich dann meine Freundin in Bärenstein hatte und bin dort untergekommen

In dieser kurzen Vertreibungserzählung, die zunächst nur die Vertreibung der Eltern aus dem Haus und dann die Unterbringung der Familie in ein Lager schildert, finden sich Elemente der wichtigsten Bedeutungskomplexe, die den Begriff ausmachen und strukturieren:

(I) die Art der Bewegung, die mit der Vertreibung verbunden ist (*rausgeschafft, rausgeholt*): es ist eine Bewegung ‚raus‘, ohne oder mit ungewissem Ziel, wobei die ‚Täter‘ ausgeblendet oder anonym sind, die ‚Opfer‘ als Objekte eines Transports erscheinen.

(II) der plötzliche Verlust der Existenzgrundlagen (*mit nischt*): dabei geht es nicht nur um Hab und Gut, um die Wohnung, sondern oft auch (vorübergehend) um die Familie und immer um die Arbeit.

(III) Mit dem materiellen Verlust verbunden ist der Verlust von Freiheit und Würde (*durft ich nimmer; ins Lager geschafft*): zum Zwang und zur Zwangs-

arbeit kommen häufig Schikanen, später dann oft noch die Ablehnung durch die neue Umgebung.

(IV) Der erzwungene Verlust verursacht starke Gefühle, die hier zwar nur angedeutet sind (*wusst nicht wohin*), aber für die meisten traumatisch bleiben: Angst, Wut, Sehnsucht, Verzweiflung bis in Wahnsinn und Tod.

(V) Für manche sind mit der Vertreibung sogar gute Erfahrungen verbunden (*ich hatte ehm des Glück*): Glück im Unglück, gute Erfahrungen sogar mit den „Tätern“, Abenteuer und Schwankhaftes.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die individuellen Erinnerungen sind z. T. stark formelhaft verdichtet, weisen aber eine differenzierte Bedeutungsstruktur auf, die den gesamten Komplex mit seiner problematischen Doppelstruktur umfasst: die menschenrechtsverletzenden Vertreibungshandlungen mit ihren Schrecken und traumatisierenden Elementen einerseits, den historischen Kontext von Schuld- und Verstrickungsdiskurs andererseits, der allerdings meist bzw. weitgehend ausgeblendet wird, dann aber doch – gewissermaßen als Lücke – in den entagentivierenden und einseitig opferzentrierten Versprachlichungen weiterwirkt, mit einer zu simplen Täter-Opfer-Strukturierung, die auch andere Erlebnisse als „Ausnahmen“ markiert. So sehr die Respektierung des erlittenen Leids und der dadurch ausgelösten Gefühle geboten ist, so notwendig ist die Einbeziehung der historischen Kontexte, die Ursachen und Entstehung von Unrecht auf beiden Seiten würdigt. Anders ist eine wirkliche Überwindung der Traumata und eine konfliktlösende Haltung der nachfolgenden Generationen nur schwer vorstellbar.

#### 4. Ungleiche Nachbarn: der Umgang mit Asymmetriekonstruktionen

Die heutige Wahrnehmung der Grenzverhältnisse in Mitteleuropa ist sehr stark geprägt durch eine tatsächliche oder angenommene ‚Asymmetrie‘ zwischen den Nachbarn, die durch die EU-Erweiterung zusammengebracht werden sollen. Die Ungleichheiten, die in den Interviews spontan konstruiert werden, betreffen verschiedene Felder, die nicht selten als mögliche Konfliktquellen gelten und nur in Ausnahmefällen als nützliche, weil sich ergänzende Asymmetrien gedeutet werden. In jedem Fall ist interessant, wie die Interviewten, unabhängig von tatsächlichen Gegebenheiten, die hier nicht thematisiert werden sollen, mit diesen Asymmetriekonstruktionen umgehen. Auch wenn es – vor allem auf ökonomischem Gebiet – auf Anhub nach einer sehr klaren und einseitigen Verteilung aussehen mag, liegen die Dinge aber nicht einfach so, dass durchweg eine Überlegenheit des Westens gesehen wird und von den Ostpartnern entspre-

chend Unterlegenheitsgefühle geäußert werden. Wie sich dies in den Interviews im Einzelnen darstellt, soll im Folgenden kurz umrissen werden.<sup>12</sup>

Dimensionen von Ungleichheiten, die in den Interviews zur Sprache kommen, sind im Wesentlichen die folgenden:

- Wirtschaft und Wohlstand
- Arbeit und Beschäftigung
- Sprachkenntnisse
- Kriminalität
- Mentalitäten
- Attraktivität
- Interesse am Anderen

Im Vordergrund steht natürlich die Perspektive der wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allem des starken West-Ost-Wohlstandsgefälles, das auch an harten Fakten wie dem Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt abzulesen ist. Das heißt aber nicht, dass man den Westen in jeder Hinsicht für „besser“ hält. Man schätzt die niedrigeren Preise in den „ärmeren“ Ländern, manchmal bewundert man auch die größere ökonomische Dynamik und die größeren Möglichkeiten der Arbeitsmigration, so dass auch Befürchtungen aufkommen, dass sich die Situation umkehren könnte. Weiterhin gibt es meist bessere Sprachkenntnisse auf der Seite der „kleineren Sprachen“, die auch größere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt mit sich bringen.

Kriminalität ist ein Aspekt, der starke Vorurteile gegenüber den östlichen Ländern begründet, wofür umgekehrt auch Verständnis da ist; die stabilsten Stereotype existieren aber auf dem Feld der Mentalitäten, die als fundamentale Unterschiede geschildert werden, die auch noch anderen Asymmetrien zugrunde liegen sollen. Als Folge aus allen diesen Faktoren resultieren unterschiedliche Attraktivität und unterschiedliches Interesse am andern.

Manche Dimensionen von Ungleichheiten enthalten schon Wertungen (wie z.B. ‚reich‘ – ‚arm‘) und damit auch implizite Bewertungen von Ost und West. Daraus entstehen dann Haltungen wie „Überlegenheit“ bzw. „Unterlegenheit“ gegenüber dem andern. Überlegen fühlen sich Westbewohner auf den Feldern Wirtschaft und Kriminalität, Ostbewohner dagegen hinsichtlich von Sprach-

<sup>12</sup> Ausführlich dazu Holly/Nekvapil/Scherm/Tišerová (i. Vorb.). Zu Disparitäten zwischen Ost und West s. Eser (1998), zu verschiedenen Aspekten der Verhältnisse in den Beitrittsländern und zu Beitrittsfragen s. auch die Beiträge in Neuss/Jurczek/Hilz (1998, 1999, 2001, 2002)

kennnissen oder Gastfreundschaft, generell in charakterlichen Dingen, so dass sich keine durchgängig einseitigen Bilanzen ergeben. Manche negativen Bewertungen sind auch durchaus wechselseitig, wie Unterstellungen von Faulheit oder schlechtem Geschmack.

Im Umgang mit Asymmetrien lassen sich im Wesentlichen vier Strategien finden:

- Man meidet den „ungleichen“ Nachbarn („Was soll ich ohne Geld da drüben?“)
- Man erklärt die Ungleichheit („Sie konnten sich keine Autos kaufen, also haben sie ihre Häuser verschönert.“)
- Man versucht eine Ungleichheit durch eine andere zu kompensieren („Sie haben Geld, aber keinen Geschmack.“)
- Man deutet konkurrierende Ungleichheiten um in sich ergänzende („Wir haben Wohnungen, ihr habt Arbeitskräfte, wir können uns gut ergänzen.“)

Ungleichheiten werden nicht nur von den „Unterlegenen“ abgelehnt, auch die, denen es besser geht, sehen Ungerechtigkeiten nicht als erhaltenswert an. Während man aber die wirtschaftlichen Disparitäten durchaus für etwas hält, was sich rasch ändern kann, gelten die Mentalitätsunterschiede als etwas Dauerhaftes, das zur Erklärung verschiedenster Phänomene erhalten muss.

### 5. Bilder von Europa

Ein zentrales Thema des gesamten Projekts war die Frage, wie Grenzbewohner angesichts der bevorstehenden EU-Osterweiterung ‚Europa‘ sehen.<sup>13</sup> Zunächst ist festzuhalten, dass das Thema ‚Europa‘ aus der Alltagsperspektive der Interviewten so gut wie nie spontan erwähnt wurde, auch nicht, wenn entsprechendes Bildmaterial mit EU-Emblemen oder mit EU-geförderten Projektbauten dazu Anlass geboten hätte; dies ist schon für sich genommen ein bemerkenswertes Phänomen, das auf die Abstraktheit und Alltagsferne sowohl der europäischen Idee als auch der europäischen Institutionen hindeutet.

Deshalb wurden am Ende der Interviews – abweichend von der generellen Methode – einige offene Fragen zu Europa gestellt: ob sich die Interviewten als Europäer fühlen, welche Assoziationen sie mit Europa verbinden, wie sie über die EU-Erweiterung denken. In diesem Zusammenhang kamen dann unterschiedlichste begriffliche Aspekte der Gesamthematik zur Sprache, Europa als Einheit, als übernationale institutionelle Struktur, die Frage politischer und wirt-

<sup>13</sup> Im Folgenden gebe ich eine kurze Zusammenfassung von Armbruster/Rollo/Meinhof (i. Vorb.), welche die Interviewdaten im Hinblick auf diese Frage bearbeitet haben.

schaftlicher Macht in Europa, Konzeptualisierungen von Ost und West und von Wanderungsbewegungen in Europa. So ergaben sich doch eine Reihe von Positionierungen und von Identitätskonstruktionen im Hinblick auf Europa und die EU-Erweiterung. Dabei ging es immer um die eigene lokal und lebensgeschichtlich verankerte Sichtweise, nicht um die abstrakte Diskussion politischer Fragen auf einer Metaebene.

Verständlicherweise gab es Identitätsunterschiede vor allem zwischen den Interviewten in EU-Mitgliedsländern und solchen in den so genannten Kandidatenländern. Während erstere Europa weitgehend mit der EU verknüpften, war dies für letztere problematisch: einerseits gebrauchten sie den Ausdruck *Europa* synonym mit EU, andererseits sahen sie sich in der Mitte Europas (im Gegensatz zum Osten). Zugleich ist für beide Gruppen Europa ein Zukunftsthema, das Hoffnungen und Ängste hervorbringt. Unterschiede zwischen beiden liegen vor allem darin, dass in westlicher Sicht Nationales und Regionales fokussiert werden (z.B. Kritik an staatlichem Nationalismus oder auch Fragen der Rangbildung unter den verschiedenen Staaten), aus östlicher Sicht dagegen nur Nationales (vor allem im Hinblick auf Ungleichheiten und Abhängigkeiten).

### 5.1 Europa aus der Sicht von „EU-Mitgliedern“

Schaut man die Interviews bei den Angehörigen der Mitgliedstaaten genauer an, fällt auf, dass die eigene Situation ein entscheidender Faktor für die jeweilige Perspektivierung der Europa-Frage ist. Dies lässt sich an einigen Beispielen veranschaulichen: Während etwa ein Westdeutscher sich vor allem damit beschäftigt, ob Deutschland seine ökonomische Stärke innerhalb Europas zukünftig auch in eine angemessen mächtige politische Rolle umsetzen kann, sieht ein Ostdeutscher mehr die ökonomischen Risiken und Unsicherheiten, welche die schon jetzt bestehenden Probleme seiner Region nach der Erweiterung noch verstärken könnten, wobei die Angst vor der Arbeitsmigration aus dem Osten den Tenor bestimmt. Eine Österreicherin betont sehr stark die Kritik an der EU, die trotz aller Einsicht in die Vorteile ungeliebt bleibt, vermutlich auch unter dem Eindruck der damaligen Sanktionen gegen die mit Haider kooperierende österreichische Regierung, und untermauert ihre Skepsis mit einer sehr ausländerfeindlich gefärbten Klage über die anwachsende Kriminalität aus „dem Süden“, d.h. den Balkanländern. Nur eine italienische Stimme mit einer ausgeprägten friaulischen Identifikation entwickelt eine sehr positive, geradezu utopische Vision eines einigen Europa, das an die Stelle der Nationalstaaten treten und eine neue Doppelidentität von regionaler und europäischer Zugehörigkeit ermöglichen könnte.

Überhaupt löst die Europa-Frage zumeist eine Reflexion der eigenen Haltung zur Nation und/oder Region aus, wobei verschiedene Kombinationen möglich sind: man sieht nur die Rolle der Nation innerhalb Europas und bewertet sie po-

sitiv oder negativ, indem man ein mehr oder weniger deutliches Spannungsverhältnis annimmt. Andere referieren stärker auf die Region, die in einem Kontrast zur Nation gesehen wird, als benachteiligt im Vergleich zu anderen Landesteilen oder als eigentlicher Bezugspunkt, der im Rahmen einer europäischen Gesamtidentität eine nationale Identifizierung ersetzt. Nahezu alle Interviewten sehen in diesem Zusammenhang Bedrohungen von außen, die vornehmlich aus den früher kommunistischen Ländern kommen sollen, als Risiken für die eigene Sicherheit oder die eigene Identität.

## 5.2 Europa aus der Sicht von „Noch-nicht-EU-Mitgliedern“

Die Interviews auf den östlichen Seiten der Grenzen standen, was die Europa-Thematik angeht, ebenfalls ganz unter dem Eindruck der Diskussionen zur EU-Osterweiterung, die wiederum sehr heterogene Stellungnahmen hervorbrachten, z. T. aus ganz anderer Perspektive, z. T. komplementär zu den westlichen: einerseits Ängste davor, von anderen dominiert und ausgebeutet zu werden, wobei auch sehr alte Muster reaktiviert werden, andererseits Hoffnungen auf rasche ökonomische Verbesserungen. Auch hier sollen einige prototypische Stimmen beschrieben werden.

Nicht selten wird aus einer Position der Unterlegenheit die Meinung geäußert, man sei „noch nicht reif genug“, etwa von einer Polin, die ihren Landsleuten mangelnde Disziplin bescheinigt, oder von einer Slowenin, die ihr Land für „chaotisch“ hält; letztere betont aber zugleich die Zugehörigkeit zu Europa und führt an, dass das Land von allen früheren Teilen Jugoslawiens am weitesten entwickelt sei und immerhin Wissenschaftler und gebildete Leute vorweisen könne, nur eben keine überzeugende politische Führung. Eine ältere Ungarin sieht Europa vor allem als etwas sehr Unsicheres; mit einem gewissen Fatalismus zweifelt sie an der Beständigkeit der EU und vertraut lieber ihrer Verwurzelung im eigenen Dorf, das so viele Herrschaftsformen hat kommen und gehen sehen. Ein junger Tscheche dagegen betont vor allem die Hoffnung auf bessere Beschäftigungsmöglichkeiten, sei es im deutschen Ausland, womit er die dortigen Befürchtungen spiegelt, sei es aufgrund von ausländischen Investoren, die in seinem eigenen Land die Situation verbessern könnten.

Aus fast allen Äußerungen spricht ein tiefes Gefühl von Machtlosigkeit und Ausgeliefertsein, das sicherlich auch die Erfahrungen der Marginalisierung widerspiegelt; sie haben unabhängig von den jeweiligen politischen und historischen Konstellationen einen dauerhaften Grundton der Resignation begründet, vor allem in den ländlichen Grenzregionen fernab der Industrie- und Handelszentren.

## 6. Schlussbemerkung

Zu allen hier erwähnten Teilthemen – das betrifft die historischen Fragen ebenso wie die Identitäten im Hinblick auf Ungleichheiten zwischen Grenznachbarn oder das Europa-Thema – finden sich keine einfachen Konstruktionen, die ein glattes oder eindeutiges Bild ergeben. Widerspruchsfreie und simple Äußerungen sind eher die Ausnahme; deshalb können die Interviews mit all ihren inkonsistenten Details und Mischungen gängiger Muster zeigen, dass Meinungsbilder in Prozentzahlen, wie sie mit den üblichen Fragebogenmethoden erhoben werden können, vielleicht eine grobe Orientierung zu manchen sehr zugespitzten Fragen vermitteln können, aber sicher keinen Einblick in die Komplexität der Lebenssituationen oder gar der Lebensgeschichten und die daraus resultierende Vielfalt von Identitätskonstruktionen. Deshalb erscheint es gerade in solchen Fällen, in denen Politiker über mangelnde Akzeptanz für eigentlich notwendige und sinnvoll erscheinende Maßnahmen klagen, durchaus hilfreich, auch andere Methoden der Erhebung sozialer Konstruktionen heranzuziehen, die das erhobene Daten-Material nicht zu stark präformieren und Befunde nicht übermäßig vorstrukturieren, sondern aus dem Material „emergieren“ lassen. So kann man sich vielleicht – auf dem Weg über die Alltagsdiskurse – unvoreingenommener auch den „inoffiziellen“ Sichtweisen der Gesellschaftsmitglieder, d.h. einer „Sicht von unten“ nähern.

## Literatur

- Armbruster, Heidi/Rollo, Craig/Meinhof, Ulrike (i. Vorb.): *Imagining Europe. Everyday narratives in European Border Communities*. In: Meinhof (i. Vorb.).
- Beer, Mathias (1998): *Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“*. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46, S. 345-389.
- Böke, Karin (1996): *Flüchtlinge und Vertriebene zwischen dem Recht auf die alte Heimat und der Eingliederung in die neue Heimat*. Leitvokabeln der Flüchtlingspolitik. In: dies./Frank Liedtke/Martin Wengeler: *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära*. Berlin/New York, S. 31-210.
- Brandes, Detlef/Ivaničková, Edita/Pešek, Jiří (Hg.)(1999): *Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938-1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien*. Essen.
- Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.) (1957/1984): *Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei*. 2 Bde. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Neudruck. München.

- Donth, Stefan (2000): Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945 bis 1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED. Köln usw.
- Eser, T.W. (1998) Regionale Disparitäten in den mittel- und osteuropäischen Ländern und die Osterweiterungsstrategie der Europäischen Union. Trier.
- Galasiński, Dariusz/Meinhof, Ulrike (2002): Looking across the river: German Polish border communities and the construction of the Other. In: R. Hermann/T. Risse/M. Brewer (Hg.): Europeanization: Institutions and the Evolution of Social Identity. (im Druck)
- Hahn, Eva/Hahn, Hans Henning (2001): Flucht und Vertreibung. In: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte I. München, S. 335-351.
- Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael (Hg.) (1999): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München.
- Holly, Werner (2002): Traces of German-Czech history in biographic interviews at the border Baerenstein-Vejprty. In: Meinhof (2002), 95-118.
- Holly, Werner (i. Vorb.): „Mit nischt“. Zur Semantik von ‚Vertreibung‘ in biographischen Interviews an der deutsch-tschechischen Grenze zwischen Sachsen und Böhmen. In: Dagmar Neuendorff (Hg.): Beiträge der Tagung finnischer Germanisten in Turku 2000.
- Holly, Werner/Nekvapil, Jiří/Scherm, Ilona/Tišerová, Pavla (i.Vorb.): Unequal neighbours: coping with asymmetries. In: Meinhof (i. Vorb.).
- Meinhof, Ulrike (Hg.) (2002): Living (with) Borders. Identity Discourse on East-West-Borders in Europe. Aldershot.
- Meinhof, Ulrike (Hg.) (i. Vorb.): Bordering European Identities. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 29, 2003.
- Meinhof, Ulrike/Galasiński, Dariusz (2000): Photography, memory and the construction of identities on the former East-West German border. In: Discourse Studies 2, S. 323-353.
- Meinhof, Ulrike/Galasiński, Dariusz (2002): Reconfiguring East-West identities: cross-generational discourses in German and Polish border communities. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 28, S. 63-82.
- Neuss, Beate/Jurczek, Peter/Hilz, Wolfram (Hg.) (1998): Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa. Tübingen.
- Neuss, Beate/Jurczek, Peter/Hilz, Wolfram (Hg.) (1999): Transformationsprozesse im südlichen Mitteleuropa. Ungarn und Rumänien. Tübingen.

- Neuss, Beate/Jurczek, Peter/Hilz, Wolfram (Hg.) (2001): Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung – Slowenien, Slowakei und Tschechien als Beispiele. Tübingen.
- Neuss, Beate/Jurczek, Peter/Hilz, Wolfram (Hg.) (2002): Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen. Tübingen.
- Plato, Alexander von/Meinicke, Wolfgang (1991): Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Berlin.
- Radvanovský, Zdeněk (1993): Zur Vertreibung und Aussiedlung der Sudetendeutschen aus dem Grenzgebiet Nordwestböhmens in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945-1946. Usti nad Labem.
- Scherm, Ilona/Tišerová, Pavla (i. Vorb.): Das Jahr 1968 in biographischen Interviews an der deutsch-tschechischen Grenze. Typoskript.
- Staněk, Thomáš (1994): Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945-1948. In: Detlef Brandes/Václav Kural (Hg.): Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938-1947. Essen, 165-186.
- Sudetendeutsches Archiv (Hg.)(1995): Odsun – Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Begleitband zur Ausstellung. München.
- Sudetendeutsches Archiv (Hg.)(2000): Odsun – Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Dokumentation zu Ursachen, Planung und Realisierung einer „ethnischen Säuberung“ in der Mitte Europas 1848/49-1945/46. Bd. 1. München.
- Wille, Manfred (Hg.) (1996): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. I: Ankunft und Aufnahme 1945. Wiesbaden.
- Wille, Manfred/Hoffmann, Johannes/Meinicke, Wolfgang (Hg.) (1993): Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Wiesbaden.

## Sächsisch-Tschechische Hochschulkooperation zur Entwicklung eines europäischen Studiengangs „JobConsulter“

Roland Schöne, Miroslav Svoboda und Angelika Weigold

### Ausgangssituation

Die gegenwärtigen Entwicklungen, die durch tief greifende wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen gekennzeichnet sind und unter den Aspekten Wissens- und Informationsgesellschaft, Globalisierung und Internationalisierung diskutiert werden, haben die Arbeitsformen, Arbeitsinhalte und damit die Qualifikationsanforderungen an das Bildungs- und Wirtschaftssystem deutlich verändert.

Geradlinige und tradierte auf Kontinuität ausgerichtete Berufslaufbahnen, ohne Unterbrechung und Neuorientierungen, werden immer seltener. Die Wahrscheinlichkeit für mehrfachen Arbeitsplatz- und Berufswechsel im Laufe der Berufstätigkeit steigt dagegen an. Die künftige Erwerbsbiographie wird von sich abwechselnden Phasen der Aus- und Weiterbildung, Erwerbstätigkeit, Suche nach neuen Beschäftigungsfeldern, Umschulung und veränderte bzw. neue Erwerbstätigkeit gekennzeichnet sein.

Prospektive Aussagen über zukunftssträchtige Berufe werden immer problematischer, weil bei den raschen Veränderungen in der Gegenwart die Validität der Prognosen stark eingeschränkt ist. Innerhalb kürzester Zeit entstehen neue Berufe, während andere an Bedeutung verlieren. Kombinationen bisheriger Berufstätigkeiten führen zu neuen Formen der beruflichen Arbeit. Gefragt sind Mobilität und Flexibilität hinsichtlich des Arbeitsortes (zum Beispiel durch Telearbeit), der Arbeitszeit sowie der Beschäftigungsverhältnisse. Immer häufiger werden Zeitarbeit, Teilzeit- und befristete Arbeitsverhältnisse sowie die Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit.

Die Zeiten, in denen der Mensch in seiner Erwerbstätigkeit von seinem erworbenen Wissen der Erstausbildung zehren konnte, scheinen endgültig vorbei zu sein. Die Entwicklungen erfordern für den Einzelnen eine permanente Qualifizierung im Sinne eines lebenslangen (berufsbegleitenden) Lernens und eine entsprechend umfassende und auf „lebenslanges Lernen“ ausgerichtete begleitende und unterstützende Beratung durch qualifizierte professionelle Hilfe.

Zur Professionalisierung der in diesem Bereich tätigen Berater wird ein Aus- und Weiterbildungsangebot benötigt, das den Forderungen einer differenzierten Beratung gerecht wird. Ein solcher Beratungsdienst könnte die Beratungsbereiche der Vorschul- und Schul-, Studien-, Berufs-, Arbeits- und Personalentwicklungsberater umfassen.

Recherchen und Analysen durch die Professur Erwachsenenbildung und betriebliche Weiterbildung der Technischen Universität Chemnitz haben ergeben, dass es einen universitären Studiengang, der auf diesem komplexen Aufgabenfeld der Beratung umfassend vorbereitet, bis jetzt nicht gibt.

Ein Grund für das Fehlen eines derart komplexen Beratungsangebotes dürften die bisher unterschiedlichen Zuständigkeiten für diese Beratungsdienste sein. Aber auch die Beratungsdienste unterstehen einem Wandel und gerade in den letzten Jahren hat sich in der Berufs- und Arbeitsberatung in Deutschland viel verändert. Durch die Deregulierung, d.h. die Beseitigung der gesetzlichen Restriktionen für die Zulassung privater Arbeitsberater und -vermittler wurde durch das Arbeitsförderungs-Reformgesetz, das am 01. Januar 1998 in Kraft trat, der Bereich der Beratungsdienstleistungen liberalisiert und für den Wettbewerb geöffnet. Begünstigt werden diese Möglichkeiten des Weiteren durch die Einführung von Bildungsgutscheinen, die eine verstärkte qualifizierte Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Beratungsdiensten erfordern. Das hatte zur Folge, dass sich vielfältige Beratungs- und Personaldienstleistungsbereiche unterschiedlich und relativ unkoordiniert entwickelt haben, zum Beispiel Schülerberatung, Arbeitsweltberatung, Trendberatung, Weiterbildungsberatung oder Beratung für Lebenslanges Lernen. Notwendig erscheint deshalb eine Strukturierung, Abgrenzung und Abstimmung sowie Vernetzung der einzelnen Beratungs- und Personaldienstleistungsbereiche für die unterschiedlichen Zielgruppen.

Die Heranbildung von akademischen Fachkräften, die in der erforderlichen Qualifikation und Anzahl noch nicht vorhanden sind, gehört zu den Hauptaufgaben einer Universität. Dem entspricht die Technische Universität Chemnitz mit dem Vorhaben, einen neuen zum Teil webbasierten Studiengang „Job-Consulter“ zu entwickeln, der auf die Nachfrage nach professionellen Beratern reagiert.

Die Ausbildung zum „Job-Consulter“ soll als Spezialisierungsmöglichkeit in einem konsekutiven Masterstudiengang „*Master of Human Resource Development - Master für Weiterbildung, Personal- und Organisationsentwicklung*“ an der Professur Erwachsenenbildung und betriebliche Weiterbildung mit dem international anerkannten Masterabschluss erfolgen.

Die Konzipierung eines solchen zukunftsorientierten europäischen Studiengangs soll dabei dem immer stärker zusammenwachsenden europäischen Arbeitsmarkt entsprechen, was sich vor allem in der Kompatibilität der Beratungsdienste innerhalb der Europäischen Union und in der Erweiterung der Kenntnisse von Beratern auf das ganze Gebiet der EU auswirken soll. Damit kann dieser Studiengang die Beschäftigungsmöglichkeiten von Hochschulabsolventen auf dem europäischen Arbeitsmarkt verbessern.

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird diesen Aspekten durch die gemeinsame Erarbeitung eines Studienangebotes mit Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang „Job-Consulter“, durch Mitarbeiter der Professur Erwachsenenbildung und betrieblichen Weiterbildung der Technischen Universität Chemnitz und des Instituts für lebenslange Bildung an der Westböhmisches Universität Pilsen in der Tschechischen Republik Rechnung getragen. Weiterhin soll ein Austausch von Mitarbeitern und Studenten zu Lehrveranstaltungen und Praktika erfolgen.

Langfristiges Ziel ist die Schaffung eines Verbundes von weiteren europäischen Universitäten, die das Studienangebot des „Job-Consulter“ schrittweise länderübergreifend gemeinsam mit entwickeln, erweitern und auf dieser Grundlage ausbilden werden. Dazu laufen gegenwärtig Verhandlungen mit einer ungarischen sowie einer estischen Universität und damit zwei weiteren EU-Beitrittsländern. Zudem gibt es Kooperationsgespräche mit der Fachhochschule Mannheim, die über langjährige Erfahrungen in der Ausbildung von Berufs- und Arbeitsberatern für die Bundesanstalt für Arbeit verfügt. Der Vorteil eines solchen Verbundes liegt auf der Hand: je mehr Universitäten sich beteiligen, desto schneller können einheitliche aus- und fortgebildete Berater im Bereich der EU wirksam werden.

Die Zusammenarbeit der Westböhmisches Universität Pilsen und der TU Chemnitz erfüllt damit die bildungspolitischen Zielstellungen der Europäischen Kommission im *Memorandum zum Lebenslangen Lernen* (2000) sowie die *Empfehlungen des Forums Bildung* und des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 13./14.04.2000 zum *Selbstorganisierten Lernen*. So wird beispielsweise im erstgenannten *Memorandum zum Lebenslangen Lernen* als fünfte Grundbotschaft ein Umdenken in Berufsberatung und Berufsorientierung - mit dem „Ziel, für alle einen leichten Zugang zu hochwertigen Informations- und Beratungsangeboten über Lernmöglichkeiten in ganz Europa und während des ganzen Lebens zu sichern“ - gefordert

Im Einzelnen wurden bzw. werden dazu folgende Aktivitäten realisiert:

1. Entwicklung eines (Modell-) Projektes auf nationaler bzw. möglichst EU-Ebene, um daraus schrittweise einen europäischen Studiengang zu entwickeln. Folgende Analysen werden hierzu erarbeitet:

- Analyse der Qualität der Beratung und Dienstleistung im Bereich Bildung und Arbeit (insbesondere durch Verdichtung vorliegender Studien und eigener Beiträge für die interessierenden defizitären Bereiche)
- Analyse des Bildungsmarktes in Europa bezüglich ähnlicher Studiengänge

- Bildungsbedarfsanalyse für Job-Consulter in den verschiedenen Beratungsbereichen
  - Analyse der Umsetzungschancen für verschiedene Projekt- bzw. Modellvarianten
2. Projektentwicklung und -realisierung mit begleitender Evaluierung
  3. Erweiterung des wissenschaftlichen Personals im Modellprojekt und Einbeziehung von erfahrenen Beratern aus der Praxis.
    - Curriculum- und Modulstrukturentwicklung zunächst für einzelne besonders nachgefragte berufsbegleitende Weiterbildungsangebote, danach für einen Ausbildungsstudiengang (Abschluss: Magister, BA und MA)
    - Erarbeitung modularer webbasierter Lernangebote und Lehrbriefe sowie Ausarbeitung von praxisorientierten Fallbeispielen, Rollenspielen und Projektarbeitsthemen für das Selbstorganisierte Lernen und Präsenzphasen mit Training, Workshops und Prüfungen. Dabei wird eine enge Verbindung mit Aufgaben aus dem Arbeitsprozess der Teilnehmer oder deren Praktikumsbetrieben angestrebt.
  4. Transnationaler begleitender Erfahrungsaustausch mit Partnern in den europäischen Ländern, insbesondere solchen mit fortgeschrittenen Erfahrungen (Schweiz, Niederlande, Österreich, Großbritannien) und mit den EU-Beitrittsländern (Polen, Tschechien, Ungarn, Estland) für den Ergebnistransfer.
  5. Weiterentwicklung des nationalen Studiengangs zu einem europäischen Studiengang im Rahmen eines Verbundprojektes mit Fördermitteln der EU sowie Erprobung der Aus- und Fortbildungsmodule sowie der Einsatzmöglichkeiten in den beteiligten Ländern und darüber hinaus.
  6. Einbeziehung von Absolventen in ein geplantes Graduierten-Kolleg zur weiteren wissenschaftlichen Forschung in den Beratungsbereichen im Rahmen von Promotionsverfahren.
  7. Konzeption zur Gründung eines privatwirtschaftlichen Unternehmens an der TU Chemnitz zur Erprobung dieses komplexen Modells der Karriereberatung, die eine Studien-, Berufs-, Trend-, Existenzgründer-, Laufbahnberatung für Absolventen und wissenschaftliche Mitarbeiter umfasst, im Rahmen der Projektlaufzeit.

#### Beratungsbereiche

Durch die zunehmende Differenzierung und Individualisierung an Ausbildungsmöglichkeiten wird die Intensivierung einer sachkundigen Beratung notwendig, damit jeweils die Bildungsangebote und Lernmöglichkeiten gewählt

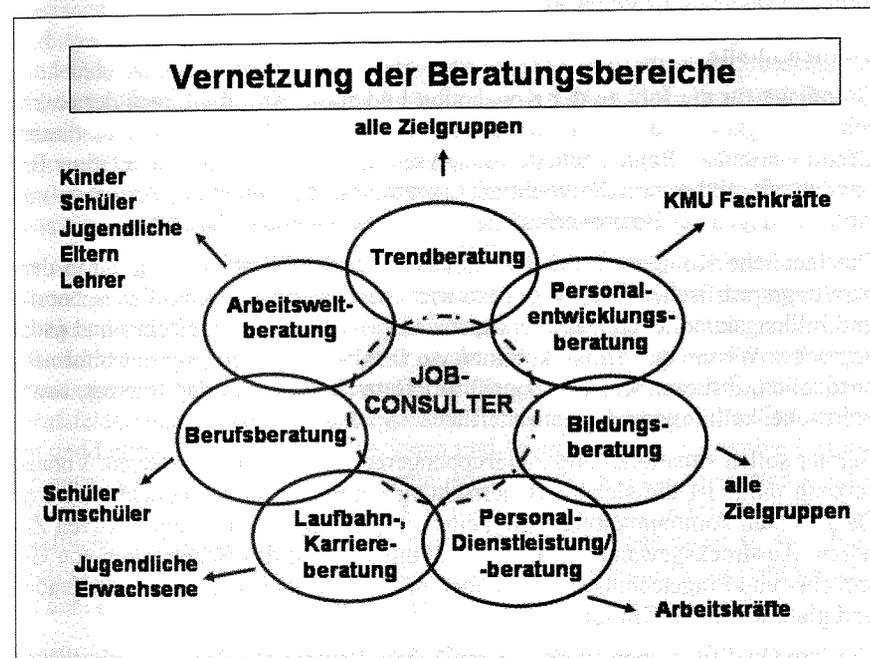
werden können, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern und gleichzeitig zukunftsorientierte berufliche und gesellschaftliche Chancen bieten. Einer durchgängigen und verstärkten Beratung auf allen Stufen des Bildungs- und Berufssystems, d.h. von einer vorschulischen Beratung bis zu Informationsangeboten für ältere Arbeitnehmer, kommt somit eine immer größere Bedeutung zu.

Folgende Beratungsbereiche sind als Bestandteil des Studiengangs „Job-Consulter“ vorgesehen und könnten für Absolventen dieses Studiengangs ein potenzielles Tätigkeitsfeld sein:

- **Bildungsberatung**, insbesondere Beratung an Vorschuleinrichtungen, Schulen, Weiterbildungseinrichtungen (trägerübergreifend und trägerspezifisch), Studienberatung an Hochschulen sowie eine Beratung für das lebensbegleitende und bildungsebenenübergreifende Lernen,
- **Berufsberatung** bei den Berufsinformationszentren der Arbeitsämter, Kammern und an Schulen durch Beratungslehrer,
- **Trendberatung**, insbesondere für KMU, zur Unterstützung einer zukunfts- und marktorientierten ganzheitlichen Strategieentwicklung für Unternehmen und der daraus abgeleiteten Personalentwicklungs- und Weiterbildungskonzepte,
- **Arbeitsweltheratung**, zur Beratung von Kindern, Schülern, Jugendlichen, Eltern und Lehrern über die Veränderungen in der Arbeitswelt und veränderte bzw. zukunftsorientierte Berufe und Tätigkeitsfelder
- **Personalberatung** bzw. Beratung für Personaldienstleistungen durch Personalberater bzw. Arbeitsvermittler,
- **Laufbahn- und Karriereberatung** durch Personalberater,
- **Existenzgründerberatung** durch Vertreter der Hochschulen, Kammern, Kreditinstitute etc.,
- **Lernberatung** für Probleme beim Lernen bzw. zur Unterstützung des selbstorganisierten Lernens durch Lehrende bzw. spezielle Lernberater an Bildungseinrichtungen

Abbildung 1 zeigt solche Beratungsbereiche und Vernetzungsansätze.

Abb. 1: Beratungsbereiche und ihre Vernetzung



Als zentrale, die einzelnen Bereiche verbindende Grundausbildung, könnte das Berufsbild eines „Job-Consulters“ entwickelt werden. Dieses muss dann durch weitere Wissens- und Könnenskomponenten ergänzt werden, um die erforderlichen Spezialkompetenzen für die unterschiedlichen Einsatzbereiche zu entwickeln. Zugleich sichert aber die abgestimmte Grundausbildung das gemeinsame Selbstverständnis und erleichtert die Kommunikation unter den Spezialisten für die unterschiedlichen Einsatzbereiche. Ein Berater sollte gleichzeitig über die Umsetzungscompetenz und über Erfahrungen eines Dienstleisters verfügen, der die Umsetzung der Beratung in Lernleistungen oder konkrete Personalvermittlung realisiert. Umgekehrt müsste auch der Personaldienstleister die erforderliche Beratungskompetenz erhalten.

Zur Professionalisierung der in den Bereichen Bildung und Arbeit tätigen Berater und Personaldienstleister mit gegenwärtig sehr unterschiedlichen Qualifikationen wird ein modulares Bildungsangebot „Job-Consulter“ benötigt, welches den aktuellen Bedarf an berufsbegleitender Weiterbildung der in diesem Bereich tätigen Berater deckt. Hierzu wird vom Institut für Weiterbildung und Organisa-

tionsentwicklung (IWO e.V.) ein berufsbegleitendes Angebot in Kooperation mit der TU Chemnitz entwickelt.

### Studieninhalte

Grundlage für die Inhalte der Konzeption bilden die Anforderungen der praktischen Tätigkeit in den Aufgabenbereichen der einzelnen Berater. Aus diesem Grund wurden zu Beginn Situationsanalysen und Befragungen schon tätiger Berater durchgeführt, welche wichtige Erkenntnisse für Situation, Aufgaben und Anforderungen der Berater erbrachten.

Die fachliche Kompetenz des Beraters schließt detaillierte Kenntnisse in dem beratungsspezifischen Bereich ebenso wie wirtschaftswissenschaftliches, berufs- und bildungskundliches, rechtliches, soziologisches, psychologisches und pädagogisches Wissen ein. Hinzu kommen ein fachkundiger Umgang mit Informationsquellen, insbesondere der Zugriff auf Datenbanken und das Internet, sowie politische, kulturelle und gesellschaftliche Aspekte.

Berater sollen situations- und zielgruppengerechte Methoden einsetzen. Voraussetzung dafür ist die sichere Beherrschung eines breiten Methodenrepertoires. Dazu zählen kommunikative Fähigkeiten, wie die Bereitschaft zum aktiven Zuhören, Ausdrucksgewandtheit und Teamfähigkeit und das Beherrschen von Gesprächs- und Fragetechniken, verbunden mit einer einfühlsamen, akzeptierenden und glaubwürdigen Grundhaltung.

Um ihre Qualifikationen zu aktualisieren, sind Berater zu selbstverantwortlichen Weiterbildungen verpflichtet. Da sich die Beratungsinhalte in der heutigen Wissensgesellschaft immer schneller generieren werden, zählt die Fähigkeit, sich selbstständig neues Wissen erschließen, systematisieren und nutzen zu können, zu einer der wichtigsten Fähigkeiten, die der Berater besitzen sollte. Besonders gute Chancen werden in Zukunft die Personen haben, die in ihrer Ausbildung sowohl solides Grundlagen- und Methodenwissen in ihrem Fachgebiet als auch ein hohes Maß an fächerübergreifenden „Schlüsselqualifikationen“ erwerben und die sich auf dieser Basis ein Leben lang, gezielt und schnell die erforderlichen Spezialkenntnisse über Weiterbildung aneignen können.

Um die genannten Anforderungen einzulösen, bedarf es einer breit gefächerten Ausbildung, die die verschiedenen Dimensionen des Beraterverhaltens berücksichtigt. Aus den Anforderungen lassen sich notwendige Inhalte und Ziele für den Ausbildungsstudiengang ableiten. Das Ziel des Studienganges ist noch keine Spezialisierung auf einem Beratungsfachgebiet, sondern eine wissenschaftlich fundierte Qualifikation, die grundlegende und anwendungsbereite Kenntnisse und Fähigkeiten für eine professionelle Beratertätigkeit beinhaltet. Der Studiengang ist modular aufgebaut. Ein Studienangebot mit Modulen ermöglicht es den Studierenden, einzelne Studienabschnitte an verschiedenen Universitäten durchzuführen, wobei die Anerkennung der Studienleistungen gewährleistet ist. Eine

Modularisierung des Lehrinhaltes ermöglicht eine flexible, an den individuellen Interessen, Studienerwartungen und Berufsabsichten orientierte Planung des Studiums und erlaubt eine Anpassung des eigenen Ausbildungsprofils an sich wandelnde Anforderungen des Arbeitsmarktes. Ein europäischer Studiengang erfordert zudem die Einführung von studienbegleitenden Prüfungen und ein international kompatibles Kreditpunkte-System, das die Studien- und Prüfungsleistungen an hochschulübergreifend gültigen Standards misst und einen Hochschulwechsel, auch ins Ausland erleichtert. Für jede erfolgreich absolvierte Veranstaltung der Module werden Credit Points (CP) vergeben.

Der Studiengang „Job-consulter“ ist interdisziplinär, denn er bedient sich verschiedener Wissenschaften. Er ist theoretisch fundiert, was sich in der intensiven Auseinandersetzung mit unterschiedlichen und komplexen Theorien widerspiegelt. Zudem ist er praxisorientiert; er strebt die Anwendung der theoretischen Grundlagen auf konkrete Beispiele und Situationen an, was durch Exkursionen, Berufsfelderkundung und Praktika gewährleistet wird. Er bietet den Studierenden und Lehrenden genügend Situationen und Freiräume, um innovative Lösungen entwickeln und erproben zu können; somit ist der Studiengang auch kreativitätsfördernd. Er berücksichtigt interkulturelle, gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Entwicklungen (Globalisierung, Internationalisierung); so sind beispielsweise englischsprachige Veranstaltungen und ausländischen Gastdozenten aus dem Praxisfeld fester Bestandteil des Curriculums.

### Studienablauf des Studiengangs „Job-Consulter“:

1. **Basismodule**, die auf eine **Erweiterung der allgemeinen Grundlagen** fokussiert sind: dabei werden mit der Vermittlung von allgemeinem betriebswirtschaftlichen, psychologischen, pädagogischen, soziologischen, interkulturellen und rechtlichen Wissen die ersten Grundfundamente für die spätere Beratungstätigkeit gelegt. Die Reihenfolge, in der Basismodule zu absolvieren sind, unterliegt kaum einer Reglementierung. Alle Veranstaltungen dieses Moduls sind für die Studierenden obligatorisch. Dazu zählen beispielsweise Einführungen in die Philosophie, Ethik, Politik, Sozialpädagogik, Sozialpolitik, Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und interkulturelle Kommunikation
2. **Module** der Beratungstools, welche auf die **Beratung, das Recht** und die **Bildung** fokussiert sind, sich über das ganze Studium erstrecken und im Hinblick auf den Erwerb einer Beraterqualifikation zu den Wichtigsten zählen. Zunächst sollen Kenntnisse über allgemeine theoretische Grundlagen der Beratung vermittelt werden. Daran angeschlossen sind die Vermittlung und der Erwerb von grundlegenden sozialen und methodischen Beratungswerkzeugen, die sich auf die fachlich unterschiedlichen Aufgabenstellungen anwenden lassen. Die Studierenden erhalten dabei Einblicke in den Beratungsprozess.

3. **Module**, welche auf **spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten** fokussiert sind: Grundlagen der Wirtschaftswissenschaften, Theorie der Führung und Organisation, Management der sozialen Dienste, Psychotherapie, Bilanzdiagnostik, Psychotherapie, Managementpsychologie, Sozialpsychologische Ausbildung
4. **Praxismodule**, welche besonders auf eine **Fachpraxis** fokussiert sind: Diese Einheit, die sich über das ganze Studium zieht, hat zum Ziel, wissenschaftliche und berufliche Fertigkeiten und Fähigkeiten zu entwickeln und auszubauen. Durch Kooperation mit Praxisvertretern und die Möglichkeit, die im Studium erworbenen Kompetenzen in unterschiedlichen Berufsfeldern und Lernorten erproben und weiterentwickeln zu können, soll der Übergang in das Berufsleben erleichtert werden. Denn erst wenn Gelerntes in der Praxis ausprobiert, angewendet und ergänzt werden kann, können Fertigkeiten zu Fähigkeiten und Eindrücke zu notwendigen Erfahrungen werden. Das Praxismodul umfasst folgende Bestandteile: eine Exkursion, ein Seminar zur Berufsfelderkundung und ein Praktikum mit Vor- und Nachbereitungskurs.
5. **Wahlmodule**, welche auf **EDV-, Sprach- und sonstige Fertigkeiten** fokussiert sind, dienen der allgemeinen Weiterbildung und Qualifizierung der Studierenden und bieten die Möglichkeit des Erwerbs einer Fremdsprache, von EDV-Grundlagen oder fachübergreifenden Wissens. Gerade der Einsatz elektronischer Hilfsmittel und Datenverarbeitungssysteme ist für die Beratung von grundlegender Bedeutung. Bei der Informationssuche und der Verwaltung sind EDV-Werkzeuge ein unverzichtbares Arbeitsmittel. Sprachkenntnisse sind heutzutage notwendig, zum einen weil Fachliteratur zum Teil nur in englischer Sprache vorliegt und einige Lehrveranstaltungen in englischer Sprache angeboten werden sollen. Zum anderen besteht die Möglichkeit, im Rahmen des europäischen Studienganges „Job-Consulter“ einzelne Studienabschnitte an einer ausländischen Partneruniversität zu absolvieren. Dazu bedarf es guter Fremdsprachenkenntnisse, um den Lehrveranstaltungen folgen zu können.

#### **Beratung für klein- und mittelständische Unternehmen**

Im Zusammenhang mit der Integration der Tschechischen Republik in die europäischen Strukturen gewinnt die Entwicklung der klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) an Bedeutung. Im Rahmen des Modellprojektes der Professionalisierung Job-Consulter wurden durch Doz. Dr.-Ing. Miroslav Svoboda und Doz. Dr.-Ing. Jaromir Horak von der Westböhmisches Universität Pilsen in einer Studie die Beratungsbedarfe von KMU ermittelt. Daraus wurden acht Module mit folgenden Inhalten abgeleitet und erarbeitet:

#### **1. Modul Marketing, Internationalisierung**

- Marketingforschung, Marketingkonzept
- Verkaufsförderung, Verkaufinternationalisierungsstrategie

- Euromarketing
- #### **2. Modul Europastrategie**
- Technologietransfer
  - Europäisches Recht
  - EU-Datenbanken
- #### **3. Modul Informationssysteme und Informationstechnologien**
- Kommunikationsaudit
  - Integrierte Informationssysteme
  - Vernetzung von EDV, Nutzung von Multimedia und Internet
- #### **4. Modul Fördermittelmanagement**
- Nationale und regionale Förderprogramme, EU- Programme
  - Fördermittelmanagement
- #### **5. Modul EU-Umweltschutz**
- EU – „Eco Audit“
  - Umweltschutzmanagement
- #### **6. Modul EU-Qualitätsmanagement**
- Zertifizieren nach Normen
  - Qualitätsmanagementsysteme
  - Gruppenzertifizierungsprojekte
- #### **7. Modul Innovationsmanagement**
- Innovationsmanagement
  - Evaluation von Rand-Projekten insbesondere für die regionale Ebene
- #### **8. Modul Technologie- und Marktinformationsforum für KMU**
- Konferenzen, Seminare, Workshops, Marktnachrichten, Publikationen, Informationsdienste

#### **Weitere geplante Aktivitäten der Westböhmisches Universität Pilsen**

Bei der Entwicklung eines europäischen Studienganges wird eine Fortsetzung des Projektes in den Jahren 2003 und 2004 geplant.

Schwerpunkte sind vor allem:

- Diskussionen über das entwickelte Studienprogramm mit den Projektpartnern und Praktikern
- Planung der Vorbereitung der Zertifizierung für den Studiengang „Job-Consulter“

- Nutzungsmöglichkeiten des Studienprogramms „Job-Consulter“ speziell für klein- und mittelständische Unternehmen
- Weiterentwicklung des auf spezielle Beratungsgebiete orientierten Programmentwurfs in Zusammenarbeit mit den involvierten fachlichen Lehrstühlen der Westböhmischen Universität in Pilsen
- Konsultation mit dem Forschungsinstitut des MPSV (Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten) Prag über die Möglichkeiten einer Anerkennung dieses neuen Hochschulabschlusses
- Analyse der bestehenden Studienangebote, die auf die Beratung an der Westböhmischen Universität in Pilsen gerichtet sind
- Analyse der Beratungsbedarfe der Beratungsdienste in der Region Pilsen
- Veranstaltung eines Workshops mit europäischer Beteiligung für den Austausch von Erfahrungen
- Austausch von ausländischen Studenten, die für das Training im Rahmen des Studiengangs „Job-Consulters“ erforderlich sind

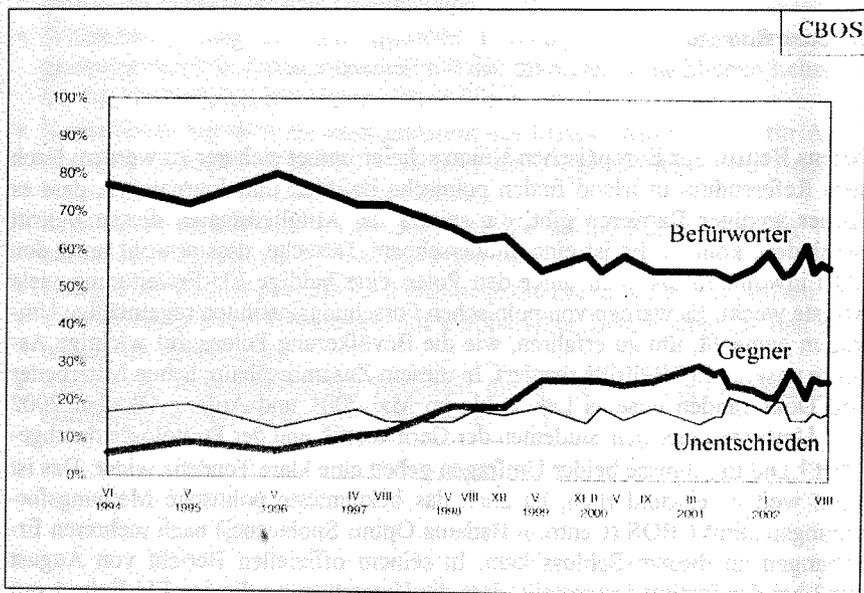
## Erwartungen der polnischen Jugend vor dem EU-Beitritt Polens

*Barbara Ratecka*

Polens Beitritt zur Europäischen Union scheint immer sicherer zu werden. Nach dem Referendum in Irland finden polnische Politiker und Journalisten, dass es immer weniger Barrieren gibt, die seitens der Mitgliedstaaten diesen Beitritt verhindern können. Es ist eine unübersehbare Tatsache, dass sowohl unter den EU-Einwohnern als auch unter den Polen eine baldige EU-Erweiterung viele Ängste weckt. Es werden von polnischen Forschungsinstituten regelmäßige Umfragen gemacht, um zu erfahren, wie die Bevölkerung Polens auf wichtige Aspekte unseres EU-Beitritts reagiert. In diesem Zusammenhang haben Mitarbeiter und Doktoranden unseres Lehrstuhls im Mai 2001 und Anfang Oktober 2002 eine Umfrage unter den Studenten der Germanistik und der Politologie durchgeführt.<sup>1</sup> Die Ergebnisse beider Umfragen geben eine klare Tendenz wider. Das ist nicht weiter verwunderlich, da auch das bekannteste polnische Meinungsforschungsinstitut CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej) nach mehreren Erhebungen zu diesem Schluss kam. In seinem offiziellen Bericht von August 2002 hat das Institut festgestellt, dass die Unterstützung für den EU-Beitritt seit zwei Jahren in der polnischen Bevölkerung stabil ist.<sup>2</sup>

1 Für die Mitarbeit an der Vorbereitung und Durchführung der Umfrage danke ich Herrn Mag. Michal Karp.

2 Centrum Badania Opinii Społecznej, „Stosunek do integracji Polski z Unią Europejską. Komunikat z badań”, Warszawa, 2002, <http://www.cbos.pl>.

**Grafik 1: Verhältnis der Befragten zur EU-Integration**

Die Ergebnisse unserer Untersuchung vom Oktober 2002 werde ich unten noch eingehender vorstellen. Vorab möchte ich jedoch in einem kurzen Rückblick die gewandelten Einstellungen der Polen zur EU-Integration schildern.

Eine der ersten Umfragen, die viel Aufsehen erregte, war die 1998 auf einer wissenschaftlichen Konferenz in Stettin präsentierte Studie über die Einstellungen polnischer und deutscher Eliten. In Polen führte diese Umfrage das Meinungsforschungsinstitut DEMOSKOP im Auftrag des Zentrums für Internationale Beziehungen in Warschau durch, was übrigens von Janusz Reiter, dem ehemaligen polnischen Botschafter in Bonn geleitet wird. In Deutschland geschah dies unter Leitung des Wissenschaftszentrums Berlin.<sup>3</sup> Demzufolge stimmten 1998 in Polen 93% der Befragten (Politiker, Wissenschaftler, Bischöfe, Richter, Generäle, Journalisten und führende Geschäftsleute) *entschieden für* oder *eher für* den EU-Beitritt Polens. In Deutschland waren insgesamt 85% der Befragten *für* den EU-Beitritt Polens.<sup>4</sup>

3 Ergebnisse der Umfrage wurden in einem Kommuniké präsentiert: „Elity Polski i Niemiec – wspólnota interesów, wspólnota wartości?“, Szczecin 1998.

4 Ebenda, S. 3.

Damals, im Jahre 1998, gab es viele Bedenken, was das Beitrittsdatum anbelangt. Zwei Drittel der polnischen Befragten waren für eine allmähliche Anpassung Polens an die Anforderungen der EU: darunter 90% der Bischöfe, 77% der Journalisten und nur 26% der Politiker. Insgesamt stimmten 76% der Politiker für einen schnellen Integrationsprozess.<sup>5</sup> Es gab zum damaligen Zeitpunkt Ängste vor einer „Germanisierung“ Polens angesichts der führenden Rolle Deutschlands in der EU. In dem Kontext stehen auch Warnungen vor dem Ausverkauf des polnischen Bodens. Die Bedenken bezogen sich in erster Linie auf die Angst vor der Rückgabe ehemals deutschen Besitzes. Es gab allerdings auch eine Zustimmung für die Lockerung der polnischen Gesetzgebung, wenn es um den Ankauf des Bodens durch Firmen und Unternehmen ging, die in Polen investieren wollten.<sup>6</sup> Weiterhin waren 77% der Polen der Meinung, dass Deutschland der bedeutendste Befürworter unseres EU-Beitritts sei. 68% meinten, dass die Unterstützung unserer Bemühungen sogar Deutschlands Pflicht wäre (aufgrund der deutsch-polnischen Vergangenheit).<sup>7</sup>

Die Ergebnisse der CBOS-Umfrage vier Jahre später zeugen vom anhaltenden Interesse unserer Bevölkerung an der EU-Integration.<sup>8</sup> 68% der Befragten erklärten im August 2002 ihre Absicht, an einem Referendum über den EU-Beitritt Polens teilzunehmen. 67% der erwachsenen Polen unterstützten den EU-Beitritt; 23% erklärten, dass sie dagegen stimmen würden; 10% waren unentschieden. Je höher der Ausbildungsgrad der Befragten, desto entschiedener war ihre Unterstützung in Sachen europäischer Integration: Für den EU-Beitritt waren 73% der Hochschulabsolventen, 60% der Befragten mit Abitur und nur 44% derjenigen mit niedrigerem Schulabschluss.

Nach Berufsgruppen verteilt, fanden wir die meisten Befürworter einer Integration unter den Angestellten und Freiberuflern (79%) und die meisten Gegner unter den Landwirten (57%). Gemessen am Alter, befürworteten junge Menschen – insbesondere Schüler und Studenten – den Beitritt am stärksten (77%). Je älter die Befragten waren, desto weniger Interesse zeigten sie an der Integration. Nur 49% der älteren Menschen (65 und älter) waren für Polens EU-Beitritt. Von den Parteimitgliedern lehnten einzig die Mitglieder von LPR (Liga der Polnischen Familien) zu über 50% die Integration ab. Mitglieder anderer Parteien stimmten zur Hälfte oder noch entschiedener für den Beitritt (die Daten sind lei-

5 Ebenda.

6 Ebenda, S. 2-3.

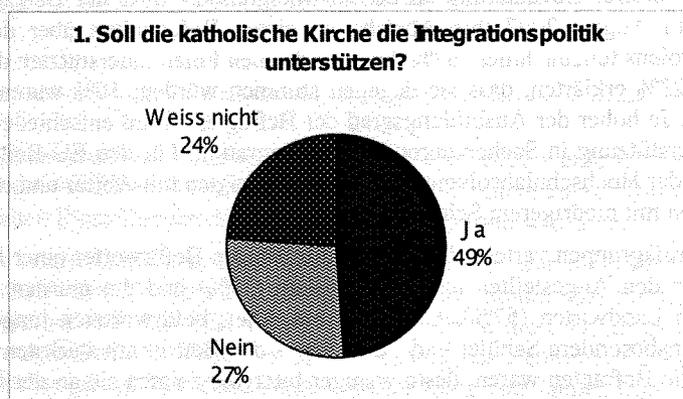
7 Ebenda, S. 1.

8 Die Umfrage „Aktuelle Probleme und Ereignisse“ wurde von CBOS in der Zeit vom 2. bis 5. August 2002 durchgeführt. Es nahmen daran 967 repräsentativ ausgewählte Personen teil.

der nicht ausschlaggebend, weil die Zahl der Mitglieder mancher Parteien sehr niedrig ist).<sup>9</sup>

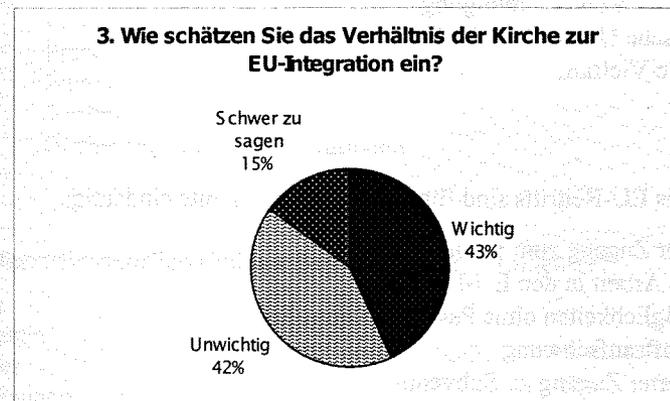
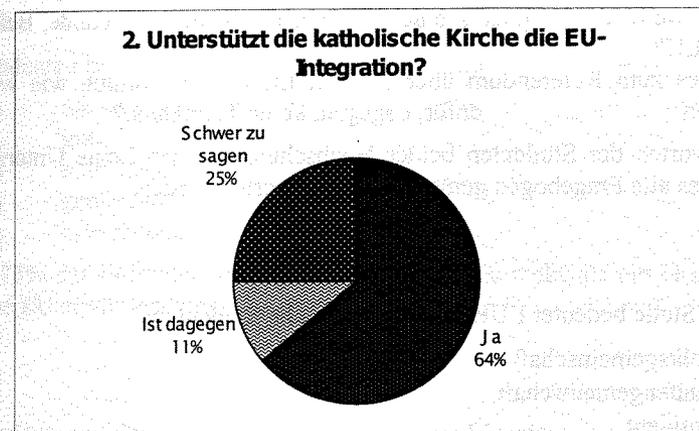
Eine wichtige Gruppe der polnischen Gesellschaft, die von den Behörden um Unterstützung bei der Umstimmung vor allem der ländlichen Bevölkerung gebeten wurde, waren die Bischöfe. Sie wurden sogar nach Brüssel eingeladen und mit viel Aufmerksamkeit „aufgeklärt“. Während einer Konferenz in Kraków (Thema der Konferenz „Modernisierung und Glaube“) verkündeten polnische Bischöfe ihre positive Einstellung zum EU-Beitritt Polens. Diese Stellungnahme griffen alle Medien auf, nicht nur diejenigen, die die Integrationspolitik der Regierung eindeutig unterstützen. Davon zeugten schon die Titel der Kommentare, zum Beispiel in „Gazeta Wyborcza“ vom 14.-15. September 2002: „Mit Glauben in die Union“. Die polnischen Katholiken waren laut CBOS ohnehin der Meinung, dass die polnische Kirche die europäische Integration unterstützt, was sie in einer Umfrage vom 7.-10. Juni 2002 zum Ausdruck brachten:

Grafik 2: Kirche und Integration<sup>10</sup>



9 Alle oben angeführten Daten stammen aus der Umfrage „Aktuelle Probleme und Ereignisse“, Teil: „Beziehung zur Integration Polens mit der Europäischen Union“, Warszawa, August 2002, <http://www.cbos.pl>.

10 Untersuchungen von CBOS, zitiert nach „Gazeta Wyborcza“ vom 14. bis 15. September 2002, S. 3.



Mitarbeiter des Lehrstuhls für Deutschland- und Österreichstudien der Universität Lodz führten am 1. und 2. Oktober 2002 eine Umfrage unter 300 Studenten der Germanistik und der Internationalen Beziehungen an der Universität Lodz sowie an der Fachhochschule in Włocławek durch. Es wurden den Studenten acht Fragen gestellt:

1. Womit assoziiert du das Wort „EUROPA“?
2. Welche Vorteile erwartest du nach dem Beitritt Polens zur EU?
3. Was befürchtest du nach dem Beitritt Polens zur EU?
4. Wie beurteilst du dein Wissen über die EU?
5. Woher beziehst du Informationen über die EU?
6. Welche Medien sind die wichtigsten Informationsquellen über die EU?

7. Wie beurteilst du das Interesse deiner Nächsten (Familie, Freunde, Bekannte) an der EU?

8. Wenn es zum Referendum über unseren EU-Beitritt kommt, wie wirst du stimmen: dafür, dagegen, keine Teilnahme?

Die Antworten der Studenten beider Hochschulen wiesen keine Unterschiede auf, so dass alle Fragebogen gemeinsam ausgewertet wurden.

Ad 1.

An erster Stelle bedeutet EUROPA für polnische Studenten:

- eine Volksgemeinschaft
- eine Staatengemeinschaft
- ein Kontinent
- Prozess der Völkervereinigung
- Europäische Union
- kulturelle Vielfalt;

Ad 2.

Vorteile des EU-Beitritts sind für unser Land und Leute eindeutig:

- leichter Zugang zum Studium
- künftige Arbeit in den EU-Ländern
- Reisemöglichkeiten ohne Pass und Kontrollen
- Wirtschaftsaufschwung
- erleichterter Zugang zu Subventionen
- Entwicklung der polnischen Landwirtschaft

Eine einzige Person hat keine Vorteile gesehen.

Ad 3.

Befürchtungen vor dem EU-Beitritt sind folgende:

- Überflutung des Marktes durch westliche Billigware als Bedrohung für die polnischen Produzenten
- Abbau der kulturellen und nationalen Identität
- Zusammenbruch der polnischen Landwirtschaft
- Bodenausverkauf
- klischeehafte Wahrnehmung der polnischen Bürger in den EU-Staaten als Grund für Benachteiligung bei Arbeitssuche und in den Geschäften

Ad 4.

Die Studenten bewerten ihr EU-Wissen mit folgenden Noten:

2%	als sehr gut
22%	gut
51%	befriedigend
20%	genügend
5%	mangelhaft

Exakt 75% der Befragten sind stolz darauf, dass sie mehr als ein Grundwissen über die EU erworben haben.

Ad 5.

Die Studenten schöpften ihre Kenntnisse über die EU aus:

70%	Fernsehen
64%	Presse
18%	Internet
17%	Vorlesungen
12%	Bücher und andere Publikationen

Ad 6.

Beste Informationsquellen sind laut Meinung unserer Studenten:

1. Presse
2. Fernsehen
3. Internet
4. Vorlesungen
5. Bücher und andere Publikationen

Ad 7.

Von Familienangehörigen und Bekannten sind:

34%	im befriedigenden Grade über die EU informiert
27%	gut informiert
4%	interessieren sich sehr intensiv für die EU

Ad 8.

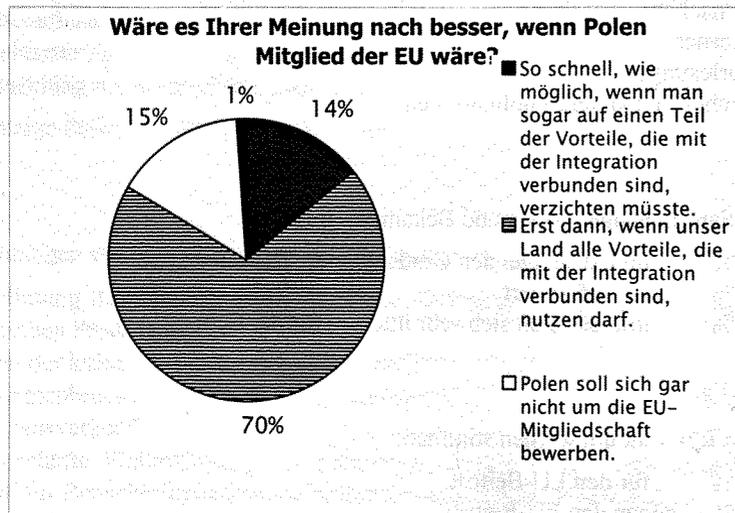
Im Referendum werden stimmen:

80%	für den EU-Beitritt
20%	gegen den EU-Beitritt

Unsere Umfrage bestätigte die Ergebnisse der CBOS-Umfragen und belegte das hohe Interesse der jungen Polen an der EU-Integration. Ihre positive Einstellung zum EU-Beitritt ist nicht bedenkenlos – sie sind sich dessen bewusst, dass es auch ernsthafte Gefahren gibt, vor allem im ökonomischen Bereich für einige Gruppen der Bevölkerung, die zu den schwächsten gehören. Unsere Studenten brauchen nicht erst von der Europäischen Union überzeugt werden – sie wissen, was sie zu tun haben und was sie erreichen wollen. Obwohl die meisten von ihnen bislang in keinem EU-Land waren und ihre Kenntnisse vor allem aus dem Fernsehen, Presse oder Internet beziehen, glauben sie, dass ihr Wissen und die Kenntnisse ihrer Verwandten und Bekannten ausreichend sind. Daher befürchten sie auch keine negativen Auswirkungen, wenn Polen nach dem Referendum der EU beitreten wird.

Die Ergebnisse unserer Studie decken sich nicht vollständig mit den Ergebnissen der offiziellen CBOS-Umfrage, die im Mai 2002 durchgeführt wurde. Laut dieser Umfrage unterstützen 76% aller Befragten den EU-Beitritt Polens. Es gibt auch weniger Integrationsgegner. Viele Polen sind der Meinung, dass wir der EU erst dann beitreten sollten, wenn wir alle Möglichkeiten, die mit der EU-Mitgliedschaft verbunden sind, nutzen dürfen. Nur 13% sind der Meinung, dass wir so schnell wie möglich der EU beitreten sollten, selbst wenn es den teilweisen Verlust von Vorteilen bedeuten sollte. Es herrscht also unter den polnischen Bürgern eine gewisse Vorsicht, gegenüber der offiziellen Politik unserer Regierung, die den Beitritt beschleunigen möchte.

**Grafik 3: Meinungsbild der Polen zum EU-Beitritt**



Unsere Studenten haben dank ihrer Sprachkenntnisse Zugang zu ausländischen Informationsquellen und greifen bei der Erweiterung ihres EU-Wissens darauf zurück. Mit Abstand betrachten sie demnach sowohl die Aussagen der Europa-Optimisten als auch der EU-Gegner, die die unentschiedenen Polen gegen die EU umstimmen möchten. Andrzej Lepper warnt in seinen Wahlblättern „Samoobrona“, „Dziennik Łódzki“, oder „Nasz Dziennik“ vor einer voreiligen Entscheidung für den Beitritt und benennt nur katastrophale Folgen für unser Land und Leute, wie es nicht zuletzt auch der Sender „Radio Maria“ tut. Der Minister Wiatr, der eine Werbekampagne für die Europäische Union in Polen leitet, nutzt alle Mittel und Möglichkeiten der staatlichen Medien aus, um die Bedenken der EU-Gegner auszuräumen.

Die Tatsache, dass ich über die Integrationsprobleme an der TU Chemnitz sprechen darf, mit der uns eine jahrelange Zusammenarbeit verbindet, belegt, dass es Bereiche gibt, in denen die europäische Integration längst Realität geworden ist: ohne viele Worte, ohne Umfragen und manchmal sogar ohne ausreichende Geldmittel. Wir wünschen uns für unsere Studenten, dass der EU-Beitritt Polens im Bereich der Wissenschaft neue Perspektiven schafft und weitere Möglichkeiten eröffnet. Nach dem Studium möchten einige Studenten eine Arbeit in einem EU-Staat aufnehmen. Obwohl die Medien darüber berichten, dass viele EU-Bürger dies mit Skepsis sehen, kann ich nur betonen, dass die Bedenken unbegründet sind. Laut CBOS-Umfrage vom Mai 2002 wollen nur 13% der Befragten einer Arbeit in einem EU-Staat nachgehen. Davon möchten allein 48% der Befragten in Deutschland arbeiten. Über die Hälfte der an einer Arbeit im Ausland interessierten Polen beabsichtigt dies nur für kurze Zeit zu tun (bis zu zwei Jahren) oder beispielsweise nach Deutschland zu pendeln, in Polen aber wohnhaft zu bleiben. Diese Daten spiegeln nicht die Befürchtungen der EU-Bürger wider.

Zum Schluss möchte ich daher die klischeehaften Meinungen korrigieren und noch einmal unterstreichen, dass polnische Studenten die Arbeitsplätze ihrer deutschen Kollegen nicht bedrohen werden.

## Europäische Integration Polens auf kommunaler und regionaler Ebene

Tomasz Kaczmarek

### 1. Einführung

Einer der Hauptinitiatoren der Europäischen Union, Jean Monnet, pflegte zu sagen: "Wir führen nicht Staaten zusammen, sondern Menschen". Der Idee der Vereinigung Europas wird oft vorgeworfen, dass sie dem täglichen Leben nicht nahe genug steht und es dadurch den durchschnittlichen Menschen schwer fällt, sich mit der Integration zu identifizieren bzw. zu solidarisieren. Mutige politische Initiativen, Entscheidungen und administrative Vorgehensweisen sind zu wenig, um die Bürger von den lobenswerten Ideen der politischen und wirtschaftlichen Einheit des Kontinentes zu überzeugen. Der Integrationsprozess muss auf zwei gleich starken Ebenen Fuß fassen: auf der von oben kommenden Ebene der politischen Tätigkeiten sowie auf der von unten kommenden Ebene bürgerlicher Initiativen und Aktivitäten. An diesem Prozess sollten sowohl souveräne Staaten als auch einzelne Regionen, Städte und Gemeinden teilhaben.

Um die gemeinsamen Abhängigkeiten in den internationalen Beziehungen unterscheiden zu können, wird die Zusammenarbeit im Ausland auf regionaler und lokaler Ebene oft auch als "kleine Integration" oder auch als "Mikrointegration" bezeichnet. Im Gegensatz zu den internationalen Beziehungen, die auf zentraler Ebene von Regierung und Parlamenten gepflegt werden, bezeichnet man das grenzüberschreitende Zusammenwirken der Selbstverwaltungen und anderer Einheiten der lokalen, öffentlichen Administration als "interterritoriale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit" (interterritorial co-operation, transfrontier co-operation) oder als dezentralisierte Zusammenarbeit mit dem Ausland.

Die Pflege der ausländischen Zusammenarbeit durch Einheiten der territorialen, öffentlichen Administration ist eines der wichtigsten Elemente von Lobbying und Kreation auf internationaler Ebene. Solch eine Aktivität, die auch als "Paradiplomatie" oder "niedrige Politik" (low politics) bezeichnet wird, ist ohne Zweifel eine Vervollständigung der diplomatisch-strategischen Zusammenarbeit der Länder (high politics).

In zahlreichen Bearbeitungen und Diskussionen zu diesem Thema<sup>1</sup> wird die ausländische Kooperation der Gemeinden und Regionen auch als "Labor der Integ-

<sup>1</sup> In der Erklärung der Staatsoberhäupter und der Europäischen Regierungen vom 18. November 1993 steht, dass "die Gründung eines toleranten und wohlhabenden Europa nicht nur von der Zusammenarbeit zwischen den Staaten abhängt. Dies ist auch von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den lokalen und regionalen Gemein-

ration", als "eine Grundlage des europäischen Einigungswerks", als ein "idealer Rahmen für den engeren Zusammenschluss der Staaten", als "Prüfstein der Integration", als "Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses" und als "Abbild des europäischen Einigungsprozesses in einem Mikromaßstab" usw. bezeichnet.

Der Prozess der "kleinen Integration" entwickelt sich in Europa seit längerer Zeit und verstärkte sich noch mehr in den letzten Jahren durch die Einbindung der Länder Mitteleuropas. Eine große Aktivität auf dem Gebiet der interkommunalen und interregionalen Zusammenarbeit weist auch Polen auf. Sie äußert sich in der Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und ausländischer Partnerschaften der Städte und Gemeinden, der interregionalen Zusammenarbeit der polnischen Woiwodschaften sowie in einer aktiven Teilnahme der polnischen Selbstverwaltungen in Verbänden und internationalen Organisationen. Der folgende Beitrag stellt die äußeren und inneren Bedingungen der ausländischen Zusammenarbeit der polnischen Selbstverwaltungen sowie Formen und geographische Richtungen der Zusammenarbeit mit besonderer Beachtung der Partnerschaften von Städten, Gemeinden und Regionen dar.

### 2. Rechtsgrundlagen und Formen der "kleinen Integration"

Polnischen Gremien der regionalen Selbstverwaltung stehen umfangreiche Rechte zu: die Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Gemeinschaften anderer Länder; ebenso wie das Recht, an internationalen Vereinigungen aktiv teilzunehmen. Diese Möglichkeiten ergeben sich sowohl aus dem internationalen Recht und bilateralen internationalen Verträgen als auch aus dem polnischen Recht mit dem Grundgesetz der Republik Polen an der Spitze.

Polen ist Mitgliedsstaat zweier Grundkonventionen, die der Tätigkeit der Selbstverwaltungen zugrunde liegen. Beide Konventionen sind durch den Europarat erarbeitet worden. Dies sind die Europäische Charta für kommunale Selbstverwaltung (von Polen unterzeichnet im Jahre 1993)<sup>2</sup> und die Europäische Rahmenkonvention zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Gemein-

schaften abhängig, wobei das Grundgesetz und die territoriale Integrität der einzelnen Staaten zu achten ist". Diese Erklärung betrachtet die Zusammenarbeit der Selbstverwaltungen mit dem Ausland als ein "Instrument für die Verstärkung des Vertrauens unter den Nationen".

<sup>2</sup> In der "Europäischen Charta für kommunale Selbstverwaltung", Art. 10 ist die Rede vom Recht der lokalen Gemeinschaften zum Beitritt zu internationalen Vereinigungen und zur Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften aus anderen Ländern. Explizit formuliertes Recht zum Vertragsabschluss mit ausländischen Partnern und zur Vereinigung mit internationalen Verbänden soll durch inländische Gesetze genau bestimmt werden, wobei die Bedingungen der ausländischen Zusammenarbeit der Selbstverwaltungen dem Nationalrecht zuzuordnen sind (Art. 8).

schaften und Regionalbehörden, die so genannte Madridkonvention (unterzeichnet 1993)<sup>3</sup>. Mit der Unterzeichnung dieser beiden Dokumente ordnete sich Polen den auf unserem Kontinent geltenden Regeln und Standards unter. Laut diesen beiden Konventionen sind die territorialen Selbstverwaltungen keine juristischen Personen des internationalen Rechts und ihre Zusammenarbeit muss den staatlichen Prärogativen im Bereich der Politik und Auslandsbeziehungen untergeordnet werden.

Die Grundrichtungen der europäischen interterritorialen Zusammenarbeit der territorialen Selbstverwaltungen wurden zum Bestandteil der polnischen Verfassung. Im Grundgesetz von 1997, Art. 172 Punkt 2 wird eindeutig festgestellt, dass „eine Einheit der territorialen Selbstverwaltung das Recht hat, den internationalen Vereinigungen der lokalen und regionalen Gemeinschaften beizutreten sowie mit den lokalen und territorialen Gemeinschaften anderer Ländern zusammenzuarbeiten“. Die Regeln für die Nutzung des o. g. Rechts werden durch das Gesetz vom 15. September 2000 über die Grundsätze des Beitritts von Gremien der territorialen Selbstverwaltung in internationale Vereinigungen der lokalen und regionalen Gemeinschaften bestimmt. Im Art. 2 des Gesetzes heißt es wie folgt: "Einheiten der territorialen Selbstverwaltung können den Vereinigungen beitreten und im Rahmen ihrer Aufgaben und Kompetenzen an diesen teilnehmen, indem sie gemäß dem polnischen Landesrecht, der Auslands politik des Staates und seinen internationalen Verpflichtungen handeln". Die Zusammenarbeit auf lokaler/regionaler Ebene ist demnach auf die Bereiche begrenzt, die den Kompetenzen der Selbstverwaltungen unterliegen, wie Raumplanung, lokale Wirtschaft, Umweltschutz, Transport, Gesundheitswesen, öffentliche Sicherheit, Kultur, Bildungswesen, Sport und Rekreation.

Die im Jahre 2001 vorgenommenen Änderungen im polnischen Selbstverwaltungsrecht (Novellierung des Gesetzes über Gemeinde-, Kreis- und Woiwodschafts-Selbstverwaltung) haben verursacht, dass die Zusammenarbeit mit dem Ausland für polnische Territorialeinheiten zur Eigenaufgabe wird. Auf diese Art und Weise hat das polnische Gesetzeswesen einen Schritt nach vorne getan in Richtung "Europäisierung" des Selbstverwaltungsrechts (siehe R. Sowiński 2002)<sup>4</sup>. Obwohl die Regelungen im Landesrecht relativ spät gefasst wurden, ha-

3 In der Präambel der Madridkonvention wird festgestellt, dass es das Ziel des Europarates ist, "engere Verknüpfungen zwischen seinen Mitgliedern herzustellen sowie Unterstützung bei der Zusammenarbeit zwischen ihnen zu geben". Dies soll insbesondere "durch das Abschließen von Übereinkommen im Bereich der Administration" erzielt werden.

4 Vorgehensweisen, die für den Beitritt polnischer Selbstverwaltungen zu internationalen Organisationen vorgesehen werden, sind recht streng, weichen aber von den Anforderungen anderer europäischer Länder nicht ab. Die Befürchtung der Zentralbehörden ist, dass sie die Kontrolle über die ausländischen Aktivitäten der Selbstverwaltungen verlie-

ben territoriale Selbstverwaltungen (ab 1990 auf Gemeindeebene, ab 1999 auch auf Kreis- und Woiwodschaftsebene) zahlreiche Aktivitäten im Bereich der Zusammenarbeit mit dem Ausland realisiert, wodurch sie zu einer wichtigen Figur auf der Bühne der "kleinen europäischen Integration" wurden. Bevor es die polnischen Regelungen gab, haben die Selbstverwaltungen ihre Aktivitäten aufgrund der von Polen ratifizierten internationalen Konventionen ausgeübt.

Arten und Formen der interkommunalen und interregionalen Zusammenarbeit werden weder von internationalen noch von polnischen Rechtsregelungen deutlich bezeichnet. Im polnischen Gesetz vom 15. September 2000 ist die Rede von "internationalen Vereinigungen der lokalen Gemeinschaften". Dieser Begriff bezeichnet "Organisationen, Verbände und Vereine" der lokalen/regionalen Einheiten aus mindestens zwei Staaten.

Die Teilnahme von polnischen Städten, Gemeinden und Regionen am Prozess der europäischen Integration und ihre Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern weist grundsätzlich drei Formen auf:

1. Die Teilnahme an internationalen Organisationen, europäischen Entscheidungsstrukturen und Vereinigungen mit einem paneuropäischen Charakter.
2. Die Zusammenarbeit von Grenzregionen (Euroregionen) und Nachbar- oder geteilten Städten (Eurostädte).
3. Die interterritoriale Zusammenarbeit zweier oder mehrerer Administrationseinheiten, die weit auseinander liegen (bilaterale oder multilaterale Partnerschaft, Städte- und Regionsnetze).

### 3. Teilnahme polnischer Gemeinden und Regionen an europäischen Organisationen.

Im Integrationsprozess eines Kontinentes unvermeidlich ist die Bildung eines Netzes von internationalen Organen und Institutionen, deren Funktionen bisher durch die Nationalstaaten ausgeübt wurden. Bei der Bildung solcher übernationalen Organisationen (supra-nationality) beginnen verschiedene Akteure und Interessengruppen Möglichkeiten zu suchen, um eigene, partikuläre Interessen zu vertreten sowie eigene Probleme gerade auf dieser übernationalen Ebene zu lösen. Solche Akteure sind natürlicherweise auch territoriale Korporationen, vor allem lokale und regionale Selbstverwaltungen. Polen, als Mitglied des Europarates (seit 1991) engagiert sich aktiv im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (Congres des pouvoirs Locaux et Régionaux de Conseil de l'Europe – CPLRE). Neben dem Ministerkomitee und der Parlamentarischen Versammlung

ren könnten. Zum Beispiel können Verträge über die regionale Zusammenarbeit der Woiwodschaften nur dann abgeschlossen werden, wenn der zuständige Außenminister seine Zustimmung gibt (Art. 77 Punkt 1 Gesetz über die Woiwodschaftsselbstverwaltung).

ist dies das dritte Organ des Europarates. In zwei Kammern des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas sitzt eine Gruppe von Experten, die die polnischen Selbstverwaltungen verschiedener Ebenen vertreten. Viele Jahre wurde die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden der Kammer der Regionen durch Prof. Leon Keres ausgeübt.

Polnische Woiwodschaften entscheiden sich immer häufiger für eine Mitgliedschaft in der Versammlung der Regionen Europas (l'Assemblée des Régions d'Europe – ARE), die ihren Sitz in Straßburg hat. Sie verfügen über Stimmrecht in den ARE-Organen, beteiligen sich an europäischen Programmen und Projekten und nehmen an einer breiten Diskussion über die politische und soziale Gestaltung eines "Europa der Regionen" teil.

Eine wichtige Rolle der Repräsentation und Koordination im Bereich der Grenzübergreifenden Zusammenarbeit in Europa spielt die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) mit Sitz in Gronau. Unter den über 100 Mitgliedern dieser Organisation gibt es auch Euroregionen mit polnischer Beteiligung. 1995 fand in Stettin eine Konferenz der in der AGEG vereinigten Euroregionen statt, in deren Verlauf am 1. Dezember 1995 eine Novelle der Europäischen Charta der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen verabschiedet wurde (zum ersten Mal wurde sie am 20. November 1981 in der Euregio, im deutsch-niederländischen Grenzgebiet verfasst).

Eine wichtige Repräsentanz der Selbstverwaltungen im europäischem Forum ist der 1994 gegründete Ausschuss der Regionen (Committee of the Regions – COR), neben dem Wirtschafts- und Sozialausschuss (Economic and Social Committee – ESC) das zweite beratende Organ in den Strukturen der EU. Der Ausschuss der Regionen ist eine Brücke, die die Aktivitäten der Europäischen Union mit den Interessen der Städte, Gemeinden, Provinzen und Regionen verbindet. Obwohl er über keine Entscheidungskompetenzen verfügt, begutachtet er in vielen Fällen Rechtsprojekte der Europäischen Kommission und des EU-Rates. Heutzutage zählt der Ausschuss 222 Mitglieder, die die territorialen öffentlichen Behörden von 15 Staaten vertreten. Infolge der Osterweiterung der Europäischen Union um weitere 10 Länder ist im Abkommen von Nizza der Zuwachs der Zahl der Vertreter im Ausschuss auf bis zu 317 Mitglieder vorgesehen. (Was bringt uns der Vertrag von Nizza, 2001). Polen soll dabei 21 Plätze erhalten, die wahrscheinlich auf die Vertreter der 16 Woiwodschaften (Marschälle) sowie die 5 Vertreter der gesamt-polnischen Selbstverwaltungsvereinigungen (Vereinigung der Dörfer der Republik Polen, Verband der polnischen Städte, Kreisverband, Verband der polnischen Kleinstädte, Verband der Metropolen) fallen werden.

Außer den o.g. Organisationen gehören die polnischen Gremien der Territorial-administration verschiedenen anderen Organisationen mit paneuropäischem Charakter an:

- Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas – Conseil des Communes et Régions de l'Europe (CCRE)
- Europäischer Verein der Metropolen (European Association of Metropolitan Cities)
- Europäischer Verbund der Großstädte (EUROCITIES)
- Der Weltverbund der Partnerstädte – Fédération Mondiale des Cités Unites et Villes Jumelées (FMCU)

Ziel der Teilnahme an diesen Organisationen ist das Streben nach Stärkung der Position der Territorialbehörden gegenüber den europäischen Institutionen sowie Landesregierungen, die Durchführung von gemeinsamen Projekten und Forschungen sowie von Tätigkeiten zugunsten der territorialen und lokalen Entwicklung. Für die territorialen Gremien selbst ist dies ein Forum zum Austausch von Erfahrungen und bietet eine Möglichkeit, auf der internationalen Bühne in Erscheinung zu treten. Die Mitgliedschaft in den internationalen Organisationen bildet das Bewusstsein für gemeinsame Interessen regionaler und lokaler Gemeinschaften sowie zu Gunsten gemeinsamer Unternehmungen.

#### 4. Euroregionen und Eurostädte

Die polnische euroregionale Zusammenarbeit wurde zum Thema vieler Ausarbeitungen und Monographien (u. a. Malendowski, Ratajczak 2000). Ohne das Thema ausführlich zu besprechen kann man jedoch erwähnen, dass bis zum Jahr 2002 an den polnischen Grenzen 15 Euroregionen entstanden sind, die erste 1991 (Euroregion Neiße), die letzte 2001 mit der Euroregion Dobra (Tab. 1). Insgesamt vereinigen sie 850 polnische Städte und Gemeinden, von insgesamt 2500 lokalen Einheiten. Das bedeutet, dass ca. 30% der Selbstverwaltungen direkt in einer Grenzübergreifenden Zusammenarbeit engagiert sind.

Nach der Anzahl der Euroregionen steht Polen momentan auf dem zweiten Platz in Europa, hinter Deutschland (18), vor Tschechien (12) und Frankreich (11)<sup>5</sup>. Diese Form der Zusammenarbeit der Institutionen in den Grenzgebieten ist in Polen sehr populär. Nach dem Beitritt Polens in die Europäische Union wird ein Transfer der Strukturfonds in die östlichen Grenzgebiete möglich werden, was ohne Zweifel die Kooperation verstärken und neue Anregungen für eine euroregionale Zusammenarbeit Polens mit den Nachbarn im Osten bringen wird.

5 Bei dieser Gelegenheit ist anzumerken, dass die zentrale Lage in Europa und eine große Anzahl von Nachbarn bedeutende Argumente für die euroregionale Zusammenarbeit sind. Die Länder Mitteleuropas nutzen dieses Argument und dementsprechend gibt es an den Grenzen von Polen, Tschechien und Slowakei heutzutage 38 Euroregionen, d.h. mehr als in den Grenzgebieten von Deutschland, Frankreich und Holland.

**Tab. 1: Euroregionen an den Grenzen Polens nach ihrem Gründungsjahr**

Euroregion	Gründungsjahr	Euroregion	Gründungsjahr
Nysa	1991	Pradziad	1997
Sprewa-Nysa-Bóbr	1993	Niemen	1997
Pro Europa-Viadrina	1993	Bałtyk	1998
Karpaty	1993	Śląsk Cieszyński	1998
Tatry	1994	Silesia	1998
Pomerania	1995	Beskidy	2000
Bug	1995	Dobrawa	2001
Glacensis	1996		

Der in nächster Zukunft erwartete Beitritt zur Europäischen Union sollte auch weitgehende Veränderungen in der Situation der Grenzstädte mit sich bringen (Słubice, Gubin, Zgorzelec, Cieszyn). Die Staatsgrenze, die diese Städte von den Partnern in Deutschland und in Tschechien trennt, stellte bisher ein bedeutendes Hindernis bei der Kontaktaufnahme und der engen Zusammenarbeit der geteilten Städten in kommunalen und administrativen Bereichen dar. Die allmähliche Aufhebung der Grenzen wird den Weg zu einer engeren Kooperation im Dienstleistungsbereich ebener. Sie wird auch die Verwirklichung der Idee von "Eurostädten" näher bringen, die erfolgreich im deutsch-niederländischen Grenzgebiet (Eurode: Herzogenrath und Kerkrade) oder im schwedisch-finnischen Grenzgebiet (Haparanda und Tornio) praktiziert werden.

Im Jahr 2002 ist ein Programm gestartet worden, das durch die Bundesregierung finanziert wird – "Zgorzelec-Görlitz. Europa-Städte 2030". Dieses Programm ist an die europäischen Städte gerichtet, die an Deutschland grenzen (am Programm nehmen 25 Städte teil, ausgewählt aus 150 Kandidaten). Ziel ist der Zusammenschluss von in der Vergangenheit geteilten Städten zu einem städtischen Organismus.

In dem Projekt sind die Voraussetzungen für die Integration von Zgorzelec und Görlitz festgelegt worden. Hier ist die Rede von gemeinsamen Bildungsinstitutionen (angefangen mit dem Kindergarten), gemeinsamen öffentlichen Verkehrsmitteln und schließlich von der Gründung eines gemeinsamen Stadtrates. Die in der Europäischen Union geltenden Vorschriften beschränken zurzeit noch einen freien Austausch der Bürger zwischen den beiden Städten (Meldevorschriften, Vorschriften bezüglich des Arbeitsmarkts). Schon heute bekunden zweitausend „Zgorzelcer“ Bürger ihre Bereitschaft, sich fest im deutschen Stadtteil anzusiedeln (in Görlitz gibt es im Moment ca. fünftausend leere Wohnungen). Vor einigen Jahren wurden in beiden Städten zweisprachige Informationstafeln aufgestellt. Ein großer Teil der Jugendlichen ist schon zweisprachig ausgebildet. Die

Reisenden werden durch die Tafeln "Herzlich Willkommen in der niederschlesischen Euroastadt Görlitz-Zgorzelec" begrüßt.

Eine der Bedingungen, die zur vollen Integration beider Städte notwendig ist, stellt die Entwicklung einer Verbundenheit, gegenseitigen Sympathie, Vertrauen und Loyalität unter den Bewohnern, ihre gegenseitige Achtung, Vertrauen zueinander sowie gemeinschaftliche Interessen und Werte dar. Bisher ist vor allem Utilitarismus ein Grund für funktionelle Integration, welcher mit der Kalkulation von Vorteilen bei Einkäufen, Wohnungen oder Anstellungsmöglichkeiten verbunden ist. Solch eine Ergänzung wird im Laufe der Jahre zu einem Fundament der tatsächlichen Zusammenarbeit. Am Beispiel der polnisch-deutschen "Eurostädte" erkennt man, welche große Rolle die Öffnung der Grenzen und die Beseitigung formaler Hindernisse in der funktionalen Integration spielt.

### 5. Geographische Ausrichtung und Intensität der Städte- und Gemeindepartnerschaften

Laut Statistiken des Verbandes der Polnischen Städte waren im Jahr 2002 die polnischen Selbstverwaltungen auf lokaler Ebene an 2053 ausländischen Partnerschaften beteiligt. Ein bedeutender Teil der Auslandsverträge ist in den letzten 12 Jahren abgeschlossen worden. Die ältesten Partnerschaften, die 1990 vereinbart wurden, machen heute lediglich 4% der Gesamtzahl aus. In der ersten Legislaturperiode der Selbstverwaltungen der Gemeinden nach der Systemreform (1990-94) sind 40% der Abkommen abgeschlossen worden, in der zweiten Legislaturperiode (1995-98) 34% und 22% in der dritten Legislaturperiode (1999-2002).

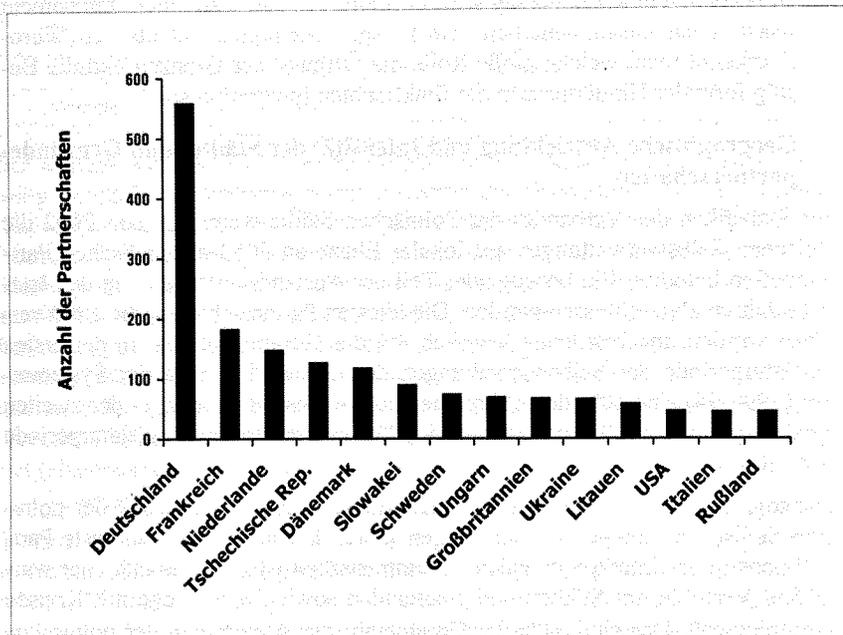
Die geographische Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit der polnischen Selbstverwaltungen ist seit einigen Jahren konstant. Der wichtigste Partner Polens in der interkommunalen Zusammenarbeit ist Deutschland. Hier wurden 558 Verträge mit Städten und Gemeinden sowie 78 Verträge mit Kreisen abgeschlossen<sup>6</sup>. Das sind 31% der Gesamtzahl der Abkommen der polnischen lokalen Selbstverwaltungen (das entspricht 30% bei den Städten und Gemeinden sowie 46% bei den Kreisen)<sup>7</sup>. Das bedeutet den dritten Rang aller interkommunalen Partnerschaften in Europa (nach der deutsch-französischen und englisch-französischen). Auf dem zweiten Platz folgt die Kooperation der polnischen Selbstverwaltungen mit den kommunalen Partnern in Frankreich, wo 193 Ab-

6 Deutschland ist ein dominierender Partner in der interkommunalen Zusammenarbeit; auch für einige andere Länder Europas, u. a. Österreich, Frankreich und Holland (A Europe of Towns and Cities, 1997).

7 Die Anzahl der Partnerschaften zwischen polnischen und deutschen Selbstverwaltungen ist mehr als doppelt so groß wie die Summe der Verträge von polnischen Kommunen mit allen anderen 6 Ländern, die an Polen grenzen.

kommen über die Zusammenarbeit abgeschlossen wurden (182 zwischen Städten und Gemeinden sowie 11 zwischen Landkreisen). Auf den weiteren Plätzen folgen: die Niederlande (148 Abkommen), Tschechien (129) und Dänemark (117). Die Verteilung der ausländischen Partnerschaften der polnischen Städte und Gemeinden wird in Abbildung 1 dargestellt.

**Abb. 1: Partnerschaften der polnischen Städte und Gemeinden mit ausländischen Kommunen (2002)**



In Bezug auf die geographische Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit der polnischen Selbstverwaltungen ist ein Wandel zu beobachten. Nach einer Periode der „brüderlichen“ Kontakte polnischer Städte und Gemeinden mit Partnern in Mittelosteuropa vor dem Jahre 1990, sind heutzutage die Kontakte mit befreundeten Kommunen aus Westeuropa eindeutig zahlreicher und intensiver geworden. Mit den drei wichtigsten Partnern – Deutschland, Frankreich und Holland – haben polnische Städte und Gemeinden bis jetzt viermal mehr Verträge unterzeichnet als mit den drei bedeutendsten Partnern des ehemaligen Ostblocks (Tschechien, Ungarn, Slowakei).

Die sog. „Kleine Integration“ von polnischen Gemeinden verläuft mit verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Tempo (Abb. 2). 70% aller mit Dänemark abgeschlossenen Verträge wurden in der ersten Legislaturperiode der Selbstver-

waltungen unterzeichnet (1990-1995), im Falle der Niederlande 66%, mit Schweden 61%. Das sind die Länder, die schon Anfang der 1980er Jahre (Zeit der „Solidarność“ und des Kriegszustandes) humanitäre Hilfe für polnische Gemeinden geleistet haben, aus der sich mit der Zeit zahlreiche bilaterale Beziehungen entwickelten. Lokale Gemeinschaften und Behörden dieser Länder wurden am schnellsten zu Verbündeten von polnischen Gemeinden in der interkommunalen Partnerschaft. Eine relativ große Anzahl von Partnerschaftsverträgen haben die Selbstverwaltungen in der ersten Legislaturperiode mit Frankreich, Großbritannien und Deutschland unterzeichnet. In der zweiten Legislaturperiode (1995-1998) ist die Anzahl der Verträge mit Städten und Gemeinden aus Mittelosteuropa gewachsen. In dieser Periode wurden z.B. 60% aller Partnerschaften mit Litauen, 56% mit der Slowakei und 47% mit Ungarn vereinbart. In der Legislaturperiode 1999-2002 haben die Partnerschaftsverträge immer breitere Kreise gezogen und unter anderem Moldawien, Rumänien oder Kroatien umfasst. In dieser Zeit verstärkte sich auch die polnisch-österreichische Zusammenarbeit (d. h. 43% aller mit diesem Land abgeschlossenen Verträge, gegenüber 10% in der ersten Legislaturperiode).

Aktuell pflegen die polnischen Selbstverwaltungen Kontakte mit fast allen europäischen Ländern; ausgenommen Zypern, Andorra und Island. Die Kontakte innerhalb von Europa machen 97% aller Partnerschaften aus. Außerhalb von Europa haben die polnischen Selbstverwaltungen die meisten Verträge mit den USA (45) und mit Israel (13).

Die Zusammenarbeit polnischer Selbstverwaltungen mit ihren lokalen Partnern im Ausland ist territorial differenziert (Abb. 3). Der höchste Prozentsatz der mit dem Ausland kooperierenden Gemeinden (im Vergleich zur Gesamtzahl der Territorialeinheiten) ist für die Woiwodschaften von Westpolen charakteristisch. In Śląskie (Oberschlesien) und in Opolskie Woiwodschaft (Oppeln) haben über 60% der Gemeinden mindestens einen Partner im Ausland. In den Woiwodschaften Zachodniopomorskie, Lubuskie, Wielkopolskie, Dolnośląskie hat jede zweite Gemeinde einen Partner. Dagegen beträgt der Prozentsatz der mit ausländischen Partnern kooperierenden Gemeinden in den Woiwodschaften Ostpommern nicht einmal 20%.

Abb. 2: Abgeschlossene Partnerschaftsverträge nach Legislaturperioden

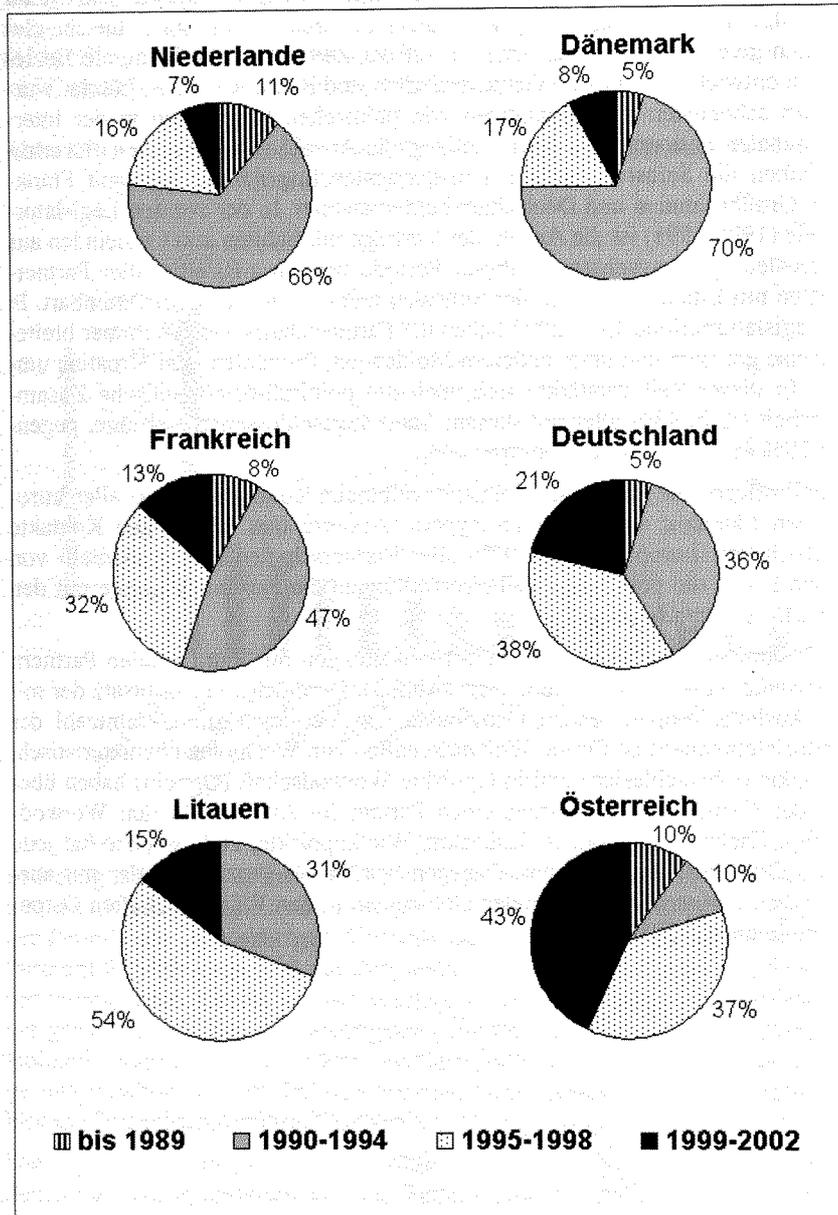
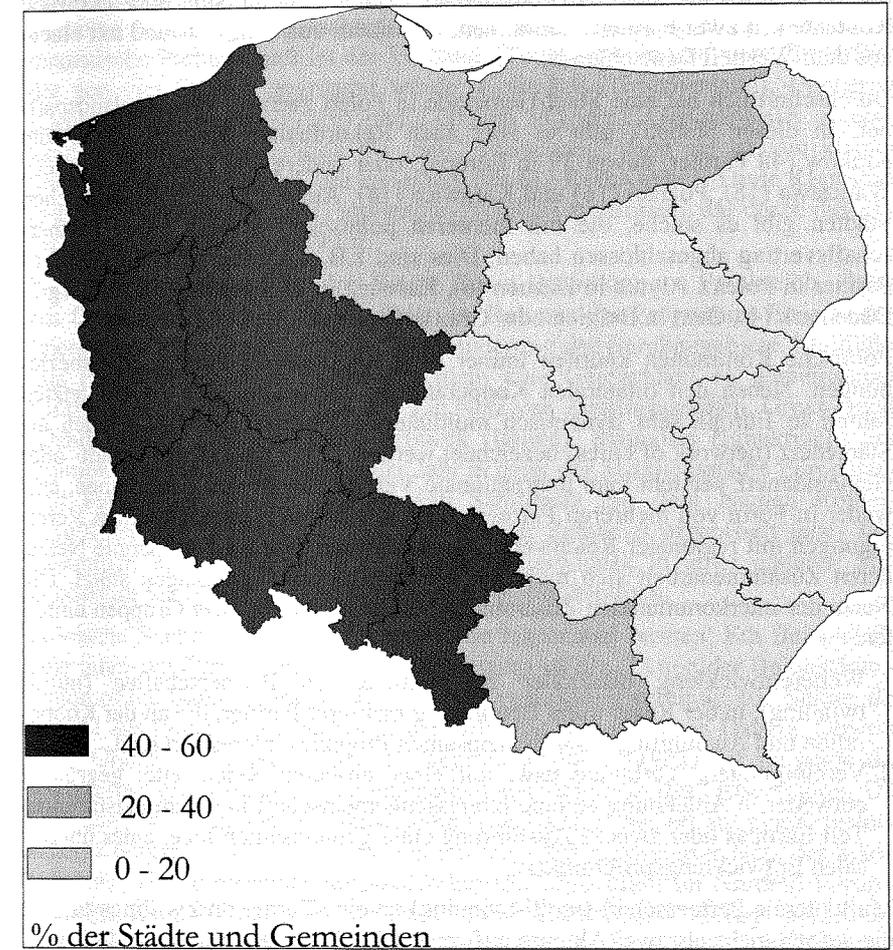


Abb. 3: Anteil der Städte und Gemeinden mit kommunalen Partnern im Ausland (nach Woiwodschaften 2002)



Jene starken Unterschiede ergeben sich u.a. aus dem unterschiedlichen Urbanisierungsgrad zwischen dem West- (über 70% Stadtbevölkerung) und Ostteil Polens (unter 50%). Generell weisen die polnischen Stadtgemeinden eine viel größere Aktivität in der Partnerschaft auf, als die Dorfgemeinden. Zu den anderen Ursachen gehören die periphere Lage der Städte und Gemeinden im Osten Polens sowie ein geringes Niveau ihrer sozioökonomischen Entwicklung und die daraus resultierende geringe Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität auf dem „Twinningmarkt“. Ein hoher Prozentsatz der Gemeinden in Westpolen, die mit

dem Ausland zusammenarbeiten, ergibt sich auch aus stärkeren geschichtlichen und kulturellen Beziehungen dieser Regionen zu Deutschland. Sehr oft arbeiten die Gemeinden aus den Woiwodschaften Zachodniopomorskie oder Lubuskie Kontakte mit zwei Partnern zusammen, mit einem aus dem Ost- und mit einem aus dem Westteil Deutschlands.

Durchschnittlich hat eine Stadt/Gemeinde in Polen zwei bis drei Auslandspartner. In dieser Statistik gibt es aber auch Rekordhalter wie z.B. die Städte Kraków (48 Partner, davon 39 in Europa); oder andere wie Łódź (20 Partner), Warszawa (18), Poznań (16) und Katowice (14). Auch unter den ausländischen Städten gibt es solche, die mit mehreren polnischen Städten einen Partnerschaftsvertrag abgeschlossen haben. Dies sind z.B. Kaliningrad in Russland (7 Partner in Polen), Alytus in Litauen (6), Karwina in Tschechien (5), Aalborg in Dänemark (4), Gent in Belgien oder Graz in Österreich (jeweils 3 Partner).

Polnische Kommunen knüpfen immer öfter multilaterale Partnerschaftsbeziehungen. Neben den bilateralen Kooperationen entwickeln sich in den letzten Jahren in Europa sehr dynamisch multilaterale Partnerschaften, die auch als Städtetz (network of cities) bezeichnet werden. Unter dem Begriff Stadt- oder Gemeindefetz versteht man internationale Vereinigungen von Kommunen, entweder in Form von mehreren Partnern oder in Form von internationalen Vereinigungen mit regionaler Reichweite. Am häufigsten sind weit gespannte Netze, deren Zusammenarbeit sich nicht auf raumfunktionale Grundlagen stützt. Die Netze der interkommunalen Zusammenarbeit kann man in zwei Gruppen einteilen:

1. Weiterentwicklung bilateraler zu multilateralen Partnerschaften (multi-twinning), in der Regel unter Beteiligung mehrerer Partner, die an der Kooperation und Ausführung eines gemeinsamen Projektes interessiert sind.
2. Vereinigungen, Verbände usw. mit einer größeren Reichweite; gegründet entweder in Anlehnung an eine Interessengemeinschaft in einem bestimmten Teil Europas oder zwecks Ausführung einer gemeinsamen Idee, eines universalen Entwicklungsprogramms.

Multilaterale Partnerschaft (multi-twinning) ist eine Form von Zwillingsstädten, die jedoch mehr als zwei Akteure aufweist. Die Kooperation umfasst drei, vier, fünf und manchmal sogar mehr Partner. Grundsätzlich gibt es zwei Gründe für die Entstehung solcher Vereinigungen. Der erste betrifft die Erweiterung der Zwillingsbeziehung zweier Lokaleinheiten um weitere Partner. So geschah es im Falle der etablierten Vereinigungen (z.B. der französisch-englischen oder der deutsch-französischen). Die Erweiterung erfolgte hier meistens über neue Partner aus Süd- oder Mitteleuropa. Ein Beispiel für eine derartige Zusammenarbeit ist die Vereinigung von fünf Städten in der Loughborough Twinning Association: Loughborough aus England, Espinal aus Frankreich, Genebloux aus Belgien, Schwäbisch Hall aus Deutschland und Zamość aus Polen. Einen immer

häufigeren Grund zur Entwicklung von „multi-twinning“ stellen gemeinsame Projekte dar, die hauptsächlich im Rahmen von EU- Programmen realisiert werden. Diese finanzieren den Erfahrungsaustausch und die Einführung von bestimmten Neuerungen in mehreren Städten zugleich. Beispiel für eine solche thematische Partnerschaft ist der Verband „Town twinning network Butterfly“, der von vier Städten gegründet wurde: Kolindros (Griechenland), Ducherow (Deutschland), Resko (Polen) und Lefkaren (Zypern). Geographisch gesehen kann man diese Kooperation als „neu“ bezeichnen, denn sie ist von kleinen Städten gegründet worden, die außerhalb des EU-Kerns liegen. Diese Kleinstädte arbeiten im Rahmen des Geoplantour-Projektes zusammen, das durch das EU-Programm Terra finanziert wird.

Weiterhin kooperieren die drei Städte Henin-Beaumont aus Frankreich, Heren aus Deutschland und Konin aus Polen im Rahmen des Programms Ecos-Phare-Energy, vor allem im Bereich der Rekultivierung der Bergbaugebiete. Multilaterale Partnerbeziehungen bieten außerdem eine Gelegenheit zu gemeinsamen Kultur- und Sportunternehmungen. Ein Netz von Zwillingsstädten, Gross-Gerau (Deutschland), Tielt (Belgien), Bruneck (Italien), Brignoles (Frankreich) und Szamotuły (Polen) organisiert jedes Jahr in einer der Mitgliedsstädte Europatage und Ferienlager für die Jugend. Ein Städtetz mit dem Namen Rothenburg/Rotenburg (aus Deutschland und aus der Schweiz) organisiert jedes Jahr zusammen mit der polnischen Kleinstadt Czerwiensk in einer anderen Mitgliedsstadt Sportwettbewerbe in mehreren Sportdisziplinen.

Polnische Städte sind auch Mitglieder von regionalen Netzen. Ein Beispiel für eine intensive Zusammenarbeit im Ostseeraum ist die „Union der Baltikstädte – Union of the Baltic Cities (UBC)“. Diese Organisation vereinigt 101 Städte, davon 12 aus Polen. Das Sekretariat der UBC hat seinen Sitz in Danzig. Obwohl diese Organisation erst vor kurzem gegründet wurde (1991), ist sie heute das wichtigste Forum für die Zusammenarbeit der Städte in der Ostseeregion. Die Gründung des „Bundes der Hansestädte (Die Hanse)“ basiert auf einem historischen Kontext. Dabei handelt es sich um ein 1980 reaktiviertes Netz der Städte (oft Neue Hanse genannt), die im 13. bis 15. Jahrhundert im Nordteil Europas wichtige Handelsfunktionen ausübten. Diese Organisation managt heutzutage 108 große und kleine Städte aus 12 Ländern, davon 12 aus Polen. Das Hauptziel der Hanse ist „ein Wieder beleben des Geistes der ehemaligen Handelsstädte“ sowie die Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen ihnen. Im Jahr 2003 wird in Frankfurt/O. und in Slubice bereits der 23. Hanse-Tag der neuen Zeit stattfinden.

Im Netz „European Cities and Regions Networking for New Transport Solutions – Polis“, das 65 Städte aus 16 europäischen Ländern vereinigt, ist die polnische Stadt Białystok tätig. Diese Städte tauschen untereinander die Erfahrungen und neue Technologien im Bereich des städtischen Transportwesens aus.

## 6. Internationale Zusammenarbeit der Woiwodschaften

Die internationale Zusammenarbeit der Regionen hat eine etwas kürzere Tradition als die interkommunale Zusammenarbeit. Die Regionen im europäischen Sinne wurden in Polen erst 1999 gegründet. Die ehemaligen kleinen Woiwodschaften waren als Einheiten der Regierungsadministration keine eigenständigen Gebilde der regionalen Zusammenarbeit in Europa. Eine der Voraussetzungen für die Gründung der Selbstverwaltungsregionen war die Notwendigkeit, ihnen einen Teil der Prärogativen, auch im Bereich der Zusammenarbeit mit dem Ausland nach dem Vorbild der europäischen Regionen zu übertragen.

Laut Gesetz vom 5. Juni 1998 über die Selbstverwaltung der Woiwodschaften verfasst der Woiwodschaftslandtag „Prioritäten der Zusammenarbeit der Woiwodschaft mit dem Ausland“ und bestimmt (Art. 75):

1. die Hauptziele der Zusammenarbeit mit dem Ausland
2. die geographische Ausrichtung für die künftige Zusammenarbeit
3. die Pläne bezüglich des Beitritts zu internationalen, interregionalen Vereinigungen.

Die o.g. Prioritäten sollen im Einverständnis mit dem Außenministerium formuliert werden, mit welchem die Entwürfe der Verträge über die regionale Zusammenarbeit vereinbart werden sollen.

Die Zusammenarbeit der Woiwodschaften mit dem Ausland in ihren jetzigen Territoriumsgrenzen hat schon im Jahr ihrer Gründung, d.h. 1999 begonnen. Ein bedeutender Teil der interregionalen Verträge von ehemaligen kleineren Woiwodschaften ist durch die neuen, größeren Regionen übernommen worden. So war es z.B. im Falle der Woiwodschaften Gorzowskie und Zielonogórskie, die zu einer Woiwodschaft (Lubuskie) zusammengefügt wurden und die nun die regionale Zusammenarbeit mit der italienischen Region Abruzzo fortführt. Die Anzahl der in den letzten vier Jahren durch diese Woiwodschaft abgeschlossenen Verträge mit dem Ausland zeugt davon, dass sie nicht nur zur Ehrensache der neuen Selbstverwaltung geworden sind, sondern auch zu einem wichtigen Element der strategischen Entwicklung in Europa.

Eine große Zahl der Partner ist sowohl für die großen und starken Woiwodschaften, wie Śląskie (10 interregionale Verträge), als auch für kleinere und „schwächere“ Woiwodschaften, wie Podlaskie im Osten Polens (8 ausländische Partner) charakteristisch. In Folge des Zusammenschlusses der 49 ehemaligen Woiwodschaften in 16 große Einheiten sind die Partnerschaftsverträge der zusammengeführten Woiwodschaften häufig addiert worden. Auf diese Art und Weise hat die Territorialreform des Landes von 1998 zur Erhöhung der Kennziffer von internationalen Partnern von im Durchschnitt zwei auf sechs pro Woiwodschaft beigetragen.

Ähnlich wie bei der Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden sind die wichtigsten Partner der Woiwodschaften die Regionen im Westteil Europas (70% der Gesamtzahl der Verträge); hauptsächlich die deutschen Bundesländer, französischen Regionen oder Departements, italienische Regionen und niederländische Provinzen. Im Jahre 2002 erhielten die Woiwodschaften institutionelle und finanzielle Hilfe von der Europäischen Union im Rahmen des Programms „Twinning“. Ziel dieses Programms ist die Vorbereitung der Woiwodschaften auf die Teilnahme an der Politik der sozioökonomischen Zusammengehörigkeit der EU, die Verstärkung der regionalen Administration im Sinne der Nutzung von Strukturhilfen sowie die Bearbeitung der regionalen Operationalisierungsprogramme. An diesem Projekt beteiligen sich 11 Woiwodschaften, die einen oder mehrere Partner aus Regionen der EU-Mitgliedstaaten gewonnen haben, die die administrativen Aktivitäten im Bereich der Regionalpolitik unterstützen. Zum Beispiel arbeitet die Woiwodschaft Dolnośląskie mit folgenden Regionen zusammen: Comunidad Castilla y Leon und Comunidad de Madrid aus Spanien. Das für die Jahre 2001-2003 vorgesehene Programm umfasst auch die Woiwodschaften Opolskie und Małopolskie (Zusammenarbeit mit Regionen in Spanien), Kujawsko-Pomorskie und Mazowieckie (Zusammenarbeit mit Regionen in Frankreich), Lubuskie, Wielkopolskie und Zachodniopomorskie (Zusammenarbeit mit deutschen Bundesländern), Łódzkie, Pomorskie, Świętokrzyskie (Zusammenarbeit mit Regionen aus Großbritannien).

Ein weiteres Beispiel der engen Zusammenarbeit zwischen den Regionen ist die Partnerschaft der Woiwodschaft Śląskie mit dem Elsass (Departement Bas-Rhin) in Frankreich. Sie umfasst eine Kooperation von Wirtschaftskammern, gemeinsame Promotion und gemeinsames Marketing sowie Austausch in den Bereichen Kultur und Schulwesen. Die interregionale Zusammenarbeit bringt oft neue Investitionen und den Zufluss ausländischen Kapitals. So geschieht es im Falle der Zusammenarbeit der Woiwodschaft Lubuskie mit der Region Abruzzo. Außer der administrativen und kulturellen Zusammenarbeit sind noch polnisch-italienische Gesellschaften gegründet worden und in der Region entstanden zwei Fabriken mit italienischem Kapital.

Polnische Woiwodschaften zeigen eine immer größere Aktivität auch im Ausland, im so genannten Europa-Lobbying. Bis Ende 2002 wird schon die Hälfte der Woiwodschaften (8 Regionen) eigene Vertretungsbüros in Brüssel eröffnet haben<sup>8</sup>. Manche von ihnen arbeiten mit Büros ihrer regionalen Partner zusammen, wie z.B. das Büro der Woiwodschaft Śląskie mit dem Büro des Elsass.

8 Folgende Woiwodschaften unterhalten (Ende 2002) bereits Büros in Brüssel: Opolskie, Podlaskie und Lubuskie (gemeinsames Büro), Śląskie, Dolnośląskie, Pomorskie, Małopolskie, Mazowieckie. Weitere fünf Woiwodschaften überlegen eine Möglichkeit, in nächster Zukunft ein Büro zu eröffnen.

Bisher haben die kurze Laufzeit und das knappe Budget verursacht, dass die Teilhabe der polnischen Regionen an der europäischen Politik noch nicht so fortgeschritten ist wie die der deutschen, französischen oder spanischen Regionen, die mit dem Europa-Lobbying schon in 80er Jahren begonnen haben<sup>9</sup>.

## 7. Zusammenfassung

Das vorgestellte Bild der Teilhabe der polnischen Selbstverwaltungseinheiten (Städte, Gemeinden, Kreise und Woiwodschaften) am Prozess der „kleinen Integration“ führt zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Die lokale und regionale Ebene Polens ist 1990 (Gemeinde-selbstverwaltung) bzw. 1999 (Kreis- und Woiwodschaftselbstverwaltung) neu geordnet worden. In diesem Zeitraum sind die polnischen Selbstverwaltungen deutlich in internationalen Organisationen wie auch in der interkommunalen und interregionalen Partnerschaftsbewegung in Erscheinung getreten. Viele Städte und Gemeinden haben die Vorteile aus der Dezentralisierungsreform auch zur intensiveren Zusammenarbeit im Ausland ziehen können.
  2. Die Zusammenarbeit der lokalen und regionalen Gremien mit dem Ausland entwickelt sich sowohl in geographischer als auch in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Bilaterale und multilaterale Vereinigungen verbinden Polen mit anderen europäischen Ländern in einem immer dichteren Netz. Nach der Periode der historischen, oft verordneten Partnerschaften beteiligen sich polnische Selbstverwaltungen immer häufiger an europäischen Projekten, welche zum Ziel haben, Strukturen der lokalen und regionalen Entwicklung und Verwaltung den europäischen Standards anzupassen. Heute bedeutet Partnerschaft nicht nur einen offiziellen Austausch der Delegationen und Teilnahme an Feierlichkeiten, sondern auch vielfältige Aktivitäten für die Gestaltung von neuen Projekten, Bemühungen um ihre Finanzierung und enge Kooperation in verschiedenen Bereichen des sozioökonomischen Lebens.
  3. Polnische Selbstverwaltungen folgen nachhaltig einer prowestlichen Politik, was mit der Möglichkeit verbunden ist, EU-Fonds sowie Erfahrungen von
- 
- 9 In den Woiwodschaftslandtagen findet heutzutage eine Diskussion über den Sinn der Gründung von Woiwodschaftsvertretungen in Brüssel sowie über die Mitgliedschaft im Verband der Europäischen Regionen statt. Man analysiert die Kosten und eventuelle Vorteile, die mit Europa-Lobbying verbunden sind. Die Mitwirkung in der Versammlung der Europäischen Regionen verursacht beispielsweise einen Jahresbeitrag von ca. 90 Tsd. PLN (umgerechnet ca. 22 Tsd. Euro). Weiterhin schätzt die Woiwodschaft Śląskie die Kosten der vor kurzem eröffneten Büros bei der EU (zwei Räume im Zentrum Brüssels) auf ca. 250 Tsd. PLN jährlich (ca. 60 Tsd. Euro). In beiden Fällen haben sich die Woiwodschaftslandtage trotz der hohen Kosten entschieden, diesen finanziellen Anteil aufzubringen.

reicherer und besser organisierten Gemeinden der Mitgliedsländer zu nutzen. Eher im Hintergrund entwickelt sich die Partnerschaft zwischen polnischen Gremien und Partnern in Mitteleuropa.

4. Die proeuropäische Politik der Einheiten auf lokaler und regionaler Ebene zeichnet sich durch große Disproportionen aus. Die Intensität der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland ist ganz deutlich mit dem Grad des „Euroenthusiasmus“ der Gesellschaft verbunden. Obwohl man keine Zusammenhänge zwischen Ursachen und Folgen feststellen kann, stößt man in beiden Fällen, d. h. sowohl bei der Bereitschaft der Gemeinden hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit dem Ausland als auch bei der Dominanz der proeuropäischen Verhaltensweisen, auf dieselben Einflussfaktoren: Urbanisierungsniveau und sozioökonomischer Entwicklungsgrad. Es ist jedoch schwierig zu sagen, ob die schwächere Zusammenarbeit der ostpolnischen Städte und Gemeinden mit ausländischen Partnern eine Folge des größeren Konservatismus der lokalen Gemeinschaften darstellt, oder ob dies ein Resultat des geringeren Entwicklungsgrades, der peripheren Lage und der geringen Konkurrenzfähigkeit dieser Gemeinden im Bereich der europäischen Partnerschaften ist. Antworten auf diese Frage können nur vertiefende Studien geben.
5. Obwohl der Erfolg der lokalen und regionalen Partnerschaften in diesem Beitrag nicht analysiert wird, zeugt doch die immer größere Anzahl derartiger Initiativen davon, dass eine solche Zusammenarbeit für die Selbstverwaltungen günstig ist. Manchmal wird die Partnerschaft mit Städten oder Gemeinden, die hunderte Kilometer voneinander entfernt liegen, böswillig „Austausch der Tanzgruppen“ oder „Touristik der Behörden mit öffentlichen Finanzmitteln“ genannt. In der Zeit der Globalisierung und der wachsenden Konkurrenzfähigkeit der Städte und Gemeinden scheint allerdings jede Initiative wertvoll zu sein; besonders deswegen, da sie den Austausch von Erfahrungen, den Zufluss von Innovationen, gemeinsame Projekte oder auch soziale Kontakte mit sich bringt.
6. Es ist notwendig, die europäische Partnerschaft mit Regionen, Städten und Gemeinden im Ostteil Polens zu fördern und zu unterstützen. Freier und schneller Informationsfluss wurde in den letzten Jahren zu einem wichtigen Hilfsmittel in der Knüpfung von Kontakten, sogar zwischen weit auseinander liegenden Regionen. Es ist denkbar, dass die Integration Polens in die Europäische Union eine gewisse geographische Reorientierung mit sich bringen wird. Dies wiederum wird durch die finanzielle Unterstützung der Kooperation mit neuen Mitgliedern und ihren östlichen Nachbarn ermöglicht.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Übersicht über verschiedene Formen der interkommunalen und interregionalen Partnerschaft zeigt, welche wichtige Rolle diese Erscheinung im Einigungsprozess nicht nur der Länder,

sondern auch der lokalen Gemeinschaften auf dem Kontinent hat. Ferientausch der Jugend und von Familien, Fahrten zum Arbeitsplatz und aus beruflichen Gründen, gemeinsame Volksfeste und Sportveranstaltungen, „multi-twinning“-Sportspiele – dies alles nähert die Menschen einander emotional an und ist genauso wichtig wie wirtschaftliche Kooperation oder politische Kontakte. Es ist der beste Weg zum Aufbrechen von Vorurteilen und Stereotypen. Partnerschaften der Städte und Gemeinden bringen den Bürgern neue Kontakte – kulturelle und wirtschaftliche. Dies ist mit Sicherheit einer der wichtigsten Wege, der zur Gestaltung einer gemeinsamen und offenen Gesellschaft Europas führt, die frei von Fremdenfeindlichkeit und Nationalismen ist.

### Literatur

Kaczmarek T., Reforma terytorialno-administracyjna Polski – porównanie z krajami Unii Europejskiej. Zróznicowanie społeczno-gospodarcze w nowym układzie terytorialnym Polski (red. T. Czyż), Biuletyn KPZK PAN 2001, z. 197., s. 131-156.

Konopacki S., Komunikacyjna teoria integracji politycznej Karla Deutscha. Studia Europejskie, Nr. 1 (5), 1998.

Lücke B., E. Bellocchi (eds.), A Europe of Towns and Cities. A practical guide to Town-twinning, European Communities, Luxembourg 1997.

Malendowski W., M. Ratajczak, Euroregiony. Polski krok do integracji. Wydawnictwo ATLA 2, 2000.

Sowiński R., Udział polskich samorządów w zrzeszeniach międzynarodowych. Samorząd Terytorialny 6, s. 2002, s. 25-29, 2001.

The twinning movement in the nineties, www.ccre.org, 2002.

Was bringt uns der Vertrag von Nizza?, Europäische Gemeinschaften, Luxemburg, 2001.

Związki bliźniacze, Współpraca międzynarodowa samorządów lokalnych. Związek Miast Polskich. Poznań, 1998.

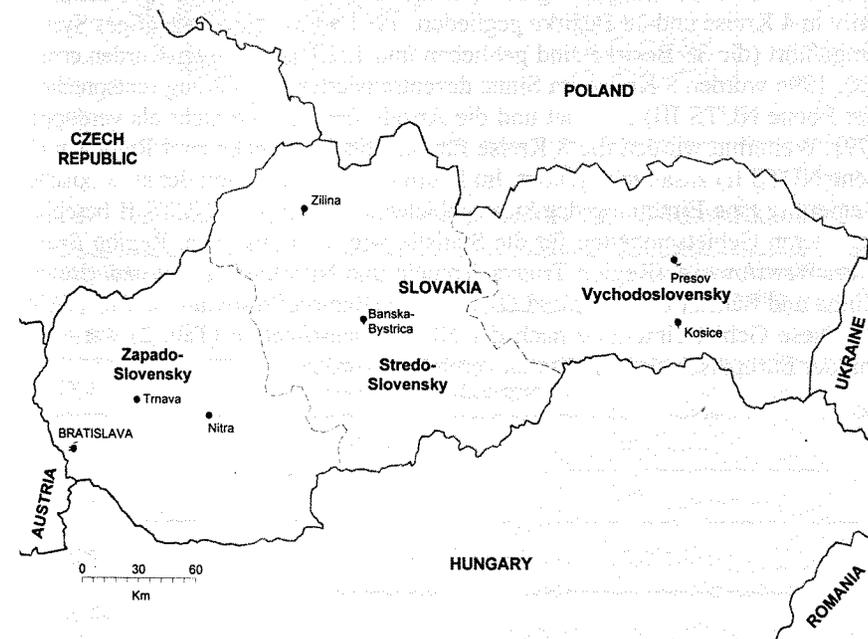
## Die Slowakische Republik vor dem EU-Beitritt – Chancen und Probleme aus regionalökonomischer Sicht

Rudolf Pástor

### Vorbemerkung

Die Slowakische Republik, die am 1. Januar 2003 den 10. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit feiern wird, ist mit einer Fläche von 49.035 km<sup>2</sup> und einer Bevölkerung von 5.402.547 Menschen das kleinste Land Mitteleuropas. Nach der Auflösung der Tschechoslowakei Anfang 1993 hat sich die junge Republik mit der politischen und marktwirtschaftlichen Transformation recht schwer getan. Die marktwirtschaftliche Umwandlung der ineffizienten Verteidigungs- und Schwerindustrie aus kommunistischer Zeit führte zu hoher Arbeitslosigkeit.

### Abb. 1: Slowakei in Mitteleuropa



Heute gehört die Slowakei zur Spitzengruppe der EU-Kandidatenländer. Sie schaffte außenpolitisch einen eindrucksvollen Aufholprozess auf dem Weg zur Aufnahme in die Nato und die EU.

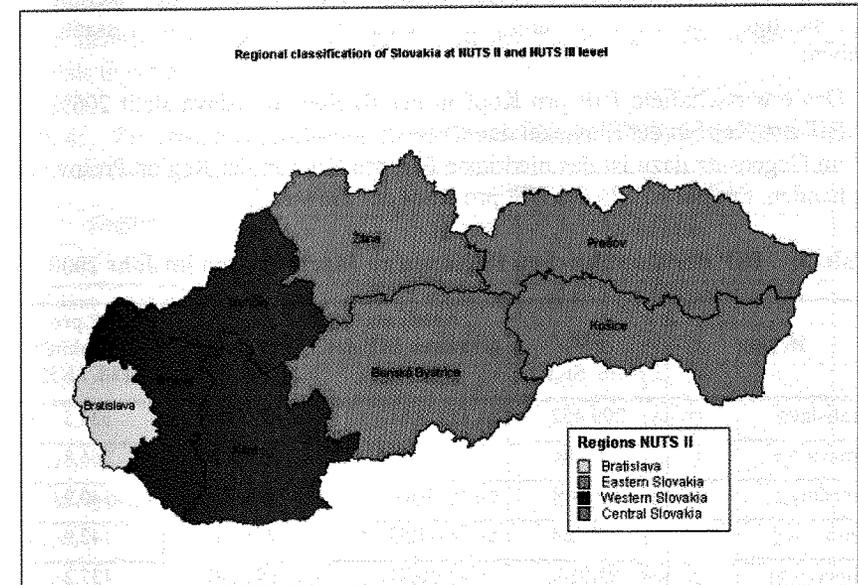
**Tab. 1: Wichtige Indikatoren der Wirtschaft in der Slowakei**

Bevölkerung (Millionen)	5,4
BIP (pro Kopf) in KKS (2001)	11.100 €
in % des EU-Durchschnitts	48
Produktionsstruktur (Anteil am BIP in %) 1999	
- Landwirtschaft	4,9
- Industrie	27,4
- Bauwirtschaft	3,1
- Dienstleistungen	55,7

Quelle: EK, 2002; FAZ, 29.09.2002

### 1. Regionalisierung der Slowakei

Was die territoriale Gliederung betrifft, so war die Slowakei bis 1990 administrativ in 4 Kreise und 38 Bezirke gegliedert. 1991 wurde ein zweistufiges System eingeführt (die 38 Bezirke sind geblieben und 121 Distriktämter wurden errichtet). 1996 wurden 8 Kreise im Sinne dezentralisierter Verwaltung (entsprechend der Ebene NUTS III) gebildet und die Anzahl der Bezirke mehr als verdoppelt (79). Weiterhin wurden die 8 Kreise für statistische Zwecke zu 4 Regionen (Ebene NUTS II) zusammengefasst. Im Februar 2002 wurde von der slowakischen Regierung eine Einteilung des Staatsgebietes auf der Ebene NUTS II beschlossen, deren Gebietseinheiten für die Statistik wie folgt aussehen: Region *Bratislava*, *Westslowakei* (Region Trnava, Trenčín und Nitra), *Mittelslowakei* (Region Žilina und Banská Bystrica) und *Ostslowakei* (Region Prešov und Košice) (Abb. 2). Diese Gebietseinteilung nach der NUTS-Klassifikation (Tab. 2) war zuvor mit der Europäischen Kommission vereinbart worden.

**Abb. 2: Regionale Klassifikation der Slowakei****Tab. 2: Regionalisierung der Slowakei nach der NUTS-Klassifikation**

Klassifizierungs-Ebene		Anzahl der territorialen Einheiten
NUTS 1	Republik	1
NUTS 2	Neue regionale Aggregationen	4
NUTS 3	Neue Regionen	8
NUTS 4	Neue Bezirke	79
NUTS 5	Gemeinden	2.871

Quelle: Búšik, 1998

### 2. Regionaler Vergleich der Wirtschaft

Bis 1999 wies das Statistische Amt der Slowakei die Höhe des BIP nur auf der Ebene der Republik aus. Dieser Index wurde auf der Ebene der Region durch die Bruttoproduktion und den Mehrwert ersetzt. Im Jahr 2000 wurde zum ersten

Mal das erwirtschaftete BIP in den einzelnen Regionen veröffentlicht. Diese Kennzahl zeigt, dass in der Region Bratislava 23,61% des gesamten BIP der SR erwirtschaftet wurde (Tab. 3). Wenn wir bei diesem Wert die Bevölkerung berücksichtigen und den Index umrechnen, erhalten wir folgende interessante Angaben:

- Das erwirtschaftete BIP pro Kopf in der Region Bratislava stellt 206% des BIP pro Kopf in der Slowakei dar
- im Gegensatz dazu ist das niedrigste BIP pro Kopf in der Region Prešov vorhanden, mit nur 62,8% des BIP pro Kopf der Slowakei.

**Tab. 3: BIP der slowakischen Regionen zu Marktpreisen im Jahr 2000**

Region	BIP (Mio. SKK)	Anteil am gesamten BIP der SR (%)	Einwohner	BIP pro Einwohner (Tsd. SKK)
Bratislava	209.452	23,61	616.982	339,5
Trnava	91.940	10,36	551.287	166,8
Trenčín	85.845	9,68	609.288	140,9
Nitra	102.264	11,53	715.841	142,9
Žilina	95.054	10,71	692.582	137,2
Banská Bystrica	96.970	10,93	662.932	146,3
Prešov	81.008	9,13	784.451	103,3
Košice	124.665	14,05	765.294	162,9
<b>Slowakei insgesamt</b>	<b>887.198</b>	<b>100</b>	<b>5.398.657</b>	<b>164,3</b>

Quelle: Búšik, Kráľovičová, Maruščáková, 2002

Einer der wichtigsten Gründe für die langsame Umstrukturierung der Slowakischen Wirtschaft war der geringe Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen (FDI), der deutlich niedriger als in den Nachbarstaaten war.

Das Volumen der Auslandsinvestitionen – insgesamt und pro Kopf der Bevölkerung – ist zurzeit in der Slowakei im Vergleich zu den übrigen Ländern Mitteleuropas sehr niedrig. Noch ausgeprägter ist der West-Ost-Unterschied bezüglich der FDI in der Slowakei selbst. Bratislava hatte im Jahr 2000 einen Anteil von fast 70% an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen in der Slowakei, Prešov dagegen nur einen Anteil von 2,4% (Tab. 4). Die Auslandsinvestitionen in Bratislava flossen vor allem in Versicherungen, Banken und Verkaufsorganisationen. Die Vorteile der Region Bratislava und der westslowakischen Regionen sind vor allem mit ihrer guten Erreichbarkeit, der infrastrukturellen Ausstattung und der guten Qualifikation der Bevölkerung

verbunden. Als Mangel kann man die schwache Position der Gemeinden in der Schaffung von günstigen Bedingungen für Investoren betrachten.

Die Slowakei hat in den letzten Jahren einen deutlichen Zuwachs an ausländischen Investitionen verzeichnet. 2002 wird der höchste Zufluss ausländischen Kapitals in der gesamten Geschichte des Landes erwartet.

**Tab. 4: Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen (FDI) in die Slowakei**

Region	1999		2000		2001*	
	in Mio. Euro	%	in Mio. Euro	%	in Mio. Euro	%
Bratislava	1.280,42	61,4	2.135,35	69,8	2.805,70	59,3
Trnava	196,19	9,4	219,93	6,5	217,14	4,6
Trenčín	134,05	6,4	141,67	4,2	158,23	3,3
Nitra	75,19	3,6	103,63	3,1	160,02	3,4
Žilina	59,70	2,9	168,40	2,1	213,65	4,5
Banská Bystrica	97,63	4,7	122,67	3,7	206,86	4,4
Prešov	70,28	3,4	103,44	2,4	121,30	2,6
Košice	173,42	8,3	858,07	8,3	850,37	18,0
<b>Slowakei insgesamt</b>	<b>2.086,86</b>	<b>100</b>	<b>3.853,16</b>	<b>100</b>	<b>4.733,28</b>	<b>100</b>

\* 3. Quartal

Quelle: SARIO, 2002

Die Umstrukturierung der wirtschaftlichen Basis verlief in den Regionen in einer positiven Richtung, neue Entwicklungsschübe haben zu wirken begonnen. Nicht nur die zur wirtschaftlichen Depression führenden Kräfte waren regional differenziert, sondern auch die Entwicklungsimpulse zur Gründung von KMU, des Zustroms von Auslandskapital, in der Anpassungsfähigkeit der Regionen an neue Bedingungen sowie zur Entwicklung einer breiten Skala von produktionsnahen Dienstleistungen (Buček, 2000).

Ein spezifisches Problem, das mit dem Transformationsprozess in der Slowakei zusammenhängt, sind die Änderungen im *Innovations- und Qualifizierungspotenzial* der einzelnen Regionen. Die Restriktion des Budgets für Forschungsinstitutionen, die starke Reduktion ihrer Beschäftigten, die Schließung einiger Forschungsinstitute, der geringe Anteil des Privatsektors, die Emigration der wissenschaftlichen Beschäftigten und andere Faktoren wirken sich negativ auf Wissenschaft und Forschung aus. Geringe Kenntnisse kann man bei den Transformationsmechanismen des technischen Fortschritts in den Regionen beobachten.

Gemäß dem Projekt über nachhaltige Entwicklung in der Slowakei, sind im Bereich der Wissenschaft und Forschung nach 1989 markante Veränderungen zu verzeichnen. In den Jahren 1993-1996 gab es noch 330 Forschungs- und Entwicklungsorganisationen (F&E), in denen 24.718 Mitarbeiter beschäftigt waren, vorwiegend an den Universitäten (37,4%) und an der Slowakischen Akademie der Wissenschaft (12,5%). Die Durchschnittsausgaben im Bereich F&E weisen einen sinkenden Trend auf. 1993 stellten sie 1,09%, 1998 nur noch 0,86% des BIP dar. Im Vergleich dazu geben die EU-Länder für F&E insgesamt etwa 2,5% des BIP aus.

Vergleicht man die Ausgaben für F&E in den Jahren 1997 und 2000, dann sanken die Ausgaben in diesem Bereich mit Ausnahme der Regionen Bratislava, Žilina und Košice (Tab. 6).

**Tab. 5: Ausgaben und Beschäftigte im Bereich der Forschung und Entwicklung (F&E) in der Slowakei**

	1996	1997	1998	1999	2000
Beschäftigte zum 31.12.	24.113	24.818	24.718	22.467	22.256
Davon:					
-Forscher	15.832	16.564	17.033	15.425	15.747
-Technisches und äquivalentes Personal	5.426	5.522	5.248	4.814	4.406
-Hilfspersonal	2.855	2.732	2.437	2.228	2.103
Ausgaben für Forschung und Entwicklung (Mio. SKK)	5.905	7.744	6.154	5.552	6.086

Quelle: Búšik, Kráľovičová, Maruščáková, 2002

**Tab. 6: Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) in den slowakischen Regionen**

Region	Ausgaben (in Tsd. SKK)		Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung		Wachstum/Senkung der Ausgaben (1997=1)	Anteil an den gesamten Ausgaben (in %)	
	1997	2000	1997	2000	2000/1997	1997	2000
Bratislava	2.465.564	2.556.249	3.985	4.142	1,04	31,86	42,01
Trnava	2.060.208	569.789	3.748	1.033	0,28	26,63	9,36
Trenčín	993.279	696.549	1.627	1.144	0,70	13,84	11,45
Nitra	591.158	434.410	824	608	0,73	7,64	7,14
Žilina	591.776	825.092	858	1.189	1,39	7,65	13,56
Banská Bystrica	338.495	324.086	510	490	0,96	4,37	5,33
Prešov	207.273	185.609	267	336	0,90	2,68	3,05
Košice	490.088	493.722	640	643	1,01	6,33	8,11
<b>Slowakei insgesamt</b>	<b>7.737.841</b>	<b>6.085.506</b>	<b>1.436</b>	<b>1.126</b>	<b>0,79</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Quelle: Buček, Ivaničková, Slimák, Tvrdoň, 2002

#### Region Bratislava

Mit einer Fläche von 2.053 km<sup>2</sup> und einer Bevölkerung von 618.290 ist Bratislava die kleinste Region der Slowakei auf der Ebene NUTS II.

Während viele Regionen von sich behaupten, eine strategisch günstige Lage zu haben, ist die Region Bratislava tatsächlich mitteleuropäischer Knotenpunkt, der an die Tschechische Republik, Österreich und Ungarn angrenzt. Innerhalb der Slowakei grenzt sie nur an die Region Trnava.

#### Wirtschaft

Aufgrund ihrer Lage wurde die Region Bratislava zur wirtschaftlich wichtigsten Region der Slowakei. Die dortige Industrie schließt alle Branchen ein. Bemerkenswert in Bezug auf die Verteilung der Industrie ist deren hoher Konzentrationsgrad. In Bratislava sind 70% der in der Industrie Erwerbstätigen beschäftigt. Der südliche Teil der Region spezialisiert sich auf Industriebereiche, die die Landwirtschaft ergänzen. Der Großraum Bratislava hat den höchsten Anteil am BIP (23,6%) und erreicht damit 95% des EU-Durchschnitts.

### *Industriestruktur*

Die wichtigsten Industriesektoren sind Chemie, Automobilindustrie, Maschinenbau, elektronische Industrie und Lebensmittelindustrie. Diese Branchen können die Vorteile der Region ausnutzen – hoher Ausbildungsgrad, entwickelte Transport- und technische Infrastruktur, aktiver Außenhandel und die größte einheimische Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Trotz dieser Fakten ist Bratislava die erste Region in der Slowakei, in der der Industriesektor eine viel geringere Rolle als Handel und Dienstleistungen spielt.

### *Ausländische Direktinvestitionen*

Die Region Bratislava erhält mehr als 60% aller in die Slowakei fließenden ausländischen Investitionen. Grund dafür sind vor allem die gute Erreichbarkeit, die entwickelte Infrastruktur und die Anzahl erfahrener und qualifizierter Arbeitskräfte. Hier haben die größten ausländischen Investoren in der Slowakei ihren Sitz. Das gilt vor allem für die Branchen Handel und Dienstleistungen, deren Investoren mehrheitlich in Bratislava ansässig sind.

### *Westslowakei*

Mit einer Fläche von 14.992 km<sup>2</sup> und einer Bevölkerung von 1.875.419 ist sie die zweite Region auf der Ebene NUTS II. Ihre NUTS III-Aggregationen sind Nitra, Trnava und Trenčín.

### *Region Nitra*

#### *Wirtschaft*

Die Region Nitra ist durch Industrie und Landwirtschaft gekennzeichnet. Dank der geographischen und klimatischen Bedingungen spezialisierte sie sich stets auf die Landwirtschaft und komplementäre Industriebranchen. Gegenwärtig sind in ihren größten Städten fast alle Industriebranchen vertreten. Das BIP der Region zu Marktpreisen entsprach im Jahr 2000 11,53% des gesamten BIP der Slowakei.

#### *Industriestruktur*

Die wichtigsten Branchen der Region sind Papierindustrie, chemische Industrie und Maschinenbau. Diese beteiligen sich mit 90% an den Exporten aus der Region (vor allem die chemische Industrie) und stellen ungefähr 80% des Produktionsaufkommens der Region dar. Die Verteilung der Industrie bestimmt den spezifischen Charakter einzelner Städte. Šaľa beispielsweise ist der Heimatstandort der chemischen Industrie, Komárno des Schiffbaus (Werft) und Tlmače des Maschinenbaus. Nur das Zentrum der Region – Nitra – besitzt eine stark diversifizierte Industriestruktur.

Die elektronische Industrie war früher nicht vertreten. Durch die Gründung mehrerer gemeinsamer Unternehmen und Niederlassungen von ausländischen Gesellschaften hat sich diese Situation geändert. Die wichtigsten Unternehmen in diesem Bereich sind Volkswagen und Siemens.

### *Ausländische Direktinvestitionen*

Nitra zählt zu den Regionen mit geringen Zuflüssen an Investitionen. Die größten Investoren in der Region stammen aus den Niederlanden. Das Volumen der FDI erreichte zum Ende des 3. Quartals 2001 160,02 Mio. Euro (3,4% aller ausländischen Direktinvestitionen in der Slowakei).

### *Region Trnava*

#### *Wirtschaft*

Die Region Trnava ist die dritt wichtigste Region der Slowakei, gemessen am pro Kopf BIP. Die Region hat eine reiche Industriegeschichte. Im fruchtbaren Süden überwiegt die Lebensmittelindustrie, während sich der Norden vor allem auf die Verarbeitungsindustrie konzentriert. Im Industriezentrum Trnava sind diverse Industriebranchen vertreten, vom Maschinenbau bis zur Glasherstellung. In der Industrie waren im Jahr 2000 34% der Erwerbstätigen beschäftigt. Das BIP der Region zu Marktpreisen entsprach 10,36% des BIP der Slowakei.

#### *Industriestruktur*

Die wichtigsten Branchen in der Region sind die polygraphische Industrie, die Metallindustrie, die chemische Industrie und die Glasherstellung. Diese Branchen zusammen beteiligen sich an den Gesamtexporten der Region mit mehr als 90%. Im Vergleich zu anderen Regionen ist Trnava jedoch weniger exportorientiert. Die Exporteffizienz ist hier am niedrigsten (der Anteil der Exporte stellt nur 16% des Umsatzes dar). Diese Situation kann sich durch den Übergang auf die Produktion mit höherer Wertschöpfung, z.B. Maschinenbau und elektronische Industrie, ändern. Es werden bereits Aktivitäten ausländischer Investoren in diesen beiden Bereichen verzeichnet.

### *Ausländische Direktinvestitionen*

Die Region wurde in letzter Zeit zu einer attraktiven Zielregion für ausländische Investitionen, vor allem dank der strategischen Lage in der Nähe von Bratislava und nahe der tschechischen und ungarischen Grenze und dank der vergleichsweise geringeren Preise, einschließlich niedrigerer Lohnkosten. Das Volumen der Auslandsinvestitionen erreichte zum Ende des 3. Quartals 2001 einen Betrag von 217,14 Mio. Euro (4,6% des Gesamtvolumens).

## Region Trenčín

### Wirtschaft

Nach der Struktur ihrer Wirtschaft kann die Region Trenčín als eine Industrieregion bezeichnet werden. Sie hat eine lange industrielle Tradition, besonders in der chemischen Industrie, der Textilindustrie und im Maschinenbau. Gegenwärtig gehört die Region zu den wirtschaftlich am besten entwickelten Regionen der Slowakei. Eine besonders starke Position haben hier kleine und mittelgroße Unternehmen. Der Anteil des BIP der Region betrug im Jahr 2000 9,68% des gesamten BIP der Slowakei.

### Industriestruktur

Zu den wichtigsten Industriebranchen zählen Maschinenbau, Textilindustrie und chemische Industrie (vor allem Gummiindustrie). Im Maschinenbau konzentriert sich die Produktion auf die Herstellung von Waffen. Gegenwärtig unterzieht sich die Branche einer weitgehenden Umstrukturierung. Die Textilindustrie konnte ihre Position halten und die Unternehmen aus dieser Branche sind in der ganzen Slowakei sehr gut bekannt. Die chemische Industrie ist im Bezirk Púchov konzentriert, hier werden vor allem Reifen produziert. In der Region entwickeln sich auch neue progressive Branchen wie z.B. die elektronische Industrie.

### Ausländische Direktinvestitionen

Gemessen am Zufluss von Auslandsinvestitionen liegt Trenčín an vierter Stelle. Die Gründe für das weitere Wachstum der Auslandsinvestitionen sind die industrielle Tradition sowie erfahrene und kostengünstige Arbeitskräfte. Das Volumen der direkten Auslandsinvestitionen erreichte zum Ende des 3. Quartals 2001 158, 23 Mio. Euro (3,3% des Gesamtvolumens).

### Mittelslowakei

Mit einer Fläche von 16.242 km<sup>2</sup> und einer Bevölkerung von 1.349.357 ist sie die dritte Region auf der Ebene NUTS II. Ihre NUTS III-Aggregationen sind Žilina und Banská Bystrica.

## Region Žilina

### Wirtschaft

Die Region Žilina kann als Industrieregion bezeichnet werden. Dazu haben vor allem die folgenden Faktoren beigetragen: die Nähe zu den Industriegebieten in der benachbarten Tschechischen Republik und Polen sowie der Mangel an fruchtbarem Boden. Die Industrie beteiligt sich am BIP mit 72%. In der Region sind alle Industriebranchen vertreten und relativ gleichmäßig verteilt. Die Exportorientierung ist eher niedrig, mit Ausnahme der Bezirke Ružomberok und

Žilina. Das BIP der Region zu Marktpreisen entsprach im Jahr 2000 10,71% des BIP der Slowakei.

### Industriestruktur

Die größten Betriebe der Region spezialisieren sich vor allem auf die Produktion von Holz, Papier und damit zusammenhängenden Produkten. Weitere drei wichtige Industriebranchen sind die Metallindustrie, mit dem höchsten Anteil an den Exporten, der Maschinenbau und die elektrotechnische Industrie. Die elektrotechnische Industrie hat einen relativ hohen Anteil an der Gesamtindustrie der Region. Ihre Bedeutung wächst dank der Investitionstätigkeit ausländischer Investoren weiter. Eine Konzentration der elektrotechnischen Industrie ist vor allem in den Städten Liptovský Hrádok, Nižná und Trstená vorhanden.

### Ausländische Direktinvestitionen

Die Lage der Region in der Nähe von Industriegebieten Tschechiens und Polens bildet das Potenzial für eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen und erhöht gleichzeitig die Attraktivität für ausländische Investoren. Das Volumen der FDI erreichte zum Ende des 3. Quartals 2001 einen Betrag von 213,65 Mio. Euro (4,5% des Gesamtvolumens).

## Region Banská Bystrica

### Wirtschaft

Die Verteilung der Industrie ist sehr ungleichmäßig, mit der höchsten Konzentration im Norden. Dort sind Firmen aus den produktivsten Branchen – elektronische Industrie, Herstellung von Komponenten für die Automobilindustrie, Holzverarbeitung und Maschinenbau – ansässig. Im Süden finden sich vor allem Unternehmen aus der Lebensmittelindustrie und mit dieser verbundene Branchen. Das BIP der Region zu Marktpreisen entsprach im Jahr 2000 10,93% des BIP der Slowakei.

### Industriestruktur

Die dominante Branche der Region ist die Metallindustrie, was vor allem durch die lange Bergbautradition bedingt ist. Ihr Anteil an allen Industrieexporten beträgt mehr als 60%. Weitere bedeutende Branchen sind die Holzverarbeitung, der Maschinenbau sowie die Chemie- und Lebensmittelindustrie. Das Zentrum der Region – Banská Bystrica – strebte in der Vergangenheit die Position des Verwaltungszentrums der Slowakei an und orientiert sich heute verstärkt an Handel und Dienstleistungen.

*Ausländische Direktinvestitionen*

Bis zum Ende des 3. Quartals 2001 erreichte das FDI-Volumen 206,86 Mio. Euro (4,4% des Gesamtvolumens der Slowakei). Den höchsten Anteil an den Investitionen hatten dabei Österreich und Deutschland.

*Ostslowakei*

Mit einer Fläche von 15.746 km<sup>2</sup> und einer Bevölkerung von 1.544.000 ist sie die vierte Region auf der Ebene NUTS II. Ihre NUTS III-Aggregationen sind Prešov and Košice.

*Region Prešov**Wirtschaft*

Die Region Prešov ist die wirtschaftlich schwächste Region der Slowakei, mit vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter. Auf Grund des geringen endogenen Entwicklungspotenzials ist die Industrie in der Region nicht besonders gut entwickelt. Bedingt durch ihren landwirtschaftlichen Charakter sind die meisten Unternehmen in der Lebensmittelverarbeitung tätig. Die Industrie ist in einzelnen Zentren der Region konzentriert. Das BIP der Region zu Marktpreisen entsprach im Jahr 2000 9,13% des BIP der Slowakei.

*Industriestruktur*

Vier Industriebranchen weisen den höchsten Anteil an der Produktion und an den Exporten der Region auf: Lebensmittelindustrie, chemische Industrie, Maschinenbau und Textilindustrie. Die chemische Industrie wird nur durch einige große Unternehmen in den Bezirken Humenné und Poprad vertreten. In der Vergangenheit nahm die elektronische Industrie eine wichtige Position ein. Ihr Anteil lag über dem landesweiten Durchschnitt. Dieser ist jedoch durch die Ansiedlung neuer ausländischer Firmen in weiter entwickelten Regionen der Slowakei gesunken.

*Ausländische Direktinvestitionen*

Die Region Prešov hat die niedrigsten Zuflüsse von Auslandskapital. Die Entwicklung von gegenseitigen Beziehungen mit ausländischen Partnern ist für die Wirtschaft der Region besonders wichtig, da es ihr an eigenen Ressourcen fehlt. Der wichtigste Vorteil gegenüber der Konkurrenz ist die große Zahl an Arbeitskräften. Das Volumen der Auslandsinvestitionen erreichte zum Ende des 3. Quartals 2001 einen Betrag von 121,30 Mio. Euro (2,6% des Gesamtvolumens).

*Region Košice**Wirtschaft*

Die Region Košice ist die zweitwichtigste Region in der Slowakei, gemessen an der Exporteffizienz und am BIP pro Kopf der Bevölkerung. Diese Schlüsselpo-

sition in der slowakischen Wirtschaft hat sie vorrangig durch ihre Industriebasis erreicht. Die Industrie ist vor allem in den Bezirken Košice und Michalovce konzentriert. Das BIP der Region zu Marktpreisen entsprach im Jahr 2000 14,05% des BIP der Slowakei.

*Industriestruktur*

Hinsichtlich der industriellen Struktur gehören zu den wichtigsten Branchen die Metallindustrie, die chemische und die elektrotechnische Industrie. Die dominierende Branche ist die Metallindustrie, die einen Anteil von 60% an der Industrieproduktion und 50% an den Exporten der Region verzeichnet. Der wichtigste Vertreter dieser Branche ist die größte Gesellschaft in der Region – die U.S. Steel Košice. Zwei weitere Industriebranchen sind stark exportorientiert: die chemische und die elektrotechnische Industrie.

*Ausländische Direktinvestitionen*

In den letzten Jahren hat sich der Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen in die Region Košice vergrößert. Der Hauptgrund war die Änderung der Eigentumsverhältnisse eines der größten slowakischen Unternehmen – der VSŽ Košice – und die Bildung eines gemeinsamen Unternehmens mit U.S. Steel. Diese Transaktion zählt zu den größten Investitionen in der Slowakei. Das Volumen der Auslandsinvestitionen erreichte zum Ende des 3. Quartals 2001 einen Betrag von 850,37 Mio. Euro (18,0% des Gesamtvolumens).

**3. Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung seit 1997**

Seit der Krise von 1998 hat die Slowakei die makroökonomische Stabilität wiederhergestellt, obwohl erneut Unausgewogenheiten aufgetreten sind. Nachdem die makroökonomische Situation 1997/98 unhaltbar geworden war, betrieb die Regierung eine restriktivere Steuerpolitik und schaffte es, das Leistungsbilanzdefizit 1999/2000 um mehr als die Hälfte zu senken. Gleichzeitig sank das reale BIP-Wachstum auf 1,9% im Jahr 1999, hat seitdem jedoch wieder stetig zugenommen. Die Inflationsrate wurde in den einstelligen Bereich zurückgedrängt. Die Arbeitslosigkeit ist stark gestiegen, im Wesentlichen aufgrund des zeitweiligen Wachstumsrückgangs, beschleunigter Unternehmensumstrukturierungen und auf Grund von Mängeln im Arbeitsmarktmanagement (Tab. 7). Die Slowakei hat bereits zahlreiche strukturelle Finanzreformen durchgeführt, aber viele notwendige Maßnahmen, insbesondere auf der Ausgabenseite, stehen noch an.

Tab. 7: Wichtige Wirtschaftstrends in der Slowakei

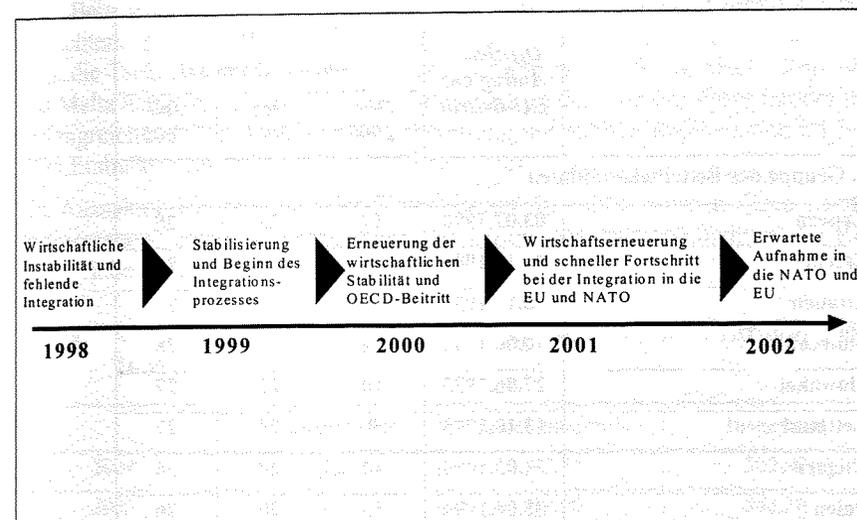
	1997	1998	1999	2000	2001
Reales BIP-Wachstum in %	6,2	4,1	1,9	2,2	3,3
Inflationsrate in %	6,4	5,6	14,2	8,4	6,5
Arbeitslosenquote in %	11,8	12,5	16,2	18,6	19,2
Haushaltsdefizit in % des BIP	-4,9	-4,8	-3,5	-3,5	-3,9
Zufluss FDI in Mio. USD	206	514	389	2.031	1.460

Quelle: <http://www.government.gov.sk>

Mit einer realen Wachstumsrate von rund 3,3% (2001) hält die Slowakei derzeit den ersten Platz unter den Ländern Mittel- und Osteuropas. Ein weiterer Pluspunkt sind die ausländischen Investoren, die angesichts der makroökonomischen Stabilisierung und einer Reihe mikroökonomischer Reformschritte Vertrauen in das Land gefasst haben und durch ihre Präsenz den Umstrukturierungs- und Modernisierungsprozess beschleunigen.

Noch reichen freilich die ausländischen Investitionen für eine zufrieden stellende, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung nicht aus. Ausländisches Geld fließt bisher vorwiegend im Zuge der Privatisierung der Staatsbetriebe ins Land. Neue Arbeitsplätze schaffende Investitionsvorhaben auf der grünen Wiese oder auch ausländische Beteiligungen an bestehenden Produktionsbetrieben sind dagegen noch selten. Immerhin gibt es aber einige überzeugende Vorbilder wie das erfolgreiche Engagement von Volkswagen. VW hat seine Produktion mit einem Importanteil von 95% begonnen, heute liegt dieser Anteil dank eines immer dichter werdenden Netzes von lokalen Zulieferbetrieben bei weniger als 50%. In solchen Netzwerken liegt die Zukunft.

Abb. 3: Entwicklung der Slowakei in den Jahren 1998-2002



Quelle: <http://www.government.gov.sk>

#### 4. Slowakei vor dem EU-Beitritt

Große Anstrengungen erwarten die Slowakei hinsichtlich der Vorbereitung auf den am 1. Mai 2004 geplanten EU-Beitritt, obwohl die Verhandlungen über den „acquis communautaire“ weit fortgeschritten sind, so dass nur noch die Kapitel „Haushalt“ und „Wettbewerb“ sowie ein Teil des Kapitels „Landwirtschaft“ abgeschlossen werden müssen (Tab. 8).

Die Slowakei stellte ihren Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union am 27. Juni 1995. Im Memorandum, das dem Antrag auf Mitgliedschaft beigefügt wurde, heißt es: „Strategisches Ziel der Slowakischen Republik ist die Vollmitgliedschaft in der EU bis etwa zum Jahr 2000. Die Slowakische Republik möchte der EU als gleichberechtigtes Mitglied beitreten, das sich aktiv an einer nutzbringenden, vielgestaltigen Zusammenarbeit beteiligt“.

Nach einer Studie über Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Regionalentwicklung der Slowakei kann man zwei Szenarien identifizieren.

- Das Wachstumsszenario, mit einer Förderung der wirtschaftlich starken Regionen. Daran muss sich auch die nationale Regionalpolitik anpassen, da sie die Kofinanzierung der Projekte aus den Strukturfonds sichern muss.
- Das Egalisierungsszenario, mit einer Förderung der wirtschaftlich schwächeren Regionen. Bei diesen Maßnahmen müssen die größten regionalen Disparitäten reduziert werden.

Tab. 8: Aktueller Stand des EU-Beitritts

	Offizieller Antrag auf EU-Beitritt	Erfüllte Kapitel (von insgesamt 31)		
		Dez. 2000	Dez. 2001	Juli 2002
<b>1. Gruppe der Beitrittskandidaten</b>				
Zypern	03.07.1990	17	23	28
Estland	24.11.1995	16	20	28
Litauen	08.12.1995	7	23	28
Slowenien	10.06.1996	14	26	28
Slowakei	27.06.1995	10	22	27
Lettland	13.10.1995	9	23	27
Ungarn	31.03.1994	14	24	26
Polen	05.04.1994	13	20	26
Tschechische Republik	17.01.1996	13	24	25
<b>2. Gruppe der Beitrittskandidaten</b>				
Bulgarien	14.12.1995	8	14	21
Rumänien	22.06.1995	6	9	13

Quelle: FAZ, 18.09.2002

Was die Vorbereitung des Landes zur effizienten Nutzung der EU-Gelder aus den Struktur- und Kohäsionsfonds betrifft, klaffen indes große Lücken. Da sich der Mittelzufluss nach dem EU-Beitritt theoretisch um das Fünf- oder Sechsfache des heutigen Fördervolumens erhöhen dürfte, muss die Slowakei alles daran setzen, um ihre Beamten „europafit“ zu machen. Das beinhaltet einerseits die genaue Kenntnis der administrativen Abläufe und andererseits die Fähigkeit, genügend gute Projekte zu identifizieren und diese in angemessener Form der EU zu präsentieren.

Im Rahmen der Vorbereitung zum EU-Beitritt kann die Slowakei verschiedene Strukturhilfen erhalten (Tab. 9). Bei der Verteilung der Gelder aus den EU-Strukturfonds räumt die Europäische Kommission den so genannten Ziel-1-Regionen (in denen das BIP pro Kopf der Bevölkerung unter 75% des EU-Durchschnitts liegt) Vorrang ein. Die Slowakei liegt, wie andere Beitrittskandidaten auch, weit unter diesem Durchschnitt. Daher wird sich die EU-Regionalpolitik auf die gesamte Slowakei beziehen.

Ohne zusätzliche Ausgleichszahlungen wird sich die finanzielle Situation mehrerer Beitrittskandidaten nach ihrem EU-Beitritt vorübergehend erheblich verschlechtern. Nach Berechnungen der Europäischen Kommission wird dies Zypern, die Tschechische Republik, Ungarn, Slowenien, die Slowakische Republik und Malta betreffen. Gegenüber dem Jahr 2003, in dem die EU diese Länder mit umfangreichen Hilfen zur Beitrittsvorbereitung unterstützt, ergeben sich im Jahr 2004 Einbußen von mehr als 800 Millionen Euro.

Mit Ausnahme Ungarns und der Slowakischen Republik würden diese Länder vorübergehend sogar zu Nettozahlern der Union: Sie müssten mehr in die EU-Kasse einbezahlen als sie herausbekommen.

Tab. 9: Verteilung der Strukturhilfen für die Slowakei im Zeitraum 2004-2006 (in Mio. Euro)

	Strukturfonds	Kohäsionsfonds	Insgesamt
2004	322,22	183,74	505,97
2005	371,46	211,90	583,36
2006	471,41	269,10	740,51
<b>Insgesamt</b>	<b>1162,09</b>	<b>664,74</b>	<b>1829,83</b>

Quelle: Buček, Ivaničková, Slimák, Tvrdoň, 2002

Tab. 10: Nettobeiträge der EU-Beitrittskandidaten (in Mio. Euro)

Beitrittskandidaten	EU-Zahlungen 2003	Nettobeiträge 2004	Einbußen gegenüber 2003
Zypern	9	- 67	76
Tschechische Republik	158	-185	342
Estland	58	100	-
Ungarn	204	25	180
Polen	846	870	-
Slowenien	45	- 129	174
Lettland	110	248	-
Litauen	85	149	-
Slowakische Republik	104	103	1
Malta	7	-25	32

Quelle: FAZ, 12.09.2002

## 5. Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Slowakei ist durch ständiges Wachstum des BIP und die Entstehung bzw. Vertiefung regionaler Disparitäten charakterisiert.

Nach dem EU-Beitritt wird sich die geringe Konkurrenzfähigkeit in den Regionen, die schon jetzt wirtschaftlich rückständig sind, unter den Bedingungen des liberalisierten Marktes stärker auswirken.

Vor allem ist es notwendig, Bedingungen für die Bildung des nationalen Planungssystems und die Regulierung der Regionalentwicklung zu schaffen, so dass es möglich wird, Maßnahmen der Regionalpolitik der EU aufzugreifen und zu realisieren. Das betrifft folgende Bereiche:

- Planung und Programmierung
- Implementierung der programmierten Maßnahmen
- Überwachung und Bewertung des Effektes der realisierten Maßnahmen und Projekte.

Dazu ist es notwendig, eine institutionelle Basis aufzubauen, so dass keine parallelen institutionellen Strukturen entstehen, die für die Nutzung des Förderinstruments PHARE charakteristisch sind.

Diese Bedingungen muss man bereits in der Heranführungsphase schaffen, um schon in den ersten Jahren nach dem EU-Beitritt die Möglichkeit zu haben, Finanzmittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds zu erhalten (für die Jahre 2004-2006 in Höhe von 1,7-1,8 Mrd. Euro).

In diesem Sinne kann man konstatieren, dass die Fördergelder der EU zusammen mit dem Staatsbudget der Slowakei bessere Bedingungen für eine höhere Attraktivität der Regionen schaffen. Für die Entscheidung der Unternehmen, wo sie aktiv werden und investieren, sind sie ebenfalls von großer Bedeutung.

Einige Erfahrungen aus der geringen Umsetzungsrate von EU-Förderprogrammen in der Slowakei zeigen, dass dies weitere negative mikroökonomische Auswirkungen nach sich zieht. Es kann bis zur Desillusionierung der Bevölkerung bezüglich der erwarteten politischen Vorteile des EU-Beitritts kommen; vor allem, wenn negative Folgeerscheinungen in einigen Branchen und Regionen nicht kompensiert werden können.

Eine pragmatische Lösung dieses Problems wäre die Akzeptanz des „Wachstumsszenarios“ der Studie über die Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Regionalentwicklung der Slowakei und die Konzentration der Kapazitäten schon funktionierender Implementierungseinheiten auf die Ausarbeitung einer kleineren Anzahl an größeren, anspruchsvollen Projekten, die auf zwei Hauptlinien der Regionalentwicklung orientiert sind:

- Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Produktionspotenzials in allen Teilen der Slowakei
- Verbesserung der Erreichbarkeit und der technischen Infrastruktur der slowakischen Regionen.

Am 1. Mai 2004 wird sich die Zahl der Mitgliedstaaten nahezu verdoppeln. Die Slowaken hoffen nun, ihr Heil in der EU zu finden: Diese werde die wuchernde Korruption nicht dulden und sie werde Investoren ins Land bringen, die für Arbeitsplätze und steigende Einkommen sorgen.

## Literatur

BUČEK, M.: Regionale Restrukturierungsprozesse in der SR, Gesellschaft für Regionalforschung, Seminarbericht 42, 2000.

BUČEK, M., IVANIČKOVÁ, A., SLIMÁK, TVRDOŇ, J.: Dopadová štúdia vstupu do EÚ na regionálny rozvoj SR, SA, Bratislava, 2002.

BÚŠIK, J.: Regionálna politika na Slovensku v 90-tych rokoch, Sekcia verejnej správy MV SR Bratislava, 1998.

BÚŠIK, J., KRÁLOVIČOVÁ, S., MARUŠČÁKOVÁ, A.: Vybrané sociálno – ekonomické charakteristiky Slovenskej republiky, Sekretariát Rady vlády SR pre verejnú správu, Sekcia verejnej správy MV SR, Bratislava, 2002.

Hajšel, R.: Slovensko a EÚ, Delegácia Európskej komisie v SR, Bratislava, 2002.

Katedra verejnej správy a regionálneho rozvoja, NHF, EU: Európske štrukturálne fondy po Agende 2000, Bratislava, 2001.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Agenda 2000 – Stellungnahme der Kommission zum Antrag der Slowakei auf Beitritt zur EU, Brüssel, 15.07.1997, DOC/97/20.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Auf dem Weg zur erweiterten Union, Brüssel, 9.10.2002, KOM (2002).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Slowakei auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel, 9.10.2002, SEK(2002) 1410.

Regionen der Slowakei, SARIO, Bratislava, 2002.

Statistisches Amt der SR, Bratislava.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.09.2002, 18.09.2002, 29.09.2002.

<http://europa.eu.int> ; <http://www.government.gov.sk> ; <http://www.diepresse.at>.

## Ethnic Problems in the Slovak-Ukrainian Border Region with focus on the "Rusyn / Ukrainian minority question"

Alexander Duleba

### Introduction

The border regions of Slovakia and the Ukraine (eastern Slovakia and respectively the Transcarpathian Region of the Ukraine) have a very heterogeneous ethnic, cultural and religious structure which is a result of their difficult past. According to the official Ukrainian data there are 75 ethnic minority groups living in the Transcarpathian Region of the Ukraine.<sup>1</sup> Each of the five nations whose borders come together in this specific region (Hungary, Slovakia, Poland, the Ukraine and Romania) – that is a unique geo-political fact in Europe per se – has its minority group in neighbouring countries. Almost all of these ethnic minorities belong to the native population. Moreover, there are two minorities without a home state – Romanies/Gypsies and Rusyns/Ruthenians. In terms of the latter, there are still intense debates if they may be viewed as ethnic minority at all. There are a lot of politically sensitive issues in this respect due to the very difficult history. As a result, state borders had been changed frequently. Considering the Slovak-Ukrainian border context, the most relevant ethnic minority agenda relates to the Rusyn/Ukrainian minority. This group lives on both sides of the state border, that in the course of the near future will become an external border of an enlarged European Union.

### Slovak-Ukrainian border and Rusyn/Ukrainian ethnic minority

There had been no state border dividing Slovakia and Subcarpathia (in the present time Transcarpathian Region of the Ukraine) up to 1928, when it became an administrative boundary between Slovakia and the Subcarpathian Rus' within the inter-war Czechoslovakia.<sup>2</sup> After World War II, the same line became a tightly controlled state border between the Soviet Union and post-war Czecho-

1 Jevtuch, Volodymyr/Isyp, Josyp/Suhlobin, Serhij (eds.): *Etnopolitycna sytuacia v Ukraini: sprobny naukovoi interpretacii* (Ethnic-Political Situation in Ukraine: An Attempt of Scientific Interpretation) Kiev 1993; for more analysis see Bilcik, Vladimir et al. (eds.): *Role of the Carpathian Euroregion in Confronting its Minority Agenda*. Research Center of the Slovak Foreign Policy Association, Strategies Studies Foundation, Prešov/Uzhgorod 2001.

2 A historical Slovak name for the present Transcarpathian Region of Ukraine is "Podkarpatsko" ("Subcarpathia"). "Podkarpatska Rus'" ("Subcarpathian Rus'") is an official name of the former administrative unit of the inter-war Czechoslovak Republic which borders correspond with the present Transcarpathian Region of Ukraine.

slovakia. Meanwhile, Slovaks shared with Rusyns ("Rusnaks")<sup>3</sup> living on the southern side of the Carpathian mountains a common fate for more than thousand years in the same state formations: the Kingdom of Hungary, the Habsburg monarchy, the Austro-Hungary and the first Czechoslovak Republic. The "Upper lands" ("Felvidek" in Hungarian) was a common term used in Hungary for both the territories of Slovakia and Subcarpathia.

After the disintegration of the Soviet Union and Czechoslovakia in the early 1990s, this boundary became the state border between the Ukraine and Slovakia. Once Slovakia joins the EU and the Schengen Treaty, this border (total length 98 km) will be turned into a Schengen-type border of an enlarged Union. Bearing in mind that the Slovak-Ukrainian border has been existing as a state border for 56 years only<sup>4</sup>, its "Schengen future" means quite a challenge. That is particularly the case for members of the Rusyn/Ukrainian minority who live in that area. The Territorial Commission at the Paris Peace Conference after World War I put a preliminary demarcation line between Slovakia and Subcarpathian Rus' within Czechoslovakia along the river Uh. It was recommended that Slovak and Rusyn representations would have to agree to a potential annex of north-eastern Slovakia inhabited by Rusyns to Subcarpathian Rus'.<sup>5</sup> But this never happened and since then the Rusyn minority has been divided by a border line.

### Rusyn question in Slovakia before 1989

Since the 19th century, Rusyn leaders have argued about their national identity. Some have felt Rusyns to be a branch of Russians, others a branch of Ukrainians, still others that they distinguish a Slavic nationality. Each orientation has used a different language, whether Russian, Ukrainian, or Rusyn, as a way of self-identification. The leaders of the first revival elite of Rusyns living in the Hungarian part of the Habsburg monarchy meant Rusyns to be a branch of Russians (Adolf Dobriansky). Therefore, their literary language should be Russian (Alexander Dukhnovych). Many representatives of the Greek Catholic clergy supported a Rusynophile orientation. Ukrainophile and Russophile tendencies were strengthened by the large influx of "white" Russian and Ukrainian emi-

3 "Rusnaks" is a Slovak name for "Rusyns", which is often used also by Rusyns for their own self-identification; "Ruthenians" is a Latin version of the name of "Rusyns".

4 The Czechoslovak government has ceded the Subcarpathian Rus to the USSR following the agreement of 1945 and thus, it became a part of the Soviet Union in 1946.

5 See Kadlec, Karel: *Podkarpatska Rus* (Subcarpathian Rus'), Praha 1920; Krofta, Kamil: *Podkarpatska Rus a Ceskoslovensko* (Subcarpathian Rus' and Czechoslovakia), Praha 1935.

grants to Czechoslovakia after World War I and the "Bolshevik revolution" in Russia.<sup>6</sup>

The attitude of the communist parties in Eastern Europe after World War II towards the Rusyn question was determined in 1924, when the fifth congress of the Comintern in Moscow passed a resolution on the so-called "Ukrainian question". Consequently, Rusyns were simply Ukrainians and the communist parties of Poland, Czechoslovakia and Romania had to support their unification with the Ukrainian Soviet Republic in the Soviet Union.<sup>7</sup> In the 1950s, the Communist Party of Czechoslovakia started a process of Ukrainization in education and culture, prohibiting the Greek Catholic Church. Similar processes took place in Poland and Romania. Only after the collapse of communism in 1989, the Rusynophile movement could be revived. But the process of ethnic self-identification of Rusyns is still ongoing.<sup>8</sup> Until today, there are two main national orientations among Rusyns in Slovakia, as well as in the Ukraine, Poland – Rusyn and Ukrainian.

The official data from Czechoslovak censuses from 1919 until 1989 reveal a remarkable process of assimilation among the Rusyn (Ukrainian) minority in Slovakia. Czechoslovak statistics after World War II refer to them as Ukrainians.<sup>9</sup> In 1921, 88.970 people registered themselves as Rusyns.<sup>10</sup> This rate reached 97.783 (Rusyns) in 1930 and then gradually decreased to 35.435 in 1950 (Ukrainians), 42.238 (Ukrainians) in 1961, and 39.260 (Ukrainians) in 1970 to

6 For more see Magocsi, Paul Robert: *The Shaping of a National Identity. Subcarpathian Rus', 1848-1948*, London/Cambridge, Mass. 1978; and also his *Of the Making of Nationalities. There is No End*, Vol. I-II, New York 1999.

7 Bajcura, Ivan: *Ukrajinska otazka v CSSR* (Ukrainian Question in the CSSR), Kosice 1967, pp. 57-58.

8 For more see *Rusini: otazky dejin a kultury* (Rusyns: Issues of History and Culture; Almanac of the Conference "Rusyns in Period of the Slavic Revival" held in Bardejovske kupele, Slovak Republic on October 15-16, 1994), Presov 1994; Konecny, Stanislav/Musinka, Mikulas: *Rusini/Ukrajinci v zrkadle polstorocia* (Rusyns/Ukrainians in the Mirror of Half Century), Presov/Uzhgorod 1999.

9 For Austro-Hungarian and Czechoslovak statistics before World War II see Magocsi, Paul Robert: *The Shaping of a National Identity: Subcarpathian Rus 1848-1948* (London/Cambridge, Mass. 1978; for the Czechoslovak statistics after WW II see Gajdos, Marian/Konecny, Stanislav (eds.): *Etnicke minority na Slovensku. Historia, sucasnost, savislosti* (Ethnic Minorities in Slovakia. History, Present Time, Factors), Kosice 1997, pp. 69-93.

10 It should be noted that Czechoslovak statistics included also people to this column who registered themselves as Russians and Ukrainians, having migrated to Czechoslovakia after World War I.

30.784 (Rusyns and Ukrainians) in 1991.<sup>11</sup> According to a research study by the Institute of Social Sciences (Kosice) in 1990, Rusyns believe in two main factors supporting assimilation after World War II: the migration of the rural Rusyn population to Slovak cities and the official introduction of the Ukrainian national orientation in the 1950s.<sup>12</sup>

### Rusyn question in Slovakia after 1989: a divided minority

The breakdown of the communist system in Czechoslovakia has allowed the free ethnic identification of people living there. For the first time since the 1930s, Rusyns got the chance to announce their ethnic identity, because during the period of socialist Czechoslovakia they had to register as Ukrainians only. According to the 1991 census, 17.197 people (living mainly in north-eastern Slovakia) have indicated their ethnicity as Rusyn, and 13.281 people as Ukrainian. Whereas in the 2001 census 24.201 people have introduced the Rusyn ethnicity respectively 10.814 people the Ukrainian one, while in both post-communist censuses of 1991 and 2001 around 50.000 people have indicated their mother language as Rusyn.<sup>13</sup>

A new organization called "Rusyn Renaissance" (Rusinska obroda) representing the minority interests of Rusyns in Slovakia has been established. Thus, the former Ukrainian minority was divided into two groups: one with recent "Ukrainian identity" and the second one with "Rusyn identity" (i.e., emphasizing an original Slavic nation that is not a part of Ukrainian nation). Otherwise, nobody questions the fact that Rusyns and Ukrainians in Slovakia are people of the same ethnic origin despite their free different national self-identification which is guaranteed by the Slovak constitution.<sup>14</sup>

11 Gajdos, Marian/Konecny, Stanislav (eds., 1997), op. cit., p. 83.

12 *Vztahy Slovakov a narodnostnych mensin v narodnostne zmiesanych oblastiach Slovenska. Z vysledkov sociologickeho vyskumu* (Relations between Slovaks and Ethnic Minorities in Ethnically Mixed Regions of Slovakia. Results of the Sociological Research), Kosice May 1990, p. 27.

13 See Paukovic, Vladimir: *Etnicka struktura Slovenska, jej vyvoj, demograficke a socialne charakteristiky* (Ethnic Structure of Slovakia, its Development, Demographic and Social Characteristics), in: *Sociologia*, 26, 1994; data quoted in the text are from the Statistical Office of the Slovak Republic, 1991 and respectively 2001.

14 For more see Gajdos, Marian: *Rusini (Ukrajinci) na Slovensku po roku 1989* (Rusyns (Ukrainians) in Slovakia after 1989), in: Gajdos, Marian/Konecny, Stanislav (eds., 1997), op. cit., pp. 82-93; *Rusini (Ukrajinci) v podmienkach transformacie spolocnosti 1989-1995* (Rusyns (Ukrainians) under Conditions of Transformation in 1989-1995), in: Gajdos, Marian/Matula, Pavol (eds.): *Niektore otazky vyvoja narodnostnych mensin na Slovensku* (Some Issues of the National Minorities' Development in Slovakia), Kosice 1997, pp. 180-192; *Rusini. Nova mensina na Slovensku?* (Rusyns. A New Minority in

### Divided institutions

The main institution allowed by the communist party to represent minority interests of Ukrainians in Slovakia after World War II was the Cultural Association of Ukrainian Workers (Kulturny zväz ukrajinských pracujúcich – KZUP) set up in the early 1950s. After its last congress in 1990, the KZUP was dissolved and two separate new organizations were established: the Union of Rusyns-Ukrainians in Slovakia (Zväz Rusinov-Ukrajincov Slovenska – ZRUS) and the Rusyn Renaissance (Rusinska Obroda – RO). In terms of national self-identification, the ZRUS supports a Ukrainian and the RO a Rusyn orientation. The ZRUS continues to publish periodicals issued by the former KZUP (the bi-weekly “Nove Zytta” – “New Life” and the two-monthly journal “Druzno vpered” – “Friendly forward”) while the RO has started two new periodicals (the bi-weekly “Narodny novynky” – “National newsletters” and the two-monthly journal “Rusyn”).

Both organizations compete with each other in persuading Rusyns/Ukrainians living in Slovakia about their national identity and in attempts to win government support. Because some important minority institutions set up after World War II (i.e., the Museum of Rusyn-Ukrainian Culture in Svidnik, the Theatre of Alexander Duchnovic in Presov, the Ukrainian Branch of Slovak Radio in Presov, the Department of Ukrainian Language and Literature at Presov University) are in the hold of former KZUP-representatives now joining the ZRUS, the RO requires its own share of the former KZUP property or the establishment of parallel Rusyn institutions. These demands have been a constant source of conflict between the two organizations since the dissolution of the KZUP. For its part, the Slovak government has recognized the right of Rusyns to define themselves as Rusyns. Nevertheless, on the redistribution of KZUP property it has taken a reserved position, arguing that the two new organizations must find a mutual agreement.<sup>15</sup>

In 1995, Rusyn Renaissance codified a separate Rusyn language as this was a main prerequisite for introducing Rusyn at primary schools as well as in state TV and radio minority broadcasting. The ZRUS protested against the move, claiming that Rusyn is only a dialect of the Ukrainian language and that a Rusyn nation does not exist. Leaders of the Rusyns argue that the Slovak government is subject to pressure by Kiev, which views efforts to recognize a separate Rusyn nationality as an anti-Ukrainian act. Of course, the Slovak government has re-

Slovakia?), in: Bacova, Viera/Kusa, Zuzana (eds.): *Identity v meniacej sa spoločnosti* (Identities in a Changing Society), Kosice 1997, pp. 127-136.

15 See Gajdos, Marian/Konecny, Stanislav (eds., 1997), op. cit., p. 85.

futed such allegations.<sup>16</sup> However, with the start of the academic year of 1998/99 Rusyn parents could for the first time decide if they wish their children to be taught in Rusyn at primary schools, at least for some hours every week.

### Divided religions

Another factor indicating a strong process of assimilation of Rusyns is the number of Orthodox and Greek-Catholic believers in today's Slovakia. While Slovaks were historically Catholics or Protestants, Rusyns were mainly Orthodox and, from the 17<sup>th</sup> century, also Greek-Catholics. According to the 1991 census, 178.733 persons indicated their religion as Greek-Catholic and 34.376 as Orthodox.<sup>17</sup> The 2001 census has shown a growth in number of believers of the two churches: 219.831 people introduced their religion as Greek-Catholic and respectively, 50.363 as the Orthodox.<sup>18</sup> These figures are much higher than the number of people identifying themselves as having Rusyn or Ukrainian national identity in Slovakia.

The communist regime of Czechoslovakia followed the longstanding Russian and Soviet practice of opposing the Uniate Church (linked to Rome) in favor of the Orthodox clergy. In the 1950s, the Greek Catholic Church was banned while the Orthodox Church took over its property and parishes. Uniate clergymen were imprisoned or sent into exile. Uniate believers responded with various forms of resistance, ranging from leaving churches whenever an Orthodox priest arrived to holding services among themselves. During the “Prague Spring” of the late 1960s, following seizures of churches by Uniates, the government promised a solution. The Greek Catholic Church was officially recognized in 1968, but the property disputes between the Uniate and Orthodox churches were left unsettled.<sup>19</sup> The problem flared up again after the 1989 revolution, when Greek-Catholics began seizing churches by force, resulting in a series of violent acts

16 For more see i.e., Musynka, Mykola: *Političnyj Rusynism na praktyci* (Political Rusynism in the Practise), Chrest 1992; Stec, Mykola: *Do pytan'nyja “rusynskoji” literaturnoji movy* (On the Question of the “Rusyn” Literary Language), Presov 1992; Vanat, Ivan: *Do pytan'nyja pro tak zvanu ukrajinizaciju rusyniv Pryasivscyny* (On the Question of so-called Ukrainization of Rusyns in the Presov Region), Presov: Nove Zyttya, Addition to the No. 50-51/1993.

17 Statistical Yearbook of the Slovak Republic 1998 (Bratislava: Statistical Office of the Slovak Republic, 1998), p. 526.

18 Statistical Office of the Slovak Republic, 2001.

19 For more see Konecny, Stanislav: *Kniektorym otazkam pravoslavizacie na Slovensku v roku 1950* (On Some Questions of the Orthodoxization in Slovakia in 1950), in: *Rusini: otazky dejin a kultury* (Rusyns: Issues of History and Culture), Presov 1994), pp. 125-133.

throughout north-eastern Slovakia. Many Rusyn villages were divided into two hostile groups following different religious orientations.

The Slovak government faced up to the conflict by arranging negotiations between representatives of both churches, which resulted in a series of administrative measures. The first were the Act on the Settlement of Property Injustices Caused to Churches and Religious Societies (so-called "Restitution Act") and a legal measure passed by the Presidium of the Slovak National Council "On Defining Financial Relations Between the Greek Catholic and the Orthodox Churches" (No. 211/1990 of the Legal Code).<sup>20</sup> As a result, the property seized by the Orthodox Church in the 1950s was given back to the Greek-Catholics. Moreover, both churches have agreed on a list of churches for common use until new Orthodox churches will be built. In that regard, the Slovak government has passed a financial program to support the construction of new Orthodox churches. Thus, the problem was solved quite successfully by the mid-1990s. Today many Rusyn villages and towns have Greek Catholic and Orthodox churches. Nevertheless, the memory of recent acts of violence remains fresh and hence, mentally still divides Rusyns living in communities where both confessions are being practiced.

It should be underlined that the religious division of Rusyns and Ukrainians does not correspond to their differences in terms of national self-identification. As a matter of fact, many Rusyns who feel to be Rusyns are of either Orthodox or Greek-Catholic religion. The same is true for those who feel themselves to be Ukrainians. This is a positive development which helps to pacify tensions and conflicts among the Rusyn/Ukrainian minority in Slovakia.

In summary, it must be underlined that the process of democratization after the "velvet revolution" of the late 1980s has revived the historical "Rusyn question" which had been frozen under the communist regime. Formerly, one Rusyn/Ukrainian minority living in northeastern Slovakia is now split into two groups concerning national self-identification (Rusyn and Ukrainian) as well as their religious orientation (Orthodox and Greek-Catholic). The organizations representing parts of the divided minority compete with each other in the fields of national orientation, culture, education, and politics. The consolidation of the Rusyn/Ukrainian minority in Slovakia turns out to be a long-term process.

#### Political dimensions of the Rusyn question in Slovak-Ukrainian relations

The newly born Rusyn organizations have emerged not only in Slovakia, but in the Transcarpathian Region of the Ukraine, neighbouring regions of Poland,

20 See *Legal Status of Registered Churches and Religious Societies in the Slovak Republic* (Bratislava: Ministry of Culture of the Slovak Republic, 1997).

Romania and Hungary as well (previously, they existed only in former Yugoslavia, Canada, USA etc.). All of them rejected the so-called "Ukrainian national identity" which, they believe, was imposed by communist parties and Ukrainian nationalists during the 1950s.<sup>21</sup> In the Transcarpathian Region of the Ukraine – which is considered by the Rusyn elite as their "mother land" – the Association of Subcarpathian Rusyns (ASR) has been created. Its demands from the Ukrainian government consist of the following: to recognize the Rusyns as a genuine national minority and to provide territorial autonomy for the Transcarpathian Region under its historical name Subcarpathian Rus'.

The ASR was founded on 17 February, 1990. On 29 March, 1990, it issued a Declaration on Returning Statute of Autonomy Republic for the Transcarpathian Region of the Ukraine, wherein all legal acts passed by the Supreme Councils of the Soviet Union and the Ukrainian Soviet Republic in 1945-1946 are questioned. The ASR considers the Czechoslovak Act of October 1938 as the only legal one, which established Autonomy of Subcarpathian Rus' within the framework of Czechoslovakia. Subcarpathian Rus' was annexed to the Soviet Union on the basis of a treaty signed between the governments of Czechoslovakia and the Soviet Union on 29 June, 1945.<sup>22</sup> ASR representatives point out that Subcarpathian Rus' had been attached to the Soviet Union as a former entire component of Czechoslovakia including its autonomous statute. Because of that, Soviet organs had no legal right to abolish it. Furthermore, ASR justifies its claims relying on the results of the referendum that took place in Transcarpathian Region in December 1991. As an outcome, 78 per cent of the participants voted for an autonomous statute for the region in the framework of the Ukraine.<sup>23</sup>

Because the government, president and parliament of the Ukraine have ignored the impact of the December 1991 referendum, on 15 May, 1993 the ASR set off a "provisional government that has been abolished by Stalin with the aim to renew a statehood of the Subcarpathian Rus'". The Prime Minister of this transitional government, Prof. Ivan Turyanitsya, once said: "The independence of the Subcarpathian Rus' will be declared by the Regional Council (parliament of the region, A.D.). This new state power will ask the Commonwealth of Independent

21 For the "Rusyn arguments" see *Rusini. Ohrozena mensina?* (Rusyns. A Minority in Danger? A series of articles published as theme of a month), in: *OS*, June 1997/2, pp. 33-54.

22 See the *Program Statement of the Provisional (Transitional) Government of Subcarpathian Rus'* (2 August, 1993).

23 *Ibid.*

States for regular membership."<sup>24</sup> The Ukrainian government rejected these claims, accusing the Rusyn movement of political separatism supported from Moscow.<sup>25</sup> It needs to be stressed that the Russian political representatives did not try to oppose strongly to this Ukrainian objection about the Rusyn question. Moreover, former chairman of the Russian State Duma Committee on Community of Independent States Affairs, Konstantin Zatulin, in January 1995 announced that "Russia has some scenarios concerning the Ukraine if it will not be able to exist as an independent state. One of them supposes an existence of an independent state on a Rusyn ethnic basis within the borders of the contemporary Transcarpathian Region of the Ukraine, with full Russian support of such state."<sup>26</sup>

The Ukrainian government addressed its Slovak counterpart in 1994 with the proposition to establish a common Committee on Minority Issues. Its main interest was to influence the Slovak government to reduce its support of Rusyn minority in Slovakia because of its indirect effects on increasing Rusyn separatism in Transcarpathian Region of the Ukraine. During the first visit of the Ukrainian Minister of Foreign Affairs, Anatolij Zlenko, to Bratislava in February 1994, he commented that: "(...) separatism is a fear. I know that similar problems exist in Slovakia, too. Therefore, my opinion is that a cooperation and coordination of our countries in this field with the aim to neutralize those processes would be helpful for us to create the basis for a fruitful relation between the Ukraine and Slovakia. At the same time it would strengthen the stability in the whole region."<sup>27</sup>

### Ethnic Slovaks in Transcarpathia

According to the last Soviet census of 1989, the number of ethnic Slovaks living in the Ukraine was 7.329 (0,02 per cent of the total Ukrainian population), of

24 Quoted from Matejovic, Robert: *Autonomia, ci dokonca nezavislost?* (Autonomy or even Independence?), in: *Pravda*, 9 December, 1993; see also essay entitled *Long Live Ruthenia!* about the Rusyn question and also impressions from an interview with Prof. Turyanytsia by Timothy Garton Ash in his *History of the Present: Essays, Sketches and Despatches from Europe in the 1990s*, Harmondsworth 1999), pp. 376-381.

25 For "Ukrainian arguments" see e.g. Panchuk, May: *Political Rusynism in Ukraine*, in: *Political Thought*, 2-3, 1995, pp. 232-238; Mysanyc, Oleksa: *Karpaty nas nerozlucať* (Carpathian Mountains will not divided us), Uzhgorod 1993.

26 Statement made by Konstantin Zatulin, the then chairman of CIS and Russian minority committee of the Russian Duma during the international conference "Russia and Central-Eastern Europe" held in Moscow in January 1995. For materials of the conference see *Russia and Central Europe in the New Geopolitical Realities*, Moscow: Institute of International Economic and Political Studies, Russian Academy of Sciences 1995.

27 *Pravda*, 22 February, 1994.

whom 94 per cent have been residing in the Transcarpathian region of the Ukraine.<sup>28</sup> While Rusyns/Ukrainians are native inhabitants of north-eastern Slovakia, the Slovak population in the Transcarpathian region of the Ukraine stems mainly from economic migration, beginning in the 18<sup>th</sup> century. Slovak settlers were invited to move to Subcarpathia to work at the emerging new smelting factories, sawmills and water supply systems, but also as woodcutters.<sup>29</sup>

According to the last Hungarian census (1900), the number of Slovaks living in the Subcarpathian region was around 7.300. After the creation of the Czechoslovak state in 1918, the number increased significantly to 19.930 in 1921 and 37.900 in 1930. After World War II, the censuses show a reverse trend from 13.400 Slovaks in 1946 to 7.329 in 1989.<sup>30</sup> Many Slovaks moved back to Slovakia after the Hungarian occupation of Carpathian Ukraine in 1939, others assimilated in post-war Soviet Ukraine. It must be noted that according to the 1989 census, only 2.555 of the 7.329 persons who registered as ethnic Slovaks indicated that their mother tongue was Slovak, while 2.433 indicated Ukrainian, 1.890 Hungarian and the remaining group Russian.<sup>31</sup>

At the same time, national culture and consciousness of Transcarpathian Slovaks have become more active since the early 1990s. While there was no primary school teaching Slovak in the post-war period, a first school was opened in Storoznica in 1993, while Slovak (as optional subject) is taught at primary schools in Velyky Berezny, Seredne and Uzhgorod. Slovak language and literature have been introduced as new sections at Uzhgorod University aiming at the preparation of primary and secondary school teachers. In late 1992, the cultural organization Slovak Matica was established in Uzhgorod, while the Ludovit Stur's Association of Slovaks in Transcarpathia was set up in Storoznica.<sup>32</sup>

28 Jevtuch, Volodymyr/Isyp, Josyp/Suhlobin, Serhij (eds.): *Etnopolitycna situacia v Ukraini: sprobny naukovoi interpretacii* (Ethnic-Political Situation in Ukraine: An Attempt of Scientific Interpretation), Kiev 1993, p. 30.

29 Haraksim, Ludovit: *O minulosti Slovakov na Zakarpatsku* (About the Slovaks' Past in the Transcarpathia), in: Cani, Ladislav (ed.): *Slovaci na Zakarpatskej Ukraini* (Slovaks in the Transcarpathian Ukraine), Bratislava 1998, pp. 9-17, here p. 13.

30 Hajnis, Jozef: *Spolkova cinnost a duchovny zivot Slovakov na Zakarpatskej Ukraini* (Community Activities and Spiritual Life of Slovaks in Transcarpathian Ukraine), in: Cani, Ladislav (ed.), op. cit., p. 126.

31 Makara, Mykola/Myhovyč, Ivan: *Karpatamy poridneni. Narys etnopolitycnoi istorii i suscasnoho stanu ukraïnsko-slovakych vzajemyn* (Connected by Carpathian Mountains. An Outline of Ethnic-Political History and Actual State of Ukrainian-Slovak Relations), Uzhgorod 1997, p. 62.

32 See Hajnis, Jozef, op. cit. Ludovit Stur was a leading representative of the Slovak national awakening in the 19<sup>th</sup> century.

These organizations, which have grown to centers of national life for Slovaks in Transcarpathia, are supported by Slovak non-governmental organizations such as the Slovak Matica, the House of Foreign Slovaks and the Slovak government. An official framework for these cultural links is provided by an agreement between the Slovak and Ukrainian governments.

### Governmental attitudes

In 1994, a year after the signing of the basic treaty between Slovakia and the Ukraine, the Ukrainian government proposed to set up a bilateral committee on minority issues. As mentioned earlier, according to the then Ukrainian Foreign Minister Anatolij Zlenko, the task of that very committee would be to prevent ethnic separatism. Behind this proposition however, were fears on the Ukrainian side concerning possible "Rusyn separatism" in the Transcarpathian Region. In the end, the Slovak government has accepted the proposition of its Ukrainian counterpart.

The bilateral Ukrainian-Slovak Committee for National Minorities, Education and Cultural Affairs held its first session in Kiev in February 1995. Both sides agreed that the committee would meet regularly at least once a year. So far, committee meetings have been held in Bratislava (October 1996), Uzhgorod (December 1997), Presov (December 1998) and Kyiv (October 2001). The Slovak side is chaired by the director general of the Department for Cooperation with Foreign Slovaks, Press and Humanitarian Relations of the Slovak Foreign Ministry, while the Ukraine is represented by the first deputy Head of the State Committee for Minorities and Migration. At the second meeting in Bratislava in 1996, both sides emphasised that any demand for territorial, administrative or other forms of autonomy based on ethnic principles is unacceptable. In addition, they refused any ethnic separatism which could destabilize this region of Central and Eastern Europe. They also expressed their hopes that representatives of the two minorities profess loyalty to the respective states in which they live.<sup>33</sup>

In other words, the Slovak side accepted Ukrainian fears referring to so-called "Rusyn separatism" in Transcarpathia, whereas the Ukraine accepted Slovak fears with regard to so-called "Hungarian separatism" in Slovakia. According to the Protocol of the Fourth Committee Session in 1998, both sides agreed to involve representatives of two minority organizations, the Association of Rusyns-Ukrainians in Slovakia (ZRUS) and Slovak Matica in Uzhgorod, in the Commit-

33 *Protokol druhoho zasadnna Dvostoromoi ukrainsko-slovackoi komisii z pytan nacionalnykh mensyn, osvity i kultury* (Protocol of the Second Session of Bilateral Ukrainian-Slovak Committee for National Minorities, Education and Culture Affairs), Bratislava October 22-24, 1996.

tee.<sup>34</sup> As a result, half of the members of the former Ukrainian minority in Slovakia, who define themselves as Rusyn, is excluded from the official Slovak-Ukrainian cooperation on minority issues. Likewise, it should be mentioned that the Slovak government does not question the recognition of Rusyns as the national minority different to the Ukrainian one in Slovakia. Therefore, full rights and privileges in accordance with the Slovak minority legislation are granted.<sup>35</sup>

Although a first agreement on cooperation in cultural and academic exchanges had been signed in 1994, the government committee became the center initiating Slovak-Ukrainian cultural cooperation as of 1995. It has been determined to establish centers for minority culture in Uzhgorod (Slovak) and in Presov (Ukrainian). The Slovak Culture Ministry financially supports festivals organized by the Association of Rusyns-Ukrainians each year and has agreed to help organizing Ukrainian theatre festivals in Slovakia, especially in areas inhabited by ethnic Ukrainians. On its part, the Ukrainian Culture Ministry supports a festival organized by Slovak Matica and the Ludovit Stur's Association in Storoznica. The bilateral committee has also initiated top-level negotiations for an agreement on cooperation in terms of information exchange. Among others, this will promote regular exchanges of TV and radio broadcasting programs, cooperation of the state information agencies, and the supply of literature for minority organizations.<sup>36</sup>

Similarly, the committee has initiated negotiations on an intergovernmental agreement ensuring the recognition of academic certificates and degrees. Academic working groups have been instructed to prepare text books for primary schools teaching in Slovak or Ukrainian. The Institute of Social Sciences in Kosice and the Institute of Sociology in Kiev will cooperate in research on the subject of "Slovaks in the Ukraine and Ukrainians in Slovakia". The results are to be used by the government committee. Having arranged to organize and finance long-term exchanges of two teachers each year, both sides are willing to improve language and pedagogical capabilities. For short-term stays and seminars, the two sides have declared to accept fifteen teachers of Ukrainian and Slovak language every year. The Ukraine has also accepted to cover two-month stays for some twenty Slovak university students annually, studying for example Ukrainian language and literature.<sup>37</sup> What relates to other sciences, the protocol signed by the Slovak and Ukrainian Education Ministries on Cooperation and

34 *Protocol of the Committee's Fourth Session held in Presov, on December 8-9, 1998.*

35 For more see Sutaj, Stefan/Olejnik, Milan: *Slovak Report*, in: Kranz, Jerzy/Kupper, Herbert (eds.): *Law and Practice of Central European Countries in the Field of National Minorities Protection After 1989*, Warsaw 1998, pp. 269-321.

36 *Protocol of the Committee's Fourth Session, op. cit.*

37 *Ibid.*

Academic Exchanges (for the years 1998-2000) in April 1998, foresees the mutual acceptance of six students for full university courses every year, three students for limited courses, and three researchers staying up to ten months every year.<sup>38</sup>

### Political parties and public perception

There is no meaningful political party in the Slovak parliament or out of it, which proclaims a "historical" question about the Subcarpathian Rus'. In the Slovak-Ukrainian context, this issue does not have the same political dimension as it could have in the Czechoslovak-Ukrainian one. There was only one political party in post-communist Czechoslovakia which called for restoration of the Czechoslovak state within its inter-war borders including Subcarpathian Rus': the Association for the Republic – Republican Party of Czechoslovakia. The Republican Party was founded in February 1990 with an ultra right and nationalist program.<sup>39</sup> In the last 1992 federal elections the Republicans managed to overcome the 5 per cent limit for entering the parliament with 6.5 per cent of the entire votes. The party strongly opposed to divide the Czechoslovak Federation. After the partition of Czechoslovakia, the party stopped its activity in Slovakia because of only weak support in public. However, with 8.01 per cent of the votes in the 1996 Czech parliamentary elections it became the fifth strongest political party in the Czech Republic (18 parliamentary mandates). The Republicans lost the 1998 parliamentary elections when they received only 3.9 per cent of the votes and declined to a non-parliament party. There are no other considerable political forces in the Czech Republic or Slovakia that question the current status of the Transcarpathian region of the Ukraine.

At the present, Transcarpathia does not actually have a special image different to the image of the Ukraine in the larger Slovak public. Public perception of the Ukraine in Slovakia is moulded by social and economic factors under new political conditions. And in the first place, it relates to such issues like criminal activities of Ukrainian citizens in Slovakia and the illegal economic migrants coming mainly from neighbouring regions of the Ukraine, and primarily from Transcarpathia.

38 See *Protokol miz Ministerstvom osvity Ukrainy ta Ministerstvom osvity Slovackoi Respubliky pro spivrobotnyctvo ta obminy v haluzi osvity na 1998-2000 roky* (Protocol of the Ministry of Education of Ukraine and the Ministry of Education of Slovak Republic on Co-operation and Academic Exchanges for Academic Years of 1998-2000), signed in Kiev on April 18, 1998.

39 For more see the Republican party's web-site on the following address: <www.republikani.cz>

In 2000, one third of the Slovak population perceived crime as the most urgent social problem.<sup>40</sup> Crimes such as bombing, kidnapping, and hostage taking were almost totally unknown before 1989, while business crime such as racketeering, extortion, and money laundering did not even exist in the communist criminal code. Surprisingly, just these new types of violent and organized crime in Slovakia are often associated with Ukrainian nationals. Despite the fact that crimes perpetrated by foreigners share only 2-3 per cent of the total number of proved penal offences per year, there are expert estimations that their real share in crime (especially those coming from former Soviet republics) is much higher. They are well organized and disposed with modern equipment, which is qualitatively better than that of the Slovak police. Beginning in 1997, it frequently occurred that Slovak entrepreneurs threatened by Slovak criminals used special services of Russian-speaking criminal groups. Russians and Ukrainians simply gained the reputation of being "honest criminals who stick to the rules of the game."<sup>41</sup>

The Slovak public opinion has been focused on such "special activities" of Ukrainian nationals in Slovakia, especially due to the three most well-known and most publicly presented cases: firstly, when it became known that the personal guardians of the director general and owner of the most popular Slovak private "TV Markiza", Pavel Rusko, were of Ukrainian nationality.<sup>42</sup> Secondly, when it was revealed that the "Ukrainian Mafia" took an active part in portioning spheres of influence within criminal underground after the murder of Eduard Dinic, who was considered to be a boss of the Slovak organized crime.<sup>43</sup> And finally, when the Minister of Interior, Ladislav Pittner, publicly considered that the former Minister of Economics and then director general of Slovak Gas Industry, Jana Duckeho, had been likely murdered by Ukrainians.<sup>44</sup> That case is very important for shaping the Slovak public opinion, as it was the first assassination in Slovakia at all since 1989.

40 Kollar, Michal/Meseznikov, Grigorij (eds.): *Slovensko 2000. Suhrnna sprava o stave spolocnosti* (Slovakia 2000. A Global Report on the State of Society), Bratislava 2000, p. 283-284.

41 See Ivantysyn, Michal/Vacok, Peter: *Bezpecnostna situacia* (State of security), in: Butora, Martin/Ivantysyn, Michal (eds.): *Slovensko 1997. Suhrnna sprava o stave spolocnosti a trendoch na rok 1998* (Slovakia 1997. A Global Report on the State of Society and Trends on 1998), Bratislava 1998, pp. 657-674, here p. 673.

42 E.g., see *Pohlad do dusneho zakulisia Markizy* (View on stuffy backstage of Markiza), in: *Hospodarske noviny*, 22 January, 1999.

43 See e.g., *Ukrajinska mafia sa zmocnila domu E. Dinica* (Ukrainian Mafia took control over the House of E. Dinic), in: *Sme*, 18 January, 1999.

44 See e.g., *Pachatelia vrazdy J. Duckeho pravdepodobne pochadzaju z krajiny byvaleho Sovietskeho zväzu* (Culprits of murder of J. Ducky probably come from the former Soviet country), in: *Sme*, 18 January, 1999.

Furthermore, unemployment – as an accompanying effect of the economic transformation – implies a new phenomenon for the Slovak population. Since 1993, unemployment has been constantly among the most pressing social problems which as such is perceived by more than a half of the Slovak population (1996 – 44 per cent, 1999 – 48 per cent, and 67 per cent in 2000).<sup>45</sup> From 2000 until 2002, the negative trend went on, when unemployment was ranking between 18 and 22 % of the total labour force in Slovakia. That is why the competition on the country's labour market is going to be sharper and the issue of economic migration – both legal and illegal – , will be seen as one of the most severe social problems by Slovak citizens.

The first two cases regarding cheap labour force from the Ukraine attracted the attention of the Slovak public in the recent past. Two Slovak companies (JAS Bardejov – footwear and SVIK Svidnik – textile production) became focused when employers refused demands from their Slovak employees to increase salaries. Those workers were dismissed and later replaced by Ukrainians. Thus, about three hundred Ukrainians got jobs to the disadvantage of Slovak citizens. Moreover, both companies are located in north-eastern Slovakia (Presov' Region), a region with the biggest unemployment rate within Slovakia (it ranks between 20-30 per cent in the course of the last years). The other aspect in that regard deals with illegal economic migration. According to a speaker of the Slovak Ministry of Interior, "there are problems especially with Ukrainians who cross state borders like tourists and do not respect the terms of their staying in Slovakia. The first category of them is looking for 'black jobs', while the second one visit Slovakia with the aim to commit crimes."<sup>46</sup>

Summarizing the mentioned above, there are two main aspects that influence the Slovak public's attitude towards the Ukraine under new political and social conditions. The first one relates to crime committed by Ukrainian nationals in Slovakia. The second is concerned with legal and illegal economic migration, mostly from the Transcarpathian region of the Ukraine because of a difficult economic transformation and a high unemployment rate in Slovakia. These factors create rather a negative than a positive image of the Ukraine and Transcarpathia in today's general Slovak public perception.

### Confronting the challenge of Schengen

The imposition of a visa regime in the Slovak-Ukrainian relations as of 29 June, 2000 – a step initiated by the Slovaks to align the visa policy with EU-standards within the accession process – led to a significant drop in the number of Ukrain-

45 Kollar, Michal/Meseznikov, Grigorij (eds. 2000), op. cit., p. 284.

46 See P. Ondera: *Skryte rizika ilegalnej migracie* (Latent risks of illegal migration), in: *Informacny bulletin*, No. 48, Bratislava 1997.

ian citizens crossing the common state border. There are two major negative impacts of the visa regime that could be learned from the short Slovak-Ukrainian experience: First of all, contacts between members of the ethnic minorities living on both sides of the state border became more complicated. As a second result, the visa regime in Ukraine's relations with Slovakia, but as well with the Czech Republic, has challenged the labour market in the Transcarpathian Region of the Ukraine.

As to the Czech Ministry of Interior, there was an estimated number of illegal economic migrants from the Ukraine of almost 200.000 by the end of 1998. The majority came from the western regions of the Ukraine (Lviv, Lutsk, Rivne, Ivano-Frankivsk, Tchernivtsy, and Uzhgorod). Accordingly, the Slovak Ministry of Interior published data before introducing visas in 2000 that speaks of about 60.000 illegal Ukrainian economic migrants in Slovakia, of whom a majority likewise comes from the western Ukraine.<sup>47</sup> These figures are very important in the light of demographic statistics of the Transcarpathian Region of the Ukraine from 1993. As a matter of fact, the region's total population numbered 1.2 million residents, whereas the adult male population between 18 and 50 counted about 270.000 residents.<sup>48</sup> The imposition of the visa regime in Slovak-Ukrainian relations in June 2000 has significantly affected state border migration: The number of Ukrainian citizens crossing the Slovak-Ukrainian border decreased significantly from 1.7 million in 1998 to 0.3 million in 2001. That means a reduction of 75 per cent, while the total migration movement through the section of the Slovak-Ukrainian border dropped almost to 20 per cent since 1998.<sup>49</sup>

The above impacts have led both the Ukrainian and the Slovak governments to negotiate a liberalization of the visa regime, aiming at mitigating its negative impact on bilateral relations. The principal accord has been reached at the end of 2000, when the then Ukrainian Prime Minister Yushchenko paid his visit to Slovakia. As far as the visa issue is concerned, both premiers reached an important agreement on the creation of a joint expert commission to take a look at the re-

47 Ministry of Interior of the Czech Republic, 1999; Ministry of Interior of the Slovak Republic, 2000; see *Narodna obroda*, 26 January, 1999, *Hospodarske noviny*, 05 February, 1999, and *Pravda*, 09 June, 2000.

48 For demographic statistics of the Transcarpathian Region of Ukraine see Jevtuch, Volodymyr/Isyp, Josyp/Suhlobin, Serhij (eds.), 1993, op. cit.

49 The data come from the ongoing project *Carpathian Euroregion and external borders of an enlarged EU: confronting the challenge of Schengen* which is conducted by the Research Center of the Slovak Foreign Policy Association in cooperation with the Regional Analysis and Information Center (Uzhgorod), and the European Study Center (Nyiregyhaza) within the research program of the Carpathian Foundation (Kosice), 2001-2003.

sults of Slovakia's visa requirement for Ukrainian nationals, and to script a liberalized regime that would interfere as little as possible with business, social, cultural and sport contacts. The Ukraine at the same time was to stop the process of withdrawing from the re-admission treaty with Slovakia, which had been launched by a government decision on 4 October, 2000 as a response to Slovakia's decision to impose visa requirements for Ukrainian citizens. In February 2001, the two sides changed the visa regime, effective as of 1 March, 2001, to eliminate the need to show a letter of invitation by citizens of both countries while getting a visa. Furthermore, it was declared to provide free visas for children under 16, the issue of multi-use free visas for some categories of applicants, who had to cross the border as often as air crews, river and sea-going boat crews, railway servicemen, truckers people living in bordering areas, and above all those with relatives on the opposite side of the state border, students, and World War II veterans. Another arrangement related to a 50 per cent savings on visas for people travelling on the basis of a mutual agreement, i.e. in cultural, art, sport, church affairs.<sup>50</sup> Most certainly Slovakia and the Ukraine made essential steps in confronting negative consequences due to the Schengen provisions on the common state border. Nevertheless, the drop of 75 per cent of Ukrainian citizens crossing the border because of imposing a visa regime required by the EU is too drastic a drop to ignore it. The 2002 data only might prove whether the statistics in this regard is changing in a more positive direction.

The Slovak-Ukrainian "Schengen" experience has highlighted a substantial challenge which candidate countries with future external EU-borders will face once they become members. The Schengen dilemma, that results from the Slovak-Ukrainian case, could be understood in the following way: how to make the future borders of an enlarged EU on its Eastern neighbours safe and effective as much as possible in terms of confronting illegal migration, organized crime, or international terrorism; and at the same time, to keep them open as much as possible for citizens of neighbouring countries. Consequently, there is an urgent need to develop special assistance programs within the EU, helping at least the neighbouring regions of future eastern neighbours. Hence, it will be easier to achieve stabilization of their labour markets and improved facilities for mutual contacts between ethnic minorities on both sides of the future external EU-border.

50 For more see Duleba, Alexander (ed.): *Ukrajina a Slovensko. Hľadanie spoločných záujmov* (Ukraine and Slovakia. Searching for Common Interests), Bratislava: Research Center of the Slovak Foreign Policy Association, Friedrich Ebert Foundation, 2001; especially Chapter I: *Visa regime in Slovak-Ukrainian relations*, pp. 30-41; and also Chapter 2: *Fighting illegal migration and readmission treaty*, pp. 42-54.

## Sind die Beitrittsprobleme Sloweniens spezifisch?

Andrej Umek

Es ist klar, dass jedes Land, jeder Beitrittskandidat eigene Probleme zu bewältigen hat. Es gibt Elemente und Komponenten, die allen gemeinsam sind, aber auch Merkmale, die für jedes Land spezifisch sind. So hat auch Slowenien seine ureigensten Schwierigkeiten und solche, die andere Kandidatenländer ebenfalls aufweisen. Die Unterschiede liegen zuweilen nur in der Quantität. Was wirklich überwiegt, das Gemeinsame oder das Spezifische, ist aus der fachlichen oder gar wissenschaftlichen Sicht schwer oder sogar unmöglich zu beurteilen. Das ist im Grunde genommen eine politische Frage, die natürlich auch sachliche Grundlagen hat.

Wie sich die politischen Parteien und Gruppierungen angesichts dieser Frage positionieren, hängt weniger von der Realität ab, sondern vielmehr von ihren politischen Interessen. Es ist bekannt, dass Entscheidungen aufgrund vorhandener innenpolitischer Auseinandersetzungen gefällt werden. Das trifft mit Sicherheit auch für die übrigen Reformstaaten zu.

Die politischen Parteien, die kurz vor der Wende aus dem Nichts entstanden sind und die zum größten Teil programmatisch den deutschen bürgerlichen Parteien ähneln, befürworten einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit. Sie behaupten, dass nur tief greifende Reformen die Zukunft des Landes und seine Aufnahme in die euro-atlantischen Organisationen sichern können. Als Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung sprechen sie sich für einen kompletten Neubeginn aus. Denn angesichts der Annäherung an die EU haben alle Kandidaten die gleichen Probleme zu bewältigen. Diese betreffen hauptsächlich den Aufbau einer privatisierten, konkurrenzfähigen Marktwirtschaft und die Sicherung demokratisch stabiler Institutionen. Die Differenzen zwischen verschiedenen Kandidatenstaaten werden von den slowenischen Parteien als zweitrangig empfunden. Die von der EU gestellten Anpassungsziele werden als maßgebliche Wegweiser auf dem Transformationsweg bewertet und als Beweis für die Richtigkeit ihrer politischen Linie verstanden. Damit versucht die politische Führung gegen die größtenteils selbstverschuldete Reformmüdigkeit der Bevölkerung vorzugehen und ein änderungsfreundliches Klima im Lande zu schaffen. In Slowenien werden daher diese Leitlinien als Vorbedingungen für den politischen Erfolg der Parteien angesehen.

Die reformierten politischen Kräfte, die sich aus den Institutionen des alten Systems entwickelt haben, bewegen sich grundsätzlich auf den Positionen der Sozialdemokratie und links davon. Sie gründen ihren politischen Einfluss auf der

Annahme, dass kein tief greifender Bruch mit dem alten System notwendig sei, dass kein wirklicher Neubeginn gebraucht werde. Deshalb möchten sie die Transition als eine kontinuierliche Entwicklung aus dem Alten in das Neue verstehen. Dabei hoffen sie, dass manches erhalten bleibt, was sich in erster Linie auf die Institutionen und Positionen bezieht. Ohne eine klare Zäsur findet nicht nur das Neue, das allen Beitrittskandidaten gemeinsam ist, sondern auch das Alte Berücksichtigung. Im Falle Sloweniens erscheint der letzte Punkt besonders wichtig. Bisweilen wird die spezifische Vergangenheit Sloweniens von den Politikern überbetont. Es besteht aber kein Zweifel daran, dass der rückwärtsgewandte Blick wichtig ist. Deswegen hat sich auch die damalige slowenische Regierung entschlossen, nicht der *Višegrad*-Gruppe beizutreten. Damit wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, schneller und unter eigenen, also spezifischen Bedingungen den Beitritt zu schaffen. Heute ist offensichtlich, dass Slowenien in Bezug auf Zeit und Modus des Beitritts dieses Ziel verfehlt hat. Ursprünglich war vom Jahr 2000 als Beitrittstermin die Rede, später wurde dieser auf das Jahr 2002 verschoben. Die Regierung behauptet noch immer, dass wir schon heute voll mitgliedsfähig seien und dass wir auf die anderen warten müssten. Die Unfähigkeit der 15 mit den Problemen im Zuge der Erweiterung rechtzeitig fertig zu werden, wird für Slowenien als ein unerwartetes und unbegründetes Hindernis interpretiert. Der Alleingang Sloweniens war zudem mit der Erwartung verbunden, dass die EU-Erweiterung in kleinen Gruppen der am besten vorbereiteten Staaten erfolgen würde.

Die von der Liberalen Demokratie getragene slowenische Regierung, die vor zehn Jahren „Nein“ zu *Višegrad* sagte, und mit gewissen Änderungen noch immer im Amt ist, hat sicher nicht mit der jetzt geplanten „*Big Bang*“-Erweiterung gerechnet. Dieser Modus verursacht unvorhergesehene Probleme, die sich negativ auf die Vorbereitung auswirken können. Die Regierung überbetont weiterhin das Gemeinsame, das Neue, und vernachlässigt die Unterschiede. Verteidigt wird die frühere Position mit der Wahrnehmung der nationalen Interessen, die die besonderen Verhältnisse im Lande hervorrufen. Und dabei findet sie relativ viel Verständnis bei der Bevölkerung; nicht zuletzt deswegen, weil viele davon überzeugt sind, dass im Falle Sloweniens das Spezifische das Gemeinsame überwiegt. Ihre Position mag, objektiv gesehen, ein wenig übertrieben sein, hat aber reale Gründe. Die Erweiterung kann nur dann reibungslos verlaufen, wenn beides – das Gemeinsame, Integrierende und demgegenüber das Spezifische – im rechten Maße berücksichtigt wird. Die Unterschiede der Vergangenheit sollen sich mit den gemeinsamen Zielen der Zukunft verknüpfen.

Hierzu hat auch die EU-Kommission das Ihrige beigetragen. Die in den Verträgen von Rom gesetzten Kriterien für die Beitrittskandidaten waren sehr einfach: funktionierende Demokratie und konkurrenzfähige Marktwirtschaft. Die Vertiefung der Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten hat zu neuen Aufnahme-

kriterien geführt. So ist der jetzt so oft erwähnte „*Acquis*“ entstanden. Bei der Beurteilung, wie streng die drei Kriterien angewendet werden, hat sich die Kommission viel, für mich zu viel Raum für eine politische Entscheidung gelassen. Deswegen bleibt auch jetzt noch unklar, welche in der internen Diskussion geäußerte Meinung mehr Gewicht erhalten wird. Allerdings scheint es ganz so, als ob nur der „*Acquis*“ als Beitrittskriterium dienen werde. Alles andere werde dann mit Übergangsfristen geregelt. Das ist eine Lösung, die nicht im Interesse Sloweniens ist. Es wird aber auch behauptet, dass das nicht im Interesse der EU und der jetzigen Mitgliedstaaten läge. Ich bin überzeugt, dass die Folge davon eine Deformation des Konzeptes des Gemeinsamen Marktes wäre, in dem alle Teilnehmer gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben. Eine solche Deformation könnte sich für die Wettbewerbsfähigkeit der erweiterten EU wie auch für ihre einzelnen Mitgliedsstaaten gegenüber anderen Teilen der Welt als nachteilig erweisen.

Wenn wir davon ausgehen, dass die Übergangsfristen für einige Anwärterstaaten – vielleicht sogar für die meisten – notwendig und in ihrem Interesse sind, ist das für Slowenien sicher nicht der Fall. Das möchten wir als Ausgangspunkt benutzen, um zu zeigen, dass Slowenien wichtige und zugleich spezifische Beitrittsprobleme hat, obwohl uns die gleiche Vision wie den anderen Staaten am Herzen liegt. Um die besondere Lage Sloweniens näher und glaubwürdiger zu erläutern, werde ich mich auf aussagekräftiges Zahlenmaterial stützen. Alle diese Daten stammen aus nichtslowenischen Quellen. Insbesondere handelt es sich um den letzten Bericht der Europäischen Kommission<sup>1</sup> über Slowenien, der sich auf der Website *Preparity*<sup>2</sup> befindet.

Slowenien ist ein kleines Land mit fast zwei Millionen Einwohnern und einer Fläche von etwas über 20.000 km<sup>2</sup>. Das Land hat außerdem im Vergleich zu den anderen Beitrittskandidaten eine starke Wirtschaft, die natürlich mit der der Bundesrepublik nicht zu vergleichen ist. Slowenien erzeugt ein Bruttosozialprodukt pro Kopf von € 16.000. Diese Summe bezieht sich auf das Jahr 2001. Generell werden vielleicht nicht exzellente, aber dennoch gute und ständige Zuwachsraten zwischen vier bis fünf Prozent verzeichnet, in der jetzigen Rezession noch immer über drei Prozent. Für ein so kleines Land ist es selbstverständlich, dass der Großteil dieses Bruttosozialprodukts im Export erzielt wird. Für das Jahr 2001 waren das 60,1%, und der Anteil steigt. Über 60 Prozent dieser Exporte, 2001 waren das 62,2%, gehen in die EU-15, wobei Deutschland unser größter Handelspartner ist. Wenn man berücksichtigt, dass das Gros dieser Exporte mit dem eigenen Know-how erzeugt wird, ist die slowenische Wirtschaft

1 2002 Regular Report on Slovenia's Progress towards Accession, Commission of the European Communities, Brussels, 09.10.2002.

2 ><http://www.preparity.wsr.ac.at><

global betrachtet positiv zu bewerten. Es ist also klar, dass wir uns bezüglich der wirtschaftlichen Stärke auf Höhe der subalpinen Staaten der EU befinden. Was die Entwicklung anbelangt, sind diese Staaten unsere Konkurrenten und Partner zugleich. Auch psychologisch gesehen, ist der Blick der slowenischen Bevölkerung nach Österreich und Italien gerichtet. Das bestimmt folglich die Ziele der slowenischen Wirtschaftspolitik, die sehr ambitiös, aber gleichermaßen realistisch sind. Slowenien beabsichtigt bis zum Ende dieser Dekade mit Italien in relativer wirtschaftlicher Stärke gleichzuziehen und bis 2020 zu den erfolgreichsten Ökonomien der EU-Staaten zu gehören. Die für die „Preparity“ durchgeführten Studien stützen diesen Optimismus. Dieser ist aber nur dann berechtigt, wenn die politischen Bedingungen für dieses positive Szenario geschaffen werden. Das ist in erster Linie die volle Mitgliedschaft in der EU so bald wie möglich; ideal wäre eine sofortige Gleichstellung mit den jetzigen Mitgliedsstaaten.

Die bestehende Einbindung Sloweniens in den Gemeinsamen Markt der EU – im Kontext von sowohl Außenhandel als auch Industriekooperation –, lässt nach dem Beitritt auf keine, oder besser formuliert, nur geringfügige Probleme schließen. Zum Beispiel können gewisse Umstellungsprobleme in der Landwirtschaft auftreten. Aber das Ausmaß dürfte gering sein, denn der Agrarsektor steuert zum Bruttosozialprodukt Sloweniens nur drei Prozent bei. Für die laut Bruttosozialprodukt bedeutendsten slowenischen Wirtschaftsunternehmen, ist aber eine frühest mögliche Gleichstellung mit ihren Konkurrenten in der EU von Interesse. Die Übergangsfristen werden demnach als wachstumshindernd angesehen. Diese Fristen sind aber nicht die einzigen Integrationsschranken, mit welchen zu rechnen ist. Es kommen weitere hinzu, wobei uns die meisten gar nicht bewusst sind. Ich möchte nur ein Beispiel nennen. Alle EU-Staaten und Beitrittskandidaten haben im Rahmen des „Kyoto Protokolls“ vereinbart, dass sie den Ausstoß des Kohlendioxids um acht Prozent reduzieren werden. Dieses Zahl bezieht sich auf alle EU Staaten gemeinsam, wobei sich Deutschland entschieden hat, seinen Ausstoß um 20 Prozent zu mindern. Einerseits ist das zwar sehr umweltfreundlich, andererseits aber erlaubt es unseren Hauptrivalen, den Ausstoß sogar zu vergrößern. Das bedeutet wirtschaftlich gesehen, dass Deutschland einen Teil seiner Konkurrenzfähigkeit geopfert hat, um die Konkurrenzfähigkeit der anderen, hauptsächlich subalpinen EU-Staaten, zu erhöhen. Weil Slowenien allein diese acht Prozent schaffen muss, ist es in gewisser Hinsicht benachteiligt. Die Grundkonzepte einer freien Marktwirtschaft sind damit verletzt. Dieses Beispiel steht stellvertretend für eine ganze Reihe von Problemen, die auf Slowenien zukommen werden und über welche noch verhandelt werden muss. In diesem Zusammenhang wird sich die Bereitschaft der Kommission zeigen, auch nach der Erweiterung einen voll funktionierenden Gemeinsamen Markt zu erhalten. Slowenien und seine Wirtschaft sind fähig und bereit, den vollen Konkurrenzdruck des Gemeinsamen Marktes zu tragen. Allerdings erwarten und ver-

langen wir, dass unsere Firmen die gleichen Möglichkeiten wie ihre Konkurrenten auf diesem Markt bekommen werden. Dieses Problem an sich dürfte für alle Kandidaten zutreffen. Das Ausmaß ist jedoch für Slowenien ganz spezifisch.

Die Schwierigkeiten, die ein EU-Beitritt mit sich bringt, sind nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern auch psychologischer. Nationale Souveränität wird teilweise abgegeben, was nicht jedermann leicht fällt. In dieser Hinsicht ist die Situation in Slowenien ebenfalls sehr spezifisch. Die politische Entscheidung, ein unabhängiges und souveränes Slowenien anzustreben, war von vorn herein mit dem Willen verbunden, der EU beizutreten. Das erzeugt noch immer ein für den Beitritt sehr positives Klima. Gleichzeitig hat sich aber eine Reformmüdigkeit eingestellt. Reformen sind jedoch notwendig und Bedingung, EU-Mitglied zu werden. Diese Situation könnte man fast ein slowenisches Paradox nennen. Vor dem Hintergrund der modernen slowenischen Nationalfrage – sagen wir seit dem Jahr 1848 – sieht man klar ein konstantes Streben nach Stärkung der eigenen Nationalität mit dem Ziel der Bildung eines unabhängigen Staates. Gleichwohl war von Beginn an klar, dass Slowenien in Europa nie allein wäre oder sein würde. Unterstrichen wird das von der Tatsache, dass sich das Land auf einem geopolitisch wichtigen Teil des Kontinents befindet, der für die einen die Brücke zur Adria bedeutete und für die anderen den freien Weg zum Nahen Osten. Demzufolge versuchten die Regierenden von Anfang an, die Souveränität mit einer Anbindung an die eine oder die andere übernationale Institution zu verknüpfen. Das erste Ziel war ein Königreich unter der Habsburger Krone. Mit Ankündigung des Sieges der „Entente“ und Bekanntgabe ihrer Friedensvorstellungen gaben sich die Slowenen auch mit einer jugoslawischen Lösung zufrieden. Als die Europäische Integration in Form der Osterweiterung Gestalt annahm, erkannte Slowenien, dass dies eine neue Möglichkeit für das Land bedeutete. Sie wurde als Voraussetzung für einen souveränen slowenischen Staat verstanden. Mit Blick auf die politische Neuordnung Europas in den achtziger Jahren, konnte aus slowenischer Sicht von einem ambivalenten Ziel gesprochen werden: Souveränität und EU-Beitritt. Diese Dualität war und ist bei den wirtschaftlichen und intellektuellen Eliten des Landes stärker ausgeprägt als in der übrigen Bevölkerung, findet aber trotzdem breites Verständnis und Unterstützung. Dem gegenüber steht im Moment eine sich ausbreitende Skepsis gegenüber Reformen und Änderungen. Für viele Menschen ist in den letzten zehn Jahren einfach zu viel auf sie zugekommen: die Auflösung Jugoslawiens, einsetzende Transformationsprozesse (wenn wir darunter den Übergang vom Sozialismus zu Demokratie und freier Wirtschaft verstehen), die Herausbildung einer postindustriellen Gesellschaft, verbunden mit enormen sozialen Verschiebungen; und letztlich die Vorbereitungen auf den EU-Beitritt. Die Regierung hat bei diesen Reformen – möglicherweise auch aufgrund ihrer Vielzahl – nicht immer gute Vorarbeit geleistet. Noch weniger haben die Verantwortlichen bei den bedeutsamen Reformen, die der nationalen Entwicklung eine neue Richtung geben

sollten, verstanden, eine „win-win“-Situation zu schaffen. Das wird natürlich Folgen haben, wie die schon oben erwähnte Reformmüdigkeit und Skepsis zeigt. Doch Slowenien ist sich bewusst, dass im Zuge der EU-Erweiterung auch Reformanstrengungen notwendig sind. Vermutlich deshalb hat sich auch die Unterstützung eines EU-Beitritts verringert.

Aufgrund der traditionellen pro-europäischen Einstellung der Slowenen bleibt gleichwohl ein positives Ergebnis des Referendums erwartbar. Mit einer komfortablen Mehrheit ist also zu rechnen. Wir dürfen uns jedoch aus zwei Gründen nicht damit zufrieden geben: Zum einen wäre es wünschenswert, wenn ungefähr die gleiche Mehrheit, die sich für die Unabhängigkeit ausgesprochen hatte, auch für den EU-Beitritt stimmen würde; es waren immerhin 87 Prozent Pro-Stimmen beim ersten Referendum. Dieses Quorum wird ganz sicher schwer zu wiederholen sein. Zum anderen wird Slowenien nur dann den Beitritt zur EU voll ausnutzen sowie die optimistischen Erwartungen erfüllen können, wenn auch danach das Reformtempo beibehalten wird. Das mag gewiss für alle Beitrittskandidaten gelten. Das besondere an der Lage Sloweniens ist allerdings – zumindest wird es als besonders empfunden –, dass das Land diese Reformen und Umstrukturierungen aus eigener Kraft zu bewältigen hat. In welchem Ausmaß wir mit direkter, finanzieller Unterstützung der EU rechnen dürfen, ist derzeit noch ungewiss. Die geplante „Big Bang“-Erweiterung aber bedeutet, dass wir uns auf eigene Ressourcen – natürlich durch die Teilnahme am gemeinsamen europäischen Markt gestärkt – verlassen müssen. Mithilfe unserer finanziellen und menschlichen Reserven, auf welche ich noch zu sprechen komme, muss auch für Slowenien die für Europa geplante Entwicklung zum erfolgreichsten Wirtschaftsraum weltweit verwirklicht werden. Dieses Ziel kann aber nur in einer reformfreudigen Atmosphäre gelingen. Dazu ist allerdings eine gerechte Verteilung von Kosten und Nutzen des EU-Beitritts notwendig, wobei die Vorteile sicherlich überwiegen werden. Außerdem muss es zu einer landesweiten Öffentlichkeitskampagne kommen, um die Bevölkerung über die bevorstehenden Änderungen zu informieren. Die ist um so wichtiger, weil Slowenien Dank der wirtschaftlich besseren Ausgangslage den Aufholprozess schneller bewältigen wird, wodurch dieser wesentlich reformintensiver sein wird.

Ich habe bereits erwähnt, dass die relativ erfolgreiche slowenische Wirtschaft den Großteil ihrer Produkte, die auch auf dem europäischen Gemeinsamen Markt konkurrenzfähig sind, auf der Basis des eigenen „Know-how“ hervorbringt. Das hat der slowenischen Industrie gewiss viele Vorteile gebracht. Das technologische Wachstum war nicht sehr rasant, aber konstant steigend. Die Produktion befindet sich noch immer überwiegend in den Sektoren von mittleren und niedrigen Technologien. Nur zwischen drei bis fünf Prozent des Umsatzes kann, objektiv gesehen, zu den Hochtechnologien gezählt werden. Diese Entwicklung wird von einer strukturellen Arbeitslosigkeit begleitet. Im Jahre

2001 hatten wir eine Arbeitslosenrate von 5,7 Prozent, die allerdings leicht rückgängig war. Viele EU-Staaten weisen eine höhere Arbeitslosigkeit auf, so dass diese Zahl an sich kein zu großes Problem darstellt. Viel problematischer ist die Tatsache, dass wir fast so viele offene Stellen haben wie Arbeitslose. Zumeist gibt es offene Stellen in Berufen, die die neue, auf Wissen basierende Ökonomie tragen sollen. Aus diesem Grund sind stärkere Anstrengungen hin zu höheren Technologien zumindest kaum absehbar.

Demgegenüber verlief die Entwicklungsstrategie der anderen Beitrittskandidaten unterschiedlich. Sie haben sich bei der technologischen Erneuerung ihrer Industrie in viel größerem Umfang an den Fähigkeiten der westlichen Partner aus der EU und den Vereinigten Staaten orientiert. In den meisten Fällen haben Verkäufe und Kooperationen diesen Technologietransfer eingeleitet. Die Strategie war klar: Westliche Technologie und ein niedrigeres Lohnniveau sollen Konkurrenzfähigkeit herstellen und dadurch eine angemessene Beschäftigung sichern. Zugegebenermaßen war dieser Weg erfolgreich und es scheint so, also ob dadurch auch für die Zukunft eine positive Entwicklung gesichert wäre. Die slowenische Industrie kann jetzt nach zehn Jahren der Transformation ihre Strategie nicht aufgeben. Das würde zu einer schweren wirtschaftlichen Krise führen. Wir müssen uns um den Standort Slowenien bemühen. Wir müssen das Land produktiv und konkurrenzfähig gestalten, nicht mit Hilfe von niedrigeren Löhnen, sondern durch Innovationen und Qualität. Um diese Ziele zu erreichen, investiert Slowenien relativ viel in die Aus- und Weiterbildung. Zur Zeit werden 1,6 Prozent des Bruttosozialproduktes für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Das liegt leicht über dem EU-Durchschnitt, aber noch weit vom schwedischen Beispiel entfernt. In dieser Hinsicht stehen wir den jetzigen EU-Mitgliedsstaaten näher als den anderen Kandidaten. Dabei haben wir jedoch Probleme, unsere Innovationsinfrastruktur der Marktwirtschaft anzupassen. Darüber hinaus muss der Wissenstransfer in ausreichendem Maße von der Grundlagenforschung über die Industrielabors bis hin zu neuen Produkten und Dienstleistungen gesichert werden. Das kann letztlich nur durch eine strikt geführte Transition auf dem Innovationsgebiet geschehen. Die Herausforderung, die Innovationsinfrastruktur der neuen Wirklichkeit anzupassen, haben wir mit den anderen Beitrittskandidaten gemeinsam. Jedoch erfordert die eingangs erwähnte spezifische Lage der slowenischen Wirtschaft eine Anpassung in einer relativ kurzen Zeit – wesentlich kürzer als bei den anderen Beitrittskandidaten.

Ich möchte meine Ausführungen nur auf die wichtigsten Unterschiede zwischen Slowenien und den anderen Beitrittskandidaten beschränken. Deswegen mache ich zum Abschluss auf die Tatsache aufmerksam, dass Slowenien unter den jetzigen Mitgliedsstaaten keinen klaren Befürworter für sich gewinnen konnte. So haben sich zum Beispiel Schweden und Finnland eindeutig für die Aufnahme der drei baltischen Staaten ausgesprochen. Im gleichen Maße oder gar stärker ist

die Unterstützung Deutschlands für Polen. Diese Haltung kann auch so verstanden werden, dass die Bundesrepublik keine Erweiterung ohne Polen dulden werde. Stark ist die Fürsprache Österreichs für Ungarn sowie Griechenlands für Zypern. Weitere Beispiele ließen sich finden. Nun ist die Frage berechtigt, warum Slowenien ohne tatkräftige Unterstützung seitens der Nachbarn geblieben ist. Weder Österreich noch Italien haben entschieden den Beitritt Sloweniens befürwortet, obwohl das in ihrem eigenen wirtschaftlichen und geostrategischen Interesse läge. Vielleicht trägt auch die slowenische Regierung Mitschuld daran. Sie hat sich einzig und allein auf die Tatsache berufen, dass unser Land unter allen Kandidaten wirtschaftlich am besten vorbereitet sei. Daraus zog sie den logischen Schluss, dass Slowenien in der ersten Beitrittsrunde dabei sein werde. Demnach benötigten wir auch keine spezielle Unterstützung. Mit der Entscheidung für eine „Big Bang“-Erweiterung hat sich die Situation verändert. Die Frage lautet nun nicht mehr, wer in der ersten Runde dabei sein wird – es wird von vornherein nur eine Runde geben und alle werden dabei sein. Nunmehr stellt sich die Frage, was im Beitrittsvertrag stehen wird, wie weit die spezifische Situation in jedem Staat berücksichtigt und wie viel Verständnis man für eigene Probleme gewinnen wird. Eine benevolente Unterstützung von einem oder sogar mehreren Mitgliedsstaaten kann in dieser Hinsicht sehr viel bedeuten. Es ist die Aufgabe und Ziel der slowenischen Diplomatie, uns eine solche Unterstützung zu sichern. Zwar ist die Zeit bereits weit voran geschritten und die anderen Beitrittskandidaten haben schon längst ihre Fürsprecher gewinnen können. Nichtsdestoweniger erscheint es immer noch lohnenswert, diesen Schritt nachzuholen.

Ich habe versucht, auf gewisse, für Slowenien spezifische Beitrittsprobleme aufmerksam zu machen. Ohne Zweifel lassen sich einige der Probleme aus der relativen wirtschaftlichen Stärke Sloweniens ableiten, die sich gleichwohl mit erfolgreicherer EU-Staaten nicht vergleichen lässt. Trotzdem ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes teilweise gleich beziehungsweise geringfügig besser als die der EU-15, teilweise sogar deutlich besser im Vergleich zu den anderen Kandidatenländern. Zu dieser spezifischen Situation steuert weiterhin die Entscheidung der EU bei, die Erweiterung durch die gleichzeitige Aufnahme zehn neuer Mitglieder zu vollziehen. Zumindest verschärft dieses Vorhaben eine ohnehin schwierige Lage. Dieser Erweiterungsmodus lässt wenig Spielraum für die Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse eines kleinen Landes, das sich zuweilen im Vergleich zu den übrigen Anwärtern in einer durchschnittlich besseren Situation befindet. Dazu hat auch Slowenien seinen Beitrag geleistet, als es nicht in ausreichendem Maße imstande war, für seine spezifischen Probleme mehr Verständnis zu gewinnen. Weil stets davon ausgegangen wurde, in der Runde der am besten vorbereiteten Staaten zu sein, stand es außer Frage, dass sich Slowenien besser als die anderen für den EU-Beitritt wappnen würde. Daher musste das Land unter allen Umständen einen Platz unter den Besten erreichen. Dem Werben um Verständnis für unsere rein sloweni-

schen Probleme wurde zu wenig Raum gewährt. Hinzu kam die relative Erfolglosigkeit, sich um nachbarliche Unterstützung zu bemühen. Viele, für uns wichtige Entscheidungen sind so auf die Abschlussverhandlungen verschoben worden. Unabhängig wie diese ausfallen mögen, steht fest, dass Slowenien mit dem Beitritt viel gewinnen wird. Wie groß der Nutzen letztendlich sein wird, hängt einzig und allein von unserem Land ab. Am Ende der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union kann somit im schlechtesten Falle eine transitive Störung stehen.

## Ländliche Räume Sloweniens im Vorfeld der EU-Osterweiterung

Irma Potočnik

### 1. Einführung

Gibt es ländliche Räume in Slowenien? Wenn ja, mit welchen Problemen werden sie konfrontiert? Welches sind die entsprechenden Lösungen? Was wird mit den ländlichen Räumen Sloweniens in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren passieren?

Ländliche Gebiete Sloweniens stellen einen wichtigen Teil des Raums und der Gesellschaft dar:

- 93% des gesamten Territoriums sind als »ländlich« deklariert,
- 60% der gesamten Bevölkerung leben dort.

Ländliche Gebiete Sloweniens spielen eine wichtige Rolle - dass heißt, sie haben einen multifunktionalen Charakter:

- die Produktion primärer Güter war in der Vergangenheit sehr wichtig (Land- und Forstwirtschaft);
- dort befinden sich auch Industrie- und andere Betriebe sowie Dienstleistungseinrichtungen;
- in den letzten Jahren hat der ländliche Raum in seiner Funktion als Freizeitraum an Bedeutung gewonnen;
- einen hohen Stellenwert weist die Besiedlung auf (gute Lebensqualität);
- symbolische Qualität und somit Element der slowenischen Nationalidentität.

Bis zur politischen Wende wurden ländliche Räume in der Regel als Reservegebiete gekennzeichnet: für Stadterweiterung, Natur- und Humanressourcen, Industrie, Infrastruktur und Verkehr. Leider waren die Maßnahmen nicht immer passend; vielfach wurden die speziellen Eigenschaften des ländlichen Raums nicht berücksichtigt. Die Aussichten sind deswegen heute recht ungünstig: die regionalen Disparitäten sind in den letzten zehn Jahren weiter gestiegen:

- ländliche Räume sind in der Regionalentwicklung zurückgeblieben
- die Kulturlandschaft ist bedroht
- die demographischen Prognosen sind pessimistisch
- ökologische Probleme sind evident.

Diese Charakterisierung könnte man mehr oder weniger für zahlreiche ländliche Räume Europas verwenden. Aber dazu gehören auch ein paar slowenische Besonderheiten, mit denen ich die aktuelle Problematik der ländlichen Gebiete Sloweniens vorstellen möchte.

Abb. 1: Slowenien – Vorgestern, gestern, heute, morgen und übermorgen

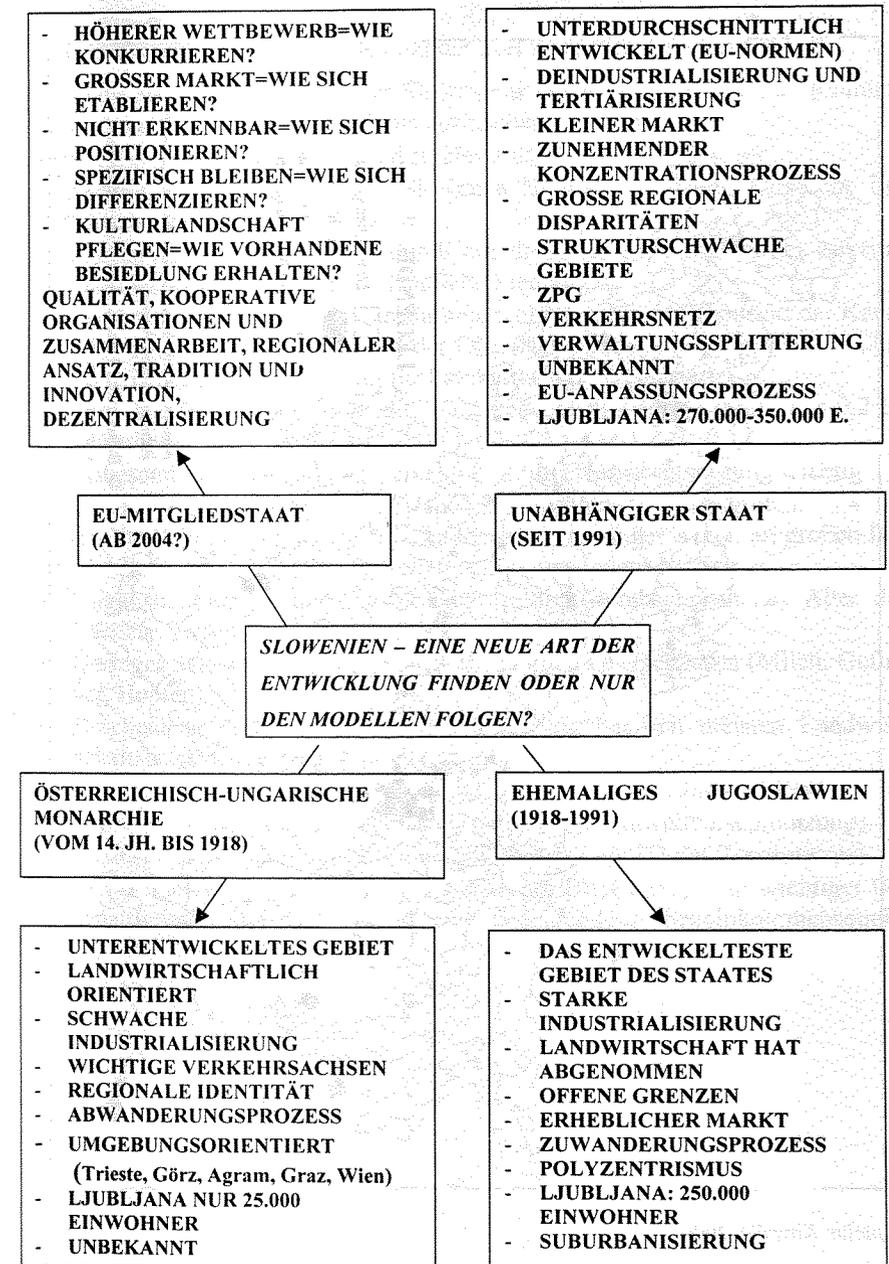
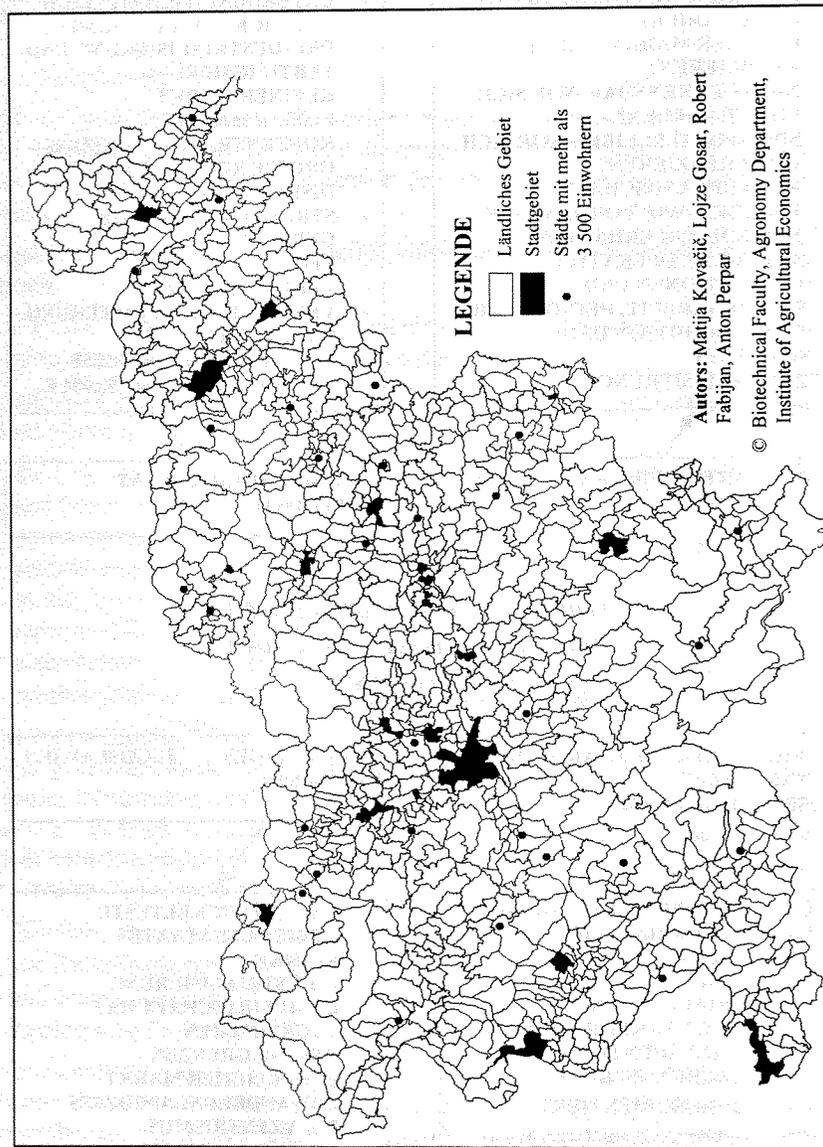


Abb. 2: Ländliche und städtische Gebiete Sloweniens



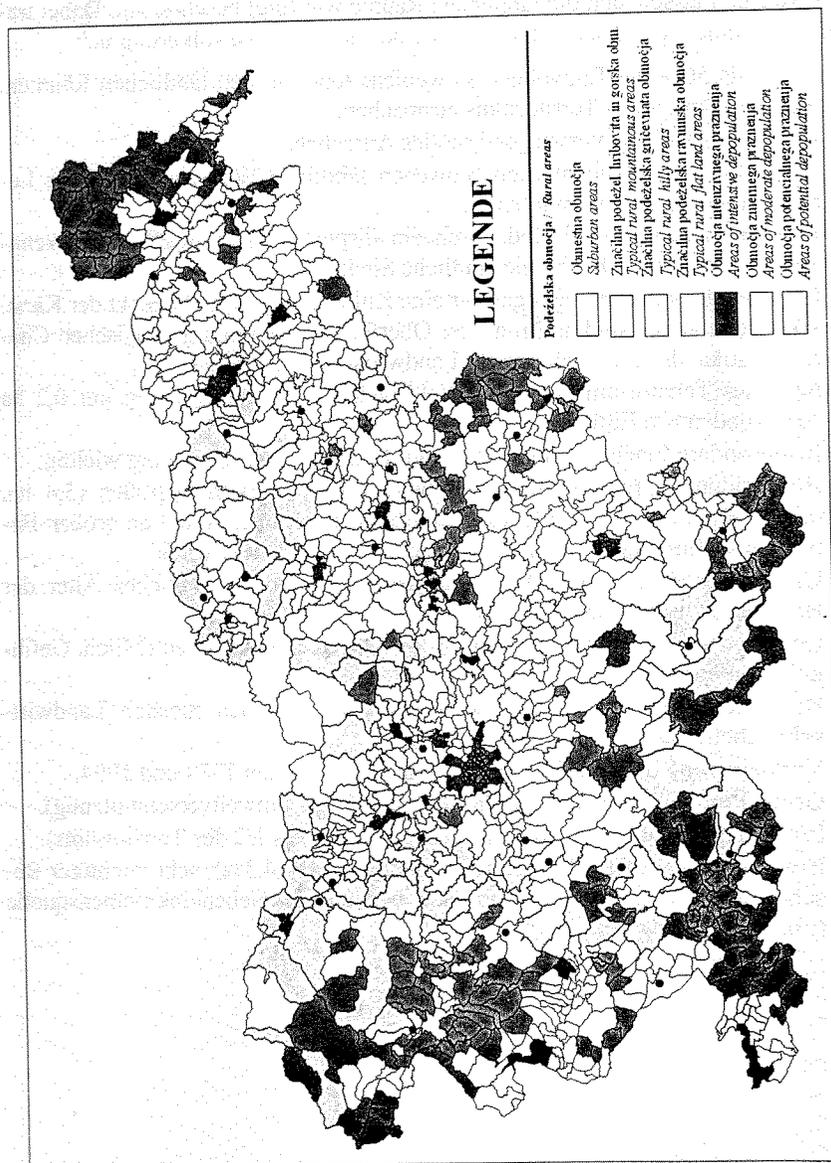
Quelle: Kovačič, 2000

## 2. Ländliche Räume Sloweniens – Identitätsschaffung

In Slowenien lassen sich die ländlichen Räume wie folgt beschreiben. Dabei tragen sie zu einer spezifischen Identität der dort lebenden Bevölkerung bei:

- Mehr als 50% der Einwohner Sloweniens leben in den ländlichen Räumen, die zwei Drittel des Territoriums ausmachen.
- Die Landschaft hat vorwiegend rurales Aussehen.
- Weiterhin haben die meisten Slowenen ländliche Wurzeln. Ländliche Lebensart wurde überall praktiziert.
- Die ländlichen Räume sind durch ein disperses Siedlungsmuster gekennzeichnet: es gibt 4.000 kleine ländliche Siedlungen.
- Ungünstige Naturbedingungen für eine Kultivierung: 44% bedeckt der Karst, 70% des Landes sind aufgrund der Oberflächenform und geologischen Charakteristika als „nicht günstig für Landwirtschaft“ deklariert.
- 62% des Territoriums sind mit Wald bedeckt, 2/3 mit Wiesen; nur 0,2 ha Ackerboden pro Einwohner.
- Insbesondere Flachland und Täler sind für die Wasserversorgung wichtig.
- Bescheidene durchschnittliche landwirtschaftliche Betriebsgrößen (5,4 ha, d.h. fünfmal kleiner als EU-15-Durchschnitt), geringer Anteil an großen Betrieben. Zahlreiche kleine Parzellen gehören zu jedem Betrieb.
- Ungünstige Alters- und Ausbildungsstruktur (durchschnittliches Alter der Besitzer: zwischen 55-58 Jahre).
- Geringer Selbstversorgungsgrad (80%) bei den Überschüssen (Milch, Geflügel, Hopfen).
- Bescheidene Produkt- und Marktorientierung bei den meisten Landwirtschaftsbetrieben, geringe Einkommen.
- Verkleinerung der Ackerlandfläche um 10% zwischen 1984 und 1994.
- Große Probleme mit Agrarpollution (punktartige Umweltverschmutzung).
- Prozess der Bevölkerungsabwanderung (aus 1/3 bis 1/2 des Territoriums).
- Etwas höherer Anteil der Landwirtschaft am BIP (4,3%), sehr wichtiger Beschäftigungssektor (5,6%) und eine bedeutende Nebeneinkommensquelle (nur 7% Vollerwerb).

Abb. 3: Typen ländlicher Räume Sloweniens



Quelle: Kovačič, 2000

### 3. Vergleich zwischen der EU und Slowenien hinsichtlich ländlicher Räume

Im neuen Staatsentwicklungsprogramm für den Zeitraum 2001-2006 sind einige wichtige Strukturen genannt. Die sozioökonomischen Indikatoren zeigen einen bedeutenden Unterschied zwischen der Stadtregion von Ljubljana (Ljubljana und Umland) und dem restlichen Slowenien. Kontinuierlich schlechtere Resultate für diese Gebiete entstehen vor allem durch die folgenden Faktoren: die noch immer vorherrschenden ländlichen Agrarstrukturen, die niedrige Zahl an Arbeitsplätzen in den Kommunen, die relativ geringe Ausbildungsrate, die vom Industriesektor dominierte Beschäftigungsstruktur, die Abnahme der Arbeitsplätze. Dies gilt in der Regel für Gebiete mit einer starken, intensiven und langfristigen Bevölkerungsabwanderung. Deutlich wird das besonders in den Grenzgebieten, aber auch der östliche Teil des Landes ist schlechter entwickelt. In diesem Beitrag werden spezifische Strukturelemente untersucht: die regionalökonomische Struktur, die demographischen Verhältnisse, die aktuelle Wohnungsproblematik und Arbeitskräftemobilität, das Humankapital, die Infrastruktur, die Entwicklung der Stadtgebiete, Natur, Kultur und Tourismus, aber auch die Entwicklung des ländlichen Raums.

Tab. 1: Fördermittel für die Umstrukturierung der Landwirtschaft sowie die Entwicklung des ländlichen Raums (2001-2006)

Entwicklungsprioritäten und Programme	Öffentliche und private Ausgaben (in Mio. SIT)					
	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Landwirtschaft (Umstrukturierung)	2.250	2.159	2.219	9.118	11.690	14.693
Lebensmittelindustrie (Umstrukturierung)	218	204	208	3.756	4.223	4.689
Entwicklung des ländlichen Raums	2.359	2.062	2.054	2.677	2.756	2.841
Entwicklung der Forstwirtschaft	4.404	4.055	4.079	5.223	5.250	5.292
Entwicklung der Fischerei	151	177	143	279	290	346
Fortbildung	336	307	315	425	447	504
<b>Landwirtschaft (Umstrukturierung und Entwicklung des ländlichen Raums)</b>	<b>9.717</b>	<b>8.965</b>	<b>9.017</b>	<b>21.479</b>	<b>24.655</b>	<b>28.365</b>

Quelle: Državni razvojni program 2001-2006, 2002

**Tab. 2: Landwirtschaft - Umstrukturierung und Entwicklung des ländlichen Raums**

EU-EBENE	SLOWENIEN	REALITÄT
<b>Drei strategische Prioritäten:</b> 1. Regionale Wettbewerbsfähigkeit. 2. Europäische Beschäftigungsstrategie. 3. Entwicklung der städtischen und ländlichen Gebiete sowie der Fischereigebiete.	<b>Vier zentrale Prioritäten:</b> 1. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. 2. Nachhaltige Nutzung der Naturressourcen. 3. Erhaltung der Besiedlung des slowenischen ländlichen Raums. 4. Harmonisierung mit dem <i>Acquis Communautaire</i> .	langsam, langfristig
<b>Ziele/Programme::</b> 1. Stärkung des Landwirtschaftssektors. 2. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Gebiete. 3. Erhaltung der Umwelt und des ländlichen Erbes Europas. 4. Synergieeffekte zwischen städtischen und ländlichen Gebiete.	<b>Sechs Programme:</b> 1. Umstrukturierung der Landwirtschaft. 2. Umstrukturierung der Lebensmittelindustrie. 3. Entwicklung des ländlichen Raums. 4. Entwicklung der Forstwirtschaft. 5. Entwicklung der Fischerei. 6. Fortbildung.	langsam, regionale Disparitäten vergrößert
<b>Aktivitäten:</b> 1. Frühruhestand. 2. Agrarumweltmaßnahmen. 3. Forstwirtschaft. 4. Benachteiligte Gebiete. 5. Umstrukturierung der Betriebe. 6. Niederlassung von Junglandwirten. 7. Ausbildung. 8. Verarbeitung und Vermarktung. 9. Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums.	<b>Aktivitäten</b> 1. Verbesserung der Agrarstruktur. 2. Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe. 3. Verbesserung der Herstellerorganisationen. 4. Förderung der Investitionen. 5. Förderung der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des primären Sektors. 6. Entwicklung zusätzlicher Aktivitäten. 7. Vernetzung von Bauernhöfen beim Marketing der Produkte.	langsam, beschränkt, problematische Finanzierung

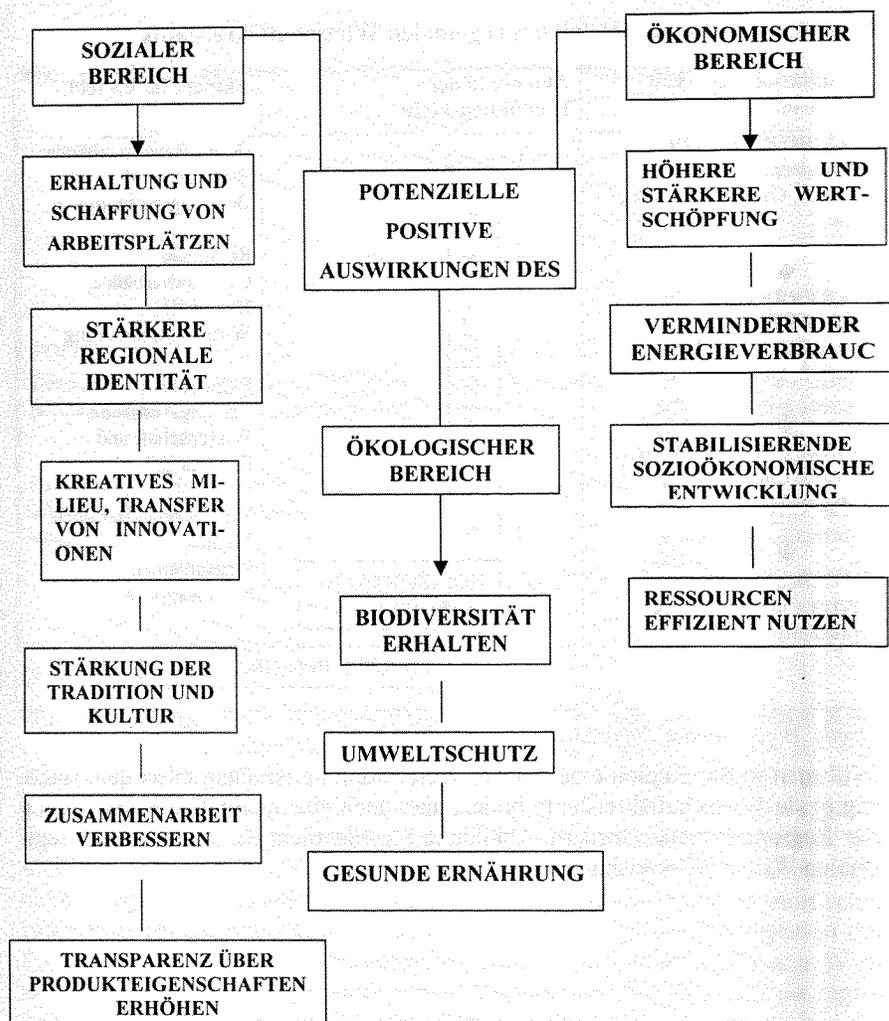
BIP pro Kopf: Slowenien gehört zur Gruppe 2 (80 % des Durchschnittswertes).	8. Verbesserung der Infrastruktur, Dorferneuerung, Erhaltung der Natur- und Kulturerbe. 9. Umwelt, Biodiversität, ökologische Methoden. 10. Diversifizierung der Agrar- und sonstigen Aktivitäten. 11. Multifunktionalität der Wälder. 12. Nachhaltiges Management bei der Waldwirtschaft. 13. Vernetzung der Eigentümer. 14. Informierung der Öffentlichkeit. 15. Erhöhung der Ausbildungsstruktur und Beschäftigung auf dem Bauernhof. 16. Permanente Ausbildung. 17. Theorie und Praxis zugleich.	
Räumliche Ungleichgewichte. Verstärkter Einfluss der Städte, die Disparitäten werden sich verdoppeln. Stadtfucht der Bevölkerung.		
GAP: Förderung der ländlichen Entwicklung. Partnerschaft. Mehrjährige Programme.		
Diversifizierung der Wirtschaftstätigkeit in ländlichen Gebieten.		
Randgebiet		
Schengenzone		
Vor-Beitritt: ISPA, PHARE, TACIS, SAPARD.	Mitfinanzierung (von 20 bis 50%).	300 Mio. € in 10 Jahren
Grenzüberschreitende und transnationale Zusammenarbeit. INTERREG, LEADER.	Vernetzung	große regionale Unterschiede

**4. Lösungen**

Trotz der deklarierten Regionalpolitik sind große Unterschiede bzw. Disparitäten entstanden. Deshalb wird von Raumplanern in Österreich und der Schweiz sowie teilweise der BRD und auch in Slowenien (in den letzten Jahren) eine Veränderung der Regionalpolitik gefordert. Als Alternative wird das Prinzip der regionalen Selbstverwirklichung, die Förderung des regionalen endogenen Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpotenzials oder eine Regionalpolitik „selektiver Eigenständigkeit“ angesehen. Neben einer Mobilisierung regionaler Ressourcen



Abb. 5: Potenzielle positive Auswirkungen des regionalen Wirtschaftskreislaufs (WKL)



Einige kurz- und mittelfristige Nachteile des regionalen Wirtschaftskreislaufs lauten: rasche und starke Globalisierung, geringer Marktanteil, kleinere Ziel-/Konsumgruppen, hoher Wettbewerb, Abhängigkeit von verschiedenen Institutionen, komplizierte Auswertung von Ergebnissen, schwierige Einführung.

#### Gibt es in diesem Sinn gute Möglichkeiten für regionale Wirtschaftskreisläufe?

Mit dem gesellschaftlichen Wandel während der letzten Jahrzehnte veränderten sich zahlreiche räumliche und zeitliche Grenzen. In der Ernährung zeigte sich diese Entwicklung in einer Raum-Zeit-Entkopplung von Produktion, Verarbeitung und Konsum. Steigender Energieverbrauch, eine wachsende Anonymisierung, Lebensmittelskandale und ein rascher Strukturwandel im ländlichen Raum sind Beispiele für die problematische Seite dieses Wandels. Viele Konsumenten, Umweltverbände und die Politik, aber auch Landwirtschaft, Kleingewerbe und Handel knüpfen seit einigen Jahren große Hoffnungen an regionale Produktorganisationen, welche die Produktionsketten wieder stärker koppeln und kleine, regionalisierte Produktionskreisläufe schaffen wollen.

Meiner Meinung nach stellen die regionalen Wirtschaftskreisläufe eine kurz- oder mittelfristige Lösung zur Beseitigung komplexer regionaler Disparitäten dar. Gleichzeitig können sie aber auch ein wichtiges Förderungsinstrument der Regionalentwicklung sein. Wenn sie erfolgreich sind (in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht), vergrößert sich ihre räumliche Dimension (d. h. andere Regionen profitieren ebenfalls) und es gibt keine regionalen Wirtschaftskreisläufe im engeren Sinn mehr. Aus der slowenischen Perspektive bieten die regionalen Wirtschaftskreisläufe momentan nur wenige Chancen für das Überleben der kleineren ländlichen Gebiete. Für einen starken regionalen Wirtschaftskreislauf brauchen wir jedoch einen theoretischen und praktischen Konsens zwischen der Wirtschaft, Landwirtschaft, Ökologie, dem Staat, dem Regional-/Weltmarkt usw. Eine entscheidende Rolle spielen dabei auch die Konsumenten.

#### Literatur

Agricultural policy towards rural development, 1999. Poročilo Republike Slovenije za 30. konferenco FAO (12.-23.11.1999), Rim, S.4.

Barbič, Kladnik, Kovačič, Rupena-Osolnik, Hribernik, 1984, Mešane kmetije kot dejavnik razvoja kmetijstva in podeželja. Biotehniška fakulteta, Ljubljana, S.64-90.

Državni razvojni program 2001-2006, 2002.

- Hofer, K., Stalder, U., 2000, Regionale Produktorganisationen als Transformatoren des Bedürfnisfeldes Ernährung in Richtung Nachhaltigkeit? Potenziale-Effekte-Strategien. *Geographica Bernensia*, P 37. Geographisches Institut der Universität Bern, Bern, 249 S.
- Ilbery, B. (ed.), 1998, *The Geography of Rural Change*. Longman, UK, 267 S.
- Izhodišča, sestavine in problemi celovitega razvoja podeželja v Sloveniji, 1995. Zbornik posveta. Biotehniška fakulteta et al., Ljubljana, 250 S.
- Kladnik, D., 1999, Leksikon geografije podeželja. Inštitut za geografijo, Ljubljana, 318 S.
- Klemenčič, V., 1991, Tendence spreminjanja slovenskega podeželja. *GV 63*. Ljubljana, 15 S.
- Kovačič, M., 2000, Razvojne dileme slovenskega kmetijstva ob približevanju EU. Slovenija proti Združeni Evropi. Ljubljana, 7 S.
- Kovačič, M., 2000, Razvojno-tipološka členitev podeželja v Republiki Sloveniji. Biotehniška fakulteta, Oddelek za agronomijo, Inštitut za agrarno ekonomiko, Ljubljana, S. 112-114.
- Kovačič, Udovč, Fabijan, Čebulj, Perpar, Kramarič, 2000, Zasnova strategije razvoja kmetijstva in dopolnilnih dejavnosti na območju MO Ljubljana. Biotehniška fakulteta, Oddelek za agronomijo, Inštitut za agrarno ekonomiko, Ljubljana, S. 40.
- Maier, J., 2002, Regional economic cycles as an instrument of a sustainable regional development in rural areas. *Dela 17*, Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Ljubljana, 12 S.
- Malinen, Jussila, Häkkinen (ur.), 1993, Finland's National Rural Policy facing the Challenge of European Integration. University of Oulu, Oulu, 222 S.
- Marušič, I., 2000, Trajnostno regionalno razvojno načrtovanje. Zbornik rezultatov projekta. Regionalni center za okolje za Srednjo in Vzhodno Evropo, Ljubljana, S. 50-57.
- Mühlinghaus, S., 2002, Eigenständige Regionalentwicklung als Strategie für periphere ländliche Räume? Eine Untersuchung aus dem Schweizer Berggebiet. *Geographica Helvetica*, Heft 2, 57. Jahrgang, 2002. Basel, S. 127-134.
- Popis kmetijskih gospodarstev v Republiki Sloveniji, junij 2000, 2000. Osutek vprašalnika. SURS, Ljubljana, 9 S.
- Potočnik, I., 2000, Družbenogeografske značilnosti kmetijstva v Ljubljanski kotlini (na izbranih primerih). Filozofska fakulteta, Oddelek za geografijo, Ljubljana, 209 S.

- Potočnik, I., 2001, Geographical aspect of rural areas : transformation in Slovenia. *Bull. - Soc. géogr. Liege*, vol. 41, S. 69-76.
- Potočnik, I., 2002, Geografski vidik dopolnilnih dejavnosti na slovenskih kmetijah = Geographical aspects of supplementary activities on farms in Slovenia. *Sodob. kmet.*, 2002, letn. 35, št. 2, S. 82-90.
- Statistične informacije, 2000, št. 34/2000. SURS, Ljubljana, S. 10, 11.
- Statistični letopis Republike Slovenije 1999. Statistični urad Republike Slovenije, Ljubljana, S. 645.
- Statistični letopis Republike Slovenije 2000. Statistični urad Republike Slovenije, Ljubljana, S. 679.
- UL RS, št. 32/2001 (04.05.2001).
- UL RS, št. 46/2001 (08.06.2001).
- Verbič, D., 1999, Slovensko podeželje: katalog turističnih kmetij. Združenje turističnih kmetij Slovenije, Ljubljana, 200 S.
- Zakon o kmetijstvu, 2000. Ljubljana, 38 S.

## Der slowenische Kongresstourismus im Vorfeld der EU-Osterweiterung

Milena Lebar

### Einleitung

In den letzten 10 Jahren erlebte der slowenische Tourismus eine relative Geschäfts- und Entwicklungsstagnation. Schuld daran tragen die Balkankriege und un stabile politische Verhältnisse in unserer Nachbarschaft, der Privatisierungsprozess und die Denationalisierung, die übertriebene Institutionalisierung des Fremdenverkehrswesens sowie die ungenügende touristische Entwicklungspolitik und die zergliederte und unterentwickelte touristische Infrastruktur.

Slowenien bestimmte im Jahr 1995 die erste Strategie der Entwicklung des slowenischen Tourismus in Form einer Resolution. Danach basiert das touristische Angebot auf fünf Bereichen: den Kurorten, der Küste mit dem Karstgebiet, den Bergen und Seen, den ländlichen Gebieten und den Städten.

Das Grundentwicklungsprogramm in diesen Bereichen beinhaltete Formen des Übernachtungs- und des Tagestourismus, jedoch ohne bedeutsame Erkennbarkeit der touristischen Produkte. Es wurden auch quantitative Ziele der touristischen Entwicklung gesetzt. Die Planungen sahen 6 Millionen Touristen pro Jahr mit 12 Mio. Übernachtungen vor, die einen Zustrom von 3,5 Mrd. US-Dollar ins Land bringen sollten. Diese touristische Politik erwies sich in den letzten Jahren als unwirksam. Die Zahl der Touristen blieb unter 2 Millionen pro Jahr (1999: 1.749.532) und die Zahl der Übernachtungen betrug jeweils 6 Millionen (1999: 6.056.563). Die Deviseneingänge haben im Jahr 1999 etwa 1 Mrd. USD betragen. Diese alarmierende Situation bewirkte, zusammen mit dem Beitrittswunsch Sloweniens zur EU, eine allgemeine Problemdiskussion. Das Resultat ist eine neue Strategie des slowenischen Tourismus für die Jahre 2002-2006, bestätigt von der Regierung der Republik Slowenien im Juli 2002. Das neue Entwicklungsparadigma des slowenischen Tourismus setzt einige Grundveränderungen durch, wie z. B. eine radikale Wendung vom staatlichen zum unternehmerischen Modell der touristischen Entwicklung. So werden in Zukunft die touristischen Unternehmen und ihre Geschäftsnetze die Hauptakteure des slowenischen Tourismus sein und nicht mehr die lokalen touristischen Organisationen.

Die neue Strategie ist selektiv und hebt 10 Schwerpunkte hervor:

1. den Tourismus der Kurorte,
2. den Glücksspiel- und Vergnügungstourismus,
3. den Geschäftstourismus,
4. den Tourismus des Karstgebietes,

5. das touristische Gebiet der Julischen Alpen,
6. den Tourismus an der slowenischen Küste,
7. das touristische Gebiet von Pohorje und Maribor mit Umgebung
8. den 3-E-Tourismus,
9. den 3-A-Tourismus,
10. den 3-D-Tourismus.

Das soll nicht bedeuten, dass diese Vorrangliste nicht mit anderen Bereichen des Tourismus ergänzt wird, wie z.B. mit den touristischen Programmen des Natur- und Kulturerbes, dem Wintersport, dem Nautik-Tourismus, dem Tourismus der ländlichen Gebiete etc.

Das Forschungsgebiet der Autorin sind zurzeit die raumwirksamen Elemente des Kongresstourismus in Slowenien. In der neuen Strategie ist der Kongresstourismus in Slowenien das erste Mal in einem politischen Kontext erwähnt worden. Er wurde unter der Programmrichtlinie „Geschäftstourismus“ definiert. Die Tatsache, dass der Kongresstourismus nach wie vor expandiert und nach neuen Veranstaltungsorten sucht, ist für Slowenien eine große Herausforderung. Ziel dieses Beitrags ist es, Slowenien als eine „alte/neue“ Kongress-Destination im Vorfeld der EU Osterweiterung vorzustellen.

### Kongresstourismus in Slowenien

Der Kongress- bzw. Konferenztourismus, inklusive des Seminar- und Tagungstourismus, ist ein Segment des Geschäftsreisetourismus und befindet sich damit in einer Kategorie mit den individuellen Geschäfts-/Dienstreisen, mit Messe- und Ausstellungsreisen und dem Incentive-Reisesegment. Er ist hauptsächlich aufgrund seiner hohen Wertschöpfung bzw. seines großen volkswirtschaftlichen Nutzens seit langem zu einem hart umkämpften Geschäft geworden. Das Kongresswesen ist eine moderne Form des Geschäftsreiseverkehrs und hat einen wichtigen Anteil am gegenwärtigen slowenischen Angebot. Es induziert zudem positive Multiplikatoreffekte für die touristische Entwicklung in der Zukunft. Slowenien hat ein komplementäres Kongressangebot: Kongresszentren, Kongresshotels und Kongresshallen sowie eine größere Zahl an Anbietern von Kongressveranstaltungen. Dem Statistischen Bundesamt Sloweniens fehlen Daten, die für eine empirische Untersuchung des Kongresstourismus relevant wären. Es stehen keine Angaben über die Gesamtzahl der Kongresse oder ihrer Teilnehmer zur Verfügung. Seit der Trennung von Jugoslawien existiert kein nationales Kongressbüro mehr, die Vorbereitungen dafür laufen aber seit Jahren. Die slowenischen Kongressveranstalter werden mit Hilfe der Regierung im Jahr 2003 die Gründung eines nationalen Kongressbüros fördern. Slowenische Kongresszentren sind in der Regel für Kongresse bis zu 500 Teilnehmern geeignet. Logistisch können in Ljubljana und Portorož auch Kongresse mit 1.000 bis 2.000 Teilnehmern stattfinden. Neben den traditionellen slowenischen Kongresszent-

ren Bled (Festivalna dvorana), Portorož (Auditorium und Grand Hotel Emona) und Ljubljana (Kultur- und Kongresszentrum Cankarjev dom, Grand Hotel Union) setzten sich in den letzten Jahren immer mehr neue Kongressorte durch, wie z. B. Maribor mit dem Hotel Habakuk, die Kurorte Radenci, Terme Čatež, und andere touristische Orte, die das Kongresswesen gemäß ihren Richtlinien und Standortvorteilen entwickeln.

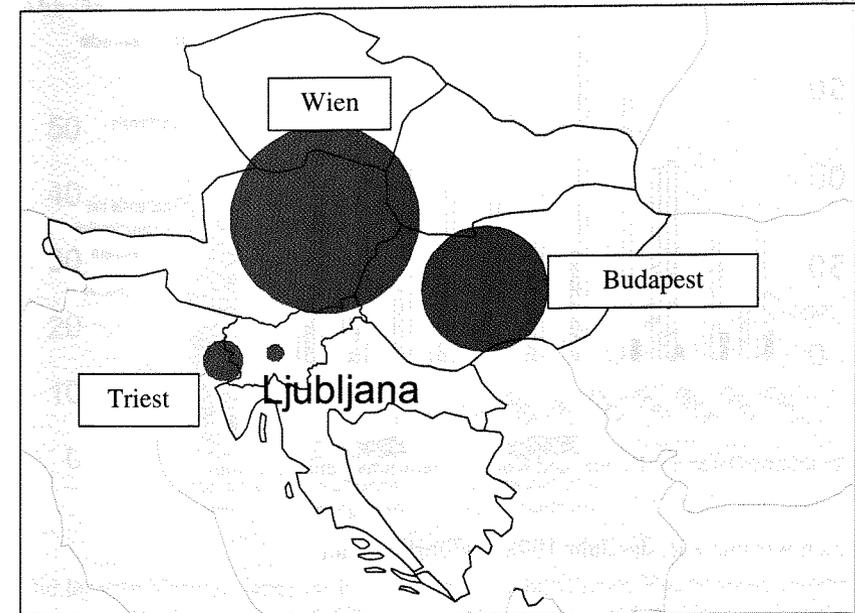
Im Rahmen der Vorbereitung zur Gründung des nationalen slowenischen Kongressbüros wurde eine informative Umfrage bei slowenischen Kongressveranstaltern gemacht. Es sind aber nicht alle Veranstalter, wie z. B. die Fakultäten und die Incentive-Reisen einbezogen worden. Trotzdem ergab die Umfrage ein interessantes Bild. Im Jahr 2000 fanden in Slowenien 2.038 Kongressveranstaltungen statt. Darunter waren 253 internationale Veranstaltungen, 444 nationale Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung und 1.339 nationale Veranstaltungen. Die meisten Veranstaltungen hatten bis zu 50 Teilnehmer (1.390), 483 Veranstaltungen bis zu 200 Teilnehmer, 101 Veranstaltungen bis zu 500 Teilnehmer, 35 Veranstaltungen bis zu 1.000 Teilnehmer und 29 Veranstaltungen mehr als 1.000 Teilnehmer. Realisiert wurden etwa 200.000 Übernachtungen (3,3% aller Übernachtungen) Analysiert man diese Situation nach internationalen Kriterien, die z. B. von der UIA (*Union of International Association*) gesetzt werden und die weltweit gelten, erhält man ein anderes Bild. Die UIA-Kriterien sind folgende: ein Kongress gilt als international, wenn er wenigstens 300 Teilnehmer hat. Davon müssen 40% aus dem Ausland kommen und zwar wenigstens aus 5 Staaten. Mindestdauer eines Kongresses sind 3 Tage. Weltweit erfüllen sehr viele Kongresse diese Kriterien nicht. Demnach fanden in Slowenien nur 16 internationale Kongressveranstaltungen statt. Es verbleibt eine komparative Präsentation der Kongressstandorte, anerkannt durch die UIA.

#### Fallstudie: Ljubljana

Ljubljana liegt sehr nah zu den größten Kongresskonkurrenten wie Budapest, Wien und Triest.

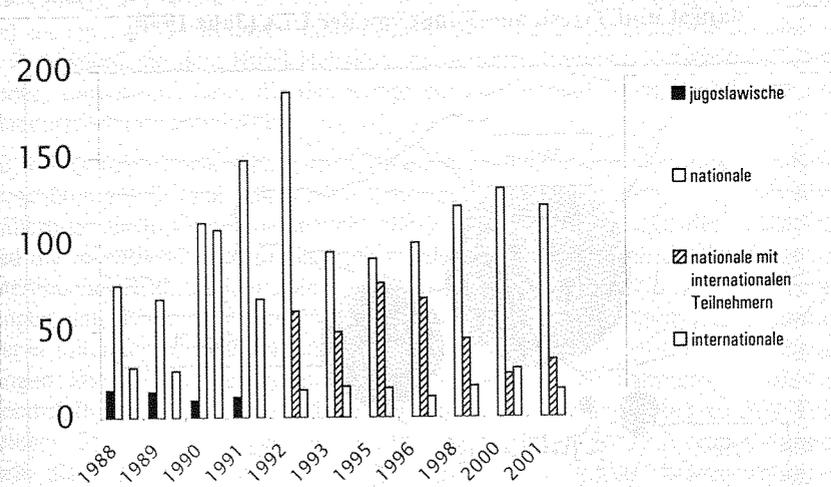
Die Fallstudie bezieht sich auf eine Analyse der Kongresse im Kultur- und Kongresszentrum Cankarjev dom in Ljubljana von 1988 bis 2001.

Abb. 1: Internationale Kongressveranstaltungen in Ljubljana, Wien, Budapest und Triest, anerkannt von der UIA (Jahr 1998)



Nach dem erfolgreichen Kongressjahr 1990 gab es einen gewaltigen Rückgang. Der Bürgerkrieg hatte in den Jahren 1991 und 1992 verständlicherweise Einfluss auf die internationalen und nationalen Kongresse. Während die Zahl der ersteren stark zurückging, stieg die Zahl der nationalen Kongresse, hauptsächlich wegen der zunehmenden Zahl von Kongressen der politischen Parteien. Aufgrund des Krieges im Juni 1991, der Verkehrsblockade, der Nichtanerkennung Sloweniens und der unterbrochenen Kommunikation zwischen Slowenien und den anderen Republiken Ex-Jugoslawiens fanden in der zweiten Hälfte des Jahres 1991 keine Kongresse statt. Abgesagt wurden 115 Veranstaltungen (88 nationale und 27 internationale). Vom „Punkt Null“ musste man schnell wieder starten. Es folgten Jahre des „Wiederaufbaus“ neuer Kontakte, auch auf dem Kongressmarkt. Die Resultate zeigten nach und nach ein ermutigendes Bild.

Abb. 2: Kongressveranstaltungen im Cankarjev dom von 1988 bis 2001



Quelle: Interne Daten des Kultur- und Kongresszentrums Cankarjev dom

Schauen wir uns z.B. das Jahr 1998 ausführlicher an:

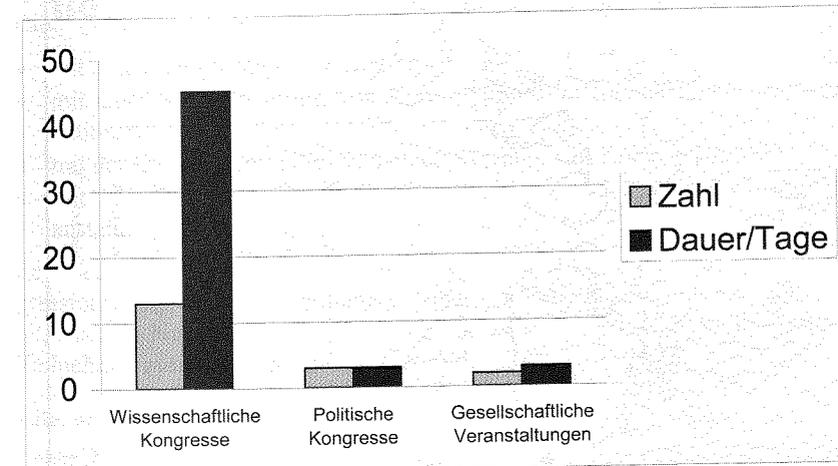
Tab. 1: Kongressveranstaltungen im Cankarjev dom 1998

Veranstaltung	Zahl	Teilnehmer	Tage
International	18	8.485	45
National mit internationaler Beteiligung	45	21.820	78
National	121	99.142	175
<b>Gesamt</b>	<b>184</b>	<b>129.447</b>	<b>304</b>

Im ganzen Jahr wurden 184 Veranstaltungen durchgeführt, darunter 18 internationale Kongresse, 45 nationale mit internationaler Beteiligung und 121 nationale. Insgesamt nahmen 129.447 Teilnehmer teil, 8.485 an den internationalen, 21.820 an den nationalen mit internationaler Beteiligung und 99.142 an den nationalen Kongressen. Für die Analyse des Kongresstourismus sind jene Veranstaltungen interessant, die mindestens eine Übernachtung haben. Die Zahl der Übernachtungen ist von der Dauer der Veranstaltung abhängig. Diese liegt bei

den internationalen Kongressveranstaltungen am höchsten und betrug für das Jahr 1998 durchschnittlich 2,8 Tage.

Abb. 3: Internationale Kongresse im Cankarjev dom im Jahr 1998 nach Art, Anzahl und Dauer

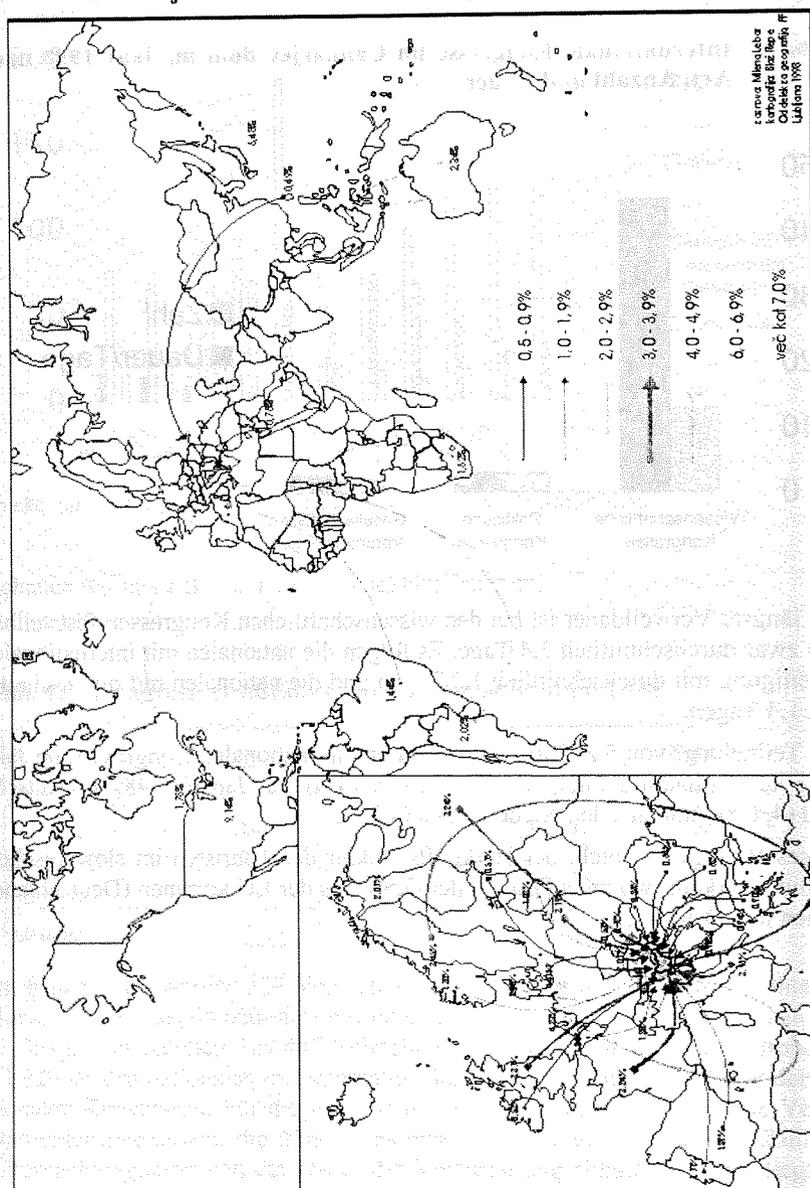


Die längste Verweildauer ist bei den wissenschaftlichen Kongressen feststellbar und zwar durchschnittlich 3,4 Tage. Es folgen die nationalen mit internationaler Beteiligung mit durchschnittlich 1,7 Tagen und die nationalen mit durchschnittlich 1,4 Tagen.

Die Teilnehmer von 5 zufällig ausgewählten internationalen Kongressen im Jahr 1998 kamen hauptsächlich aus den USA (9,14%), aus Japan (6,48%), Deutschland (4,41%) und aus den Niederlanden (4,23%).

Dieses Bild gleicht nicht der Herkunftsstruktur der Touristen im slowenischen Fremdenverkehr, wo zwei Drittel aller Gäste aus der EU kommen (Deutschland, Italien und Österreich).

**Abb. 4: Ausländische Teilnehmer von fünf ausgewählten Kongressen im Cankarjev dom im Jahr 1998**



### Schlussbemerkungen

Der slowenische Kongresstourismus ist gewissermaßen eine Marktnische des qualitativen touristischen Angebotes und ein schmales Segment der touristischen Nachfrage; strebt aber, wie schon erwähnt, einer Expansion entgegen.

In der Zeitspanne 2002 bis 2006 ist eine Zunahme von Kongressaktivitäten und damit des Kongresstourismus geplant, und zwar:

- mit einem langfristigen Marketing
- mit einer Spezialisierung von Kongressdienstleistungen und Kongressdestinationen
- mit der Entwicklung eines vernetzten Systems von Kongresszentren
- mit der Einführung von qualitativen Standards und Regeln für Kongressveranstalter.

Letztlich ist es für die Regionalentwicklung wichtig, dass man auch im Kongresstourismus in Slowenien eine nachhaltige Entwicklung anstrebt. Das bedeutet, dass ein Netz von Kongresszentren entwickelt werden sollte, die bis zu 500 Teilnehmer aufnehmen können.

### Literatur

Lebar, M. (1999), Geographischer Aspekt des Kongress- und Messtourismus in Slowenien. Diplomarbeit, Lehrstuhl Geographie, Philosophische Fakultät der Universität Ljubljana.

Mihalič, T. (1999), Zusammenfassung der strategischen Sektorrichtlinien und Entwicklungsprogramme im Tourismus. Ökonomische Fakultät der Universität Ljubljana.

Strategie des Slowenischen Tourismus 2002-2006 (2002), Wirtschaftsministerium der Republik Slowenien.

### Quellen

Interne Daten der Kongressabteilung im Cankarjev dom, 2002.

Statistisches Jahrbuch der UIA, 1999.

## Junge Menschen in Deutschland und ihr Verständnis von Europa und seinen Grenzen

Daniel Fuß

### Einleitung

Wenn es um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche europäische Integration und die anstehende Osterweiterung geht, begegnet man in der gegenwärtigen Diskussion häufig dem Schlagwort einer europäischen Identität. Inwieweit diese normative Forderung eines europäischen Solidaritätsgefühls jedoch empirisch fundiert ist, bleibt zumindest in der politischen Rhetorik weitgehend unreflektiert. Im Bereich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung gibt es dagegen einen immer umfassenderen Literaturbestand zu dieser Thematik (vgl. z.B. Henrichsmeyer 1995, Breakwell 1996, Pollak 1998, Schwengel 2000, Tibi 2001, Kaelble 2001). Es fällt jedoch auf, dass die bisherigen Bemühungen zu recht heterogenen Befunden in Bezug auf die Grundlagen einer kollektiven Identität der Europäer im Verhältnis zu regionalen und nationalen Bezügen geführt haben. Weder herrscht Einigkeit darüber, ob man zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt von der Existenz einer europäischen Identität sprechen kann, noch wie es um deren Tragfähigkeit bestellt ist. Und auch zum jeweils zugrunde gelegtem Verständnis von Europa finden sich nur wenige Hinweise.

Die Frage, was junge Menschen mit dem Begriff Europa verbinden und wo für sie die Grenzen Europas liegen, soll deshalb im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags stehen. Anhand von empirischen Daten aus dem internationalen Forschungsprojekt „Youth and European Identity“ wird zum einen erkundet, welche Bedeutung bestimmte Aspekte in Bezug auf Europa haben. Zum anderen soll ermittelt werden, inwieweit drei bewusst ausgewählte Länder – die Tschechische Republik, Estland und die Türkei – als Teil von Europa aufgefasst werden und welche Faktoren für die jeweilige Klassifikation relevant sind. Zunächst gilt es jedoch, den spezifischen Hintergrund der nachfolgenden Analysen etwas genauer zu charakterisieren.

### Das Dilemma der Osterweiterung

Die von den Regierungschefs der Europäischen Union auf dem Gipfel von Kopenhagen im Dezember 2002 beschlossene Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern markiert eines der ehrgeizigsten Vorhaben im Zuge der europäischen Integration. Mit dem Beitritt der beiden Mittelmeer-Inselstaaten Zypern und Malta sowie den mittelosteuropäischen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Tschechischen und Slowakischen Republik, Ungarn und Slowenien wächst die Gemeinschaft auf mehr als 450 Millionen Bürger an, die auf einer Fläche von

vier Millionen Quadratkilometern leben und ein den USA vergleichbares Bruttoinlandsprodukt erwirtschaften. Vorangetrieben wird dieser Prozess von großen Hoffnungen und Erwartungen, die die politisch Verantwortlichen mit der Erweiterung Europas verbinden:

„In Kopenhagen haben wir ein neues Kapitel in der europäischen Geschichte aufgeschlagen. Mit der endgültigen Überwindung der gewaltsamen Teilung unseres Kontinents können wir das europäische Werk vollenden. Dieses Europa bedeutet weit mehr als Binnenmarkt. Dieses Europa bedeutet ein politisches Gemeinwesen, das sich auf der Grundlage einer gemeinsamen europäischen Kultur und Lebensweise begreift. Diese Grundlage ist das ganz einzigartige europäische Sozial- und Gesellschaftsmodell, das auf umfassender Teilhabe und den Prinzipien der Aufklärung beruht.“ (Auszug aus der Regierungserklärung des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Kopenhagen vom 19.12.2002)

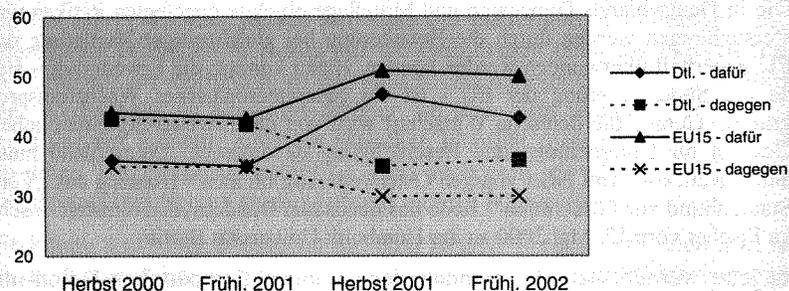
„Die Erweiterung liegt gerade für Deutschland im obersten nationalen Interesse. Die in Deutschlands Dimension und Mittellage objektiv angelegten Risiken und Versuchungen werden durch die Erweiterung bei gleichzeitiger Vertiefung der EU dauerhaft überwunden werden können. Hinzu kommt: die Erweiterung - siehe die Süderweiterung der EU - ist ein gesamteuropäisches Wachstumsprogramm. Gerade die deutsche Wirtschaft wird von der Erweiterung einen hohen Gewinn für Unternehmen und Beschäftigung davontragen. Deutschland muss daher weiter Anwalt einer zügigen Osterweiterung bleiben.“ (Auszug aus „Vom Staatenbund zur Förderation“, Rede des deutschen Bundesaußenministers Joschka Fischer vom 12. Mai 2000 an der Humboldt Universität Berlin)

Bereits jetzt werden 40% des Handels der gesamten Europäischen Union mit Mittel-Osteuropa über Deutschland abgewickelt; das Außenhandelsvolumen Deutschlands mit den östlichen Beitrittskandidaten liegt fast auf gleichem Niveau wie mit den USA. Nahezu alle Experten sind sich darin einig, dass die bevorstehende Erweiterung langfristig zu einem Gewinnspiel für die europäische Gemeinschaft wird, von dem sowohl die alten als auch die neuen Mitglieder profitieren (vgl. Breska 2000).

Im Gegensatz zu den politischen Eliten hält sich die Euphorie und Aufbruchstimmung innerhalb der Bevölkerung allerdings in Grenzen. Je näher der Beitrittstermin rückt und je konkreter die Verhandlungsschritte werden, desto häufiger scheint der Erweiterungsprozess von Skepsis, Furcht, Desinteresse oder Ablehnung begleitet zu sein. Einen Hinweis darauf erhält man, wenn man sich die Einstellungen der Menschen zur Osterweiterung betrachtet, nach denen bei den zweimal jährlich im Auftrag der Europäischen Kommission in allen Mitgliedsstaaten durchgeführten Meinungsumfragen (Standard-Eurobarometer) unter anderem gefragt wird. Zwar lässt sich für die letzten zwei Jahre ein genereller Anstieg der Befürwortung bei den deutschen Befragten sowie dem Durchschnitt der Bürger der fünfzehn EU-Staaten feststellen, allerdings weist diese

Zustimmung seit Herbst 2001 eine leicht rückläufige Tendenz auf. Der Anteil ablehnender Antworten bleibt dagegen stabil bzw. wächst sogar. Im Frühjahr 2002 votierte exakt die Hälfte der befragten EU-Bürger gegen die Osterweiterung bzw. äußerte keine Meinung dazu. Die unterschiedlichen Entwicklungsverläufe in Abb. 1 machen darüber hinaus deutlich, dass es erhebliche nationale Variationen im Antwortverhalten gibt. So gehört Deutschland neben Frankreich, Österreich und Großbritannien regelmäßig zu den Ländern, die innerhalb Europas die geringsten Zustimmungsraten aufweisen. Zwar gibt es auch in Deutschland mittlerweile mehr Befürworter als explizite Gegner der Osterweiterung; von einer Unterstützung von über 60% wie in Dänemark, Griechenland, Schweden oder Italien sind diese Werte jedoch relativ weit entfernt.<sup>1</sup>

**Abb. 1: Entwicklungsverlauf der Zustimmung/Ablehnung zur EU-Osterweiterung**



Auch im Hinblick auf die Priorität der Osterweiterung erweisen sich die Deutschen als relativ zurückhaltend im Vergleich zum Durchschnitt aller EU-Bürger. Während die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die Europäische Union von 27% der EU-Befragten als eine vorrangig zu behandelnde Maßnahme erachtet wird, sind es in Deutschland mit 23% etwas weniger als ein Viertel der befragten Bürger (vgl. Eurobarometer 57).

Stellt man die nachlassende bzw. stagnierende Befürwortung der Osterweiterung bei der deutschen Bevölkerung den Positionen der politischen Elite gegenüber, so wird eine Diskrepanz deutlich, die für die politische Zukunft der Europäi-

<sup>1</sup> Vergleicht man die Befürwortung der Osterweiterung zwischen Ost- und Westdeutschland, dann lässt sich für die ostdeutschen Befragten mittlerweile eine höhere Zustimmung und eine kontinuierliche Abnahme der Zahl der Gegner im betrachteten Zeitraum feststellen. Bei den Befragten aus den alten Bundesländern hat die Zustimmung dagegen seit Herbst 2001 deutlich nachgelassen, gleichzeitig ist die Ablehnung um zwei Prozentpunkte gestiegen.

schen Union weit reichende Folgen haben kann. Die zunehmende Skepsis in großen Teilen der Bevölkerung kann zu einem Mangel an politischer Unterstützung für das Projekt Europa führen und damit den außerordentlich zustimmungsbedürftigen Erweiterungsprozess in erhebliche Schwierigkeiten bringen.<sup>2</sup> Dieser Situation, in der Befürchtungen über steigende Kosten und geringere Subventionsleistungen, unkontrollierte Arbeitsmigration und Billiglohn-Konkurrenz sowie Ängste vor organisierter Kriminalität und Korruption die Einstellungen der Menschen zunehmend dominieren, wird von Seiten der politischen Elite oftmals mit einer Rhetorik von der gemeinsamen europäischen Identität begegnet. Dabei bleibt jedoch in der Regel unklar, was unter diesem Gemeinschaftsgefühl verstanden wird, worauf es sich bezieht und inwieweit es das Problem unzureichender politischer Legitimation zu lösen vermag (vgl. Walkenhorst 1999).

Die folgenden Analysen gehen deshalb zum einen der Frage nach, inwieweit junge Menschen Europa tatsächlich mit der Europäischen Union identifizieren und welche Bedeutung anderen Merkmalen hierbei zukommt. Zum anderen gilt es zu prüfen, in welchem Ausmaß bestimmte Länder überhaupt als Bestandteil Europas angesehen werden und von welchen Faktoren diese Entscheidungen über Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit beeinflusst werden. Denn bevor man in Anlehnung an Habermas (2001: 101) im Sinne einer europäischen Identität danach fragen kann, ob nicht nur Schweden und Portugiesen bereit sind, füreinander einzustehen, sondern ob auch Deutsche und Franzosen für Polen und Tschechen eintreten würden, sollte zunächst geklärt werden, inwieweit diese Länder überhaupt als europäisch angesehen werden.

### Die empirische Grundlage

Die hier vorgestellten Analysen basieren allesamt auf Daten des Forschungsprojekts "Orientations of Young Men and Women to Citizenship and European Identity". Im Mittelpunkt dieser internationalen Studie, die im Rahmen des 5<sup>th</sup>

<sup>2</sup> Ein Beispiel für diese Problematik einer unzureichenden politischen Unterstützung der Osterweiterung durch die Bevölkerung kann in der Ratifizierung der Nizza-Verträge in Irland gesehen werden. Obwohl es in diesen Verträgen primär um institutionelle Veränderungen innerhalb der bestehenden EU ging, entzündete sich vor dem Referendum eine öffentliche Debatte über den Sinn und Zweck der Erweiterung. Bei der ersten Abstimmung im Juni 2001 sprachen sich knapp 54% Prozent der Wähler gegen das Abkommen aus; mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten nahm an der Abstimmung gar nicht erst teil. Erst in einem zweiten Versuch konnte das Vertragswerk von Nizza ratifiziert werden. Bedenkt man, dass die geplanten Beitritte laut Artikel 49 des EU-Vertrags durch alle Vertragsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert werden müssen, dann wird der enorme Zündstoff deutlich, der in einer mangelnden Befürwortung der Osterweiterung liegt.

*Framework Programme* von der Europäischen Kommission finanziert wird, steht der europäische Einigungsprozess und die damit verbundene Frage, welche Einflüsse hiervon auf das Selbstverständnis junger Menschen und ihre Vorstellungen von Staatsbürgerschaft ausgehen. Neben der Bundesrepublik Deutschland sind mit Österreich, Großbritannien und Spanien drei weitere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union an der Studie beteiligt; ergänzt wird das Forschungsdesign durch die Tschechische und Slowakische Republik als zukünftigen Mitgliedsstaaten.<sup>3</sup> Auf nationaler Ebene wurden zusätzlich jeweils zwei Städte als "Repräsentanten" von Regionen mit unterschiedlichen ökonomischen, politischen bzw. kulturellen Rahmenbedingungen ausgewählt. Für die Bundesrepublik Deutschland fiel die Wahl auf Chemnitz als "Vertreter" der fünf neuen Bundesländer und Bielefeld als vergleichbare Stadt der alten Bundesländer.<sup>4</sup> Im Frühsommer 2002 fand in allen Städten eine Befragung von 400 zufällig ausgewählten Personen im Alter von 18 bis 25 Jahren statt. Der bei den telefonischen Interviews zum Einsatz gekommene Fragebogen enthielt neben einer Vielzahl standardisierter Instrumente zu Themen der europäischen Integration, der politischen Einstellungen, der Konstruktion kollektiver Identitätsbezüge sowie der biographischen Situation der Studienteilnehmer auch Fragen zum allgemeinen Verständnis von Europa und dessen Grenzen. Bevor jedoch die entsprechenden Befunde im Einzelnen vorgestellt werden, soll kurz ein Blick auf die relevanten Merkmale der deutschen Stichproben geworfen werden.

Von den 400 befragten Personen in Chemnitz sind 223 männlichen und 177 weiblichen Geschlechts. Das entspricht einem Verhältnis von 55,7% zu 44,3%, was nahezu exakt die tatsächlich vorhandene Überrepräsentation männlicher Personen dieser Altersgruppe in der Stadtbevölkerung widerspiegelt. In Bielefeld gestaltet sich das Geschlechtsverhältnis mit 51% zu 49% dagegen ausgeglichen. Das durchschnittliche Alter der Befragten beträgt in beiden Städten ca. 20,5 Jahre. Deutliche Unterschiede zwischen der Chemnitzer und der Bielefelder Stichprobe zeigen sich bei der Herkunft der Studienteilnehmer. Zwar leben mehr als 90% der Befragten seit mindestens zehn Jahren in der jeweiligen Stadt,

3 Die Gesamtkoordination dieses noch bis 2004 laufenden Forschungsprojekts liegt bei Prof. Lynn Jamieson von der University of Edinburgh. Für die Durchführung der Studie in Deutschland sind neben dem Autor Prof. Klaus Boehnke von der International University Bremen sowie Prof. Bernhard Nauck von der Technischen Universität Chemnitz verantwortlich. Weitere Informationen sowie ausgewählte Ergebnisse finden sich im Internet unter: [www.ed.ac.uk/sociol/youth](http://www.ed.ac.uk/sociol/youth).

4 In Österreich wurden Wien und Bregenz (Vorarlberg), in Spanien Madrid (Kastilien) und Bilbao (Baskenland) sowie in Großbritannien Manchester (England) und Edinburgh (Schottland) ausgewählt. Die Tschechische und Slowakische Republik bilden auf dieser Vergleichsebene im Prinzip zwei "Regionen", die jeweils durch die Landeshauptstädte Prag und Bratislava repräsentiert sind.

allerdings wurden in Bielefeld deutlich weniger Befragte auch dort geboren.<sup>5</sup> Fast jeder fünfte Befragte der Bielefelder Stichprobe stammt aus dem Ausland; in Chemnitz beträgt dieser Anteil weniger als 2%.<sup>6</sup> In Bezug auf den Bildungsstand der Befragten gibt es in Chemnitz mehr Befragte mit Realschulabschluss sowie mehr Studierende. In Bielefeld dominiert das Abitur als höchster Bildungsabschluss, jedoch ohne im Anschluss ein Studium aufzunehmen. In beiden Städten sind junge Männer beim Hauptschulabschluss und junge Frauen bei der Hochschulreife etwas stärker repräsentiert.

### Was macht Europa für dich aus?

Zur Beantwortung dieser Frage nach dem **Grundverständnis** von Europa wurden den Befragten vier Aspekte vorgegeben, die jeweils auf einer Skala von 0 (*überhaupt nicht wichtig*) bis 4 (*sehr wichtig*) bewertet werden sollten. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bildet dabei den mit Abstand bedeutendsten Referenzpunkt in Bezug auf das, was Europa für die Befragten in Chemnitz und Bielefeld ausmacht. Mehr als zwei Drittel sehen in der politischen Allianz ein wichtiges bzw. sehr wichtiges Merkmal Europas. Gleichzeitig wird dem kulturellen Aspekt bestimmter Werte und Traditionen eine hohe Relevanz bescheinigt; eine knappe Mehrheit von 52% der jungen Menschen schätzt diesen Aspekt als wichtig bzw. sehr wichtig ein. Interessanterweise wird die Bedeutung der zwei verbleibenden Merkmale – die gemeinsame Euro-Währung und die geographische Lage – von den Chemnitzer Befragten stärker betont als von den Bielefeldern; der geographischen Lage kommt hier sogar eine höhere Relevanz zu als der europäischen Wertegemeinschaft.<sup>7</sup> Bemerkenswert ist darüber hinaus die Tatsache, dass dem kulturellen Aspekt bestimmter Werte und Traditionen von jungen Frauen signifikant mehr Bedeutung beigemessen wird als von den männlichen Befragten. Auch die gemeinsame Währung spielt bei den weiblichen Befragten eine etwas wichtigere Rolle. Ein analoges Bild ergibt sich, wenn

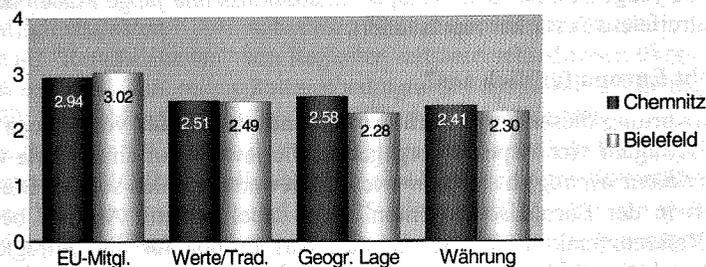
5 Die relativ hohe Zahl von "Einheimischen" ergibt sich aus der Art der Stichprobengewinnung. Eines der Auswahlkriterien lautete, dass nur Personen, die seit mindestens fünf Jahren mit Hauptwohnsitz in Chemnitz bzw. Bielefeld gemeldet sind, in die Befragung einbezogen werden.

6 Die Mehrzahl der Personen ausländischer Herkunft stammt aus Russland bzw. den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (59 Personen), Polen (21 Personen) und der Türkei (7 Personen).

7 Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass der politische Aspekt einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union nur in Deutschland und der Slowakischen Republik oberste Priorität genießt. In Österreich spielt dagegen die geographische Lage, in Spanien der Euro als gemeinsame Währung sowie in Großbritannien und der Tschechischen Republik die gemeinsamen Werte und Traditionen die zentrale Rolle bei dem, was Europa für die Befragten ausmacht.

man die Herkunft der Studienteilnehmer als Vergleichskriterium heranzieht. Hier sind es die im Ausland geborenen Befragten, denen sowohl der kulturelle als auch der finanzielle Aspekt bei ihrem Verständnis von Europa etwas wichtiger sind.

Abb. 2: Wichtigkeit bestimmter Aspekte Europas (Mittelwerte)



Wenn der Europäischen Union bei jungen Menschen eine derart hohe Bedeutung im Verständnis von Europa zukommt, dann stellt sich natürlich die Frage, mit welchem **Interesse** der Prozess der europäischen Integration verfolgt wird. In ihren Antworten auf eine Liste verschiedener Themen behaupten immerhin 47% der Chemnitzer und 53% der Bielefelder Befragten, großes bzw. sehr großes Interesse an der europäischen Einigung zu haben. Dieses Bild relativiert sich jedoch, wenn man die Aufmerksamkeit, die anderen Themen geschenkt wird, mit berücksichtigt: Arbeits- und Ausbildungschancen (91%), Qualität und Inhalt von Bildung (86%), Gleichberechtigung (71%) sowie Terrorismus, Diskriminierung von Minderheiten und Armut (jeweils 69%). Von den zehn erfragten Themenkomplexen erfährt der europäische Einigungsprozess in beiden Städten im Durchschnitt das geringste Interesse.<sup>8</sup> Je stärker dieses Interesse jedoch ausgeprägt ist, desto wichtiger sind den Befragten auch die EU-Mitgliedschaft ( $r=.33$ ) und die gemeinsame Euro-Währung ( $r=.35$ ) als Merkmale in ihrem Verständnis von Europa.

### Wo liegen die Grenzen Europas

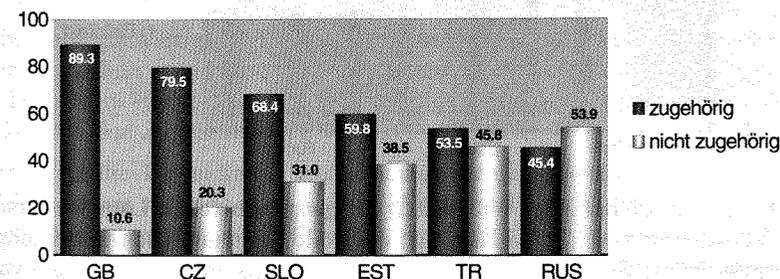
Um weitere Erkenntnisse über die Vorstellungen junger Menschen von Europa zu gewinnen, wurde folgende Frage in die Erhebung mit einbezogen:

8 Mit Ausnahme der beiden Beitrittsstaaten bestätigt sich dieses Bild relativ geringen Interesses an der europäischen Einigung auch in allen anderen Teilstudien. Die Anteile der Personen mit großem bzw. sehr großem Interesse schwanken dabei zwischen 33% in Großbritannien und 54% in Österreich.

Europa hat unterschiedliche Grenzen in den Auffassungen der Menschen. Eine verbindliche Liste mit allen Ländern, die dazugehören, gibt es nicht. Inwieweit glauben Sie persönlich, dass die folgenden Länder ein Teil von Europa sind oder nicht?

Die in Abb. 3 dargestellte Antwortverteilung der Befragten aus Chemnitz und Bielefeld zeigt, dass an der Zugehörigkeit Großbritanniens zu Europa kaum Zweifel bestehen. Die Tschechische und die Slowakische Republik werden ebenfalls von einer deutlichen Mehrheit der Befragten als zu Europa gehörig empfunden. Bemerkenswert ist hier der Unterschied zwischen beiden Ländern: Obwohl beide Staaten noch bis Januar 1993 die Tschechoslowakei bildeten, liegt die Ablehnungsrate bei der Slowakischen Republik mit 31% um mehr als zehn Prozentpunkte höher als bei Tschechien. Inwieweit sich dieser Befund mit der geographischen Entfernung oder anderen Faktoren begründen lässt, wird sich bei den folgenden Analysen zeigen müssen. Auch Estland zählt für eine Mehrheit von knapp 60% der Befragten zu Europa. Die Türkei als EU-Beitrittskandidat im Wartestand ist ebenfalls in den Augen der Mehrzahl der befragten Deutschen ein Teil von Europa.<sup>9</sup> Lediglich im Fall des geographisch und politisch am weitesten entfernten Russland überwiegt die Auffassung, es als außerhalb der Grenzen Europas liegend zu sehen. Allerdings fällt auch diese „Ablehnung“ geringer aus als erwartet werden konnte.

Abb. 3: Zugehörigkeit zu Europa (in Prozent)



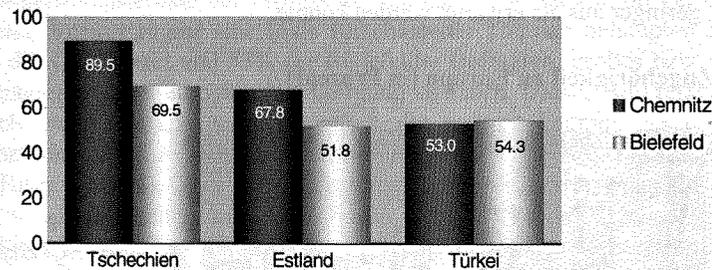
Aus Gründen der Übersichtlichkeit beschränken sich die weiteren Analysen auf drei ausgewählte Staaten – die Tschechische Republik als direkter Nachbar Deutschlands, Estland als weiterer EU-Beitrittskandidat sowie die Türkei als

9 Wird konkret nach der Befürwortung eines Beitritts dieser Länder zur Europäischen Union gefragt, dann ergibt sich eine deutlich geringere Zustimmung. Die Eurobarometer-Daten vom Frühjahr 2002 ergeben für die deutsche Bevölkerung einen Anteil von 43% der Befragten, die sich für einen Beitritt der Tschechischen Republik aussprechen. Im Fall der Slowakischen Republik liegt dieser Anteil bei 35%, bei Estland sind es 37% und bei der Türkei nur 27% (Eurobarometer 57).

„Grenznation“ zwischen Europa und Asien bzw. EU-Mitgliedschaft und privilegierter Assoziation.

Geht man zunächst von der These aus, dass die jeweilige **Entfernung** des Landes eine wichtige Rolle bei der Entscheidung über Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit spielt, dann sollte sich zumindest im Hinblick auf die Tschechische Republik ein Unterschied zwischen den Befragten aus Chemnitz und Bielefeld feststellen lassen. Abb. 4 macht deutlich, dass der Anteil positiver Antworten in der Chemnitzer Stichprobe tatsächlich um 20% höher liegt als in der Bielefelder Stichprobe.<sup>10</sup> Eine ähnliche Differenz zeigt sich bei Estland; in Bezug auf die Türkei existieren dagegen keine nennenswerten Unterschiede.<sup>11</sup> Die festgestellten Unterschiede lassen sich dabei nicht auf die Unterschiede in der Geschlechts- und Bildungsverteilung sowie dem Ausländeranteil beider Stichproben zurückführen. Sowohl in Chemnitz als auch in Bielefeld sind die weiblichen Befragten etwas restriktiver in Bezug auf die Grenzen Europas (mit Ausnahme der Türkei). Und auch der Ausschluss aller nicht in Deutschland geborenen Befragten erbringt kein anderes Resultat.

**Abb. 4: Zugehörigkeit zu Europa (nach Erhebungsort getrennt)**



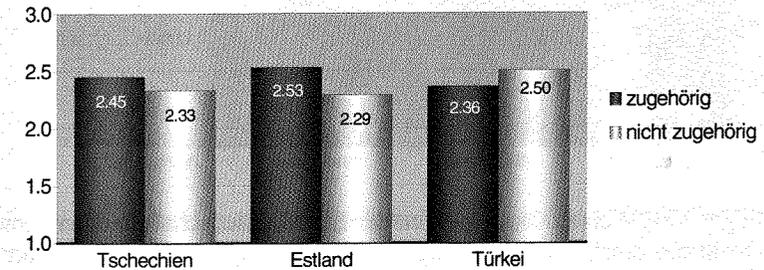
Durch die Einbeziehung der Wichtigkeit der **geographischen Lage** im persönlichen Verständnis von Europa lässt sich die Rolle der räumlichen Entfernung als Kriterium für die Zugehörigkeit noch weiter konkretisieren. Abbildung 5 veran-

<sup>10</sup> Selbst bei den Befragten aus Prag liegt die Zustimmungquote hinsichtlich der Zugehörigkeit des eigenen Landes zu Europa mit 91% nur knapp über dem Wert für die Chemnitzer Befragten.

<sup>11</sup> Vergleicht man dieses Muster noch einmal mit der bereits erwähnten Eurobarometer-Frage zur Befürwortung des Beitritts der einzelnen Bewerberländer, dann ist auch hier für Ostdeutschland ein generell höheres Zustimmungsniveau zu verzeichnen. Demnach stehen 57% der ostdeutschen Befragten einem Beitritt der Tschechischen Republik positiv gegenüber, während es in Westdeutschland nur 39% der Befragten sind. Die entsprechenden Werte für Estland sind 38% zu 37%, für die Türkei 29% zu 26%.

schalicht jeweils die Mittelwerte derjenigen Personen, die das jeweilige Land als zugehörig bzw. nicht zugehörig klassifizieren.

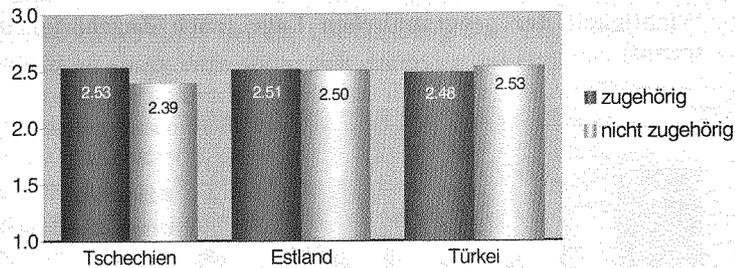
**Abb. 5: Wichtigkeit der geographischen Lage (nach Zugehörigkeit getrennt)**



Die beobachtbaren Unterschiede bei allen drei Ländern legen den Schluss nahe, dass der geographischen Lage durchaus eine Bedeutung bei der Frage nach den Grenzen Europas zukommt. Wer die Tschechische Republik und Estland als Teil von Europa begreift, der misst der geographischen Lage einen etwas höheren Stellenwert bei als die Personen, die beide Länder außerhalb Europas sehen. Damit wird auch ein Teil der oben erwähnten Unterschiede zwischen Chemnitzer und Bielefelder Befragten plausibel, wenn man sich noch einmal die signifikant höhere Relevanz der geographischen Lage innerhalb der Chemnitzer Stichprobe vergegenwärtigt (vgl. Abb. 2). Erwartungsgemäß kehrt sich der Unterschied zwischen „zugehörig“ und „nicht zugehörig“ im Fall der weiter entfernten Türkei um: Hier betonen gerade diejenigen Personen den räumlichen Aspekt stärker, die eine Zugehörigkeit der Türkei verneinen.

Speziell für die Türkei kann darüber hinaus vermutet werden, dass im Hinblick auf den zweiten Aspekt – gemeinsame **Werte und Traditionen** – ebenfalls Unterschiede festzustellen sind. Betrachtet man sich die entsprechenden Mittelwerte in Abb. 6, bestätigt sich diese Annahme zunächst. Die Zugehörigkeit der Türkei wird demnach von denjenigen Befragten eher abgelehnt, die dem kulturellen Aspekt eine höhere Bedeutung beimessen. Bei der in Bezug auf Werte und Traditionen als wesentlich näher empfundenen Tschechischen Republik ergibt sich dieser Unterschied mit umgekehrten Vorzeichen. Insgesamt sind diese Differenzen jedoch als gering einzustufen. Die Entscheidung über die Zugehörigkeit Estlands scheint dagegen überhaupt nicht mit der Wichtigkeit kultureller Werte und Traditionen zusammen zu hängen, was nicht zuletzt auch auf die weitgehende Unbekanntheit der baltischen Kultur bei jungen Menschen in Deutschland zurückzuführen sein dürfte.

Abb. 6: Wichtigkeit bestimmter Werte und Traditionen (nach Zugehörigkeit getrennt)

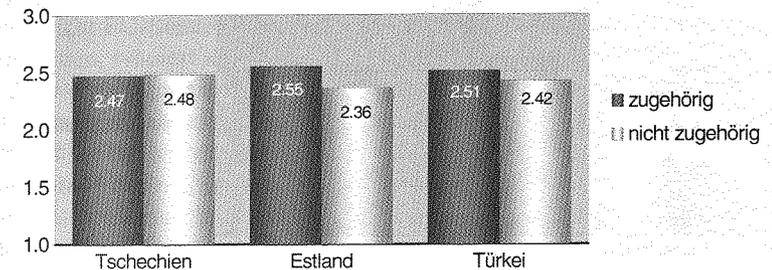


Ein analoger Vergleich zu den Aspekten der EU-Mitgliedschaft und der gemeinsamen Währung erscheint hier weniger aussagekräftig, da zum Zeitpunkt der Datenerhebung eine Entscheidung über den weiteren Fortgang der Beitrittsverhandlungen sowie den Status der einzelnen Kandidaten noch nicht getroffen wurde.<sup>12</sup>

Richtet man den Blick auf das allgemeine **Interesse an der europäischen Integration**, dann ist zu erwarten, dass Personen mit einem stark ausgeprägten Interesse an der europäischen Integration eher bereit sind, die drei genannten Beitrittsaspiranten als europäische Nationen zu begreifen. Ein Blick auf die jeweiligen Mittelwerte belegt, dass diese Annahme zumindest für Estland und die Türkei zutrifft; auch wenn die Unterschiede wiederum eher moderat ausfallen. In Bezug auf die Tschechische Republik bewegt sich das Interesse an der europäischen Einigung dagegen in beiden Gruppen auf einem mittleren Niveau. Das Interesse an der europäischen Integration fungiert damit nur bedingt als Unterscheidungskriterium; wobei allerdings berücksichtigt werden sollte, dass sich die Frageformulierung auch nicht konkret auf die Osterweiterung bezog.

12. Verknüpft man dennoch beide Merkmale mit der Frage der Zugehörigkeit der drei Länder, dann ergeben sich nur geringfügige Unterschiede: Der finanzielle Aspekt einer gemeinsamen Währung ist bei allen drei Ländern denjenigen Befragten etwas wichtiger, die diese Länder als Teile von Europa sehen. Mit Ausnahme der Tschechischen Republik (kein Unterschied) ergibt sich das gleiche Muster auch für den politischen Aspekt der Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

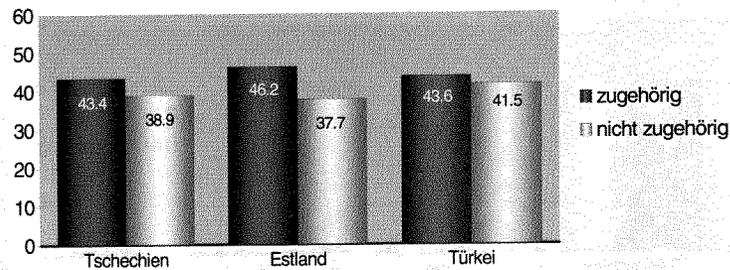
Abb. 7: Interesse an der europäischen Integration (nach Zugehörigkeit getrennt)



Einer weiteren Überlegung zufolge kann es für die Frage eines umfassenderen oder engeren Verständnisses von den Grenzen Europas von Bedeutung sein, inwieweit die Befragten mit der Europäischen Union eher positive oder negative persönliche **Erfahrungen** verbinden. Insgesamt behaupten in der deutschen Stichprobe 42,5% der Befragten, dass sich die EU-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland bisher hauptsächlich positiv auf ihr Leben ausgewirkt hat. Hauptsächlich negative Einflüsse berichten 7,6% der Befragten.<sup>13</sup> Die übrigen Studienteilnehmer verneinen jeglichen Einfluss der deutschen EU-Mitgliedschaft auf persönliche Belange. Betrachtet man nur die Befragten mit positiven persönlichen Erfahrungen und teilt sie entsprechend ihren unterschiedlichen Auffassungen zu den Grenzen Europas auf, dann resultiert die in Abb. 8 dargestellte Antwortverteilung. Erwartungsgemäß gehören für die Mehrheit dieser Befragten sowohl die Tschechische Republik als auch Estland und die Türkei zu Europa. Umgekehrte Mehrheitsverhältnisse ergeben sich dagegen für diejenigen Befragten, die die deutsche EU-Mitgliedschaft mit negativen Einflüssen assoziieren.

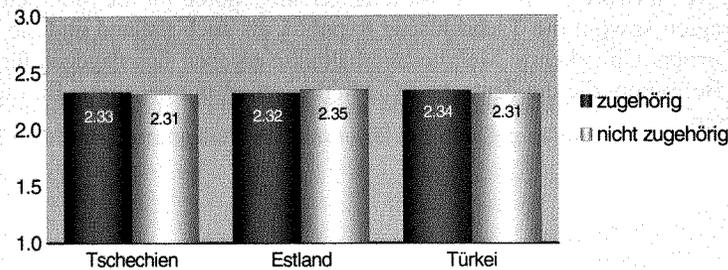
13. Im Vergleich zwischen den beiden deutschen Städten berichten übrigens mehr Bielefelder von positiven Erfahrungen (46% zu 39%) und mehr Chemnitzer von negativen Einflüssen (9% zu 6%).

**Abb. 8: Positiver Einfluss der deutschen EU-Mitgliedschaft auf das eigene Leben (nach Zugehörigkeit getrennt)**



Einer der Schwerpunkte dieses Projekts besteht in der Exploration eines europäischen **Zusammengehörigkeitsgefühls** bei jungen Menschen. Nimmt man die emotionale Verbundenheit mit Europa als Indikator für eine solche Identität, dann lassen sich diesbezüglich nur marginale Unterschiede im Hinblick auf die Zugehörigkeit der drei Länder erkennen. Zwar ist dieses Verbundenheitsgefühl bei jungen Menschen in beiden Städten relativ stark ausgeprägt – immerhin wählen 45% der Befragten die zwei obersten Kategorien auf einer Skala von 0 (*überhaupt nicht verbunden*) bis 4 (*völlig verbunden*) – eine Beziehung zur Frage der Grenzen Europas ist jedoch nicht erkennbar.<sup>14</sup>

**Abb. 9: Verbundenheit mit Europa (nach Zugehörigkeit getrennt)**

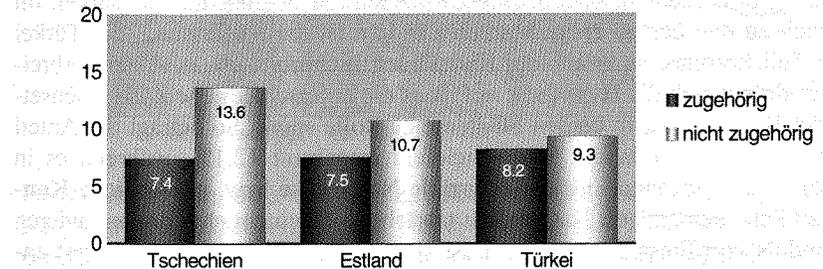


Verändert man die Perspektive und fragt nach möglichen Gründen für eine eher ablehnende Haltung gegenüber der Tschechischen Republik, Estland und der

<sup>14</sup> Auch die Berücksichtigung eines zweiten Indikators für europäische Identität, nämlich sich als Europäer zu fühlen, führt zu keinem anderen Ergebnis. Auch die nationale Identität – gemessen mit analogen Fragestellungen – erweist sich als unabhängig von der Entscheidung, ob eines der drei Länder als zu Europa gehörig oder nicht gehörig aufgefasst wird.

Türkei, geraten Themen wie **Migration** oder **Ausländerfeindlichkeit** ins Blickfeld. Auch hierzu wurden die Befragten jeweils um ihre Meinung gebeten. Auf die Frage, inwieweit Menschen akzeptiert werden sollten, die aus europäischen, jedoch nicht EU-Staaten stammen und in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten möchten, reagiert eine Mehrheit von 69% der Befragten eher abwartend mit der Antwort „unter bestimmten Einschränkungen“. Knapp ein Fünftel der Gesamtstichprobe lehnt jegliche Beschränkungen der Migration ab, und immerhin jeder Zehnte ist der Meinung, eine Migration dieser Personen nach Deutschland sollte unter keinen Umständen akzeptiert werden.<sup>15</sup> Die Aufteilung dieser Personen entsprechend ihrer Auffassung von Inklusion und Exklusion macht deutlich, dass eine Zugehörigkeit der drei Länder mehrheitlich abgelehnt wird.

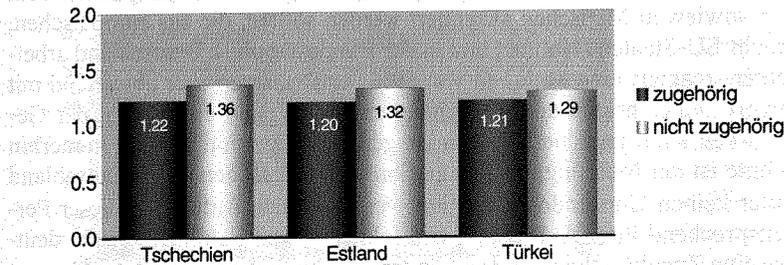
**Abb. 10: Ablehnung europäischer Arbeitsmigration (nach Zugehörigkeit getrennt)**



Am deutlichsten fällt dieser Unterschied bei der Tschechischen Republik aus; im Hinblick auf die direkte Nachbarschaft ist hier die Angst vor einer unkontrollierten Arbeitsmigration in Richtung Deutschland innerhalb der jungen Bevölkerung wohl am stärksten ausgeprägt. Auch bei der Zustimmung zur Aussage „Es sollten weniger Menschen anderer Nationalität hier leben“ (von 0 *lehne völlig ab* bis 4 *stimme völlig zu*) ergeben sich systematische Unterschiede zwischen den jeweiligen Vergleichsgruppen. Erwartungsgemäß sind es die Personen, die eine Zugehörigkeit der drei Länder zu Europa verneinen, die sich stärker mit einer ausländerfeindlichen Einstellungen identifizieren.

<sup>15</sup> Diese Prozentwerte sind übrigens fast identisch für die Befragten aus Chemnitz und Bielefeld.

Abb. 11: Ausländerfeindliche Einstellung (nach Zugehörigkeit getrennt)



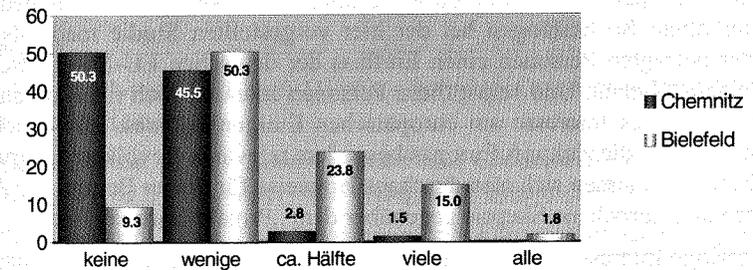
Wie bereits gezeigt werden konnte, lässt sich ein Teil der Unterschiede zwischen Chemnitzer und Bielefelder Befragten in Bezug auf die Zugehörigkeit der Tschechischen Republik und Estlands mit der geographischen Lage und deren Bedeutung in Beziehung setzen. Das gilt jedoch nur bedingt für die Türkei. Im Vergleich zu den beiden erstgenannten Ländern ist die Auffassung, die Türkei sei ein Teil Europas, innerhalb der Bielefelder Stichprobe etwas weiter verbreitet. Hier drängt sich die Hypothese auf, dass die unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung in beiden Städten eine Rolle spielt. So beträgt der Anteil ausländischer Bürger in der Stadt Bielefeld insgesamt 12,1%, während es in Chemnitz nur 2,4% sind. Inwieweit **soziale Netzwerke** bzw. **persönliche Kontakte** zu Personen anderer Nationalität tatsächlich zu einem eher umfassenderen Verständnis von Europa beitragen, lässt sich im Fall der Türkei zumindest ansatzweise anhand der vorliegenden Daten prüfen.

Von den insgesamt sieben Befragten, die in der Türkei geboren wurden, empfinden nur zwei Personen die Türkei als zu Europa gehörig. Berücksichtigt man zusätzlich die neun Personen, die entweder in Deutschland als Kinder türkischer Eltern geboren wurden oder türkische Großeltern besitzen, dann ergibt sich ein ausgeglichenes Verhältnis von jeweils acht Personen, die die Türkei als zugehörig bzw. nicht zugehörig klassifizieren. Auch die Kenntnis der türkischen Sprache kann nicht als Erklärung dienen: Von den 31 Befragten, die Türkisch beherrschen, sind 14 Personen der Auffassung, dass die Türkei zu Europa gehört; die anderen 17 Personen lehnen diese Zugehörigkeit ab. Von einem Einfluss der Abstammung bzw. der Sprache kann daher nicht die Rede sein; auch wenn natürlich die Fallzahlen zu gering sind, um generalisierende Schlussfolgerungen zu ziehen.<sup>16</sup>

16 Mit Ausnahme einer einzigen Person stammen übrigens alle Befragten türkischer Herkunft bzw. mit türkischen Sprachkenntnissen aus der Bielefelder Stichprobe.

Etwas mehr Aufschluss verspricht die Frage nach persönlichen Kontakten im alltäglichen Leben der Befragten; im konkreten Fall wurde nach der Anzahl der Freunde anderer Nationalität gefragt. Wie Abb. 12 zeigt, ist der entsprechende Prozentsatz von Befragten mit Freunden unterschiedlicher Nationalität in Bielefeld deutlich höher als in Chemnitz. Während dort jeder Zweite keine einzige Person anderer Nationalität zu seinem Freundeskreis zählt, trifft dies nur auf jeden zehnten Bielefelder Befragten zu.

Abb. 12: Anteil von Freunden anderer Nationalität (nach Erhebungsort getrennt)



Interessant ist nun, dass sich Befragte mit Freunden anderer Nationalität häufiger positiv zur Zugehörigkeit der Türkei zu Europa äußern (54% zu 52%). Innerhalb der Bielefelder Stichprobe, in der Freunde anderer Nationalität wesentlich häufiger zum Bestandteil des alltäglichen Lebens gehören, fällt diese Differenz mit 55% zu 51% noch etwas deutlicher aus. Allerdings sind diese Unterschiede dennoch recht gering, was zum Teil auch mit der unspezifischen Formulierung der Frage begründet werden kann. Denn inwieweit man von Freundschaften mit Personen anderer Nationalität auch tatsächlich auf Kontakte mit türkischstämmigen Menschen schließen kann, bleibt höchst spekulativ. Dass persönliche Kontakte zu Personen anderer Nationalität grundsätzlich etwas mit der Definition der Grenzen Europas zu tun haben, legen entsprechende Analysen der Bielefelder Stichprobe für die Tschechische Republik und Estland nahe. Zumindes sehen Personen mit derartigen Kontakten beide Länder überdurchschnittlich häufiger als Bestandteile von Europa an.<sup>17</sup>

17 71% der Bielefelder Befragten mit Freunden anderer Herkunft bejaht eine Zugehörigkeit Tschechiens zu Europa im Vergleich zu 57% der Befragten ohne Freunde anderer Herkunft. Im Fall Estlands beträgt das Verhältnis 53% zu 41%.

### Zusammenfassung

Ziel dieses Artikels war es, anhand empirischer Daten etwas Licht in die Frage nach dem Verständnis von Europa zu bringen. Diesbezüglich kann zunächst festgehalten werden, dass junge Menschen den Begriff Europa in erster Linie mit der politischen Institution der Europäischen Union assoziieren. Die hohe Bedeutung, die diesem Aspekt bei der Charakterisierung von Europa beigemessen wird, geht jedoch einher mit einem relativ geringen Interesse am Prozess der europäischen Integration. Selbst vergleichbar abstrakten Themen wie Tierschutz oder Armut bringen junge Menschen mehr Interesse entgegen. Die Behauptung, ein solches Desinteresse sei vor allem auf die fehlende Relevanz bzw. Erfahrbarkeit der Europäischen Union zurückzuführen, lässt sich jedoch nur bedingt aufrechterhalten: So bestätigen bei der hier vorgestellten Studie mehr als die Hälfte der befragten Personen einen Einfluss der deutschen EU-Mitgliedschaft auf ihr eigenes Leben. Und selbst diese Personen zeichnen sich nicht durch ein signifikant höheres Interesse am europäischen Einigungsprozess aus. Auch in Bezug auf die für die Zukunft Europas besonders relevante Bevölkerungsgruppe junger Menschen lassen sich also durchaus Hinweise für die zu Beginn der Ausführungen angesprochene Skepsis gegenüber dem „Projekt Europa“ finden.

Dieses geringe Interesse spielt auch bei der Frage nach den Grenzen Europas im Verständnis der Menschen eine nicht zu vernachlässigende Rolle. So konnte im zweiten Teil der Analyse gezeigt werden, dass neben dem Interesse eine Reihe von Faktoren bei der jeweiligen Definition von Beitrittsländern bzw. Kandidaten als europäisch oder nicht europäisch von Relevanz sind. Insgesamt werden zwar alle drei analysierten Länder von einer Mehrheit als Teil Europas angesehen, dies sollte jedoch nicht über die beachtlich hohen Anteile ausgrenzender Auffassungen in Bezug auf die Tschechische Republik (20%), die Slowakei (31%), Estland (39%) und die Türkei (46%) hinwegtäuschen. Darüber hinaus variieren die Auffassungen über die Zugehörigkeit sowohl im Hinblick auf das jeweilige Land als auch zwischen den Befragten aus Chemnitz und Bielefeld zum Teil beträchtlich. Dass in Chemnitz ein Verständnis von Europa weiter verbreitet ist, welches sowohl die Tschechische Republik als auch Estland einbezieht, dürfte zu einem großen Teil auf die gemeinsame Geschichte dieser Regionen bzw. Staaten jenseits des „Eisernen Vorhangs“ zurückzuführen sein. Im Fall der Tschechischen Republik kommt sicherlich auch der direkten Nachbarschaft zu Sachsen und dem engen Kontakt innerhalb der Grenzregion – jeder zweite Befragte aus Chemnitz gab an, innerhalb der letzten Jahre mindestens einmal in Tschechien zu Besuch gewesen zu sein – eine hohe Bedeutung zu.

Abschließend bleibt jedoch festzuhalten, dass einerseits die Europäische Union eine zentrale Rolle dabei spielt, was Europa für junge Menschen ausmacht. Auf der anderen Seite wird einem Teil der Länder, deren Beitritt in die Union für 2004 vorgesehen ist, die Zugehörigkeit zu Europa abgesprochen. Inwieweit sich

vor diesem Hintergrund eine tragfähige europäische Identität, die sowohl alte als auch neue Mitglieder der Europäischen Union umfasst, herauszubilden vermag, muss dahingestellt bleiben. Im Hinblick auf die politische Legitimität der weiteren Entwicklung Europas wird es daher eine vordringliche Aufgabe der politischen Elite bleiben, die mit dem europäischen Integrationsprozess und der Osterweiterung verbundenen Chancen gerade für junge Leute zu verdeutlichen, vorhandene Ängste abzubauen und das Interesse an einem „Europa der Bürger“ neu zu beleben.

### Literatur

- Breakwell, Glynis M. (Hrsg.) (1996), *Changing European Identities*. Oxford: Butterworth-Heinemann.
- Breska, Eric von (2000), *Kosten, Nutzen und Chancen der Osterweiterung für die Europäische Union*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Fischer, Joschka (2000), *Vom Staatenbund zur Förderung*. Berlin: Rede an der Humboldt Universität.
- Habermas, Jürgen (2001), *Zeit der Übergänge*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Henrichsmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (1995), *Auf der Suche nach europäischer Identität*. Bonn: Europa-Union-Verlag.
- Kaelble, Hartmut (2001), *Europäer über Europa. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt/M.: Campus.
- Pollak, Johannes (1998), *Zur politischen Identität der europäischen Staatengemeinschaft*. Frankfurt/M.: Lang.
- Schwengel, Hermann (2000), *Ansätze europäischer Identität im Global Age. Eine Skizze*, in: Robert Hettlage & Ludgera Vogt (Hrsg.), *Identitäten in der modernen Welt* (S. 409-423). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schröder, Gerhard (19.12.2002), Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Kopenhagen. Berlin.
- Standard-Eurobarometer 54-57. Europäische Kommission. Brüssel. [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/standard\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/standard_en.htm).
- Tibi, Bassam (2001), *Europa ohne Identität? Leitkultur oder Wertebelibigkeit*. München: Bertelsmann-Verlag.
- Walkenhorst, Heiko (1999), *Europäischer Integrationsprozess und europäische Identität. Zur politikwissenschaftlichen Bedeutung eines sozialpsychologischen Konzepts*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

## Die Differenzierungspolitik der EU – Problem oder Chance für Bulgarien?\*

Antoinette Primatarova

Die Beantwortung der als Titel dieses Vortrags formulierten Frage bedarf dreierlei Klarstellungen:

- erstens, inwieweit die Erweiterung der EU, der Beitritt zur EU und die Vereinigung Europas verschiedene Möglichkeiten darstellen, den 1993 auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Kopenhagen eingeleiteten Prozess unterschiedlich zu konzeptualisieren und dementsprechend unterschiedlich zu gestalten;
- zweitens, was unter Differenzierungspolitik zu verstehen ist, und inwieweit eine solche Differenzierungspolitik konstante Merkmale aufweist bzw. aufgewiesen hat;
- drittens, inwieweit die Verhandlungen mit Bulgarien und die Vorbereitung Bulgariens auf den EU-Beitritt fortgeschritten sind.

### 1. Erweiterung der EU, Beitritt zur EU und Vereinigung Europas

Die Begriffe 'Erweiterung' und 'Beitritt' scheinen komplementär gebraucht zu werden, um die jeweils unterschiedlichen Perspektiven und die verschiedenen Ausgangspositionen der jetzigen Mitgliedstaaten und der Kandidatenländer in Bezug auf die EU widerzuspiegeln. Auf Grundlage der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Kopenhagen begann 1993 für die Mitgliedstaaten der Prozess der Erweiterung. Insofern gab es aus Sicht der EU-15 kaum einen Unterschied zwischen der Erweiterung um die EFTA-Länder 1995 und der anstehenden Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen (MOE) Staaten, Malta und Zypern. Wenn man auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen vom 21. bis 22. Juni 1993 blickt, wird man feststellen, dass damals der Begriff Erweiterung in Bezug auf die EFTA-Länder gebraucht wurde, wäh-

\* Das 6. Politik- und Regionalwissenschaftliche Symposium "Die MOE-Staaten vor dem EU-Beitritt – Chancen und Probleme aus politik- und regionalwissenschaftlicher Sicht" an der TU Chemnitz fand zu einem Zeitpunkt statt (24.-26.10.2002), zu dem der Beitritt von zehn neuen Staaten im Jahr 2004 mehr oder weniger beschlossene Sache war, während die bezüglich Bulgariens und Rumäniens noch ausstehenden Beschlüsse recht unklar waren. Diese schriftliche Version des damals gehaltenen Vortrags berücksichtigt aber den Entwicklungsstand bis zum 30. Juni 2003.

rend hinsichtlich der MOE-Staaten, Malta und Zypern ursprünglich von 'Beziehungen' die Rede war (Punkt 5 der Schlussfolgerungen – 'Beziehungen zu Malta und Zypern' und Punkt 7 der Schlussfolgerungen – 'Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern'). Die historische Bedeutung der Schlussfolgerungen von Kopenhagen für die mittel- und osteuropäischen Länder liegt aber in der Eröffnung der Beitrittsperspektive:

7. A) iii) Der Europäische Rat hat heute beschlossen, dass die assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder, die dies wünschen, Mitglieder der Europäischen Union werden können. Der Beitritt kann erfolgen, sobald ein assoziiertes Land in der Lage ist, die mit einer Mitgliedschaft verbundenen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu erfüllen.

In diesem frühen Stadium des Beitrittsprozesses galt also die Unterscheidung zwischen Erweiterung der EU – aus Sicht der EU-Mitgliedstaaten und Beitritt zur EU – aus der Sicht der Kandidaten. Zumindest in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes war die 'Vereinigungsdimension' nicht mitberücksichtigt, auch wenn diese natürlich immer implizit vorhanden war. Explizit verankert wurde die 'Vereinigungsdimension' in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes im Zusammenhang mit dem Europäischen Rat in Luxemburg am 12. und 13. Dezember 1997, der auch den Erweiterungsprozess tatsächlich auf Grundlage der in 1993 in Kopenhagen festgelegten Bedingungen einleitete:

"Die Tagung des Europäischen Rates am 12. und 13. Dezember 1997 in Luxemburg stellt einen historischen Meilenstein für die Zukunft der Union und ganz Europas dar: Mit der Einleitung des Erweiterungsprozesses beginnt ein neues Zeitalter und die Spaltungen der Vergangenheit werden endgültig überwunden. Die Ausweitung des europäischen Integrationsmodells auf den europäischen Kontinent verspricht Stabilität und Wohlstand für die Zukunft."

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass mit Beginn des Erweiterungsprozesses in Luxemburg die Vereinigungsdimension, das heißt die Erweiterung als Überwindung der Spaltungen der Vergangenheit, besonders hervorgehoben wurde. Die komplementären Begriffe Erweiterung und Beitritt suggerieren eher die Gestaltung eines technischen Prozesses. Hingegen legt der übergreifende Begriff Vereinigung Europas die Gestaltung eines politischen Prozesses nahe. Besonders in den letzten Monaten vor dem Europäischen Rat in Luxemburg hat sich in der EU genau dieses Verständnis des Erweiterungsprozesses durchgesetzt.<sup>1</sup>

Die Unterscheidung zwischen technischem und politischem Prozess sei den weiteren Ausführungen zur Differenzierungspolitik vorangestellt, weil sie in einem engen Zusammenhang mit dem Differenzierungskonzept steht. Der Europäische

<sup>1</sup> Eine sehr gute Analyse der Beschlussfassungen von Luxemburg ist in Friis, Lykke (1998) zu finden.

Rat in Luxemburg führte zum ersten Mal ein Differenzierungskonzept mit Blick auf den Erweiterungsprozess ein. Dieses Konzept beschränkt sich aber auf die Erweiterung als technischer Prozess. Hinsichtlich der Erweiterung als politischer Prozess der Vereinigung Europas zeigt sich der Rat dagegen stark bemüht, keine neuen Trennlinien in Europa zu ziehen:

„Das Ziel der nächsten Jahre besteht darin, die Staaten, die den Beitritt anstreben, in die Lage zu versetzen, Mitglieder der Union zu werden, und die Union darauf vorzubereiten, ihre Erweiterung unter guten Bedingungen durchzuführen. Diese Erweiterung ist ein globaler, alle Bewerberstaaten einschließender und evolutiver Prozess, der stufenweise und in einem vom Stand der Vorbereitung der einzelnen Bewerberstaaten abhängigen Tempo verlaufen wird.“

Die Unterscheidung zwischen dem eher technisch anmutenden Erweiterungs-/Beitrittskonzept und dem politisch anmutenden Vereinigungskonzept ist in vielerlei Hinsicht bedeutend für das Politikverständnis der jetzigen EU-Mitgliedstaaten und die Erwartungen der MOE-Staaten in Bezug auf die 'Erweiterung' der EU. An verschiedenen Schnittstellen des Prozesses taucht immer wieder die Frage auf, inwieweit das Gleichgewicht zwischen diesen beiden Konzepten hergestellt worden ist. In den Mitgliedstaaten der EU behielten die Erweiterungs- und Beitrittsrhetorik die Überhand – auch nach 1997, nachdem das Vereinigungskonzept in den Schlussfolgerungen des Rates offiziell aufgenommen wurde. In diesem Zusammenhang stand die Kostenfrage im Vordergrund, das Tempo des Prozesses spielte eine untergeordnete Rolle, noch weniger konnte das Gefühl aufkommen, dass man unter Zeitdruck stünde. 'Die Vereinigung nicht zu überstürzen' wäre offensichtlich nicht ohne weiteres als politisch korrekter Ausdruck empfunden worden; dagegen erschien es als weitgehend problemlos, immer wieder vor einer „überstürzten Erweiterung“ oder einem „überstürzten Beitritt“ zu warnen.

Im Gegensatz dazu haben die MOE-Staaten seit dem Fall der Berliner Mauer ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union als Ergebnis eines politischen Vereinigungsprozesses und nicht als das eines technischen Unterfangens verstanden. Konkret auf Bulgarien bezogen kann dieses Verständnis am besten durch die Aussage des damaligen Präsidenten Peter Stojanov illustriert werden. Dieser hat die Ergebnisse der Regierungskonferenz in Nizza im Dezember 2000 als die endgültige Aufhebung der durch die Jalta-Beschlüsse vollzogene Teilung Europas begrüßt. Nachdem in Helsinki im Dezember 1999 zwölf Beitrittsländer zu Verhandlungen eingeladen wurden, erhöhte sich der Zeitdruck immer deutlicher – besonders nach Einschätzung der Kommission. In diesem Zusammenhang betonte der Erweiterungskommissar Verheugen mehrmals die Notwendigkeit, im Erweiterungsprozess das Gleichgewicht zwischen Qualität und Geschwindigkeit zu finden.

In Bezug auf einige MOE-Staaten gab es in manchen EU-Mitgliedstaaten ein stärkeres Verständnis für die politische Dimension des Prozesses. Hochrangige polnische, aber auch ungarische Politiker haben deshalb Hoffnungen geweckt, eine Mitgliedschaft wäre schon im Jahre 2000 möglich. Zumindest in den Ländern, mit denen die Verhandlungen schon im Frühjahr 1998 begannen, wurde deswegen das Tempo der Beitrittsvorbereitungen als Schnecken-tempo empfunden. In Ungarn zum Beispiel wurde der bittere Scherz verbreitet: „Egal was wir tun, der Zeitabschnitt, der uns vom Beitritt trennt, scheint konstant bei fünf Jahren zu liegen.“

Die EU-Erweiterungs- bzw. Beitrittsproblematik ist zugleich im Kontext der NATO-Erweiterung zu sehen. Alle MOE-Staaten, die die EU-Mitgliedschaft anstreben, wollten auch Mitglied der NATO werden. Mitte der neunziger Jahre wurden die MOE-Staaten oft mit folgender Unterscheidung konfrontiert: Beide Erweiterungen seien an bestimmte technische und politische Herausforderungen gebunden. Die Entscheidung für die NATO-Erweiterung schein politisch schwierig zu sein, die technische Vorbereitung auf die Mitgliedschaft stelle aber keine übermäßige Herausforderung dar. Im Gegensatz dazu sei die EU-Erweiterung politisch leicht zu beschließen, technisch aber ein unheimlich kompliziertes und langwieriges Unterfangen.

Die 1997 in Madrid getroffene Entscheidung, Polen, die Tschechische Republik und Ungarn in die NATO aufzunehmen, ist dementsprechend überwiegend als eben jene politische Entscheidung akzeptiert worden – eine politische Entscheidung, die an die Grenzen des damals politisch Machbaren stieß. Der später im selben Jahr in Kopenhagen gefällte Beschluss, die EU-Beitrittsverhandlungen nur mit sechs Ländern aufzunehmen, aber alle elf Bewerberländer in den Erweiterungsprozess miteinzubeziehen, erweckte dagegen den Eindruck, es gehe eher um eine Entscheidung, die den Stand der technischen Vorbereitungen in den einzelnen Ländern berücksichtige. Diese Differenzierung auf Basis 'technischer' Kriterien kam den in die Verhandlungen nicht einbezogenen Ländern ungelegen. Sie rief jedoch den Eindruck hervor, die EU-Erweiterung werde, wenn auch in „Wellen“ oder „Gruppen“, so doch mit Sicherheit vollzogen werden. Zu einem Zeitpunkt, wo Unsicherheit über die möglichen Grenzen der NATO-Erweiterung herrschte, schien die Vereinigung Europas zumindest über die Erweiterung der EU gesichert. Von diesem Vereinigungsprozess durfte entsprechend kein beitriftswilliges Land ausgeschlossen werden. Eine Alternative dazu konnte es nicht geben.

## 2. Die Differenzierungspolitik der EU in Bezug auf die Beitrittsländer

Wie bereits im vorigen Abschnitt erwähnt, wurde die Differenzierungspolitik der EU mit Blick auf die Beitrittsländer in Luxemburg beschlossen und zwar hinsichtlich der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nach der Formel 5 + 1.

Verhandlungen würden mit sechs Ländern aufgenommen, das heißt mit fünf MOE-Staaten – Estland, Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, Slowenien plus Zypern. Die restlichen fünf MOE-Bewerberländer (Lettland, Litauen, die Slowakische Republik, Bulgarien und Rumänien) wurden in den Erweiterungsprozess durch eine Art Vorverhandlungsmechanismus – eine sowohl multilaterale als auch bilaterale analytische Prüfung des Besitzstands der Union – einbezogen. Eine sogenannte „Europäische Konferenz“ wurde ins Leben gerufen, um auch die Türkei zumindest symbolisch in den Erweiterungsprozess miteinzubeziehen.

Die Formel von Luxemburg war eine Art Kompromiss zwischen recht divergierenden Vorstellungen, wie der Erweiterungsprozess organisiert werden sollte. Die große Frage war, ob eine Differenzierung vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen oder im Laufe der Verhandlungen selbst vorgenommen werden sollte. Eine Differenzierung im Laufe der Verhandlungen würde eine Art Regatta-Modell implizieren. Besonders diejenigen Bewerberländer, die keine Chance hätten, in eine kleinere Gruppe der Auserwählten aufgenommen zu werden, waren natürlich für ein solches Regatta-Modell. Im Rahmen der EU selbst wurde diese Option aber nur von wenigen Mitgliedstaaten unterstützt – Dänemark, Finnland, Frankreich, Österreich und Schweden.

Auf Grundlage der Kriterien von Kopenhagen kam die Kommission im Rahmen ihrer AGENDA 2000 im Juni 1997 auf eine nach Objektivität strebende Differenzierungsformel, nach der Verhandlungen aufgenommen werden sollten. Darunter fielen die Länder, die einerseits die politischen Kriterien erfüllen und als funktionsfähige Marktwirtschaften eingestuft werden können, und von denen andererseits angenommen werden kann, dass sie mittelfristig (also in den nächsten fünf Jahren) in der Lage sein könnten, die anderen Kriterien zu erfüllen. Das bezog sich in erster Linie auf die Standhaftigkeit gegenüber dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union und die Übernahme der aus der Mitgliedschaft resultierenden Verpflichtungen. Basierend auf Jahresfortschrittsberichten der Kommission sollten entsprechende Vorschläge für die Ausdehnung der Verhandlungen auf weitere Bewerberstaaten vorgelegt werden.

Sollte der Europäische Rat in Luxemburg diese Formel der Kommission übernehmen, würde dies ein Gefühl des Außenseitertums bei den übrigen Staaten auslösen. Dies wäre wiederum auf Grundlage des Verständnisses, dass diese Erweiterung keine gewöhnliche sei, sondern eine Chance für die Vereinigung Europas bedeute, nicht zu verantworten gewesen. Daraus folgte der Kompromiss, wonach es keine *ins* und *outs* – *Insider* und *Outsider* – geben sollte, sondern nur *ins* und *pre-ins*. Auf diese Weise glaubte man, die Erweiterungsdimension mit der Vereinigungsdimension zu versöhnen. Ein wichtiges Element des Luxemburg-Kompromisses lautete, dass trotz der vorgenommenen Differenzie-

rung in zwei Gruppen letztere nicht als Vorwegnahme des Endergebnisses interpretiert werden sollte. Punkt 26 der Luxemburger Schlussfolgerungen besagt:

„Der Beschluss, Verhandlungen aufzunehmen, bedeutet nicht, dass diese mit allen Verhandlungspartnern gleichzeitig abgeschlossen sein werden. Ihr Abschluss und der nachfolgende Beitritt der einzelnen Bewerberstaaten werden jeweils von der Einhaltung der Kopenhagener Kriterien und der Fähigkeit der Union, neue Mitgliedstaaten zu assimilieren, abhängen.“

Diese Formulierung suggeriert, dass man im Jahre 1997 trotz des gut geheißenen, alle elf Bewerberstaaten umfassenden Rahmens des Erweiterungsprozesses weiterhin mit dem Gedanken einer Erweiterung in mehreren kleinen Gruppen gespielt hat. Dies bedeutet, dass die Kommission nach weiteren Differenzierungsmöglichkeiten suchen würde. Hervorzuheben ist zudem das postulierte Abhängigkeitsverhältnis zwischen Bereitschaft der Bewerberstaaten einerseits und Bereitschaft der EU andererseits. Es sei daran erinnert, dass der Vertrag von Amsterdam, der den Weg für die Erweiterung freimachen sollte, nur teilweise ein Erfolg war – eher ein Misserfolg. Das hatte dazu geführt, dass unter den Bedingungen des Amsterdamer Vertrags nur bis zu fünf neue Mitgliedstaaten hätten beitreten können.

Die folgenden zwei Jahre haben dann gezeigt, dass die Differenzierung der Bewerberstaaten vor der Verhandlungsaufnahme ein Fehler war. Einerseits sind im Laufe der Verhandlungen mit den 5+1-Staaten immer größere Differenzen innerhalb dieser Gruppe aufgetreten. Der Kommission ist es dabei nicht gelungen, einen Mechanismus für die weitere Differenzierung zu finden. Die Verhandlungen mit den 5+1-Staaten wurden nicht nach dem Regatta-Prinzip, sondern nach dem Konvoi-Prinzip geführt. Andererseits haben die wirtschaftliche Entwicklung in den nicht verhandelnden Bewerberländern und die analytische Prüfung des Besitzstandes gezeigt, dass die Unterschiede zwischen den beiden Ländergruppen eine solche Differenzierung nicht rechtfertigten. Die Ereignisse im Kosovo 1999 haben zusätzlich das Verständnis der Erweiterung als Vereinigungsprozess, das heißt auch als Friedens- und Stabilitätschance für Europa, gestärkt. Zudem wurde die Frage aufgeworfen, wie der in Luxemburg deklarierte einschließende Charakter des Erweiterungsprozesses glaubwürdiger zu gestalten sei. So kam es im Dezember 1999 in Helsinki zur Abkehr von der 1997 in Luxemburg eingeführten Differenzierungsformel und zur Aufnahme von Verhandlungen mit allen, nunmehr zwölf Ländern, also mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, der Slowakischen Republik und Rumänien.

Das Prinzip der Differenzierung wurde, wenn auch umformuliert, so doch weiterhin gepflegt. Diesmal war es aber weniger deutlich konkretisiert und dadurch weniger auf Grundlage von Objektivitätskriterien nachvollziehbar, zumindest was die Eröffnung der Verhandlungen über die verschiedenen Verhandlungskapitel betrifft. Punkt 11 der Helsinki Schlussfolgerungen des Vorsitzes lautet:

„Bei den Verhandlungen wird jedes beitriftswillige Land für sich genommen beurteilt werden. Dieser Grundsatz wird sowohl für die Eröffnung der Verhandlungen über die verschiedenen Verhandlungskapitel als auch für den weiteren Verlauf der Verhandlungen gelten. Um die Dynamik der Verhandlungen aufrechtzuerhalten, sollen schwerfällige Verfahren vermieden werden. Die beitriftswilligen Länder, die jetzt in den Verhandlungsprozess einbezogen worden sind, werden die Möglichkeit haben, innerhalb eines vertretbaren Zeitraums die Länder einzuholen, mit denen bereits verhandelt wird, sofern sie hinreichende Fortschritte bei ihrer Vorbereitung auf den Beitritt erzielt haben. Fortschritte bei den Verhandlungen müssen mit Fortschritten bei der Einbeziehung des Besitzstandes in einzelstaatliches Recht und bei der tatsächlichen Durchführung und Durchsetzung des Besitzstandes einhergehen.“

Wenn man nur diesen Punkt betrachtet, könnte der Eindruck entstehen, als habe die EU endlich das Regatta-Prinzip übernommen. Die vorgesehene Option, dass Länder der Helsinki-Gruppe Länder der Luxemburg-Gruppe einholen könnten, deutet aber eher auf eine Ausweitung des Konvois hin – ungeachtet der Lippenbekenntnisse zur Differenzierung. Auf Basis von Punkt 11 entsteht der Eindruck, als ob von vornherein dem Konvoi keine Grenzen gesetzt seien und er unter Umständen alle zwölf Länder umfassen könnte.

Nach Prüfung aller Erweiterungspunkte der Helsinki-Schlussfolgerungen werden jedoch Formulierungen offenbar, die das alte Differenzierungsprinzip von Luxemburg wieder aufgreifen: von vornherein Ausschluss bestimmter Länder auf Grundlage von Prognosen, welche die Kandidaten mittelfristig als aufnahmefähig einstufen, oder eben nicht. Die im Vorfeld auszuschließenden Länder wurden aber namentlich nicht genannt.<sup>2</sup> Punkt 6 der Helsinki-Schlussfolgerungen besagt:

„Die Kommission hat eine neue, eingehende Bewertung der Fortschritte in den beitriftswilligen Ländern vorgenommen. Diese Bewertung zeigt, dass Fortschritte im Hinblick auf die Erfüllung der Beitrittskriterien erzielt worden sind. In Anbetracht der Schwierigkeiten, die in bestimmten Bereichen nach wie vor bestehen, werden die beitriftswilligen Länder gleichzeitig aufgerufen, ihre Anstrengungen zur Erfüllung der Beitrittskriterien fortzusetzen und zu verstärken. Es zeigt sich, dass einige beitriftswillige Länder nicht in der Lage sein werden, allen Kopenhagener Kriterien auf mittlere Sicht gerecht zu werden.“

Rückblickend kann festgehalten werden, dass das Zusammenspiel zwischen neuem und altem Differenzierungskriterium in den Helsinki-Schlussfolgerungen den Ausgangspunkt für die 10+2-Erweiterungsformel bildete (die in Bulgarien

2 Im Juni 1999 hat ein hochrangiger Diplomat eines EU-Mitgliedstaates im Privatgespräch mit mir die Prognose aufgestellt, wonach selbst bei einer Einladung für Bulgarien und Rumänien nach Helsinki, dies keiner 'vollwertigen' Einladung gleichkommen würde.

und Rumänien eher als 12-2-Erweiterungsformel aufgefasst wird). Dies entspricht weniger einer länderspezifischen, sondern vielmehr einer gruppenspezifischen Differenzierung.<sup>3</sup> Am Beispiel Bulgariens wird weiter unten näher ausgeführt, wie die hier kritisierten Differenzierungskriterien angewandt worden sind.

Obwohl die Kopenhagener Kriterien qualitativer und nicht quantitativer Art sind, gilt für viele Experten unausgesprochen das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als das wichtigste Kriterium bei der Einschätzung der Beitrittsreife der Kandidatenländer. Dass auch in dieser Hinsicht die Differenzierung in 10 + 2 recht willkürlich erscheint, sei durch die folgende Tabelle veranschaulicht, in der die BIP Angaben für die MOE-Staaten (Stand 2001) in absteigender Folge geordnet sind (nach den Angaben im Jahresbericht 2002). Offensichtlich sind die Unterschiede unter manchen der zehn Ersten viel größer als die zwischen Bulgarien (Rumänien) und einigen dieser Ersten. Die vorgenommene gruppenspezifische Differenzierung 10 + 2 kann also auf der Grundlage dieses wichtigen impliziten Kriteriums schwer gerechtfertigt werden.

Beitrittsland	BIP pro Kopf als % des EU-Durchschnitts
Slowenien	69
Tschechische Republik	57
Estland	57
Ungarn	51
Slowakische Republik	48
Polen	40
Litauen	38
Lettland	33
Bulgarien	28
Rumänien	25

3 Kommentare zu den Beschlüssen von Thessaloniki (Porto Carras) im Juni 2003 in Bezug auf den Westbalkan bekräftigen indirekt, dass die fünfte Erweiterung der EU als eine Erweiterung in Gruppen gestaltet wurde. 'The EU catchphrase is the 'regatta principle', meaning that countries from now on will join when qualified, rather than in groups as before' (The Economist, Nr. 28, 2003).

### 3. Bulgariens Vorbereitungen auf den EU-Beitritt und der Beitrittsverhandlungen

Nach der 1989-er Wende hat Bulgarien recht früh eine EU-Mitgliedschaft als Priorität formuliert. Am 22. Dezember 1990 beschloss die verfassunggebende Volksversammlung, dass Bulgarien die volle Mitgliedschaft in der EU anstreben sollte. Mehrere bulgarische Regierungen haben sich aber bis 1997 eher mit Lippenbekenntnissen begnügt anstatt eine Reformpolitik anzusteuern. Die kurzlebige Regierung der Union der demokratischen Kräfte hat im Mai 1992 die Verhandlungen zu einem Europa-Abkommen aufgenommen. Das 1993 abgeschlossene Abkommen hat Bulgarien unter die Länder eingereiht, die nach den Kopenhagener Beschlüssen von 1993 zu den Beitrittskandidaten gerechnet wurden. Am 16. Dezember 1995 hat dann Bulgarien den offiziellen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Im Juni 1997 erfolgte die Stellungnahme der Europäischen Kommission zu Bulgariens Antrag. Zu diesem Zeitpunkt unternahm Bulgarien nach einer tiefen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Krise und dadurch ausgelösten Neuwahlen gerade die ersten Schritte, um das Land wieder auf Reformkurs zu bringen. Im Bewusstsein des aufzuholenden Rückstandes hat die bulgarische Regierung nach den Beschlüssen von Luxemburg Anfang 1998 eine mittelfristige Strategie zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt ausgearbeitet. Demnach lautete das Ziel, (spätestens) im Jahre 2001 Verhandlungen mit der EU aufzunehmen. In der Zwischenzeit sollten die damit verbundenen Vorbereitungen in den Mittelpunkt rücken. Die Absicht war einerseits keine überhöhten Erwartungen zu wecken und die Frustration zu vermeiden, die durch eine mehrmalige Zurückweisung durch die Jahresberichte der Kommission entstehen würde. Andererseits sollte ein derartiger Vorbereitungsstand erreicht werden, der schnellere Verhandlungen gewährleisten könnte.

Die Reformpolitik der Jahre 1997-1999 hat Bulgarien aber viel schneller als erwartet in eine stabile und wachsende Wirtschaft verwandelt. Während das Land bis 1997 viel Zeit und Möglichkeiten versäumt hatte, sich in Richtung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft zu reformieren, wurde 1997 das Zeitlupentempo abgelegt und ein Zeitraffertempo eingeschlagen. Von außen wurden Bulgariens Reformen allerdings weiterhin als langsam wahrgenommen. Trotz großer Fortschritte wurde im Jahresbericht 1999 die Funktionsfähigkeit der bulgarischen Wirtschaft immer noch infrage gestellt. Für viele Mitarbeiter der Kommission und der einzelstaatlichen Regierungen war Bulgariens intern formulierte Ziel, Verhandlungen spätestens 2001 aufzunehmen, ein willkommenes Argument gegen Bulgariens (und Rumäniens) Einbeziehung in die Verhandlungen schon im Jahre 2000. Letztendlich wurde aber in Helsinki das äußerlich richtige Gleichgewicht zwischen der technischen und der politischen Herangehensweise, zwischen Erweiterungs- und Vereinigungsperspektive gefunden. Im Frühjahr

2000 wurden dann die Verhandlungen mit sechs weiteren Ländern aufgenommen, Bulgarien inbegriffen.

Kurz darauf wurde das empfindliche Gleichgewicht abermals gestört. Während der portugiesischen und der französischen Präsidentschaft (Frühjahr und Herbst 2000) wurde eine rein quantitative Differenzierung bezüglich der Eröffnung von Verhandlungskapiteln zwischen Lettland, Litauen, der Slowakischen Republik und Malta einerseits und Bulgarien und Rumänien andererseits aufgebaut. Laut Vorschlägen der Kommission und der entsprechenden Präsidentschaften wurden mit den ersten vier Ländern jeweils acht Kapitel eröffnet, während Bulgarien jeweils sechs und fünf (Rumänien jeweils fünf und vier) Kapitel eröffnen durfte. Dieser beliebig aufgebaute Unterschied (in Anbetracht des „Differenzierungsprinzips“) wurde während der schwedischen Präsidentschaft nochmals gefestigt. Mitte 2001 hatten Lettland, Litauen, die Slowakische Republik und Malta alle Verhandlungskapitel eröffnet und auf diese Weise die *Luxemburg-Gruppe* eingeholt. Ungeachtet der beibehaltenen Differenzierung ist es Bulgarien aber gelungen, Ende 2001 alle bis auf zwei (Kapitel 6 „Landwirtschaft“ und Kapitel 11 „Wirtschaftliche und Währungsunion“) der ursprünglichen 29 Kapitel zu eröffnen. Kapitel 30 „Institutionen“ wurde mit allen Beitrittsstaaten erst im Jahre 2002 eröffnet. Ende 2002 schrumpfte der Rückstand Bulgariens zu den ersten zehn Staaten mit Blick auf die Verhandlungen – auch was die geschlossenen Kapitel betraf – auf ein halbes Jahr. Bis dahin hatte Bulgarien nämlich 23 Verhandlungskapitel geschlossen. Hinzu kam die Anerkennung für die Funktionsfähigkeit der bulgarischen Marktwirtschaft im Jahresbericht der Kommission im Oktober 2002. Die Entscheidung, die Erweiterung in einer Zehner-Gruppe und in einer Zweier-Gruppe zu gestalten, war aber schon im Juni 2001 in Göteborg angedeutet und im Dezember 2001 in Laeken bekräftigt worden. In Punkt 7 der Göteborg-Schlussfolgerungen (Juni 2001) wurden Bulgarien und Rumänien recht unspezifiziert ausgesondert: „Besondere Anstrengungen werden für die Unterstützung Bulgariens und Rumäniens erforderlich sein.“

Die Unterteilung in zwei Gruppen wurde dann in Laeken im Dezember 2001 (Punkt 8 der Schlussfolgerungen) endgültig festgelegt:

„Die Europäische Union ist entschlossen, die Beitrittsverhandlungen mit den Ländern, die für den Beitritt bereit sind, bis Ende 2002 abzuschließen, damit diese 2004 als Mitgliedstaaten an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen können. Die Beitrittskandidaturen werden weiterhin gemäß dem Grundsatz der Differenzierung nach den jeweiligen Leistungen beurteilt. Der Europäische Rat stimmt dem Bericht der Kommission zu, wonach Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern für den Beitritt bereit sein könnten, wenn in den Bewerberländern das derzeitige Tempo der Verhandlungen und Reformen beibehalten wird.“

Diese gruppenspezifische Differenzierung hat in Bulgarien und Rumänien Besorgnis ausgelöst und vielen Spekulationen Nährstoff gegeben, dass der Beitritt beider Länder verzögert werden könnte, indem die „kleine“ Bulgarien-Rumänien-Gruppe ausgeweitet würde – um die Türkei, um Kroatien, sogar um alle Westbalkanländer. Nachdem aber der Beitritt der acht MOE-Staaten, plus Malta und Zypern beschlossen wurde, wandte sich die EU Bulgarien und Rumänien wieder stärker zu. Im Dezember 2002 in Kopenhagen und im Juni 2003 in Thessaloniki wurden wichtige Beschlüsse gefasst, die den beiden Ländern eine gute Chance auf die EU-Mitgliedschaft im Jahr 2007 geben. Dazu bleiben aber die Fortsetzung, ja sogar die Beschleunigung der Reformanstrengungen wichtige Voraussetzungen.

In Punkt 14 der Kopenhagener Schlussfolgerungen vom Dezember 2002 heißt es:

„Entsprechend den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Brüssel) und je nach den weiteren Fortschritten, die bei der Erfüllung der Beitrittskriterien zu verzeichnen sein werden, besteht das Ziel darin, Bulgarien und Rumänien 2007 als Mitglieder der Europäischen Union aufzunehmen.“

In Punkt 37 der Schlussfolgerungen von Thessaloniki geht man noch einen Schritt weiter:

„Aufbauend auf den bereits erzielten erheblichen Fortschritten unterstützt die Union Bulgarien und Rumänien bei ihren Bemühungen, das Ziel zu erreichen, die Verhandlungen im Jahr 2004 abzuschließen, und fordert sie auf, ihre Vorbereitungen vor Ort zu beschleunigen. ... Der Europäische Rat wird im Dezember 2003 auf der Grundlage der regelmäßigen Berichte der Kommission und des Strategiepapiers die erzielten Fortschritte bewerten, um den Rahmen für den Abschluss der Beitrittsverhandlungen festzulegen.“

#### 4. Die Differenzierungspolitik der EU – Chance oder Problem für Bulgarien?

Ausgehend von den Unterscheidungen und Ausführungen der vorangegangenen Abschnitte soll abschließend der Versuch unternommen werden, auf die eingangs gestellte Frage Antworten zu formulieren.

1997 und 1999 war es für Bulgarien eine Chance, dass die EU den Erweiterungsprozess als einen politischen, alle MOE-Staaten einschließenden, Prozess konzipiert hatte, wodurch für Bulgarien trotz eines gewissen Rückstandes die Aufnahme in diesen Prozess möglich wurde.

Die Schlussfolgerungen von Kopenhagen 2002 und von Thessaloniki 2003 geben Anlass zur Hoffnung, dass die politische Dimension der Erweiterung nicht außer Acht gelassen wird. Somit kann Bulgariens und Rumäniens Beitritt im ausgeglichenen Streben zwischen technisch Objektivierbarem und Politischem,

zwischen Qualität und Geschwindigkeit gestaltet werden, wie bei den Ländern, die am 1. Mai 2004 Mitglieder der EU werden sollen.

Gewisse Befürchtungen gibt es immer noch aufgrund negativer Erfahrungen in der Vergangenheit. Bulgarien und Rumänien sind schon einmal von den anderen MOE-Staaten ausgesondert worden, was ein Blick auf die EU-Visumpolitik belegt. Während der Visumszwang für die anderen MOE-Staaten schon Anfang bis Mitte der neunziger Jahre aufgehoben wurde, wurde er für Bulgarien und Rumänien erst im Jahre 2001 beseitigt (zuerst für Bulgarien und danach für Rumänien). Detaillierte technische Kriterien gaben hierfür den Ausschlag. Ein Schwinden des politischen Willens infolge von Erweiterungsmüdigkeit und die Behandlung der Erweiterung nach dem *big bang* 2004 als ein rein technisches Unterfangen wären demnach für Bulgarien (und Rumänien) potenzielle Probleme als Folge der durchgesetzten gruppenspezifischen Differenzierung.

Was eine eventuelle länderspezifische Differenzierung betrifft, so ist rückblickend die Konsequenz zu ziehen, dass diese Differenzierung zum Teil als Bremse und zum Teil als Beschleuniger, besonders des Verhandlungsprozesses, benutzt wurde.<sup>4</sup> In den Schlussfolgerungen von Kopenhagen 2002 und Thessaloniki 2003 wird auf Bulgarien und Rumänien immer wieder das Postulat angewendet, wonach „jedes Bewerberland bei den Verhandlungen nach seinen eigenen Leistungen beurteilt wird.“ Aber nach der bisherigen Erfahrung ist die tatsächliche Anwendung dieses Postulats unwahrscheinlich. Sollte es dennoch dazu kommen, dann kann es für Bulgarien eher eine Chance sein als ein Problem.

Interessanter ist die Frage nach der schon beobachteten gruppenspezifischen Differenzierung. Auf der Grundlage von Helsinki 1999 ist diese gruppenspezifische Differenzierung einigen Ländern zum Problem geworden (denjenigen, die Hoffnungen auf einen früheren Beitritt hatten). Anderen aber bot sie eine Chance, die „Luxemburger“ einzuholen. Ein neues Helsinki 1999, also eine Erweiterung der Gruppe, erscheint zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht mehr möglich. In der nachstehenden Tabelle ist ein Versuch unternommen worden, die Parallelität der Beschlussfassung in Bezug auf die Endphase der Erweiterung bei den acht MOE-Staaten, plus Malta und Zypern sowie bei Bulgarien und Rumänien zu veranschaulichen. Abhängig vom Fortschritt der eigenen Bemühungen haben Bulgarien und Rumänien eine Zusage für den Beitritt im Jahr 2007 und den Verhandlungsabschluss bis Ende 2004. Dies kommt dem Verbindlichkeitsgrad gegenüber den 8 + 2 vom Dezember 2000 und vom Juni 2001 gleich. Bulgariens

4 In den Jahren 2001 und 2002 haben einige bulgarische Fachleute an eine Chance geglaubt, die Bulgarien auf der Grundlage einer länderspezifischen Differenzierung bekommen könnte, um die zehn anderen Beitrittskandidaten einzuholen. Diese Hoffnung hat sich aber als irreführend erwiesen.

verfehlte Hoffnungen 2002, den Anschluss an die zehn noch zu schaffen, sprechen gegen eine Erweiterung der kleinen Bulgarien-Rumänien-Gruppe.

Die gruppenspezifische Differenzierung, die für die weiter zurückliegenden Länder Einholmöglichkeiten bietet, stellt für Bulgarien selbst keine Chance dar. Sie ist aber insgesamt wichtig, um die Perspektiven der „Gruppe“ nicht zu verschlechtern. Es gibt überzeugende Beispiele dafür, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten mehr politisches Verständnis und weniger technischen Pedantismus zeigen, um die Gruppe zusammenzuhalten. Von 2000 bis 2001 blieb Bulgarien mit seine Forderungen erfolglos, die Verhandlungen in den Kapiteln „Wirtschafts- und Währungsunion“ und „Industrielle Politik“ zu eröffnen. Begründet wurde die Ablehnung durch das fehlende Prädikat einer „funktionsfähigen Marktwirtschaft“ im Jahresbericht der Kommission. Rumänien ist immer noch weit davon entfernt, ein solches Prädikat zu bekommen, hat aber im Jahre 2002 beide Kapitel eröffnen und schließen dürfen. Nach dem Prinzip der gruppenspezifischen Differenzierung liegt dies auch in Bulgariens Interesse, obwohl es gleichzeitig ein Beispiel für das Anlegen eines doppelbödigen Maßstabs ist.

Zusammenfassend bleibt zu konstatieren: wenn die Fragezeichen in der unten angeführten Tabelle zu den entsprechenden Zeitpunkten weggestrichen werden könnten, wäre dies ein Beweis, dass die gruppenspezifische Differenzierung letztendlich Bulgarien eine Chance geboten hat, das Ziel der Mitgliedschaft 2007 zu erreichen. Jegliche Verzögerung über diesen Termin hinaus würde jedoch das Gegenteil bedeuten. Die gruppenspezifische Differenzierung könnte Bulgarien dann zum Verhängnis geworden sein.

Beschlüsse des Europäischen Rates	In Bezug auf die acht MOE-Staaten + Malta und Zypern	In Bezug auf Bulgarien und Rumänien
Mögliches Beitrittsdatum	Nach Ende 2002 und vor Juni 2004 (Schlussfolgerungen Dezember 2000, Nizza)	2007 (Schlussfolgerungen Dezember 2002, Kopenhagen)
Möglicher Abschluss der Verhandlungen	Ende 2002 (Schlussfolgerungen Juni 2001, Göteborg)	2004 (Schlussfolgerungen Juni 2003, Thessaloniki)
Verbindlicher Abschluss der Verhandlungen	Ende 2002 (Schlussfolgerungen Dezember 2001, Laeken)	??? <i>November 2004 (Mandat der ausgehenden Kommission)</i> ??? <i>Europäischer Rat Dezember 2003</i>

## Literaturhinweise

- The Economist (2003). The regatta sets sail. Battered Balkan countries are sailing towards 'Europe' at different speeds, June 28, p. 32-33.
- Friis, Lykke (1998). 'The End of the Beginning' of Eastern Enlargement – Luxembourg Summit and Agenda-setting. European Integration online Papers (EiOP) Vol. 2 (1998) N° 7, ><http://eiop.or.at/eiop/texte/1998-007a.htm><.
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Kopenhagen, 21. und 22. Juni 1993.
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Luxemburg, 12. und 13. Dezember 1997.
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Helsinki, 10. und 11. Dezember 1999.
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Nizza, 7., 8. und 9. Dezember 2000.
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Göteborg, 15. und 16. Juni 2001.
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Brüssel, 24. und 25. Oktober 2002.
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Kopenhagen, 12. und 13. Dezember 2002.
- Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Thessaloniki, 19. und 20. Juni 2003.

## Das Projekt „BRIE“ und die Euroregion Rouse/Giurgiu

Gerhard Duda

### Europäische Hochschulkooperation an der Donaubrücke zwischen Rumänien und Bulgarien als Motor für regionale Entwicklung im grenznahen Bereich in Südosteuropa

Das Bulgarisch-Rumänische Interuniversitäre Europazentrum (BRIE) wurde Ende des Jahres 2000 von der deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK) als Projekt im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa initiiert. BRIE bündelt die Kräfte rumänischer und bulgarischer Hochschulen und ihrer deutschen und weiteren internationalen Partner an der bisher einzigen Donaubrücke zwischen beiden Ländern bei den Städten Rouse (180.000 Einwohner) und Giurgiu (80.000 Einwohner). Diese Grenzregion bildet einen verkehrstechnisch günstig gelegenen Schnittpunkt von europäischen Wasserstraßen (Donau), Landverbindungen (Türkei – Zentraleuropa) und Luftverbindungen (nahe gelegener Internationaler Flughafen Bukarest), der über ein besonderes Zukunftspotenzial verfügt. BRIE leistet hier einen exemplarischen Beitrag zur hochschulpolitischen Zusammenarbeit in Südosteuropa und zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung in dem bisher strukturschwachen rumänisch-bulgarischen Grenzgebiet, das noch vom Niedergang der Schwerindustrie geprägt ist. Auf rumänischer Seite wird BRIE von der Akademie für Wirtschaftswissenschaften Bukarest, der führenden Wirtschaftsuniversität Rumäniens, gemeinsam mit seiner 1999 gegründeten Außenstelle an der Donaubrücke, dem Wirtschaftscollège in Giurgiu, sowie auf bulgarischer Seite von der Universität Rouse getragen.

### Die Master-Programme

Kernpunkt der bisherigen Aktivitäten ist das Interuniversitäre Europazentrum als virtuelles Dach, das beide Seiten der Brücke überspannt. Unter diesem Dach werden seit dem 14.10.2002 zweijährige Masterprogramme für Europa-Studien (Rouse) und Wirtschaftsinformatik (Giurgiu) angeboten, die Studierenden aus allen Ländern Südosteuropas offen stehen. Zurzeit sind etwa 50 Studierende aus Rumänien, Bulgarien, Albanien, Jugoslawien und der Russischen Föderation immatrikuliert. Es unterrichten bulgarische, rumänische und deutsche Lehrkräfte. Unterrichtssprachen sind Deutsch und Englisch. Das dritte Semester als Auslandssemester bzw. -praktikum in Deutschland ist fester Bestandteil der Ausbildung. Fünf deutsche Universitäten, das Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn, die Universität Bremen, die Technische Universität Chemnitz, die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und die

Universität Mainz sind an den beiden Master-Programmen beteiligt. Die Curricula wurden in gemischten Arbeitsgruppen von Wissenschaftlern der Hochschulen erarbeitet. Die Akkreditierung der Masterprogramme erfolgt in dem Land, in dem sie stattfinden. Gleichzeitig sind jedoch zur Jahreswende 2002/2003 Arbeitsgruppen eingerichtet worden, die eine Akkreditierung der Programme bei deutschen Akkreditierungsagenturen vorbereiten. Die Entscheidung über die Anträge wird Anfang 2004 erwartet. Die Studierenden sollen dann sowohl ein rumänisches bzw. bulgarisches als auch ein deutsches Master-Diplom erhalten.

Unter dem Dach von BRIE werden auch andere europäische Hochschulen gemeinsam mit den bulgarischen und rumänischen Partnern Studienprogramme anbieten können, die international und direkt grenzüberschreitend angelegt sind. Hier gibt es bereits Kontakte und Anfragen österreichischer Hochschulen.

### Die Grenzproblematik

Als Modell für diese neue Art der direkten grenzüberschreitenden Kooperation in Südosteuropa dient die deutsch-polnische Zusammenarbeit an der Oder zwischen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der polnischen Universität Poznan, die zur Gründung des Collegium Polonicum in Slubice an der Oder-Brücke direkt gegenüber von Frankfurt geführt hat. Das Collegium wird von beiden Seiten getragen. Die deutsch-polnische Hochschulzusammenarbeit an der Oder bringt über 3.000 Studierende aus beiden Ländern zusammen, die von deutschen und polnischen Professoren unterrichtet werden und jeden Tag in beiden Richtungen über die Brücke wechseln können.

Von Anfang an sind in das Projekt BRIE die Regierungen, Regionalverwaltungen, Kommunen sowie Grenz- und Zollbehörden einbezogen worden, da die Pass- und Zollkontrollen und insbesondere die exorbitanten Gebühren für PKW, die an dieser Brücke von verschiedenen staatlichen Stellen erhoben werden, zur Zeit einen kleinen Grenzverkehr de facto nicht zulassen. Akzeptable Eisenbahn-, Bus- oder Schiffsverbindungen sind jedoch zurzeit als Alternative noch nicht vorhanden. Dies ist ein großes Manko für die Menschen und die Wirtschaft der Grenzregion. Die Frage der kosten-, stempel- und behinderungsfreien Überfahrt von Studierenden und Lehrkräften über die Brücke ist bis heute nicht endgültig zufrieden stellend gelöst. Zwar erlaubte ein Gentlemen's Agreement über Gebührenfreiheit zwischen den Grenz- und Zollbehörden und den örtlichen BRIE-Verantwortlichen die Aufnahme des Studienbetriebs, der die tägliche Überfahrt von Studierenden und Lehrkräften vorsieht, Anfang Dezember 2002 kam es jedoch durch die Privatisierung der Gebührenerhebung auf rumänischer Seite zu einer Aufkündigung dieser Vereinbarung und zu massiven Problemen. Inzwischen haben sich jedoch die Präfekten der rumänischen und bulgarischen Bezirke dieser Frage angenommen und haben sich persönlich für eine Lösung eingesetzt, die den Studienbetrieb inzwischen wieder ermöglicht. Hier hat sich offen-

sichtlich ein Verständnis entwickelt, dass BRIE als Vorreiter bzw. Eisbrecher für den Aufbau der Euroregion Rousse/Giurgiu wirkt, die im Frühjahr 2002 als Städtebund „Rousse/Giurgiu“ und als Regionalbund „Euroregion Danubius“ gegründet worden ist. Damit sind die Probleme noch nicht endgültig behoben, aber einer Lösung wesentlich näher gekommen. Die BRIE-Verantwortlichen streben langfristig einen Staatsvertrag zwischen beiden Ländern an, der die Frage des Grenzübergangs dauerhaft löst.

### Beiträge zur Regionalentwicklung

BRIE trägt schon jetzt mit zusätzlichen Projekten zur Entwicklung dieser neu entstehenden Euroregion bei. Mit Unterstützung von Experten der Fachhochschule Gelsenkirchen, die über besondere Erfahrung in der Stimulierung von Wirtschaft und Kultur in strukturschwachen Gebieten verfügen, wurde in gemischten Arbeitsgruppen an zwei Konzeptpapieren und Business-Plänen gearbeitet.

Es geht dabei in Giurgiu um den Aufbau eines Gründer- und Innovationszentrums, das sich in enger Beziehung zu dem Wirtschaftscollège und dem Interuniversitären Europazentrum entwickeln und der ökonomischen Entwicklung des ehemaligen Chemiestandorts Impulse geben soll. Hier liegt seit Dezember 2002 ein Konzept in rumänischer, deutscher und bulgarischer Sprache vor, das die Voraussetzung für erste Gespräche mit staatlichen rumänischen Geldgebern geschaffen hat. Unter dem Titel „Entwicklung braucht Visionen“ werden hier die Bedingungen für ein erfolgreiches Gründer- und Innovationszentrum in der Euroregion am Standort Giurgiu analysiert. Das Konzept ist offen für eine Mitwirkung der bulgarischen Seite, wo bereits ein Gründerzentrum existiert. Zurzeit werden Gespräche mit rumänischen Ministerien über eine Startfinanzierung geführt, die Voraussetzung für die Einwerbung internationaler Fördermittel und den Einstieg ausländischer Investoren ist.

In Rousse wurde parallel dazu ein Konzept für die Restaurierung und den Umbau des so genannten **Canetti-Hauses** erarbeitet, das am 15.10.2002 in der Deutschen Botschaft in Sofia der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Ziel ist, das unweit der Donau gelegene, repräsentative großväterliche Handelshaus des Literaturnobelpreisträgers Elias Canetti, der in Rousse geboren wurde, zu einem sich finanziell selbst tragenden internationalen Kultur- und Konferenzzentrum auszubauen. Das Canetti-Haus würde auch den internationalen wissenschaftlichen Veranstaltungen von BRIE einen repräsentativen Rahmen geben und als Kristallisationspunkt für grenzübergreifende Aktivitäten im Kulturbereich dienen. Die Planungen gehen von einem Finanzbedarf von 1,5 Millionen Euro für die Umgestaltung des Gebäudes aus, der zu einem großen Teil vom Ausland erbracht werden müsste. Die ersten Gespräche mit staatlichen und privaten Stiftungen werden zurzeit geführt.

### Staatliche und private Förderer

Die HRK wird den Gründungsprozess von BRIE weiter koordinierend begleiten. Zur Finanzierung des Projekts trugen bisher in erster Linie die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung seit dem Jahre 2000 zur Verfügung gestellten deutschen Budgetmittel für den Stabilitätspakt für Südosteuropa bei.

Inzwischen haben sich auch private Förderer zur Unterstützung verpflichtet. Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung (Frankfurt/Main) finanziert Stipendien für Studierende des Studiengangs „Europa-Studien“ und so genannte „Hertie-Vorlesungen“ prominenter europäischer Persönlichkeiten und Europaexperten, die ab 2003 in Rousse stattfinden werden. Sie sollen das Profil von BRIE in der Region und in den Ländern erhöhen. Außerdem wurde am Zentrum für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn ein Hertie-Projektbüro eingerichtet, das diese Fördermaßnahmen gestalten und die BRIE-Arbeit im Bereich Europäische Studien unterstützen wird. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Essen) finanziert Stipendien für Studierende des Studiengangs Wirtschaftsinformatik und lokale Personalkosten in den BRIE-Sekretariaten. Die Robert Bosch Stiftung (Stuttgart) hat eine Deutschlektorin nach Rousse entsandt. Das Hochschulinstitut der UNESCO für Europa, UNESCO-CEPES (Bukarest), hat die Konzepterarbeitung für das Gründer- und Innovationszentrum in Giurgiu mitfinanziert und fördert das Projekt politisch. Weitere private Fördereinrichtungen werden um eine Unterstützung des Projekts gebeten. Die BRIE-Partnerhochschulen in Bulgarien und Rumänien haben ihrerseits bereits massiv in die Renovierung der Lehrräume investiert, um den Anforderungen der beiden Master-Studiengänge zu genügen. Die Bildungsministerien der beiden Länder unterstützen das Projekt politisch. Das bulgarische Ministerium für Bildung und Forschung stellt gebührenfreie Studienplätze für die einheimischen und Studienplätze mit gegenüber den staatlichen Vorgaben stark reduzierten Studiengebühren für südosteuropäische Studierende bereit.

### Die BRIE-Administration

Die administrative Struktur von BRIE wird durch einen bilateralen Vertrag der rumänischen und bulgarischen Hochschulpartner über die Satzung von BRIE von Februar 2002 geregelt. Er sieht als Gremien den Vorstand, den Ausschuss und den Beirat vor und regelt die Funktion der BRIE-Sekretariate, die die Aktivitäten vor Ort in Rousse und in Bukarest bzw. Giurgiu steuern. Das Sekretariat in Rousse ist wie die Lehrräume für das Master-Programm „Europäische Studien“ und die Bibliothek im Gebäude der ehemaligen Deutschen Schule im Zentrum der Stadt Rousse untergebracht. Das Sekretariat ist durch eine Richtfunkverbindung über die Donau mit dem Lehrzentrum des Wirtschaftscollège in Giurgiu verbunden, das noch provisorisch in der dritten Etage eines Schulgebäudes in speziell umgebauten und renovierten Räumen untergebracht ist. Das

rumänische Lehrzentrum wird in Kürze über einen leistungsfähigen Internetanschluss über Satellitenantenne und eine Fachbibliothek verfügen. Die endgültige Unterbringung des Master-Programms und des Wirtschaftscollège insgesamt wird im Laufe des Jahres 2003 entschieden werden.

### Ausblick

Die grenzüberschreitende Hochschulzusammenarbeit nach deutsch-polnischem Muster könnte zu einem Modell für weitere potentielle Kooperationsstandorte an historisch belasteten Grenzen in Südosteuropa werden. Die HRK fördert mit Mitteln des Auswärtigen Amtes für den Stabilitätspakt für Südosteuropa weitere grenzübergreifende Projekte in der serbisch-ungarisch-rumänischen sowie in der montenegrinisch-albanischen Grenzregion. Dies wird Bewegung in die Hochschulbeziehungen und in die Köpfe der künftigen Eliten der Region bringen. Außerdem zeigen die Projekte, dass Hochschulen als Motoren der regionalen Entwicklung dienen können und müssen.

### Ansprechpartner und weitere Informationsquellen

- Dr. Gerhard Duda, Projektkoordinator in Deutschland, Arbeitsbereich Internationale Angelegenheiten der HRK, Ahrstr. 39, 53175 Bonn, Deutschland, Tel. +49/228/887126, Fax +49/228 /887180, E-Mail: [duda@hrk.de](mailto:duda@hrk.de); Homepage: [www.hrk.de](http://www.hrk.de)
- Prof. Dr. Gabriel Popescu, BRIE-Direktor Rumänien, Adresse des Sekretariats: Negru Voda Str. 8, 8375 Giurgiu, Rumänien, E-Mail: [cuegbrie@ase.ro](mailto:cuegbrie@ase.ro); Homepage: [www.cuegbrie.ase.ro](http://www.cuegbrie.ase.ro)
- Prof. Dr. Penka Angelova, BRIE-Direktor Bulgarien, Adresse des Sekretariats: Zaribrod Str. 6, 7000 Rousse, Bulgarien, E-Mail: [brie-bg@techno-link.com](mailto:brie-bg@techno-link.com); Homepage: [www.brie.ru.acad.bg](http://www.brie.ru.acad.bg)

### Verzeichnis der Autoren

Dr. Jaroslav Dokoupil	Westböhmisches Universität
Dr. Gerhard Duda	Hochschulrektorenkonferenz
Mgr. Alexander Duleba	Slowakische Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bratislava
Dipl.-Soz. Daniel Fuß	International University Bremen
Prof. Dr. Werner Holly	Technische Universität Chemnitz
Prof. Ing. Jaroslav Jakš	Karlsuniversität Praha
Dr. Milan Jeřábek	Universität Ústí n.L.
Dr. Tomasz Kaczmarek	Universität Poznan
Milena Lebar	Universität Ljubljana
Mgr. Rudolf Pástor	Wirtschaftsuniversität Bratislava
Mgr. Irma Potočnik	Universität Ljubljana
Botschafterin a.D. Antoinette Primatarova	Institut für liberale Strategien, Sofia
Dr. Barbara Ratecka	Universität Lodz
Prof. Dr. Roland Schöne	Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Miroslav Svoboda, M.Sc. PhD.	Westböhmisches Universität
Prof. Dr. Andreij Umek	Universität Maribor
Angelika Wigold, M.A.	Technische Universität Chemnitz

## ***Das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung, Tübingen***

Seit Beginn des europäischen Integrationsprozesses spielt die Frage nach der künftigen Struktur Europas bzw. einer europäischen „Verfassung“ eine wichtige Rolle. Ein entscheidender Aspekt ist dabei, die föderale Balance zwischen zentralen und dezentralen Elementen zu finden, um die zukünftigen Herausforderungen Europas zu bewältigen. Maastricht, Amsterdam und Nizza haben entscheidend zu dem erneuten Aufleben dieser Diskussion beigetragen. Dabei gewinnt die öffentliche Debatte vor allem durch die wachsende Rolle der Länder, Regionen und autonomen Gemeinschaften sowie der Kommunen als europapolitische Akteure an Brisanz, deren Zahl durch die anhaltenden Regionalisierungs- und Föderalisierungstendenzen in vielen europäischen Staaten weiter zunimmt.

In diesem Zusammenhang steht die Tätigkeit des **Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung (EZFF)** an der Universität Tübingen. Es begleitet seit 1993 diese Entwicklung und erforscht ihre Hintergründe. Das EZFF ist eine interdisziplinäre Einrichtung, die sich wissenschaftlich und politikberatend mit Fragen des Föderalismus, des Regionalismus und der subnationalen Ebenen in Europa beschäftigt. Die einzelnen Arbeitsschwerpunkte des EZFF lassen sich in einem dreisäuligen Modell darstellen:

1. *Regionen, Regionalismus und Regionalpolitik* (derzeit u.a. grenzüberschreitende und interregionale Kooperation innerhalb und an den Außengrenzen der Europäischen Union, Regional- und Strukturpolitik in einer erweiterten Union, Regionen im Europa 2000, Regionen und europäische Informationsgesellschaft);
2. *Föderalismus als Organisationsprinzip für Institutionen, Entscheidungsstrukturen und für einzelne Politikfelder in den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Mehrebenensystem* (derzeit u.a. Effizienz und Demokratie in dezentralen und föderalen Systemen, Aufgabenverteilung und Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union, die Zukunft der europäischen Finanzverfassung, Sozial- und Beschäftigungspolitik in der EU, Entwicklungsperspektiven des Ausschusses der Regionen in einer erweiterten EU);
3. *Dezentralisierungs-, Regionalisierungs- und Föderalisierungsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Mittel- und Osteuropa.*

Das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung führt transnationale Forschungsprojekte durch, veranstaltet regelmäßig internationale Konferenzen in ganz Europa (z. B. Belgien, Italien, Ungarn, Schweden) und nimmt Aufträge für Einzelgutachten entgegen. Die Forschungs- und Konferenzergebnisse werden in der Schriftenreihe des Zentrums bei der NOMOS-Verlagsgesellschaft und in der

Serie „Occasional Papers“ publiziert. Gleichberechtigt neben der wissenschaftlichen Arbeit steht die Beratungstätigkeit des EZFF für Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Besonderen Wert legt das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung in seiner Arbeit auf die Verbindung von Theorie und Praxis, transnationale Kooperationen und die interdisziplinäre Ausrichtung seiner Forschungsaktivitäten. Zur Tätigkeit des EZFF gehört deshalb auch der Aufbau von Netzwerken. So hat das Zentrum die **European Association of Researchers on Federalism (EARF)** gegründet, der etwa 70 Wissenschaftler aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der Schweiz und den Staaten Mittel- und Osteuropas angehören. Das EZFF betreut dieses Netzwerk und dient als Geschäftsstelle.

Das EZFF wird von einem interdisziplinär zusammengesetzten Vorstand aus Geographen, Historikern, Juristen, Ökonomen und Politikwissenschaftlern geleitet. Die laufenden Arbeiten werden durch den Wissenschaftlichen Koordinator und die Mitarbeiter des Zentrums betreut.

Nähere Auskünfte bei:

**Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF)**  
**Matthias Chardon, M.A. (Wissenschaftlicher Koordinator)**  
Nauklerstr. 37a  
D-72074 Tübingen

**Tel.: +49(0)7071-29 77 368**

**Fax: +49(0)7071-92 28 76**

**E-Mail: [ezff@uni-tuebingen.de](mailto:ezff@uni-tuebingen.de)**

**Website: [www.uni-tuebingen.de/ezff](http://www.uni-tuebingen.de/ezff)**

**Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung bei der NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden:**

- Band 1: **KNIPPING, Franz** (Ed.), Federal Conceptions in EU-Member States. Traditions and Perspectives, 1994, ISBN 3-7890-3663-3, € 45,-
- Band 2: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Europäische Bildungspolitik und die Anforderungen des Subsidiaritätsprinzips, 1994, ISBN 3-7890-3656-0, € 28,-
- Band 3: **RAICH, Silvia**, Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit in einem "Europa der Regionen". Dargestellt anhand der Fallbeispiele Großregion Saar-Lor-Lux, EUREGIO und "Vier Motoren für Europa" - Ein Beitrag zum Europäischen Integrationsprozeß, 1995, ISBN 3-7890-3657-9, € 34,-
- Band 4: **ALEN, André**, Der Föderalstaat Belgien, Nationalismus - Föderalismus - Demokratie. Mit dem Text der neuen Belgischen Verfassung, 1995, ISBN 3-7890-3791-5, € 20,50
- Band 5: **STURM, Roland** (Hrsg.), Europäische Forschungs- und Technologiepolitik und die Anforderungen des Subsidiaritätsprinzips, 1996, ISBN 3-7890-4149-1, € 28,-
- Band 6: **WEBER-PANARIELLO, Philippe A.**, Nationale Parlamente in der Europäischen Union. Eine rechtsvergleichende Studie zur Beteiligung nationaler Parlamente an der innerstaatlichen Willensbildung in Angelegenheiten der Europäischen Union im Vereinigten Königreich, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, 1995, ISBN 3-7890-4120-3, € 45,-  
*Dieser Band wurde 1996 mit dem Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages für Arbeiten zum Parlamentarismus ausgezeichnet.*
- Band 7: **KINSKY, Ferdinand/KNIPPING, Franz** (Eds.), Le "fédéralisme personnaliste" aux sources de l'Europe de demain. Der personalistische Föderalismus und die Zukunft Europas, Hommage à Alexandre Marc, 1996, ISBN 3-7890-4190-4, € 44,-
- Band 8: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union - Erfahrungen und Perspektiven, 1995, ISBN 3-7890-4142-4, € 28,-
- Band 9: **COLLIER, Ute / GOLUB, Jonathan / KREHER, Alexander** (eds.), Subsidiarity and Shared Responsibility: New Challenges for EU Environmental Policy, 1997, ISBN 3-7890-4647-7, € 35,-
- Band 10: **AGRANOFF, Robert** (Ed.), Accommodating Diversity: Asymmetry in Federal States, 1999, ISBN 3-7890-6395-9, € 34,-
- Band 11: **AMMON, Günter** et al. (Ed.), Föderalismus oder Zentralismus? Europas Zukunft zwischen dem deutschen und dem französischen Modell, 1996, ISBN 3-7890-4446-6, € 34,-
- Band 12: **SCHULTZE, Claus J.**, Die deutschen Kommunen in der Europäischen Union - Europa-Betroffenheit und Interessenwahrnehmung, 1997, ISBN 3-7890-4830-5, € 34,-

- Band 13: **STRAUB, Peter / HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Die europapolitische Rolle der Landes- und Regionalparlamente in der Europäischen Union, 1998, ISBN 3-7890-5219-1, € 40,-
- Band 14: **STURM, Roland / WEINMANN, Georg** (eds.), The Information Society and the Regions in Europe. A British-German Comparison, 2000, ISBN 3-7890-7007-6, € 45,-
- Band 15: **MÄNNLE, Ursula** (Hrsg.), Föderalismus zwischen Konsens und Kooperation. Tagungs- und Materialienband zur Fortentwicklung des deutschen Föderalismus, 1998, ISBN 3-7890-5490-9, € 45,-
- Band 16: **KRETSCHMER, Otto / HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Standortpolitik und Regionalisierung in Europa. Probleme - Kompetenzen - Lösungen, 1999, ISBN 3-7890-6083-6, € 37,-
- Band 17: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Europapolitik und Bundesstaatsprinzip. Die "Europafähigkeit" Deutschlands und seiner Länder im Vergleich mit anderen Föderalstaaten, 2000, ISBN 3-7890-6541-2, € 37,-
- Band 18: **STUDENT, Thomas**, Die europäische Herausforderung - Grenzüberschreitende Kooperation im Wettbewerb der Regionen. Zusammenarbeit an der deutsch-niederländischen Grenze im Rahmen der Ems Dollart Region und der Neuen Hanse Interregio, 2000, ISBN 3-7890-6546-3, € 43,-
- Band 19: **STURM, Roland / KROPP, Sabine** (Hrsg.), Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitions politik in Bund, Ländern und Gemeinden, 1999, ISBN 3-7890-6393-2, € 43,-
- Band 20: **TEUFEL, Erwin / PERLOT, Enzo** (Hrsg.), Starke Regionen für ein Starkes Europa - Dokumentation des zweiten deutsch-italienischen INTERREGIO-Forums, 2000, ISBN 3-7890-6939-6, € 28,-
- Band 21: **JOHNE, Roland**, Die deutschen Landtage im Entscheidungsprozess der Europäischen Union. Parlamentarische Mitwirkung im europäischen Mehrebenensystem, 2000, ISBN 3-7890-6797-0, € 66,-
- Band 24: **EUROPÄISCHES ZENTRUM FÜR FÖDERALISMUS-FORSCHUNG (Hrsg.)**, Europäischer Föderalismus im 21. Jahrhundert, 2003, ISBN 3-7890-8306-2, € 36,-
- Band 25: **HRBEK, Rudolf / NETTESHEIM, Martin** (Hrsg.), Europäische Union und mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge, 2002, ISBN 3-7890-7881-6, € 48,-
- Band 26: **ZIMMERMANN-STEINHART, Petra**, Europas erfolgreiche Regionen. Handlungsspielräume im innovativen Wettbewerb, 2003, ISBN 3-8329-0367-4, € 48,-
- Band 27: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Außenbeziehungen von Regionen in Europa und der Welt - External Relations of Regions in Europe and the World, 2003, ISBN 3-8329-0382-8, € 55,-

Die Bände der Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung (EZFF) sind über den Buchhandel oder direkt bei der NOMOS Verlagsgesellschaft, Vertrieb, D-76520 Baden-Baden zu beziehen (E-mail: NOMOS@nomos.de oder Fax: ++49 (0)7221/ 21 04-27).

## OCCASIONAL PAPERS

Hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF), Tübingen:

- Nr. 1: **STURM, Roland**, Economic Regionalism in a Federal State: Germany and the Challenge of the Single Market, 1994, ISBN 3-980 3672-0-7, € 2,-
- Nr. 2: **HAVERLAND, Markus**, Europäische Integration im Spannungsverhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung, 1995, ISBN 3-980 3672-1-5, € 2,-
- Nr. 3: **FECHTNER, Detlef**, Abschied vom kompensatorischen Föderalismus, 1995, ISBN 3-980 3672-2-3, € 3,-
- Nr. 4: **SCHÖBEL, Norbert**, Der Ausschuß der Regionen, 1995 (vergriffen; siehe Nr. 17)
- Nr. 5: **GROSSE HÜTTMANN, Martin**, Das Subsidiaritätsprinzip in der EU – eine Dokumentation, 1996, ISBN 3-980 3672-5-8, € 6,-
- Nr. 6: **ILLÉS, Iván**, Carpathian (Euro)Region, 1996, ISBN 3-9803672-6-6, € 4,-
- Nr. 7: **HORVÁTH, Gyula**, Transition and Regionalism in East-Central Europe, 1996, ISBN 3-9803672-7-4, € 4,-
- Nr. 9: **HANNOWSKY, Dirk/RENNER, Andreas**, Subsidiaritätsprinzip, Bürgersouveränität und Ordnungswettbewerb. Ordnungstheoretische Überlegungen zur Ausgestaltung einer präferenzkonformen Ordnung Europas, 1996, ISBN 3-9803672-4-X, € 4,-
- Nr. 10: **KROPP, Sabine**, Dezentralisierung und Transformation in Rußland, 1996, ISBN 3-9803672-8-2, € 4,-
- Nr. 11: **STURM, Roland**, Strategien intergouvernementalen Handelns. Zu neueren Tendenzen des Föderalismus in Deutschland und den USA, 1996, ISBN 3-9803672-9-0, € 3,-
- Nr. 13: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Regionen und Kommunen in der EU und die Regierungskonferenz 1996, 1996, ISBN 3-9805358-0-0, € 4,-
- Nr. 14/1: **LOB, Harald/OEL, Matthias**, Informationsgesellschaft und Regionen in Europa. Wirtschafts- und regionalpolitische Aspekte der Europäischen Informationsgesellschaft, 1997, ISBN 3-9805358-1-9, € 3,-
- Nr. 14/2: **STURM, Roland/ WEINMANN, Georg**, Challenges of the Information Society to the Regions in Europe. A Research Agenda, 1997, ISBN 3-9805358-5-1, € 4,-
- Nr. 15: **MÜHLBACHER, Georg**, Italien zwischen institutioneller Reform und Föderalismus, 1999, ISBN 3-9805358-9-4, € 6,-
- Nr. 17: **SCHÖBEL, Norbert**, Der Ausschuß der Regionen, 1997, ISBN 3-9805358-2-7;  
**SCHÖBEL, Norbert**, The Committee of the Regions, 1997, ISBN 3-9805358-3-5;  
**SCHÖBEL, Norbert**, Le Comité des Régions, 1997, ISBN 3-9805358-4-3, € 5,-
- Nr. 18: **BLANCHE, Susanne/SCHMID, Josef**, Die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer im Vergleich - Programme, Konzepte, Strategien, 1998, ISBN 3-9805358-6-X, € 4,-
- Nr. 19: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram** (Hrsg.), Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz, 1998, ISBN 3-9805358-7-8, € 6,-

- Nr. 20: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram** (Hrsg.), Transformationsprozesse im südlichen Mitteleuropa - Ungarn und Rumänien. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz, 1999, ISBN 3-9805358-8-6, € 6,-
- Nr. 21: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram** (Hrsg.), Entwicklungsstrategien in Nordosteuropa – Baltikum und Finnland. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz, 2000, ISBN 3-9806978-1-9, € 7,-
- Nr. 22: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Die Osterweiterung der Europäischen Union. Problemfelder und Lösungsansätze aus deutscher und ungarischer Sicht, 2000, ISBN 3-9806978-0-0, € 7,-
- Nr. 23: **MARHOLD, Hartmut**, Föderale Strukturen Für Europa? Aktuelle Beiträge zur Debatte in Frankreich, 2000, ISBN 3-9806978-2-7, € 4,-
- Nr. 24: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram** (Hrsg.), Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung – Slowenien, Slowakei. Tschechien als Beispiele, 2001, ISBN 3-9806978-3-5, € 5,-
- Nr. 25: **BLANCHE, Hermann-Josef**, Der Ausschuss der Regionen. Normative Ausgestaltung, politische Rolle und verwaltungsorganisatorische Infrastruktur, 2002, ISBN 3-9806978-4-3, € 4,-
- Nr. 26: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram** (Hrsg.), Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen, 2002, ISBN 3-9806978-5-1, € 5,-
- Nr. 27: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram** (Hrsg.), Die MOE-Staaten vor dem EU-Beitritt Chancen und Probleme aus politik- und regionalwissenschaftlicher Sicht. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz, 2003, ISBN 3-9806978-6-x, € 7,-
- Nr. 28 **HRBEK, Rudolf/EPPLER, Annegret** (Hrsg.), Deutschland vor der Föderalismus-Reform – Eine Dokumentation, 2003, ISBN 3-9806978-7-8, € 3,-

Occasional Papers können Sie über den Buchhandel beziehen oder direkt bestellen. Bitte kreuzen Sie dazu die gewünschten Titel auf der Liste an und senden das Formular an: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF)

z.Hd. Frau Petra Reiter  
Nauklerstraße 37 A  
D-72074 Tübingen

Oder Sie senden das Formular per Fax an das EZFF:

Fax: +49 / (0)7071 / 92 28 76

Schließlich können Sie auch über unsere Homepage bestellen:

<http://www.uni-tuebingen.de/ezff>

Dort finden Sie auch weitere Informationen zu uns und unseren Aktivitäten sowie eine Menge nützlicher Links und Materialien zu den Themen „Föderalismus“ und „Europäische Integration“.

ISBN 3-9806978-6-X